

Onur Ogul  
Flavia Mini  
Michael Juon  
Jacqueline Bleiker

**Umsetzung von  
New Public Management-Elementen  
in der Rechtsetzung der Kantone**

KPM-Schriftenreihe Nr. 49

Die Schriftenreihe des Kompetenzzentrums für Public Management der Universität Bern wird herausgegeben von:

Prof. Dr. Andreas Lienhard  
Prof. Dr. Adrian Ritz  
Prof. Dr. Fritz Sager  
Prof. Dr. Reto Steiner

Die inhaltliche Verantwortung für jeden Band der KPM-Schriftenreihe liegt beim Autor resp. bei den Autoren.

Onur Ogul  
Flavia Mini  
Michael Juon  
Jacqueline Bleiker

# **Umsetzung von New Public Management-Elementen in der Rechtsetzung der Kantone**

KPM-Verlag  
Bern

Seminararbeit im Rahmen des Masterstudiengangs Public Management and Policy (Master PMP).

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

*Umsetzung von New Public Management-Elementen in der  
Rechtsetzung der Kantone*

Ogul Onur ; Mini Flavia ; Juon Michael ; Bleiker Jacqueline  
Bern 2012  
ISBN 978-3-906798-48-6

Alle Rechte vorbehalten  
Copyright © 2012 by KPM-Verlag Bern  
Jede Art der Vervielfältigung ohne Genehmigung des Verlags ist  
unzulässig.

[www.kpm.unibe.ch](http://www.kpm.unibe.ch)

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS</b> .....	<b>VII</b>
<b>VORWORT</b> .....	<b>IX</b>
<b>MANAGEMENT SUMMARY</b> .....	<b>XI</b>
<b>1 EINLEITUNG</b> .....	<b>1</b>
<b>2 THEORETISCHE GRUNDLAGEN: NEW PUBLIC MANAGEMENT IN DER SCHWEIZ UND DIE RECHTSETZUNG DER KANTONE</b> .....	<b>5</b>
2.1 Grundsätze der schweizerischen Rechtsetzungslehre .....	5
2.2 Elemente des New Public Management .....	6
2.2.1 Zielsetzungen des New Public Management .....	7
2.2.1.1 Wirkungsziel .....	8
2.2.1.2 Wirkungs- und Effizienzorientierung .....	9
2.2.2 Steuerungselemente des New Public Management .....	10
2.2.2.1 Kurzfristige Steuerung: Globalbudget und Leistungsvereinbarung .....	10
2.2.2.1.1 Globalbudget .....	11
2.2.2.1.2 Leistungsvereinbarung .....	12
2.2.2.2 Mittelfristige Steuerung: Leistungsauftrag und Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung .....	13
2.2.2.2.1 Leistungsauftrag .....	13
2.2.2.2.2 (Integrierte) Aufgaben und Finanzplanung IAFP .....	14
2.2.2.3 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget (FLAG-Instrumente) .....	15
2.2.2.4 Vertrag .....	16
2.2.2.5 WoV-Erlasse .....	17
2.3 Elemente des New Public Management und die kantonale Rechtsetzung .....	18
2.4 Die Entwicklung von New Public Management in den Kantonen.....	21
<b>3 EMPIRISCHER TEIL</b> .....	<b>25</b>
3.1 Methodik .....	25
3.1.1 Inhaltsanalyse .....	25
3.1.2 Rechtsquellen .....	26
3.1.3 Operationalisierung .....	27
3.1.4 Pretest .....	29
3.1.5 Übersichtstabelle .....	30
3.1.6 Kritische Betrachtung des Vorgehens .....	31
3.2 Ergebnisse.....	33
3.2.1 Übersicht über die Ergebnisse .....	33
3.2.2 Einträge der Elemente und WoV-Erlasse in den Kantonen .....	36

---

3.2.3	Rechtsquellen .....	37
3.2.3.1	Verfassung, Gesetz, Verordnung .....	37
3.2.3.2	WoV-Erlasse .....	38
3.2.4	Gliederung der erhobenen Daten nach Politikfeldern .....	40
3.2.5	Erfasste NPM-Elemente .....	44
3.2.5.1	Wirkungs- und Effizienzorientierung .....	44
3.2.5.2	Leistungsvereinbarung und Leistungsauftrag .....	45
3.2.5.3	Globalbudget .....	50
3.2.5.4	(Integrierter) Aufgaben- und Finanzplan .....	52
3.2.5.5	Vertrag .....	53
3.2.5.6	Wirkungsziele .....	56
3.2.6	Verbreitung von New Public Management in den Kantonen .....	58
<b>4</b>	<b>FAZIT</b> .....	<b>63</b>
	<b>LITERATURVERZEICHNIS</b> .....	<b>67</b>
	<b>ABBILDUNGSVERZEICHNIS</b> .....	<b>71</b>
	<b>TABELLENVERZEICHNIS</b> .....	<b>71</b>
	<b>GRAFIKVERZEICHNIS</b> .....	<b>72</b>
	<b>ÜBER DIE AUTOREN</b> .....	<b>73</b>

Hinweis: Der gesamte Anhang zu dieser Arbeit, der weitere Grafiken, Tabellen und die Übersichtstabelle umfasst, befindet sich auf beiliegender CD-ROM. Wird innerhalb der Arbeit auf den Anhang verwiesen, beziehen sich diese Verweise auf den Inhalt der CD-ROM.

---

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AG	Aargau
AI	Appenzell Innerrhoden
AR	Appenzell Ausserrhoden
BE	Bern
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
BL	Basel-Landschaft
BS	Basel-Stadt
d.h.	das heisst
DL	Dienstleistung(en)
ebd.	ebenda
et al.	und andere
f. / ff.	folgende / fortfolgende
FLAG	Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget
FR	Fribourg
GL	Glarus
GR	Graubünden
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
IAFP	Integrierter Aufgaben- und Finanzplan
i.V.m.	in Verbindung mit
JU	Jura
Kt.	Kanton
KV	Kantonsverfassung
LA	Leistungsauftrag
LU	Luzern
LV	Leistungsvereinbarung
mind.	mindestens
N	Anzahl

NE	Neuenburg
NPM	New Public Management
NW	Nidwalden
öff.	öffentlich
OW	Obwalden
SH	Schaffhausen
SG	St. Gallen
SO	Solothurn
SZ	Schwyz
TG	Thurgau
TI	Tessin
u.	und
u.a.	unter anderem
UR	Uri
usw.	und so weiter
v.	von
vgl.	vergleiche
VD	Waadt
VS	Wallis
WoV	Wirkungsorientierte Verwaltungsführung
z.B.	zum Beispiel
ZG	Zug
ZH	Zürich



## VORWORT

Die vorliegende Arbeit wurde im Rahmen des Blockseminars *Einführung in die Verwaltungswissenschaften* des Masterstudiengangs Public Management and Policy (Master PMP) verfasst.

Das Ziel dieser Arbeit ist, einen Überblick über die New Public Management-Elemente für jeden der 26 Schweizer Kantone zu geben. Konkret geht es darum, Aussagen deskriptiver Art über ihr Vorhandensein sowie über den Einfluss auf die kantonalen Gesetzgebungen zu machen und diese anschliessend in einen Vergleich zwischen den einzelnen, föderal organisierten Kantonen zu setzen.

Das Thema ist dabei insofern von besonderer Relevanz, da ein bis anhin in dieser Weise noch nicht untersuchter Bereich der New Public Management-Forschung betreten wird.

Gerne möchten wir uns an dieser Stelle bei allen Personen bedanken, die uns bei der Erstellung dieser Seminararbeit unterstützt haben. Ein spezieller Dank gebührt dabei Herrn mag. rer. publ. Daniel Kettiger, der uns als Kontaktperson wertvolle Anstösse zur Umsetzung und Ausarbeitung gegeben hat, uns aber auch im laufenden Arbeitsprozess stets mit konstruktivem Feedback unterstützt hat. Schliesslich danken wir Prof. Dr. iur. Andreas Lienhard, der uns auch die Publikation der vorliegenden Arbeit ermöglicht hat.



## **MANAGEMENT SUMMARY**

Die New Public Management-Forschung hat das Gebiet der Rechtsetzung noch kaum betreten. Diese Arbeit betritt damit gewissermassen Neuland und untersucht, ob gewisse New Public Management-Elemente in den kantonalen Rechtsetzungen vorhanden sind. Zusätzlich werden auch deren Einfluss auf die Rechtsetzung und die Umsetzung analysiert. Dies geschieht durch eine Inhaltsanalyse mit Hilfe von LexFind, einem Internetportal für schweizerische Gesetzestexte.

Die Resultate der Analyse zeigen, dass die Kantone die untersuchten NPM-Elemente in unterschiedlichen Weisen und Kombinationen aufweisen und die Resultate nicht unbedingt einheitlich sind bezüglich der entsprechenden Umsetzung von New Public Management in einem jeweiligen Kanton.

Für zukünftige Arbeiten an der Schnittstelle zwischen New Public Management und Rechtsetzung bieten sich tiefergehende Analysen bei gewissen Kantonen oder gewissen NPM-Elementen an.



---

## 1 EINLEITUNG

Seit Anfang der 1990er Jahre sind auf allen Staatsebenen der Schweiz zahlreiche Verwaltungsreformen im Sinne der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Gange. Dieser Umbruch im politisch-administrativen System folgt dabei vielfach bewährten Prinzipien der Managementlehre und umfasst nebst punktuellen Neuerungen auch einen tiefgreifenden Wandel der Strukturen, Prozesse wie auch Strategien (vgl. Ritz 2001: Vf.). Der Schwerpunkt der wirkungsorientierten Verwaltungsführung liegt hierbei auf der Erhöhung der Steuerungsfähigkeit sowie der Leistungs- und Wirkungsorientierung und intendiert die Modernisierung öffentlicher Einrichtungen sowie Initiierung neuer Formen öffentlicher Verwaltungsführung (vgl. Schedler/Proeller 2009: 5). Die Begriffe Verwaltungsreform, New Public Management (NPM), oder der in der Schweiz gebräuchliche Begriff der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) werden dabei in dieser Arbeit anlehnend an Brun (2003: 1) sowie Kettiger (2011: 174), als gleichwertig für die Anpassung an die leistungs- und wirkungsorientierten Ansprüche der Gesellschaft gesehen und ebenso gleichbedeutend angewandt.

Die Ausprägungen der New Public Management-Reformen in der Schweiz sind aber trotz der gemeinsamen Absicht, die Verwaltungsführung zu verbessern, sehr unterschiedlich und es fehlt an einem koordinierten Ansatz. So wurden zwar in allen 26 Kantonen grundsätzlich Reformen eingeleitet, jedoch aufgrund des föderalistisch strukturierten Systems der Schweiz nach klassischem ‚bottom-up‘-Ansatz dezentral umgesetzt (vgl. Maag 2000: 20). Aufgrund dieser parallel laufenden Verwaltungsprozesse sind nun auch die Steuerungsmodelle der Kantone wie auch die konkrete Umsetzung der einzelnen Elemente sehr vielfältig ausgestaltet (vgl. Heimgartner/Dietrich 2008: 65).

Über diese Thematik der Umsetzung der einzelnen New Public Management-Elemente wurde sodann auch viel geforscht und publiziert (vgl. u.a. Schmidt 2008; Rieder/Widmer 2007; Arnold 2006; Lienhard 2005; Moser/Kettiger 2004; Meyer 1998; Klöti/Rüegg 2002). Ebenso sind im Bereich der rechtswissenschaftlichen Relevanz des New Public Ma-

nagement in der Schweiz einige Forschungsbeiträge zu finden, wobei deren Fokus mehrheitlich auf dem konkreten Zusammenspiel zwischen Recht und Staat liegt (vgl. u.a. Lienhard 2005; Mastronardi/Schedler 2003; Schneider 2001; Kettiger 2000).

Indem in der vorliegenden Seminararbeit jedoch untersucht wird, ob die einzelnen Elemente überhaupt einen Einfluss auf die Gesetzgebung haben, wie dieser Einfluss sich gestaltet und wie sie in der Rechtsetzung der Kantone umgesetzt worden sind, wird ein bis anhin in dieser Weise noch nicht untersuchter Bereich der New Public Management-Forschung betreten.

Es wird folglich beabsichtigt, einen Überblick über die New Public Management-Elemente in jedem der 26 Schweizer Kantone zu geben, beziehungsweise Aussagen deskriptiver Art über deren Vorhandensein und ihren Einfluss auf die kantonalen Gesetzgebungen zu machen. Es soll somit erstmals eine Aufzeichnung über den konkreten und insbesondere auch inhaltlichen Einfluss der NPM-Elemente in der Rechtsetzung der Kantone vermittelt werden.

Die Rechtsetzung auf Bundesebene, kommunaler Ebene, wie auch interkantonale Erlasse sind dabei nicht Bestandteil dieser Analyse. Diese Eingrenzung wurde aufgrund der Komplexität des Untersuchungsfeldes sowie zur Vereinfachung der Vergleichbarkeit vorgenommen.

Von diesen Zielsetzungen ausgehend soll die in dieser Arbeit zentrale Forschungsfrage beantwortet werden:

*Sind New Public Management-Elemente in der kantonalen Rechtsetzung vorhanden? Und falls ja, inwiefern verhält sich ihr Einfluss auf die Rechtsetzung, beziehungsweise wie werden sie umgesetzt?*

Die Beurteilung dieser Fragen erfordert eine qualitative Inhaltsanalyse der Rechtsetzung jedes einzelnen Schweizer Kantons, wobei anhand des Portals für Gesetzgebung des Instituts für Föderalismus der Universität Freiburg (LexFind) die einzelnen rechtsetzenden Erlasse auf sechs

zentrale Elemente des New Public Management-Ansatzes untersucht und anschliessend in einen Vergleich gesetzt wurden.

Die Arbeit ist dabei wie folgt aufgebaut: Im Anschluss an die Einleitung folgt eine theoretische Umschreibung der relevanten Grundsätze der schweizerischen Rechtsetzungslehre wie auch der Elemente des New Public Management in der Schweiz, basierend auf der Analyse der bestehenden Literatur. Durch eine Verknüpfung dieser grundsätzlichen Erläuterungen sowie einer kurzen Übersicht über den Stand der Umsetzung der Verwaltungsreform in den Kantonen werden Hypothesen gebildet, welche wiederum die Basis für die nachfolgenden empirischen Untersuchungen der Rechtsetzungen der Schweizer Kantone sein werden. Dabei geht es insbesondere um die inhaltliche Umsetzung der Elemente in den jeweiligen Erlassen, um diese in einen landesweiten Vergleich setzen zu können. Anhand der daraus resultierenden Ergebnisse gilt es in einem letzten Arbeitsschritt die zu Beginn erarbeitete Fragestellung zu beantworten sowie die aufgestellten Hypothesen zu verifizieren.





---

## **2 THEORETISCHE GRUNDLAGEN: NEW PUBLIC MANAGEMENT IN DER SCHWEIZ UND DIE RECHTSETZUNG DER KANTONE**

Um die thematische Verbindung zwischen New Public Management und Rechtsetzung aufzuzeigen, führt der folgende Abschnitt erst in die schweizerische Rechtsetzungslehre ein, worauf eine Beleuchtung der NPM-Thematik in der Schweiz vorgenommen wird.

### **2.1 Grundsätze der schweizerischen Rechtsetzungslehre**

Gemäss Tschannen (2007: 412) wird unter „Rechtsetzung“ der Erlass von Rechtsätzen von generell-abstrakten Normen verstanden, welche Rechte einräumen und Pflichten auferlegen, aber auch die Organisation und die Zuständigkeit der Behörden regeln sowie das Verfahren anordnen. Die Abgrenzung zum ebenfalls in diesem Kontext häufig verwendeten Begriff der Gesetzgebung ist dabei oft nicht klar. Um hierbei aber doch eine Differenzierung vornehmen zu können, orientiert sich diese Arbeit an Kettiger (2000: 10): „Der Begriff der ‚Rechtssetzung‘ wird für den Prozess verwendet, der im Ergebnis zu Rechtserlassen bzw. zur Gesetzgebung führt, d.h. für das Rechtsetzungsverfahren im weiteren Sinn“.

In der schweizerischen Rechtsetzungslehre finden sich hierzu drei verschiedene Erlassformen auf jeder der drei Staatsebenen: Die Verfassung als rechtliche Grundordnung, das Gesetz als dieser innerhalb der Normenhierarchie untergestellter Erlass sowie die Verordnung auf der nächsten Stufe. Zudem gibt es noch internationale, interkantonale und interkommunale Vereinbarungen mit Rechtsetzungscharakter zwischen diesen Erlassstufen, diese werden aber in der vorliegenden Untersuchung nicht von Relevanz sein (vgl. Müller 2006: 120f.). Bund, Kantone und Gemeinden haben dabei zwar in weiten Teilen ihr eigenes Staats-, und grundsätzlich auch ihr eigenes Verwaltungsrecht, allerdings sind auch zahlreiche bundesstaatsrechtliche Normen für alle Ebenen von Verbindlichkeit (vgl. Lienhard 2005: 120).

Eine der zentralen Funktionen der Rechtsnormen im demokratischen Rechtsstaat wie auch in unserer Gesellschaft ist die Steuerung der gesellschaftlichen Entwicklung (vgl. Kettiger 2005: 163). So hat sich in den letzten drei Jahrzehnten die Gesetzgebung zunehmend zu einem Instrument der Planung sowie Steuerung von gesellschaftlichen Prozessen entwickelt, wobei diese Steuerungsfunktion des Rechts ihrerseits die Grundlage der Idee der wirkungsorientierten Gesetzgebung des New Public Management bildet (vgl. ebd.). Insbesondere Normen des Verwaltungsrechts sind dabei auf diese Leitungsfunktion ausgerichtet (vgl. Müller 2006: 12f.). Die Steuerungsfähigkeit des Rechts ist zwar durch zahlreiche Regeln und Verhaltensvorschriften begrenzt, eine sinnvolle Kombination der Regelungsinstrumente schafft jedoch auch eine wirkungsvolle Gesetzgebung in Sinne des New Public Management (vgl. ebd.). Es gilt daher die gesetzgeberischen Instrumente klar zu wählen und gezielt zu nutzen, sowie diese auf die erwünschten Wirkungen auszurichten (vgl. Kettiger 2005: 164). Die Reformideen können folglich einzig die gewünschten Änderungen bewirken, wenn sie in ausformulierte Rechtsregeln einbezogen werden (Meyer 1998: 1), was wiederum besondere Anforderungen an die Gesetzgebung wie auch an das Rechtsetzungsverfahren mit sich mitbringt (vgl. Kettiger 2001 et al.: 7).

Inwiefern die Ziele der wirkungsorientierten Verwaltungsführung schlussendlich inhaltlich in den Rechtsetzungen der Kantone tatsächlich umgesetzt wurden, kann daher erst genauer beleuchtet werden, wenn diese der Literatur entnommenen theoretischen Grundsätze der Rechtsetzung und die Elemente des New Public Management in einen konkreten Bezug zueinander gebracht werden. Es gilt folglich nach einem Überblick über das Modell des New Public Management und seiner Elemente die Schnittstelle mit der Rechtsetzung aufzuzeigen.

## **2.2 Elemente des New Public Management**

New Public Management enthält und nutzt Instrumente, welche zur Verbesserung des Handelns, respektive der Dienstleistungsprozesse dient. Meist handelt es sich hierbei um keine neuen Instrumente, sondern um

solche, die durch die Verwendung im Reformprozess an Bedeutung gewonnen haben.

Da es im Bereich des New Public Management keine einheitliche Theorie gibt und weltweit eine Vielfalt von Modellen entstanden ist, kann nicht auf eine abschliessende Liste von Instrumentarien zurückgegriffen werden. Alle Modelle verfügen über gemeinsame Grundelemente, wobei deren sechs in den folgenden Abschnitten beschrieben werden: Es handelt sich um das Globalbudget, die Leistungsvereinbarung auf der Basis des Leistungsauftrags, den integrierten Finanz- und Entwicklungsplan, die Effizienz- und Wirkungsorientierung, den Vertrag sowie die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV) im Allgemeinen.

Um den Zusammenhang dieser gemeinsamen Grundelemente zu verstehen, muss vorerst ein Augenmerk auf die Zielsetzung des New Public Management gelegt werden, um dann in einem zweiten Schritt auf die Steuerungsinstrumente eingehen zu können (vgl. Schedler/Proeller 2006: 73ff.). Die Zielsetzung des New Public Management in der Schweiz sowie die Steuerungsinstrumente bilden dabei die Basis für die anschliessende Untersuchung der kantonalen Rechtsetzung.

### **2.2.1 Zielsetzungen des New Public Management**

Hauptgrund für die Einführung und den Erfolg von New Public Management ist die allgemeine Verknappung der öffentlichen Mittel (Kosten- und Effizienzdruck) bei gleichzeitig zunehmender Anspruchs- respektive Erwartungshaltung der Bevölkerung, was zu einem Leistungsdruck bezüglich Dienstleistungen geführt hat. Weiter waren auch der Steuerungsverlust und letztlich die Wirkungs- und Akzeptanzdefizite für die erfolgreiche Einführung von New Public Management mitverantwortlich (vgl. Ritz 2003: 300).

Zur Verbesserung dieser Defizite im Verwaltungshandeln wurden unternehmerische und marktwirtschaftliche Element eingeführt, umgesetzt und verankert. Neben der Stärkung der Führungskraft des Parlamentes sind insbesondere vier wichtige Zielsetzungen des New Public Manage-

ment aus unternehmerischer und marktwirtschaftlicher Sichtweise aufzuzählen: Die Kunden-, die Qualitäts-, die Wettbewerbs- sowie die Leistungs- und Wirkungsorientierung (vgl. Abbildung. 1).



**Abbildung 1: Zielsetzungen des New Public Management. Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Ritz (2003: 300).**

In den folgenden zwei Abschnitten wird kurz auf zwei Elemente der Zielsetzung des New Public Management eingegangen, welche im empirischen Teil dieser Arbeit aufgenommen werden (vgl. Ritz 2003: 300). Es sind dies das Wirkungsziel und die Wirkungs- und Effizienzorientierung.

### 2.2.1.1 Wirkungsziel

Wirkungs- und Leistungsziele stärken die präzisen Output-Vorgaben der Politik, den Einsatz von Marktmechanismen und somit die Leistungs-/Wirkungsorientierung der Verwaltung (vgl. Ritz 2003: 300).

Dabei ist von Bedeutung, dass sich die Massnahmen im schweizerischen New Public Management an Wirkungszielen orientieren, was bedeutet, dass die Wirkung staatlichen Handelns und nicht die Leistung im Vordergrund steht.

---

Für ein besseres Verständnis der Begriffe und Zusammenhänge der Leistungs- und Wirkungsorientierung, im Folgenden eine kurze Begriffserläuterung:

- Unter Leistungen versteht man das direkte Ergebnis einer Verwaltungstätigkeit aus der Sicht eines Dritten (z.B. ein ausgestellter Personalausweis der Universitätsadministration gegenüber Studenten) (vgl. Kettiger 2000: 7; Schedler/Proeller 2006: 72ff.).
- Unter Wirkung kann man das Ergebnis einer oder mehrerer Leistungen durch die Verwaltungstätigkeit verstehen (z.B. eine gereinigte und gut befahrbare Strasse, woraus höhere Mobilität und höhere Verkehrssicherheit mit weniger Verkehrsunfällen und tieferen Gesundheitskosten resultieren) (vgl. Kettiger 2000: 7; Schedler/Proeller 2006: 72ff.).
- Die Verwaltung erbringt für die Empfänger Leistungen, die bei diesen eine Wirkung auslösen. Wie bereits erwähnt, orientiert sich die Verwaltung hauptsächlich an der Wirkung, da erst durch das Eintreten einer erwünschten Wirkung das Verwaltungshandeln abgeschlossen ist (vgl. Schmidt 2008: 37; Schedler/Proeller 2006: 72ff.).

#### 2.2.1.2 Wirkungs- und Effizienzorientierung

Die Wirkungsorientierung ist, wie bereits unter Kapitel 2.2.1.1 beschrieben, ein Kernelement und eine Eigenheit des Schweizer New Public Management. Die Festlegung der langfristigen Wirkungsziele sowie die Bereitstellung der dazugehörigen Mittel werden durch das Parlament gewährleistet.

Mit diesen Mitteln werden durch die Regierung die Verwaltungsprodukte (sogenannte Leistungen) bestellt, mit welchen die geplanten Ziele zu erreichen sind (vgl. Schmidt 2008: 38).

Durch den Grundsatz der Verhältnismässigkeit finden Wirkungs- und Effizienzorientierung eine bedeutende rechtstaatliche Schranke. Wirkungs- und effizienzorientierte Massnahmen müssen daher geeignet, erforder-

lich und zumutbar sein. Geeignet ist eine Massnahme nur, wenn sie wirkungsorientiert ist, erforderlich, wenn sie effizient ist und sich zugunsten des/der Betroffenen auswirkt(en) (vgl. Schmidt 2008: 38).

## **2.2.2 Steuerungselemente des New Public Management**

Das Steuerungsinstrumentarium verbindet die Leistungserstellung mit der Ressourcenplanung und differenziert nach Dauer (kurz oder mittelfristig), Steuerungsebene (Aufgabenfelder, Aufgabenbereich, Produktgruppe/Dienststelle, Produkt) und Bezugsgrösse (Leistungen oder Wirkungen). Die verschiedenen Steuerungsinstrumente (Aufgaben- und Finanzplanung, Leistungsauftrag, Budget) sind dabei sorgfältig aufeinander abzustimmen.

Zu den wichtigsten Steuerungsinstrumenten gehören das jährliche Budget, der vierjährige Finanzplan, die politischen Schwerpunktprogramme sowie die punktuellen Sachpläne. Diese werden grundsätzlich in zwei Steuerungsinstrumente unterschieden: In kurz- und mittelfristige Steuerung (vgl. Schmidt 2008: 44ff.).

In den folgenden Abschnitten wird hauptsächlich auf die kurzfristigen Steuerungselemente (Globalbudget und Leistungsvereinbarung) und auf die mittelfristigen Steuerungselemente (Leistungsauftrag und integrierter Finanz- und Aufgabenplan) eingegangen.

### **2.2.2.1 Kurzfristige Steuerung: Globalbudget und Leistungsvereinbarung**

Bei der kurzfristigen Steuerung werden die Inputs (Ressourcen) und Outputs (Leistungen) des staatlichen Handelns auf ein Jahr festgelegt. Zentrale Instrumente dieser Steuerung sind das Globalbudget und die Leistungsvereinbarung auf der Basis des Leistungsauftrags (vgl. Schmidt 2008: 44).

### 2.2.2.1.1 Globalbudget

Grundsätzlich bedeutet das Globalbudget, dass die Verwaltungseinheiten weitgehend frei darüber entscheiden können, wie sie die verfügbaren finanziellen Mittel zur Erreichung ihrer Ziele einsetzen wollen. Einerseits bedingt dies, dass der Voranschlag, welcher Globalbudget genannt wird, nach Produktgruppen, Organisationseinheiten oder Aufgabenfelder, und nicht mehr nach Sachgruppen (Aufwand- und Ertragsarten) gegliedert wird. Wichtig ist, dass die Ressourcen (z.B. Personal und Finanzen) nicht mehr detailliert den Verwaltungen vorgeschrieben werden, sondern in sogenannten Saldi zusammengefasst werden (vgl. Lienhard 2005: 43). Weiter werden durch das Globalbudget Kreditverschiebungen beim Produktgruppenbudget zwischen den einzelnen Produkten möglich, womit sich die Flexibilität der Verwaltung, die Mittel zielgerecht einzusetzen, erhöht (vgl. Lienhard 2005: 43).

Durch die Einführung des Globalbudgets soll die auf das Ende der Rechnungsperiode entstandene Budgetunterschreitung (Bonus) auf die nächste Periode übertragen und zur Aufgabenerfüllung, Reservebildung und allenfalls auch für die Mitarbeiterbeteiligung (z.B. Boni oder Zielerreichungsprämien) verwendet werden. Die verminderte Detailsteuerung wird durch aussagekräftige Informationen zu Leistungserstellung und der gesteigerten Transparenz kompensiert (vgl. Pulitano 2000: 38; Lienhard 2005: 45). Das Globalbudget führt somit zu einer grösseren Verantwortlichkeit der einzelnen Verwaltungen und mehr Entscheidungsspielraum zu Gunsten des Leiters einer Verwaltungsbehörde. Ein weiterer Vorteil sind die verkürzten Entscheidungswege, was zum Abbau der Bürokratie und zur Effizienzsteigerung führt (vgl. Schedler/Proeller 2006: 62ff.). Trotz der grösseren Verantwortung der Verwaltungseinheiten wird durch das Globalbudget die Verwaltung nicht von der genauen Verbuchung aller Geschäftsvorfälle sowie von der genauen Budgetierung erlöst, denn die Vorschriften des Rechnungswesens bleiben bestehen. Durch das Globalbudget sind die Verwaltungen vermehrt gefordert, die jährlichen Aufwendungen und Erträge zu hinterfragen und noch besser im Vergleich zur Vorperiode zu planen respektive ein detailliertes Budget zu erstellen (vgl. Pulitano 2000: 38; Schmidt 2008: 45).

Wichtig ist beim Globalbudget, dass die Finanzseite und die Leistungsseite miteinander verknüpft sind. In der Regel gibt es kein Globalbudget ohne Leistungsvereinbarung (vgl. Pulitano 2000: 38).

#### 2.2.2.1.2 Leistungsvereinbarung

Die Leistungsvereinbarung gehört zu den zentralen Steuerungsinstrumenten des New Public Management. Die Leistungsvereinbarung umfasst und regelt sämtliche Aufträge, Kontrakte, Vereinbarungen, Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung zwischen Politik, Verwaltungsführung, Verwaltungseinheiten und Dritten. Sie konkretisiert zudem die übergeordneten und operativen Ziele, die zu erbringenden Leistungen und die dafür zur Verfügung gestellten Mittel (Globalbudget) (vgl. Schedler/Proeller 2006: 72ff.).

Als Grundlage der Leistungsvereinbarung dient der Leistungsauftrag, welcher alle vier Jahre definiert wird und somit unter den mittelfristigen Steuerungsinstrumenten zu erläutern ist (vgl. Schedler/Proeller 2006: 139). Eine Leistungsvereinbarung sollte jedoch nur dann im Gesetz normiert werden, wenn es das übergeordnete Recht so verlangt (Finanzdirektion Kanton Bern 2001: 13ff.). Leistungsvereinbarungen (Quasi-Verträge) können aber der Gefahr des Verlusts der politischen Steuerung im Verwaltungsapparat (strategische Steuerung) durch die Verselbstständigung der Verwaltungseinheiten, entgegenwirken. Diese neue Ausrichtung der Verwaltungsführung führt dazu, dass mehr und mehr partnerschaftliche Willensbildung das Kosten-Leistungs-Verhältnis bestimmt. Die Leistungsvereinbarung bildet so eine sogenannte Richtschnur für die Leistungserstellung, in welcher die Qualität, Quantität, zeitliche Verfügbarkeit der zu erstellenden Produkte und die Kontraktsumme (die dem Leistungserbringer zur Verfügung steht) enthalten sind (vgl. Schedler 1996: 130ff.; Schmidt 2008: 48).



---

### 2.2.2.2 Mittelfristige Steuerung: Leistungsauftrag und Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung

Grundsätzlich beträgt die Budgetperiode ein Jahr. Eine Verschiebung zum Mehrjahresbudget beziehungsweise zu mehrjährigen Finanz- und Leistungsplänen wird jedoch angestrebt. Begründet wird diese Bestrebung damit, dass der Budgethorizont von einem Jahr oft zu wenig Handlungsspielraum offen lässt (vgl. Lienhard 2005: 44). Deswegen wird oft von der mittelfristigen Planung gesprochen, welche sich in der Regel über eine Legislaturperiode von vier Jahren erstreckt. Instrumente der mittelfristigen Planung unterscheiden sich je nachdem, ob es sich um umfassende Planungsinstrumente (vgl. (integrierte) Aufgaben- und Finanzplanung) oder produktspezifische Vereinbarungen (vgl. mehrjährige Globalbudgets und Leistungsvereinbarungen) handelt (vgl. Lienhard 2005: 45f.; Schmidt 2008: 46f.).

#### 2.2.2.2.1 Leistungsauftrag

Im Leistungsauftrag werden Leistungen von beauftragten Dritten gesteuert. In den meisten Fällen müssen sie im Gesetz verankert werden, hauptsächlich dann, wenn die Auftragserteilung durch öffentlich-rechtlichen Vertrag erfolgt. Der Leistungsauftrag in der Gesetzgebung drängt den Vorrang der Verfügung immer mehr zurück (vgl. Finanzdirektion Kanton Bern 2001: 13).

Für die Formulierung der Leistungsaufträge für die Verwaltung ist die Regierung verantwortlich. Genehmigt werden Leistungsaufträge dann durch das Parlament, welches anschliessend die Leistung einkauft. Die Vergabe von Leistungsaufträgen sieht vor, dass auch private Anbieter einen Auftrag zugeteilt bekommen können (z.B. die private Hochschule PHW in Bern und Zürich). Die Entscheidung, wer den Auftrag erhält, wird aufgrund von Kosten- und Qualitätsüberlegungen (d.h. der preiswerteste Anbieter, welcher die Produktion im gewünschten Ausmass in einer minimalen Qualität sicherstellen kann, wird gewählt) gefällt. Wie bereits kurz erwähnt, bildet der Leistungsauftrag die Basis für die kurzfristige

Steuerung z.B. die Leistungsvereinbarung (vgl. Lienhard 2005: 39ff.; Schedler 1996: 130ff.).

#### 2.2.2.2.2 (Integrierte) Aufgaben und Finanzplanung IAFP

Beim integrierten Aufgaben- und Finanzplan handelt es sich um die Weiterentwicklung des traditionellen Finanzplans. Der traditionelle Finanzplan wurde mit WoV-Kriterien zu einem integrierten Aufgaben- und Finanzplan weiterentwickelt (vgl. Lienhard 2005: 45f.; Mastronardi/Schedler 2004: 134).

Dabei sollen Finanz- und Leistungsseite verknüpft werden. Die Exekutive erstellt, gleichzeitig mit dem Legislaturprogramm, einen integrierten Finanz- und Aufgabenplan (IAFP). Der IAFP ist das Instrument für die Darstellung der Konsequenzen für Kosten, Leistungen und Wirkungen auf mittlere Frist (vgl. Lienhard 2005: 45; Schmidt 2008: 48).

Die Planung durch den IAFP ist rollend. Das bedeutet, dass jede Veränderung (z.B. umwelttechnische und konjunkturelle Veränderungen oder auch politische Beschlüsse) erfasst wird. Dies ist sinnvoll, da das Parlament so auf sich verändernde Situationen reagieren kann. Im Gegenzug ist jedoch für die längerfristige Wirkung eine konstante und dauerhafte Planung notwendig. Aufgrund dieser Erkenntnis ist es wichtig, dass der Legislaturplan nur beim Vorliegen wichtiger Gründe nachträglich korrigiert wird (z.B. bei grösseren Konjunkturinbrüchen, nicht planbaren Einnahmeausfällen wie die Steuern und nicht vorhersehbares Aufgabenwachstum, wie z.B. mehr Arbeitslose) (vgl. Schmidt 2008: 48).

Der IAFP wird periodisch angepasst. So wird jeder Beschluss des Parlaments auf seine Auswirkungen im IAFP untersucht und transparent gemacht, damit allfällige Anpassungen transparent nachvollzogen werden können.

---

Folgende Informationen sind im IAFP enthalten (vgl. Mastronardi/Schedler 2004: 134):

- a) Geplante Entwicklungen bezüglich Leistungen und Wirkungen in den versch. Aufgabenbereiche.
- b) Auswirkungen finanzieller Art auf die laufende Rechnung und die Investitionsrechnung.
- c) Die bedeutendsten Finanz- und Leistungskennzahlen des Kantonshaushalts.

Die Planung soll zu einem politischen Prozess ausgestaltet werden, der in Parlament und Regierung berücksichtigt werden soll. Die wirkungsorientierte Verwaltungsführung unterscheidet zwischen einer programmatischen Schwerpunktbildung (Legislaturplanung) und einer informativen Konsequenzenrechnung (Aufgaben- und Finanzplanung) (vgl. Lienhard 2005: 45f.; Mastronardi/Schedler 2004: 134).

### 2.2.2.3 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget (FLAG-Instrumente)

Das Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget (FLAG) bildet ein Steuerungspaar, welches grundsätzlich nicht getrennt werden sollte. Aufgrund dieser Kopplung ist eine Abstimmung beider Instrumente notwendig, da ansonsten die Gefahr der Übersteuerung oder Untersteuerung besteht. Die Steuerung über das Budget wird als Input-Steuerung, die Steuerung über den Leistungsauftrag als Outputsteuerung bezeichnet (vgl. Pulitano 2000: 38 ff.; Schmidt 2008: 45f.).

Beim FLAG-Instrument handelt es sich um eine Zusammensetzung von Instrumenten der kurzfristigen Steuerung (Globalbudget sowie Leistungsvereinbarung) und der langfristigen Steuerung (Leistungsauftrag). Zu den wichtigsten FLAG-Instrumente gehören das Globalbudget, der mehrjährige Leistungsauftrag, die einjährige Leistungsvereinbarung, die Kosten- und Leistungsrechnung sowie die Wirkungs-, Leistungs- und Kostenindikatoren (vgl. Kettiger 2011: 178). Gesteuert wird durch einen

vierjährigen Leistungsauftrag, welcher jedes Jahr durch eine Leistungsvereinbarung genauer definiert wird, sowie durch das Globalbudget (vgl. Kettiger 2011: 178).

Zentraler Ansatzpunkt von Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget zur verbesserten Effizienz- und Wirkungsorientierung der Verwaltung ist der Einbezug von Führungsaufgaben von Parlament und Regierung in die neue Steuerungsform sowie ihr Zusammenspiel mit den vollziehenden Organen. Die neuen zwei Steuerungsinstrumente Leistungsauftrag und Globalbudget kommen dem Parlament und der Regierung in der Ausübung ihrer Führungsaufgaben zugute (vgl. Ritz 2003: 301). Eines der Ziele dieses Elements ist die Verfolgung von Wirkungszielen, d.h. dass sich staatliches Handeln stärker als bisher an den Leistungen und Wirkungen ausrichtet. Dies erfolgt dadurch, dass durch genauere Output-Vorgaben seitens der Politik und dem Gebrauch von Marktmechanismen die Wirkung und Leistungsorientierung der Verwaltungseinheiten gesteigert wird (vgl. Schmidt 2008: 45f.).

#### 2.2.2.4 Vertrag

Um einen Vertrag im Sinne von New Public Management handelt es sich, sobald staatliche Akteure untereinander oder mit Dritten ein Verhältnis eingehen, welches in einem Vertrag statt in einer Verfügung festgehalten wird. Es geht dabei um eine rechtliche Willenseinigung zwischen einer Verwaltungseinheit in nicht privatwirtschaftlicher Funktion und einem privaten Rechtssubjekt/Dritten über einen bestimmten Inhalt (vgl. Gruber/Schwander 2000: 114).

Rechtsverhältnisse werden im Rahmen des New Public Management verstärkt durch konsensuale Handlungsformen geregelt. Diese Handlungsformen erhalten im New Public Management zudem deshalb eine besondere Bedeutung, weil dadurch Rechtsgrundlagen, welche nicht so stark ausgearbeitet sind, kompensiert werden können. Es handelt sich bei diesen konsensualen Handlungsformen mehrheitlich um öffentlich-rechtliche Verträge. Beispielsweise unterstehen Dienstverhältnisse grundsätzlich dem öffentlichen Recht. Die Indienstnahme erfolgt dabei

---

durch einen öffentlich-rechtlichen subordinationsrechtlichen Vertrag. Nur in Ausnahmefällen werden privatrechtliche Arbeitsverträge abgeschlossen (z.B. für Aushilfspersonal, Praktikanten usw.). Weiter sind die Gesamtarbeitsverträge zu erwähnen, bei welchen es sich um eine Vereinbarung handelt, die zwischen dem öffentlichen Arbeitgeber (bzw. einer entsprechend befugten Organisation der dezentralen Verwaltung) und den Arbeitnehmerorganisationen ausgehandelt wird. Die Regelung individuell-konkreter öffentlich-rechtlicher Rechtsverhältnisse erfolgt dagegen grundsätzlich in der Form der Verfügung (vgl. Lienhard 2005: 452ff.).

Der vermehrte Einbezug Dritter in die staatliche Leistungserstellung kann dazu führen, dass ebenso zunehmend privatrechtliche Handlungsformen verwendet werden. Massgeblich ist hierbei, dass der Staat anhand eines Vertrages mit einem Dritten die Leistungserstellung einer öffentlichen Aufgabe durch diesen Dritten regelt. Es handelt sich bei den privatrechtlichen Verträgen jedoch um eine Ausnahme. Die Möglichkeit, öffentlich-rechtliche Angestellte vertraglich anzustellen (z.B. Modell Bundespersonalgesetz) gehört als Spezialfall dazu (vgl. Lienhard 2005: 456).

#### 2.2.2.5 WoV-Erlasse

Die Umsetzung des Modells der wirkungsorientierten Verwaltung ging hauptsächlich von den Kantonen aus. Die WoV-Reform war jedoch sehr pragmatisch und eher zurückhaltend und jeder Kanton folgte einer eigenen Umsetzungsmethode, was wiederum zu unterschiedlichen Lösungen führte. In den meisten Kantonen wurde dabei aber mit Pilotprojekten gearbeitet. Um diese Pilotprojekte loszustossen, wurden Gesetze über eine testweise Einführung der WoV erlassen. So existiert beispielsweise zurzeit eine „Verordnung über die versuchsweise Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung in den Gemeinden und Bezirken (WOV-VO)“ im Kanton Schwyz, welche das New Public Management Prinzip für die Bezirke und Gemeinden fördern soll. Auf kantonaler Ebene ist derweil die „Verordnung über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV)“ bereits in Kraft und beinhaltet verschiedene Instrumente des New Public Management, die auf die Departemente und Ämter des Kantons angewendet werden sollen.

Grundsätzlich beinhalten solche Erlasse den Geltungsbereich, das heisst, den Bereich der Verwaltung, für den der Erlass verbindlich ist, die Instrumente, die angewandt werden müssen sowie zahlreiche optional einzusetzende Instrumente. Abgerundet werden die Erlasse mit einem Auftrag zum Controlling, womit also eine umfassende Sammlung der Instrumente des New Public Management in einem einzigen Erlass Platz finden kann.

### **2.3 Elemente des New Public Management und die kantonale Rechtsetzung**

Im Folgenden sollen nun die Grundsätze der Rechtsetzungslehre mit den Erläuterungen der einzelnen, in dieser Arbeit verwendeten Elemente des New Public Management zusammengefügt und deren Schnittstellen aufgezeigt werden. Es geht hierbei um die Frage, inwiefern diese Elemente in die Gesetzgebung einfließen respektive wie die Elemente in der Rechtsetzung wirken können.

Wie bereits im Kapitel 2.1 angedeutet, ist die Umsetzung neuer wirkungsorientierter Steuerungsmodelle im Zuge von Verwaltungsreformen unweigerlich auch mit der Gesetzgebung zu verknüpfen und somit auch mit weitreichenden Anpassungen im Staats- und Verwaltungsrecht verbunden (Lienhard 2005: 113). Der Einfluss sowie die Wechselwirkungen zwischen Recht und New Public Management sind dabei als vielschichtig und komplex zu verstehen, wobei das Rechtssystem sich an den staatsleitenden Prinzipien orientieren muss (vgl. Schedler/Proeller 2009: 217).

Die bis anhin bezüglich dieser Schnittstelle durchgeführten Untersuchungen haben gemein, dass sie vermehrt eine Flexibilisierung des Gesetzes durch Normenabbau verlangen, wie auch weitere Forderungen an die Gesetzgebung formulieren (vgl. Kettiger 2000: 15). Nur selten allerdings werden in der wissenschaftlichen Diskussion auch direkt konkrete Vorstellungen über die Ausgestaltung oder den Inhalt dieser Erneuerung der Gesetze innerhalb einer wirkungsorientierten Verwaltungsstruktur geäußert (vgl. ebd.: 18). Es hat sich aber gezeigt, dass für die Umset-

---

zung von New Public Management insbesondere offene und unbestimmte Rechtsnormen praktikabel sind, da diese einen grösseren Handlungsspielraum erlauben (vgl. Müller 2006: 165). Diese Forderung geht einher mit der Kritik, dass die Gesetzgebung einerseits die Bevölkerung sowie andererseits die Verwaltung in ihrem Handeln einschränke und somit eine effiziente Tätigkeit erschwert (vgl. Kettiger 2000: 1). Gerade in diesem Bezug wird auch der Anspruch nach neuen Formen der Regulierung wie auch der Deregulierung angebracht (vgl. ebd.). Die Anforderungen des New Public Management an die Gesetzgebung können ihrerseits dazu beitragen, jene Defizite der Gesetzgebung zu beheben und insbesondere an Wirkung zurückzugewinnen (vgl. Arnold 2006: 138f.).

Im Rahmen des Reformierungsprozesses des New Public Management wurde folglich nicht nur die Verwaltungsführung umgestaltet, sondern auch die Gesetzgebung hat sich einem Wandel unterzogen. So kann sie heute mit ihren Funktionen der parlamentarischen Steuerung wie auch des strategischen Controllings als Instrument der Politikgestaltung betrachtet werden (vgl. Kettiger 2005: 164). Die gesetzgeberischen Instrumente sind dabei gezielt auf die erwünschten Wirkungen auszurichten (vgl. ebd.), wodurch auch die verschiedenen Aspekte der wirkungsorientierten Gesetzgebung wieder an Bedeutung gewinnen (vgl. Kettiger 2001: 1). Das primäre Steuerungselement dabei ist das Gesetz, was aber wiederum auch die Erwartungen an die Gesetzgebung in erheblichem Masse beeinflusst. Während die Befugnisse Gesetze zu erlassen weiterhin beim Parlament bleiben und sich folglich hier nicht viel ändert, ist umso mehr eine Veränderung in deren Inhalt festzustellen (vgl. Schmidt 2008: 43). So werden einerseits mehr Rahmengesetze erlassen, andererseits erfolgt ein Rückgang der konditionalen Programmierung zugunsten der finalen Normen, welche das zu erreichende Ziel ohne konkret festgehaltene Handlungsweisen definieren (vgl. ebd.). Die Gesetzgebung akzentuiert hierbei insbesondere die permanente Reflexion über die Ziele, die Wirkungen wie auch die Dichte des Gesetzes (Uhlmann 2009: 18).

Die Forderungen nach Verwaltungsreformen haben folglich mit jenen des Normenabbaus einherzugehen. So werden von Seiten des New

Public Management an die Gesetzgebung folgende konkrete Forderungen geltend gemacht: Einerseits wird in Bezug auf die Wirkungsorientierung des Modells des New Public Management verbreitet gefordert, dass dieses in der Gesetzgebung anhand eines Wechsels von konditionaler hin zu finaler Gesetzgebung zum Ausdruck kommen soll (vgl. Arnold 2006: 136/Kettiger 2005: 171). Es handelt sich hierbei um eine Forderung nach final orientierten Rechtssätzen, welche ausschliesslich Wichtiges regeln, alles andere hingegen der Verordnungsstufe oder der Verwaltungspraxis überlassen (vgl. Ritz 2003: 164). Zu Recht stellt sich hier aber die Frage, inwiefern Wichtiges denn definiert werden soll. Diese Reform hätte allerdings den Vorteil, der Kritik der in ihrem Handeln eingeschränkten Verwaltung entgegenzutreten und durch geringere Normdichte und stärkerer Zielorientierung grössere Entscheidungsspielräume sowie bessere Steuerung und Kontrolle des Verwaltungshandelns zu schaffen (vgl. ebd.). Den rechtsanwendenden Verwaltungsorganen wird dadurch ermöglicht, ihre Massnahmen vermehrt auf ihre Wirkungen auszurichten (vgl. Müller 2006: 74).

Es wird weiter gefordert, dass neben der Koppelung von Aufgaben- und Ressourcenverantwortung auch eine Verknüpfung von Aufgaben und Ressourcen in den Gesetzen und Verordnungen vorgenommen wird (vgl. Kettiger 2001: 16), sowie dass die Geltungsdauer von Gesetzen durch Befristung oder in Form eines Massnahmengesetzes eingeschränkt wird (vgl. ebd.).

Ein weiterer Vorschlag Seitens des New Public Management an die Gesetzgebung bezieht sich auf die experimentelle Gesetzgebung, wodurch Freiräume für Experimente dieser neuen Formen der Organisation zugelassen würden (vgl. ebd.: 17). Dies ist insbesondere dann von Relevanz, wenn die Wirkungen der zukünftigen Gesetze nicht bereits im Voraus abschätzbar sind (vgl. ebd.: 21).

In Relation zu den vorhergegangenen Forderungen werden auch eine Verbesserung der Qualität sowie eine Beschleunigung des Rechtsetzungsverfahrens angestrebt (vgl. ebd.: 7). Zusammenfassend spiegeln insbesondere auch diese besonderen Anforderungen der wirkungsorien-



---

tierten Verwaltungsführung an die Gesetzgebung respektive das Rechtssetzungsverfahren deren Schnittstelle wieder.

## **2.4 Die Entwicklung von New Public Management in den Kantonen**

Zum besseren Vergleich der New Public Management-Elemente in den kantonalen Rechtsetzungen ist zudem ein kurzer Überblick über die Entwicklung der Reformen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung in den einzelnen Kantonen notwendig. Auf dieser Basis sowie in stetem Bezug zu den bisher vorgestellten Grundlagen werden vier Hypothesen gebildet, die später zu validieren versucht werden.

Der bereits in der Einleitung beschriebene heterogene Reformverlauf unter den Kantonen hat dazu geführt, dass man sie nun in drei Gruppen mit unterschiedlichen Umsetzungsständen unterscheiden kann: Einerseits finden sich 11 Kantone, welche spätestens per Ende 2011 mit der flächendeckenden Einführung abschliessen möchten, dann jene vier mit partieller Einführung, sowie die restlichen elf Kantone mit andern Steuerungsformen (vgl. Kettiger 2011: 179f.).<sup>1</sup> Es kann somit zusammenfassend festgehalten werden, dass sich die New Public Management-Elemente bei der Mehrheit der Schweizer Kantone bereits eingebürgert haben. So auch bei den kleineren Kantonen, die zwar vermehrt eine traditionelle Steuerung vorziehen, diese aber trotzdem in Teilbereichen mit Elementen neuerer Formen der Verwaltungsführung, wie beispielsweise mehrjährigen Leistungsvereinbarungen, ergänzen (vgl. Evaluationsbericht FLAG 2009: 7955).

---

<sup>1</sup> Flächendeckende Einführung (11 Kantone): AG, BE, BL, LU, SO, TG, ZH, VS, GR, SZ.

Partielle Einführung (4 Kantone): FR, ZG, TI, OW.

Andere Steuerungsformen (11 Kantone): AR, AI, GL, JU, NE, BS, UR, VD, NW, SH, SG.

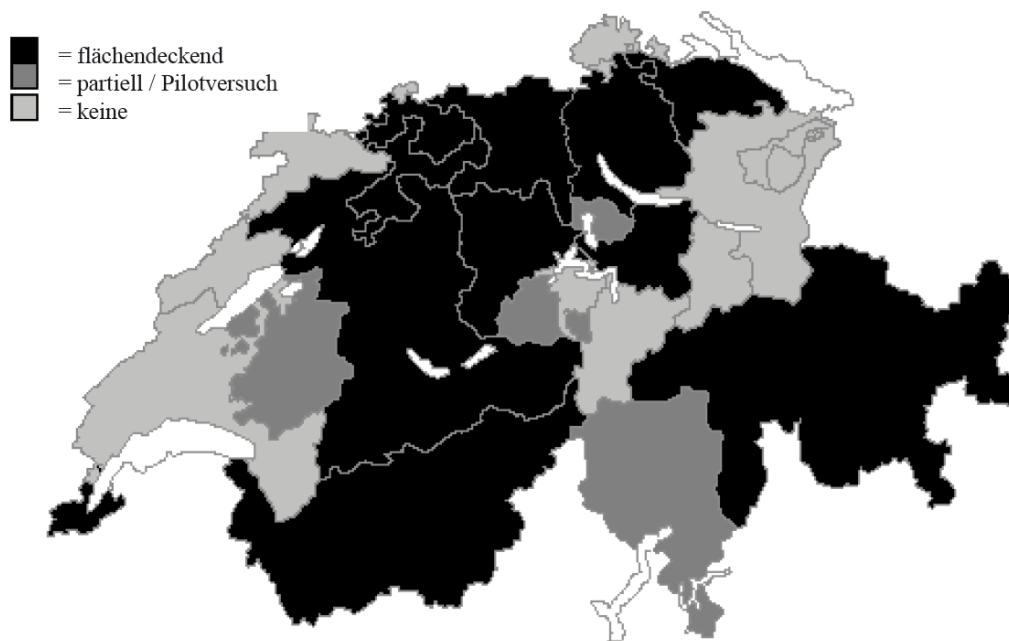


Abbildung 2: Entwicklungsstand von New Public Management in der Schweiz. Quelle: Evaluationsbericht FLAG 2009 (2009: 7954).

Setzt man den heutigen Umsetzungsstand in Zahlen in den Vergleich mit demjenigen vor 20 Jahren (Tschentscher 2001: 173), so zeigt sich eine Verschiebung von einer partiellen Umsetzung (ehemals acht) hin zu anderen Steuerungsformen (ehemals sieben). Die Kantonsgruppe mit flächendeckender Einführung der Elemente ist jedoch innerhalb dieses Reformprozesses gleich geblieben. Allerdings ist auch hier zu beachten, dass die zahlreichen Kantone, welche sich gegen eine Einführung der New Public Management-Reformen ausgesprochen oder diese nach einer Versuchsphase abgebrochen haben, sich trotzdem auch mit den neuen Gegebenheiten auseinandersetzen müssen und einzelne Elemente auch da zu finden sein werden (vgl. Arnold 2006: 149). Diese Annahmen führen zu folgenden zwei Hypothesen:

*H1: New Public Management-Elemente sind in der Rechtsetzung aller Kantone vorhanden.*

*H2: Es existieren Unterschiede bezüglich der Umsetzung der New Public Management-Elemente in der Rechtsetzung der Kantone*

---

Es stellt sich aber die Frage, inwieweit im direkten Vergleich der Kantone und unter Berücksichtigung dieser Unterschiede der Umsetzung diese Differenzen auch tatsächlich bemerkbar sein werden.

Auch Heimgartner/Dietrich (2008) haben in ihrem Bericht den Entwicklungsstand der wirkungsorientierten Verwaltungsführung in den Schweizer Kantonen festgehalten. Sie weisen dabei insbesondere auf die grossen Unterschiede bezüglich der Steuerungsmodelle nach WoV der einzelnen Kantone hin, insbesondere bezüglich Kompetenzverteilung, rechtlicher Umsetzung, der formalen Ausgestaltung ihrer Dokumente sowie der Begriffsverwendung (vgl. Heimgartner/Dietrich 2008: 4).

Betrachtet man die Umsetzung generell, so lassen sich nach Kettiger (2011: 181) zusätzlich zwei Trennlinien feststellen: Eine zwischen grossen und kleinen Kantonen, sowie eine zweite zwischen den deutsch- und französischsprachigen Kantonen. Dabei haben die grossen deutschsprachigen Kantone überwiegend die neue Form der Steuerung übernommen, während insbesondere bei den kleineren noch immer traditionell geführt wird (vgl. Heimgartner/Dietrich 2008: 65). Daraus lassen sich erneut zwei Hypothesen ableiten:

*H3: In den deutschsprachigen Kantonen lassen sich die New Public Management-Elemente verbreiteter in der Rechtsetzung der Kantone finden als in jenen mit französischer oder italienischer Sprache.*

*H4: In bevölkerungsreichen Kantonen sind New Public Management-Elemente eher und in grösserem Umfange anzutreffen als in jenen mit geringerer Bevölkerungszahl*

Im nachfolgenden Kapitel 3 ab Teilkapitel 3.2 werden die hier aufgestellten vier Hypothesen empirisch überprüft.



---

## 3 EMPIRISCHER TEIL

Der empirische Teil dieser Arbeit gliedert sich in die beiden Teile Methodik und Ergebnisse. In der Methodik wird u.a. auf die Wahl des Untersuchungsinstruments sowie auf die Operationalisierung und den Pretest eingegangen. Der Ergebnisteil zeigt die Resultate der erhobenen Einträge in den 26 Kantonen auf und führt diese aus.

### 3.1 Methodik

Ziel dieser Arbeit ist es, eine Übersicht über die kantonalen Gesetzgebungen im Bezug auf die definierten sechs NPM-Elemente *Wirkungs- und Effizienzorientierung, Leistungsvereinbarung und Leistungsauftrag, Globalbudget, integrierter Aufgaben- und Finanzplan, Vertrag* und *Wirkungsziele* zu geben. Dazu dient eine Gesamterhebung aller rechtsetzenden Erlasse in allen 26 Kantonen. Die rechtsetzenden Erlasse aller 26 Kantone werden auf das Vorkommen der erwähnten NPM-Elemente untersucht und in einer Übersichtstabelle erfasst. Diese Tabelle gibt einen Überblick über die NPM-Elemente in der kantonalen Rechtsetzung und wird für die Überprüfung der Hypothesen verwendet.

#### 3.1.1 Inhaltsanalyse

Um die Existenz von NPM-Elementen in der Rechtsetzung nachweisen zu können, wird eine Inhaltsanalyse auf die rechtsetzenden Erlasse der Kantone angewendet. Dazu müssen Begriffe definiert werden, die Indizien auf die jeweiligen Elemente geben. Diese Methode erlaubt einen ganzheitlichen Überblick über alle Kantone sowie punktuelle Betrachtungen in Bezug auf einzelne Elemente und deren Ausgestaltung. Die ganzheitliche Betrachtung lässt darauf schliessen, wie New Public Management allgemein in der jeweiligen Rechtsetzung der Kantone umgesetzt ist. Die punktuelle Betrachtung legt nebst sprachlichen Differenzen auch Unterschiede in der Verbreitung innerhalb der Gesetzessammlungen offen, die Ausdruck der unterschiedlichen Rechtsetzungen sind. Die

Ergebnisse werden dabei nur in grobem Masse quantitativ analysiert und sind daher kein Bestandteil einer statistisch weitergehenden Untersuchungsmethode. Es geht in dieser Arbeit hauptsächlich um die Erfassung qualitativer Unterschiede in der Rechtsetzung. In diesem Sinne soll die vorliegende Arbeit als Ausgangspunkt für weitere Studien dienen können, die allenfalls in einem stärkeren Mass statistischer Natur sind. Auf weitere Einschränkungen geht Kapitel 3.1.2 ein.

### **3.1.2 Rechtsquellen**

Wie bereits unter Kapitel 2.1 aufgeführt, setzen Kantone ihr Recht grösstenteils anhand von Kantonsverfassungen, Gesetzen und Verordnungen. Weitere Reglemente und Beschlüsse können in dieser Arbeit wegen des zu grossen Aufwands nicht in die Analyse einbezogen werden, sie führen aber lediglich die bereits gesetzten Erlasse in den oben erwähnten Quellen näher aus. Um jene NPM-Elemente, die in dieser Arbeit von Interesse sind, zu erfassen, beschränkt sich die Erhebung folglich auf Verfassungen, Gesetze und Verordnungen, in denen sich die sechs NPM-Elemente finden.

In den 26 Kantonen lassen sich verschiedene Begriffsverwendungen feststellen. Es soll hier jedoch darauf hingewiesen werden, dass in der Auswertung die Begriffe „Verfassung“, „Gesetz“ und „Verordnung“ verwendet werden, obwohl beispielsweise gewisse Kantone einige ihrer Verordnungen als „Dekrete“ oder „Standeskommissionsbestimmungen“ bezeichnen. Sie haben von ihrem Rechtscharakter her jedoch denselben Stellenwert.

Zur Erhebung diente die Online-„Suchmaschine“ LexFind<sup>2</sup>. Dabei handelt es sich um ein Projekt des Instituts für Föderalismus der Universität Freiburg. Auf dem Portal für Gesetzgebung werden alle Erlasse der 26 Kantone täglich aktualisiert und sind durch eine Suchfunktion abrufbar. Zwar sind offiziell die Druckversionen in den amtlichen Sammlungen massgebendes Recht, jedoch kann davon ausgegangen werden, dass

---

<sup>2</sup> Link: <http://www.lexfind.ch>.

---

die Aktualisierungen regelmässig erfolgen und dadurch ein verschwindend kleiner Fehlerbereich entsteht.

### 3.1.3 Operationalisierung

Um die NPM-Elemente identifizieren und erfassen zu können, müssen sie durch Begriffe operationalisiert werden. Als Basis dazu diente eine abschliessende Liste von sechs zentralen NPM-Elementen: *Wirkungs- und Effizienzorientierung*, *Leistungsvereinbarung* und *Leistungsauftrag*, *Globalbudget*, *(integrierter) Aufgaben- und Finanzplan*, *Vertrag* und *Wirkungsziele*. Um den Überschneidungen der beiden Elemente der *Wirkungs- und Effizienzorientierung* und *Wirkungsziele* gerecht zu werden, wurde ersteres ausschliesslich erfasst, wenn es auf Verfassungsstufe auftrat.

Um die sechs Elemente vollumfänglich in den kantonalen Erlassen erfassen zu können, wurde für jedes Element ein Begriffskatalog erstellt. Im Zentrum des Begriffskatalogs stand dabei stets der Titel des jeweiligen NPM-Elements. Anhand einer ersten Literaturrecherche wurde jedem dieser zentralen Begriffe weitere Synonyme oder verwandte Begriffe zugeordnet. Es wurden auch Adjektive, wie beispielsweise „wirkungsorientiert“ und „effizienzorientiert im Zusammenhang mit dem NPM-Element *Wirkungs- und Effizienzorientierung*, berücksichtigt.

Die Idee hinter den Begriffskatalogen bestand darin, mittels dieser synonymen oder ähnlichen Begriffe das ‚Netz‘ bei der Erhebung der Daten so weit ‚auszuwerfen‘, dass mindestens alle relevanten Erlasse erfasst werden. Ein weiterer Grund hierfür ergab sich aus den verschiedenen Begriffsverwendungen seitens der Kantone: Beispielsweise umbeschreibt der Kanton Graubünden das zweite NPM-Element *Leistungsvereinbarung* und *Leistungsauftrag* unter anderem auch mit den Begriffen Rahmenkontrakt und Jahreskontrakt. Unter Berücksichtigung solcher Fälle ergaben sich für jedes Element mehrere Möglichkeiten, um auf LexFind Suchanfragen durchzuführen. Im Anhang sind die erarbeiteten Begriffskataloge für die sechs zu untersuchenden NPM-Elemente der deutschsprachigen Kantone dargestellt (vgl. Tabelle 9). Analog dazu finden sich

ebenfalls im Anhang eine Auflistung für die französischsprachigen Kantone sowie eine für das italienischsprachige Tessin (siehe Tabellen 10 und 11).

Mit diesen Begriffskatalogen wurden auf der Internetseite LexFind Suchfragen gestartet, um die Suchresultate systematisch auf die NPM-Elemente zu untersuchen. Zur Veranschaulichung an dieser Stelle ein Beispiel: Um im Kanton St. Gallen nach dem Begriff „Wirkungsziel“ eine Suchanfrage zu starten, mussten auf LexFind als erstes die Optionen so eingestellt werden, dass der Suchalgorithmus lediglich Einträge in Erlassen auf Stufe der Verfassung, des Gesetzes und der Verordnung und im Kanton St. Gallen berücksichtigte. In der nun erscheinenden Auflistung der Resultate wurde dann in Bezug auf einen Erlass jeweils diejenige Version ausgewählt, welche zurzeit in Kraft war. Innerhalb des angeklickten Erlasses wurde mittels der entsprechenden Suchfunktion der ursprünglich auf LexFind eingegebene Suchbegriff im Erlass konkret auffindig gemacht. Um einen Erlass dann schlussendlich auch in das Sample aufzunehmen, galt eine Reihe von Kriterien:

- Reine Wortnennungen wurden nicht berücksichtigt. Ein Bezug zum Prinzip des New Public Management musste bestehen.
- Um mit Sicherheit einen Bezug zum New Public Management herstellen zu können, wurde deshalb jeweils auch der Kontext innerhalb des jeweiligen Erlasses berücksichtigt.
- Nennungen ausschliesslich in Anhängen oder Fussnoten wurden ebenfalls nicht in die Auswertung einbezogen, da sie nur Verweise oder Ergänzungen darstellen.
- Verweise auf andere Erlasse wurden zwar nicht festgehalten, aber insofern berücksichtigt, als dass der Erlass im Verweis untersucht wurde.

Jeder einzelne Erlass, in dem ein NPM-Element gemäss diesen Kriterien erfasst werden konnte, wurde nun in die Übersichtstabelle eingetragen. Diese dient für die spätere Auswertung und Erstellung der Ergebnisse und wird in Kapitel 3.1.5 vorgestellt. Bevor jedoch die Rechtsetzung aller 26 Kantone auf die sechs NPM-Elemente untersucht wurde, wurde ein



---

Pretest durchgeführt, um bei der Erhebung ein systematisches und einheitliches Vorgehen zu gewährleisten.

### 3.1.4 Pretest

Um das Vorgehen für die Datenerhebung zu validieren und einheitlich zu gestalten, wurde ein Pretest durchgeführt. Jeder der vier Verfasser dieser Arbeit führte für einen Kanton mit allen Elementen eine Erhebung durch. Die erfassten Einträge wurden verglichen und aus den gemachten Erfahrungen Konsequenzen gezogen. Unter anderem wurden auf diese Weise einige Suchbegriffe aus dem Begriffskatalog für die zu untersuchenden sechs NPM-Elemente gelöscht.

Bezüglich der Begriffskataloge musste für die sechs NPM-Elemente eine weitere Änderung vorgenommen werden: Da der Suchalgorithmus von LexFind zwischen den Buchstaben „a“ und „ä“ unterschied, mussten bei den betroffenen Begriffen Ergänzungen vorgenommen werden: Beim NPM-Element *Leistungsvereinbarung* und *Leistungsauftrag* kam für letzteren Begriff die Pluralform „Leistungsaufträge“ hinzu. Dies war ebenso der Fall beim NPM-Element *Vertrag*, wo die Pluralform „Verträge“ aufgenommen wurde.

Ausserdem zeigte sich beim Pretest, dass innerhalb eines Erlasses bezüglich der NPM-Elemente *Leistungsvereinbarung/Leistungsauftrag* und *Vertrag* mehrere Leistungsvereinbarungen und –aufträge und Verträge abgeschlossen werden können. Es wurde entschieden, dass jede Leistungsvereinbarung, jeder Leistungsauftrag und jeder Vertrag innerhalb eines Erlasses einen eigenen Eintrag generiert. Diese Wahl verunmöglicht zwar eine exakte Quantifizierung der Erlasse bezüglich der Umsetzung von New Public Management in einem bestimmten Kanton, ist jedoch ein präziseres Abbild der Umsetzung in der Rechtsetzung der verschiedenen Kantone.

Die Variable „Betrifft“ war nach dem Pretest auf die elf Politikfelder zu beschränken. Während des Pretests stellte sich heraus, dass die Politikfelder einerseits thematisch und andererseits systematisch anhand ihrer

Erlass-Nummern in jedem Kanton in ähnliche Felder einzuteilen waren. Um schlussendlich eine verwertbare Variable zu erhalten, wurden die Felder also auf elf konkrete Politikfelder beschränkt. Sie werden im Kapitel 3.2.4 näher erklärt.

Ein weiterer Punkt, der aufgrund des Pretests berücksichtigt werden musste, waren sogenannte WoV-Erlasse, also Erlasse, die gesamthaft und nicht nur in einem Artikel auf das New Public Management eingehen. Es stellte sich die Frage, wie solche Erlasse eingeordnet werden sollten. In der Auswertungstabelle sind diese nun aufgrund ihres globalen Charakters als spezieller Fall von NPM festgehalten. Diese WoV-Erlasse sind unter Kapitel 2.2.2.5 weiter beschrieben. Nach diesen aufgrund des Pretests vorgenommenen Verbesserungen wurden die Daten erhoben und in der Übersichtstabelle angelegt. Die Übersichtstabelle und die Variablen, die sie beinhaltet, werden im nächsten Abschnitt vorgestellt.

### **3.1.5 Übersichtstabelle**

Um die gefundenen Daten in eine Übersicht zu bringen, die für weitere Auswertungen verwendet werden kann, wurde eine Tabelle erstellt, in die alle Nennungen mit zusätzlich relevanten Informationen aufgenommen werden. Dazu gehören:

- Die Quellenangabe (Erlass-Titel, Erlass-Nummer und Datum der Veröffentlichung in LexFind).
- Die Form der Rechtsquelle (Verfassung, Gesetz oder Verordnung).
- Das vorgefundene Stichwort, welches Indiz auf ein NPM-Element gibt. Hierfür wurde der vorgefundene Begriff, so wie er im Erlass steht, in der Spalte „Stichwort“ eingetragen (Beispiel: Eine Suche mit „Vertrag“ ermittelte einen Erlass, in dem ein Kooperationsvertrag vorkommt. Handelte es sich hierbei um ein NPM-Element, wurde in der Stichwort-Spalte „Kooperationsvertrag“ eingetragen).
- Ein „Betrifft“-Feld, welches die Nennungen in ein Politikfeld einordnet (Bau, Energie, Erziehung, Finanzen, Gesundheit und Fürsorge,

---

Justiz und Sicherheit, Kultur, Umwelt und Landwirtschaft, Verkehr, Verwaltung sowie Wirtschaft).

- Ein „Konkret“-Feld, in welchem klar benannt wird, was der eingetragene Erlass betrifft
- Bei Leistungsvereinbarungen und –aufträgen ein Feld jeweils zur Beschreibung, von wem an wen etwas delegiert wird sowie ein Feld für das Objekt der Delegation.
- Bei Verträgen jeweils ein Feld für die beiden Vertragspartner sowie ein Feld, um das Objekt des Vertrags festzuhalten.

Die Form der Tabelle ist in der Übersichtstabelle im Anhang ersichtlich.

### **3.1.6 Kritische Betrachtung des Vorgehens**

Die Analyse in der vorliegenden Arbeit basiert grösstenteils auf den Suchergebnissen des Internetportals LexFind, welches die Erhebung einerseits zwar erheblich erleichterte, jedoch auch einige Schwierigkeiten mit sich brachte.

So erfasste der Suchalgorithmus beispielsweise auch Erlasse, welche das gesuchte Element nicht beinhalteten und somit nicht verwendet werden konnten. Gleichzeitig wurden aber für die Arbeit zentrale Nennungen, welche in einem Erlass aufgrund eines Zeilenumbruchs getrennt waren, nicht erfasst. So kann nicht gewährleistet werden, dass auch tatsächlich alle relevanten Erlasse für die Übersichtstabelle erfasst wurden und die gewonnenen Informationen vollständig sind.

Eine weitere Herausforderung bot sich mit Bezug auf die französischen wie auch italienischen Erlasse. So setzen sich hierbei zahlreiche Suchbegriffe aus zwei oder mehreren Wörtern zusammen, wobei dann in das Suchresultat jeder Einzelne dieser Begriffe eingeschlossen wurde. Eine Koppelung der Begriffe, wie dies beispielsweise beim Italienischen Begriff für Leistungsvereinbarung (‘*accordo di prestazione*’) der Fall wäre, liess LexFind nicht zu. Dieselbe Problematik trat auch bei den Suchbegriffen mit mehreren Wörtern auf Deutsch auf, wenn auch hierbei die zentralen Begriffe hauptsächlich aus einem Wort bestanden.

Eine weitere Schwierigkeit mit LexFind ergab sich dadurch, dass der Suchalgorithmus beispielsweise bei Eingabe des Wortes „Ziel“ auch solche Erlasse, in denen „Ziel“ innerhalb eines anderen Worts vorkam (z.B. finanZIELLe Mittel), erfasste. Auf diese Art musste teilweise ein Mehraufwand in Kauf genommen werden, um die relevanten Erlasse für die sechs NPM-Elemente zu erheben.

Im Laufe des Arbeitsprozesses zeigten sich zudem gewisse Lücken bezüglich der methodischen Herangehensweise. So hätten gewisse Variablen der Übersichtstabelle zu Beginn noch enger festgelegt werden sollen. Beispielsweise konnten beim NPM-Element Leistungsvereinbarung und Leistungsauftrag die Variablen „Delegation von“, „Delegation an“ und „Objekt der Delegation“ nicht in die Auswertung mit einbezogen werden. Grund dafür war keine hinreichende Einschränkung der Ausprägungen dieser Variable. Somit entstanden in diesem Zusammenhang drei Variablen mit einer zu grossen Anzahl an Ausprägungen, was eine sinnvolle Auswertung für die Arbeit verunmöglichte. Dasselbe Phänomen zeigte sich beim NPM-Element Vertrag bei den Variablen „Vertragspartner 1“, „Vertragspartner 2“ und „Art des Vertrags“. Für zukünftige Analysen dieser Art muss dieses Problem frühzeitig in die Planung mit einbezogen und bedacht werden.

Zudem können auch die Begriffskataloge, die für jedes NPM-Element erstellt wurden, trotz Pre-Test Lücken aufweisen, die jedoch durch weitere, fokussiertere und differenziertere Analysen gefüllt werden könnten. So könnten auch in Kantonen, in welchen ein bestimmtes Element anhand der Übersichtstabelle nicht auftritt, andere Befunde angetroffen werden. Als sehr deutliches Beispiel zeigte sich hierbei der Kanton Bern, der durch unsere Erhebung keine Verwendung von Globalbudgets auswies. Durch eine erweiterte Recherche konnte allerdings aufgezeigt werden, dass der Kanton Bern das Instrument des Voranschlagkredites derart nutzt, dass es mit den Globalbudgets der anderen Kantone gleichgestellt werden kann. Im nächsten Abschnitt wird nun auf die Ergebnisse der Auswertung eingegangen, um schlussendlich die Hypothesen zu überprüfen.

---

## 3.2 Ergebnisse

In diesem Teil sind die Ergebnisse der Datenerhebung und –auswertung festgehalten. Vorerst wird anhand einer Tabelle aufgezeigt, ob die untersuchten sechs NPM-Elemente sowie auch WoV-Erlasse in den Erlassen der 26 Schweizer Kantone auftreten.

### 3.2.1 Übersicht über die Ergebnisse

Anhand der Einträge zeigt sich bezüglich dem Vorkommen der NPM-Elemente *Wirkungs- und Effizienzorientierung*, *Leistungsvereinbarung* und *Leistungsauftrag*, *Globalbudget*, *(integrierter) Aufgaben- und Finanzplan*, *Vertrag*, *Wirkungsziel* und den WoV-Erlassen folgendes Bild (vgl. Tabelle 1): Das NPM-Element *Wirkungs- und Effizienzorientierung* kommt in 18 von 26 Schweizer Kantonen vor. Zu bemerken ist, dass dieses Element lediglich auf Verfassungsstufe untersucht wurde (siehe Kapitel 3.1.3). Vergleicht man dieses Ergebnis mit dem Stand der Umsetzung des New Public Management in den genannten Kantonen (vgl. Kapitel 2.4), so ist hier kein regelmässiges Muster zu erkennen: Appenzell Innerrhoden weist keine solchen Reformen auf, ebenso der Kanton Neuenburg. Das Tessin und der Kanton Zug hingegen haben teilweise NPM-Reformen umgesetzt, während der Kanton Schwyz die wirkungsorientierte Steuerung flächendeckend eingeführt hat (vgl. Heimgartner/Dietrich 2008: 10). Weitere Ausführungen bezüglich *Wirkungs- und Effizienzorientierung* finden sich unter Teilkapitel 3.2.5.1.

Erlasse mit *Leistungsvereinbarungen* und *Leistungsaufträgen* finden sich hingegen in allen 26 Kantonen. Auch auf diese wird später unter Teilkapitel 3.2.5.2 vertieft eingegangen.

Beim dritten NPM-Element *Globalbudget* verhält sich die Lage identisch. Lediglich im Kanton Appenzell Innerrhoden gibt es keine Hinweise darauf, dass dieses Steuerungsinstrument benutzt wird. Auch das NPM-Element des *(integrierten) Aufgaben- und Finanzplans* konnte in den meisten Kantonen gefunden werden. Mit Ausnahme von Appenzell Ausserrhoden und Waadt konnten überall Einträge erfasst werden. Unter

Teilkapitel 3.2.5.3 sind die Resultate bezüglich dieses NPM-Elements detaillierter ausgeführt.

Sowohl *Verträge* als auch *Wirkungsziele* als weitere NPM-Elemente sind in allen 26 Schweizer Kantonen vorhanden. In den Teilkapiteln 3.2.5.5 und 3.2.5.6 wird auf die Ausprägungen näher eingegangen. Als verbleibendes Element wird auf die WoV-Erlasse als Spezialfall näher eingegangen. Erlasse dieser Art wurden in sechs Kantonen gefunden: In Aargau, in Schaffhausen, in Solothurn, in Schwyz, im Tessin sowie in Zug. Hinsichtlich der Umsetzung von wirkungsorientierter Verwaltungsführung lässt sich hier folgender Bezug herstellen: In den drei Kantonen Aargau, Solothurn und Schwyz ist New Public Management flächendeckend eingeführt worden, während dies im Tessin und in Zug teilweise der Fall war. Der Kanton Schaffhausen hat jedoch keine WoV-Reformen umgesetzt (vgl. Kapitel 2.4). Unter Teilkapitel 3.2.3.2 wird näher auf die WoV-Erlasse eingegangen. Nachfolgend verdeutlicht Tabelle 1 das Vorkommen der untersuchten NPM-Elemente inklusive der WoV-Erlasse:

	Wirkungs- u. Effizienzorientierung	Leistungsvereinbarung/ Leistungsauftrag	Globalbudget	(integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan	Vertrag	Wirkungsziel	WoV-Erlasse
AG	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
AI	nein	ja	nein	ja	ja	ja	nein
AR	ja	ja	ja	nein	ja	ja	nein
BE	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
BL	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nein
BS	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nein
FR	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nein
GE	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nein
GL	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nein
GR	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nein
JU	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nein
LU	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nein
NE	nein	ja	ja	ja	ja	ja	nein
NW	nein	ja	ja	ja	ja	ja	nein
OW	nein	ja	ja	ja	ja	ja	nein
SG	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nein
SH	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
SO	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
SZ	nein	ja	ja	ja	ja	ja	ja
TG	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nein
TI	nein	ja	ja	ja	ja	ja	ja
UR	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nein
VD	ja	ja	ja	nein	ja	ja	nein
VS	nein	ja	ja	ja	ja	ja	nein
ZG	nein	ja	ja	ja	ja	ja	ja
ZH	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nein

**Tabelle 1: Auftreten der sechs NPM-Elemente plus WoV-Erlasse in der kantonalen Rechtsetzung.**

Anhand der Tabelle 1 ist Folgendes ersichtlich: Obwohl nur elf von 26 Kantonen New Public Management flächendeckend eingeführt haben, weisen die restlichen 15 Kantone grösstenteils ebenfalls die untersuchten sechs NPM-Elementen auf. Dies bestätigt dieselbe Annahme, wel-

che auch Arnold aufgestellt hat (vgl. Kapitel 2.4). WoV-Erlasse sind hingegen seltener anzutreffen, doch auch sie begrenzen sich nicht auf Kantone, in denen New Public Management flächendeckend eingeführt worden ist (wie im vorigen Abschnitt u.a. am Beispiel des Kantons Schaffhausen ausgeführt wurde).

### **3.2.2 Einträge der Elemente und WoV-Erlasse in den Kantonen**

Total wurden 1892 Einträgen in der Übersichtstabelle erfasst. Der Range erstreckt sich dabei von 26 (Kanton Uri) bis 242 (Kanton Bern). Der Durchschnitt pro Kanton beträgt 72.7 Einträge pro Kanton. Die Quantität wird bei der Auswertung der Ergebnisse jedoch keine bedeutende Rolle spielen, was in den folgenden Teilen dieser Arbeit aufgezeigt wird.

Bei einem Vergleich der erfassten Elemente wird klar ersichtlich, dass sich selbst Kantone mit einer quantitativ ähnlichen Ausprägung der erfassten Elemente deutlich unterscheiden können (vgl. dazu Grafik 14 und Grafik 15 im Anhang, insbesondere ersichtlich bei den Kantonen Genf und Glarus in Grafik 14). Dennoch kann ein Trend abgelesen werden: So zeigt Grafik 14 bei Zunahme der total erfassten Elemente unter wenigen Ausnahmen eine klare Zunahme der Leistungsaufträge und Leistungsvereinbarungen. Dieser Trend ist bei Grafik 15 jedoch nicht mehr klar ersichtlich. Bezüglich den anderen Elementen können keine Trends abgelesen werden. Die Zusammensetzung der total gefundenen Elemente scheint willkürlich zu variieren oder beruht auf inhaltlichen Ursachen. Besonders auffallend ist dabei der Kanton Bern, der mit seinen 242 Erlassen einen deutlichen Ausreisser darstellt.

Rein inhaltlich kann diese quantitative Darstellungsweise keinen Beitrag zur Erkenntnis leisten, ob die Elemente effektiv auch flächendeckend angewendet werden. So könnte beispielsweise in einem einzigen Erlass die Anwendung eines Elements für alle Verwaltungseinheiten vorgesehen sein, was quantitativ gesehen einen tiefen Wert ausgeben würde. Deshalb ist diese Übersicht nur in diesem Sinne zu lesen, als dass die Rechtsetzung an sich deutliche Unterschiede offenlegt. Sie



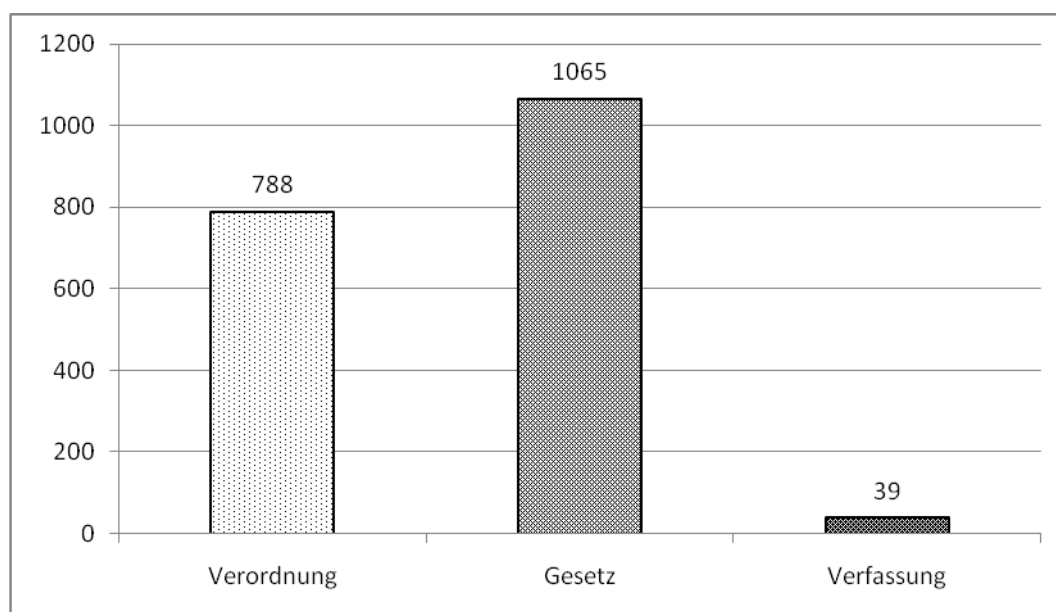
kann keine Erklärungen über die Zusammensetzung der gefundenen Elemente liefern.

### 3.2.3 Rechtsquellen

Die erhobenen Einträge lassen sich nach den drei Rechtsebenen Verfassung, Gesetz und Verordnung gliedern. Dazu dient der nächste Abschnitt. Ein weiterer Abschnitt ist den WoV-Erlassen gewidmet.

#### 3.2.3.1 Verfassung, Gesetz, Verordnung

Wie bereits unter Kapitel 3.1.2 erklärt, gibt es, was die Rechtsquellen angeht, sprachliche Differenzen in den Kantonen. In unserer Übersichtstabelle wurden die Einträge in die drei Kategorien „Verfassung“, „Gesetz“ und „Verordnung“ eingeteilt. Dies, weil die Wortwahl einerseits nicht relevant ist für die vorliegende Arbeit und andererseits zu Gunsten der besseren Übersicht und Auswertung. Total wurden 788 Einträge in Verordnungen, 1064 Einträge in Gesetzen und 39 Einträge in Verfassungen gefunden.



**Grafik 1: Rechtsquellen der erfassten Einträge in der gesamten Schweiz (N=1892).**

Wie Grafik 1 zu entnehmen ist, erscheinen NPM-Elemente vor allem in Gesetzen und Verordnungen. In den Verfassungen lässt sich indes erheblich weniger dazu finden. Es finden sich zwei Kantone, bei welchen das Verhältnis zwischen Verordnungen und Gesetzen gleich ist und acht, in welchen die Einträge überwiegend in Verordnungen gefunden wurden. Die restlichen 16 weisen mit unterschiedlich ausgeprägten Verhältnissen (vgl. dazu Kanton Obwalden mit nur vier Einträgen mehr in Gesetzen und Kanton Waadt mit 55 Einträgen mehr in Gesetzen) eine erhöhte Menge in den Gesetzen vor. Dies ist den Grafiken 11 und 12 im Anhang zu entnehmen, welche ihrerseits die Verteilung der Einträge auf Rechtsquellen für jeden Kanton einzeln aufzeigen.

Es lässt sich also auch bei dieser Sichtweise der Ergebnisse kein konsequentes Muster über alle Kantone finden. Es macht aber durchaus Sinn, dass NPM-Elemente bereits in Gesetzen niedergeschrieben werden, da die Parlamente durch sie den Regierungen ein Kontrollinstrument übergeben. Diese werden dann in den Verordnungen durch die Regierung konkretisiert oder schlichtweg verbreitet, falls in den Gesetzen keine Angabe dazu vorhanden ist, wofür das jeweilige Instrument jeweils gedacht ist. NPM-Elemente in die Verfassung einzubringen, ist bezüglich des Gesetzgebungsprozesses erheblich heikler als das Erlassen von Gesetzen und Verordnungen. Verfassungsänderungen stehen meist mit einem obligatorischen Referendum in Verbindung, weswegen die Umsetzung der geplanten Reformen verzögert würde. Ausserdem muss man sich die Frage stellen, inwiefern es für die Bevölkerung eines Kantons nachvollziehbar wäre, über das Vergeben von Leistungsvereinbarungen oder integrierten Finanz- und Aufgabenplänen zu befinden. Aus den genannten Gründen erscheint die in Grafik 1 veranschaulichte Verteilung deshalb nachvollziehbar.

### 3.2.3.2 WoV-Erlasse

Nebst der Möglichkeit, NPM-Elemente in die Verfassung, Gesetze oder Verordnungen niederzuschreiben, gibt es eine Methode, um all diese Elemente konzentriert zu erlassen und zu sammeln: Die WoV-Erlasse.

---

Während der Auswertung der Einträge entschieden sich die Verfasser, die expliziten WoV-Erlasse gesondert zu erfassen.

Unter den erfassten WoV-Erlassen sind zwei Erlasse, welche nicht explizit die wirkungsorientierte Führung als Ziel des Erlasses nennen. Es handelt sich dabei um die „Verordnung über die Erprobung der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget (Pragma)“ des Kantons Zug und das „Decreto legislativo concernente il finanziamento tramite il budget globale e il mandato di prestazione delle Unità Amministrative Autonome“ des Kantons Tessin. Es handelt sich bei beiden um Verordnungen, die in einem Pilotprojekt für autonome Verwaltungseinheiten die Führung mit Leistungsauftrag und Globalbudget vorsieht. Ausserdem werden Controlling-Massnahmen und weitere (oft) finanzielle Prinzipien vorgeschrieben (wie z.B. eine Leistungs- und Kostenrechnung).

Die restlichen Einträge sind Erlasse der Kantone Aargau, Bern, Schaffhausen, Schwyz und Solothurn, die explizit die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vorschreiben oder mindestens ermöglichen. Dabei handelt es sich in den Kantonen Schaffhausen und Schwyz jeweils um Verordnungen, im Kanton Aargau und Bern findet sich ein Gesetz und im Kanton Solothurn ein Gesetz sowie eine Verordnung. Die Erlasse bestimmen die konkreten Instrumente zur wirkungsorientierten Führung. Dazu gehören, wie bereits bei den Kantonen Zug und Tessin gesehen, die Leistungsaufträge, das Globalbudget und ein Controllingsystem sowie eine Leistungs- und Kostenrechnung (nicht abschliessend). Im Falle vom Kanton Schwyz gibt es dazu noch einen Erlass, der das Konzept versuchsweise für Bezirke und Gemeinden einführen möchte. Dennoch sind die Erlasse des Kantons Schwyz verhältnismässig kurz gehalten und regeln Details nur oberflächlich. Die Erlasse der Kantone Aargau, Bern, Schaffhausen und Solothurn dagegen führen Details in Sachen Organisation, Kompetenzen, Finanzierung bis hin zum Personal aus.

Durch solche WoV-Erlasse ist in den restlichen Erlassen eines Kantons entweder keine weitere Ausführung zur Organisation der Verwaltungseinheiten mehr nötig und/oder man verweist ganz einfach auf diese WoV-Erlasse. Um auf die unter Kapitel 2.1 geschilderte Vermutung zurückzukommen, dass Erlasse, die flächendeckende Regelungen enthal-

ten, Ursache dafür sein können, dass durch sie keine zahlreichen anderen Einträge mehr nötig wären, soll die Menge an Erlassen derjenigen Kantone verglichen werden, die mindestens einen WoV-Erlass haben (siehe dazu Tabelle 2).

Anzahl Erlasse in Kantonen mit mind. einem WoV-Erlass						
BE	AG	SH	SO	SZ	TI	ZG
242	102	85	78	46	39	53

**Tabelle 2: Total Anzahl erfasster Einträge der Kantone mit mindestens einem WoV-Erlass**

Wie aus diesem Vergleich hervorgeht, kann keine Gemeinsamkeit bezüglich Anzahl der Einträge gefunden werden. Mit dem Kanton Tessin, der zu den Kantonen mit den wenigsten Einträge gehört und dem Kanton Bern, der zu den Kantonen mit den meisten Einträge gehört, steht fest, dass kein Zusammenhang zwischen Anzahl gefundener Einträge und Existenz mindestens eines WoV-Erlasses existieren kann. Dies mag daran liegen, dass die WoV-Erlasse verschieden breite Spektren des Verwaltungsapparates ansprechen und teilweise noch zusätzliche Regelungen in Spezialerlassen zu autonomen Verwaltungseinheiten (wie z.B. öffentlich-rechtliche Anstalten) benötigt werden, was die Zahl der totalen Einträge wiederum deutlich beeinflussen kann.

### 3.2.4 Gliederung der erhobenen Daten nach Politikfeldern

Weiter lassen sich alle 1892 Einträge elf abschliessenden und im Vorhinein festgelegten Politikfeldern zuordnen. Diese Einteilung basiert in ihren Grundzügen auf der funktionalen Gliederung der zweiten Fassung des Harmonisierten Rechnungsmodell für die Kantone und Gemeinden<sup>3</sup>, wurde jedoch den Ergebnissen des Pretest nach etwas angepasst. Der

<sup>3</sup> Vgl. Konferenz der Kantonalen Finanzdirektoren (2007): *Handbuch. Harmonisiertes Rechnungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2*, Bern 2007.

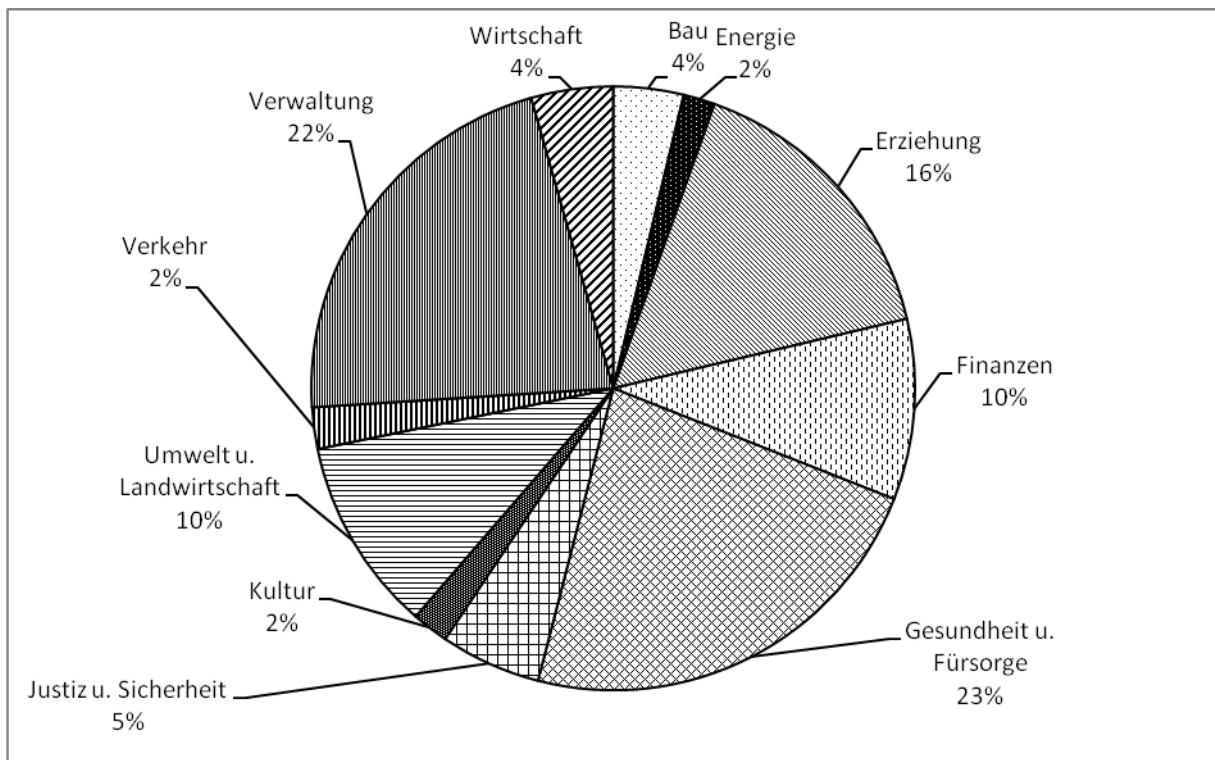
---

Sinn dieser Einteilung ist derjenige, eine Übersicht zu erhalten, in welchen Politikfeldern die untersuchten NPM-Elemente verbreitet sind. Diese Einteilung ermöglicht damit Vergleiche einerseits innerhalb eines Kantons als auch zwischen Kantonen.

Nebst den jeweiligen Inhalten war dabei insbesondere deren Einordnung in die Gesamtheit der Erlasse eines Kantons anhand der Erlassnummer ausschlaggebend. Diese elf Politikfelder sind für die weitere Analyse von grosser Relevanz und sollen auf der folgenden Seite kurz vorgestellt werden.

- *Bau*: Umfasst Erlasse, die aufgrund ihrer Nummer und ihres Inhalts mit beispielsweise Hoch- oder Tiefbau zu tun haben.
- *Energie*: Erlasse, die beispielsweise die Stromversorgung eines Kantons regeln.
- *Erziehung*: Hier wurden diejenigen Erlasse klassifiziert, die aufgrund ihrer Nummer und ihres Inhalts mit Bildung zu tun haben.
- *Finanzen*: Umfasst Erlasse, die z.B. den Finanzhaushalt des Kantons oder von Gemeinden oder Teile davon regeln.
- *Gesundheit und Fürsorge*: Vereint etwa Erlasse im Zusammenhang mit Spitälern, der Sozialhilfe oder der Pflege unter sich.
- *Justiz und Sicherheit*: Erlasse die beispielsweise die Polizei, den Zivil- oder Bevölkerungsschutz betreffen.
- *Kultur*: Erlasse, wie etwa Gesetze zur Kulturförderung.
- *Umwelt und Landwirtschaft*: Erlasse, die beispielsweise im Zusammenhang mit Wald, landwirtschaftlichen Arbeiten oder Gewässerschutz stehen.
- *Verkehr*: Erlasse, die mit verkehrspolitischen Themen versehen sind.
- *Verwaltung*: Hier wurden Erlasse zugeordnet, die aufgrund ihrer Nummer und ihres Inhalts in Verbindung mit der Organisation des Kantons stehen.
- *Wirtschaft*: Vereint Erlasse, die zum Beispiel Wirtschaftsförderung betreffen.

Werden alle 1892 Einträge in Bezug auf die elf Politikfelder geordnet, bietet sich folgendes Bild in Grafik 2:



**Grafik 2: Total erfasste Erlasse (gegliedert nach Politikfeld; in Prozent; N=1892)**

Es fällt auf, dass die Einträge nicht gleichmässig auf die Politikfelder verteilt sind. Eher schwach vertreten (unter 100 Einträge in der Übersichtstabelle im Anhang) sind in den Schweizer Kantonen Erlasse im Zusammenhang mit Bau, Energie, Kultur, Verkehr und Wirtschaft. Auf sie entfallen jeweils zwischen zwei und vier Prozent aller Einträge. Leicht ausgeprägter mit etwas mehr als 100 Einträgen ist das Politikfeld Justiz und Sicherheit (mit einem Anteil von fünf Prozent). Demgegenüber überwiegen deutlich die Politikfelder Gesundheit und Fürsorge, auf das 436 der total 1892 Einträge entfallen sowie jenes der Verwaltung mit 409 Einträgen. Sie vereinen zusammen 45 Prozent aller Einträge. Stark vertreten ist auch das Politikfeld Erziehung mit 300 Einträge (16 Prozent des Totals). Erhöhte Ausprägungen zeigen sich ebenfalls bei den Feldern Finanzen und Umwelt und Landwirtschaft auf die je zehn Prozent aller erfassten Einträge fallen.

Werden die sechs untersuchten NPM-Elemente und die WoV-Erlasse unabhängig von den Kantonen bezüglich ihrer Politikfelder geordnet, lässt sich festhalten, dass mit 45 Prozent etwas weniger als die Hälfte der 1892 Einträge auf die Felder Gesundheit und Fürsorge oder Verwal-

---

tung entfallen. Da diese Angaben keinen exakten Vergleich aufgrund der Zahlen ermöglichen, sollen diese Aussage lediglich als Tendenz verstanden werden. Denn wie unter Kapitel 3.1.4 darauf hingewiesen wurde, kann ein Erlass innerhalb eines Kantons bezüglich der sechs NPM-Elemente inklusive WoV-Erlasse mehrere Einträge generieren.

Sinnvoller ist es indes, mit relativen Zahlenwerten Vergleiche zu ziehen. Die 26 Schweizer Kantone weisen unterschiedliche Anzahlen an Einträgen auf, wie bereits unter Kapitel 3.2.2 ausgeführt wurde. Die Resultate werden daher in gestapelten Säulendiagrammen dargestellt. Die Grafiken 14 und 15 im Anhang geben dabei eine Übersicht über die sich ebenfalls im Anhang zu findenden Kreisdiagrammen, welche die Einträge auf die jeweiligen Politikfelder für jeden Kanton einzeln darstellen. Ergänzend kann hier auch auf die Grafiken 49 bis 51 im Anhang verwiesen werden, welche ihrerseits drei der untersuchten Elemente mit den Politikfeldern in Bezug bringen.

Auffallend ist, dass Einträge im Politikfeld Gesundheit und Fürsorge im Vergleich mit den anderen Politikfeldern in jedem Kanton prominent vertreten sind. Einzig im Kanton Graubünden findet man einen schwächeren Anteil mit sieben Prozent vor, was insbesondere gegenüber dem nationalen Durchschnitt von 23 Prozent beachtlich ist.

Ähnlich ausgeprägt ist das Politikfeld der Verwaltung. Hier jedoch unterscheiden sich die Anteile der Einträge in den Kantonen in grösserem Mass als im vorangegangenen Feld der Gesundheit und Fürsorge. Während in den Kantonen Appenzell Innerrhoden und Wallis mit zwei bzw. vier Prozent sehr wenige Aufträge in das Politikfeld Verwaltung fallen, zeigen sich in den anderen Kantonen höhere Werte. In den beiden Kantonen Schwyz und Tessin entfallen dagegen 41 bzw. 38 Prozent der erfassten Einträge auf dieses Politikfeld.

In den Grafiken 14 und 15 im Anhang ist auch ersichtlich, dass gewissen Politikfeldern nicht in allen Kantonen Einträge zugeordnet werden konnten. So zeigen sich gar keine oder tiefere Werte für Bau, Energie, Kultur und Wirtschaft gegenüber anderen Politikfeldern. Der Kanton Obwalden

beispielsweise weist in der Übersichtstabelle keine Einträge für jene vier Politikfelder auf.

Insgesamt sind die Verteilungen in allen 26 Kantonen unterschiedlich. So lassen sich anhand der Grafiken 14 und 15 im Anhang auch zwischen einzelnen Kantonen keine Regelmässigkeiten feststellen. Dies lässt auch einen Vergleich mit dem Status von New Public Management der entsprechenden Kantone und deren Verteilung der Erlasse wenig sinnvoll erscheinen. Denn diesbezüglich ist kein bestimmtes Muster erkennbar. Aus dieser Betrachtung mitzunehmen ist die Erkenntnis, dass im Vergleich zwischen den Kantonen die Politikfelder Gesundheit und Fürsorge, Verwaltung und Erziehung fast durchwegs am prominentesten vertreten sind.

### **3.2.5 Erfasste NPM-Elemente**

Unter den folgenden Punkten werden die sechs untersuchten NPM-Elemente im Einzelnen betrachtet, um spezifische Aspekte in der Rechtsetzung zu betonen. Die Literaturanalyse der sechs zu untersuchenden NPM-Elemente anhand diverser Synonyme führte zu einer Grosszahl von Erfassungen in der Übersichtstabelle (vgl. Kapitel 3.1.5). Sie werden in den folgenden Abschnitten nun genauer betrachtet.

#### **3.2.5.1 Wirkungs- und Effizienzorientierung**

Um herauszufiltern, wie weit das Prinzip der Wirkungs- und Effizienzorientierung es in die Rechtsetzung der Kantone geschafft hat, ist relevant, was die Kantonsverfassungen darüber aussagen. Tabelle 3 zeigt die gefundenen Einträge in Kantonsverfassungen, die mit der Wirkungs- und Effizienzorientierung in Verbindung gebracht werden können. Dabei kann festgestellt werden, dass diese Prinzipien in zwei Kantonen lediglich im Zusammenhang mit dem Finanzhaushalt auftauchen. Die Mehrheit der gefundenen Einträge dreht sich aber explizit um die Verwaltungsführung und werden daher in der linken Spalte der Tabelle 3 aufgeführt. Die Einträge, die unter dem Politikfeld Verwaltung auftauchen, handeln sodann vom Ziel des Kantons, eine wirkungsvolle Verwaltung zu gestalten, während die Nennungen unter dem Politikfeld Finanzen dafür



sorgen, dass sich die finanziellen Aufwendungen eines Kantons jeweils an den Ergebnissen, bzw. an der Wirkung orientieren.

Wirkungs- und Effizienzorientierung bzgl. KV	
Betreffend Verwaltungsarbeit und Finanzen	Nur betreffend Finanzen
AG / AR / BE / BL / BS / FR / GE / GL / GR / JU / LU / SG / SH / TG / UR / ZH	SO / VD

Tabelle 3: Wirkungs- und Effizienzorientierung in den Kantonsverfassungen

Da die Verfassung in einem Kanton die grösste Legitimität genießt, ist es nicht einfach möglich, diese fortlaufend zu verändern und neue Prinzipien einzufügen. Deshalb ist es rechtlich gesehen äusserst interessant, dass die untersuchten Prinzipien unter diesem Element selbst in den Verfassungen auftauchen. Dennoch muss beachtet werden, dass die Nennungen nicht unbedingt Produkt einer Orientierung an NPM sein müssen, denn eine Orientierung an der Wirkung von finanziellen Aufwendungen und der Wille für eine wirkungsvolle Verwaltung stammen teilweise schon aus Zeiten vor dem Aufkommen von NPM.

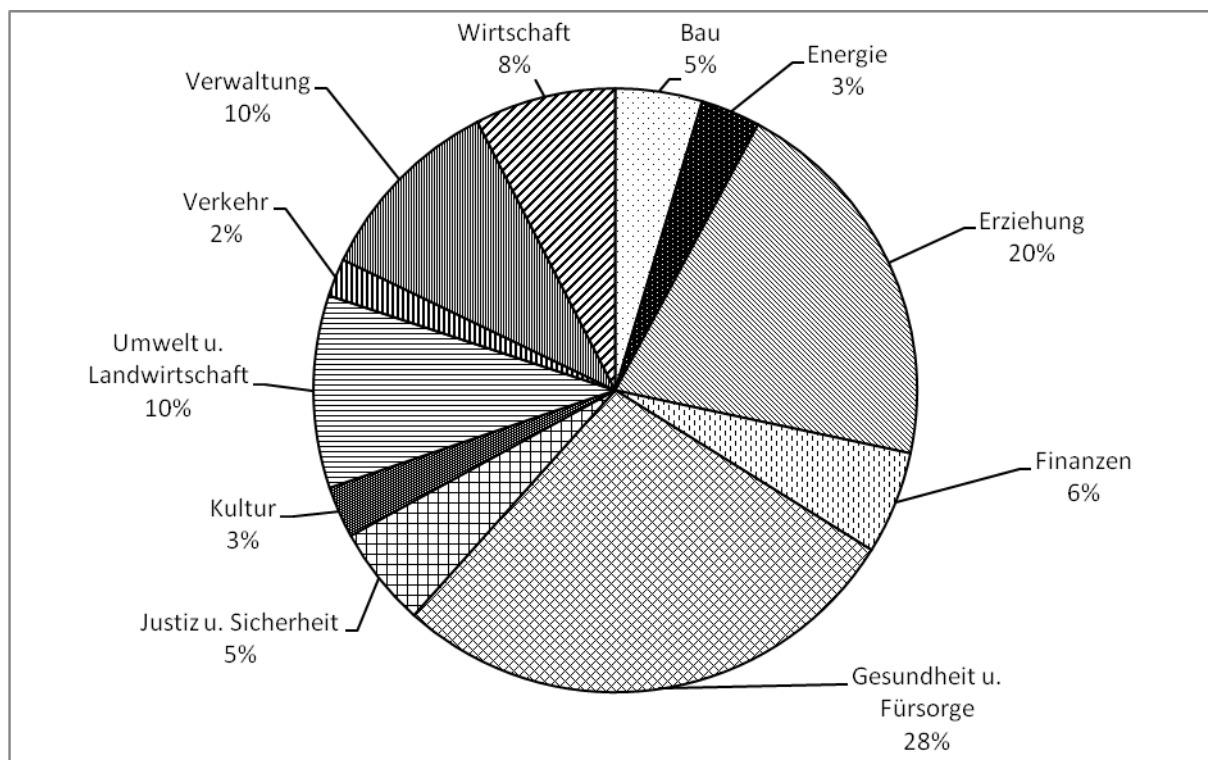
### 3.2.5.2 Leistungsvereinbarung und Leistungsauftrag

Werden von allen Einträgen der Übersichtstabelle nur diejenigen des NPM-Elements *Leistungsvereinbarung* und *Leistungsauftrag* berücksichtigt, resultiert daraus ein Sample von 688 Einträgen. Leistungsvereinbarungen und Leistungsaufträge werden – im Gegensatz zum NPM-Element *Vertrag* – verwaltungsintern zwischen zwei Partnern abgeschlossen (siehe darum auch Teilkapitel 3.2.5.5). Für das Element *Leistungsvereinbarung* und *Leistungsauftrag* wurden, wie unter Kapitel 3.1.5 beschrieben, drei zusätzliche Variablen erfasst, welche die inhaltliche Umsetzung im jeweiligen Erlass genauer umschreiben lassen. Festge-

halten wurden dabei a) von wem Leistungsvereinbarung und Leistungsaufträgen delegiert werden, b) an wen delegiert wird und c) die Art der Delegation. Die entsprechenden Variablen finden sich in der Übersichtstabelle im Anhang.

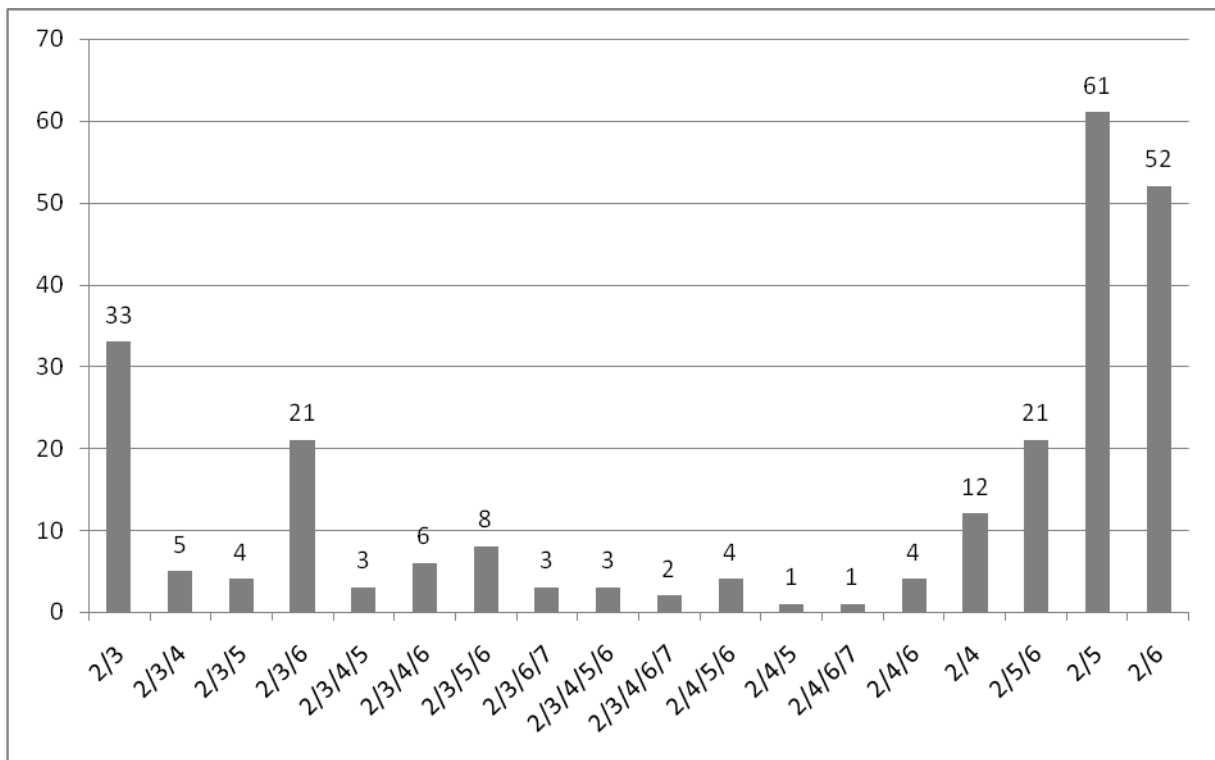
Gegliedert nach Politikfeld entfallen 28 Prozent (191 Einträge) auf die Gesundheit und Fürsorge. Diese deutliche Ausprägung erklärt sich damit, dass in den Erlassen dieses Politikfelds in diesen Erlassen mehrere Leistungsvereinbarungen und –aufträge zwischen verschiedenen Parteien erfasst wurden. Laut der Auswertung der hierfür relevanten Erlasse werden Leistungsaufträge und Leistungsvereinbarungen oft im Spitalwesen abgeschlossen. In solchen Fällen geht es um die Gewährleistung oder Übertragung von bestimmten gesundheitlichen Leistungen im Pflege- und Gesundheitsbereich.

Die höchste nachfolgende Ausprägung weist die Erziehung auf, auf die 20 Prozent der 688 Einträge entfallen. Beim Abschluss von Leistungsaufträgen und Leistungsvereinbarung in diesem Politikfeld geht es beispielsweise oft um die Delegation von Leistungen im Bereich der Aus- oder auch Weiterbildung. Schwach vertreten mit unter fünf Prozent sind die Politikfelder Energie, Kultur und Verkehr. Dieser Sachverhalt ist einerseits in Grafik 3 veranschaulicht, die Grafiken 43 und 44 im Anhang zeigen zusätzlich noch den Bezug zu den einzelnen Kantonen auf.



**Grafik 3: Total Einträge zu NPM-Element *Leistungsvereinbarung/Leistungsauftrag* verteilt auf Politikfelder (in Prozent; N=688)**

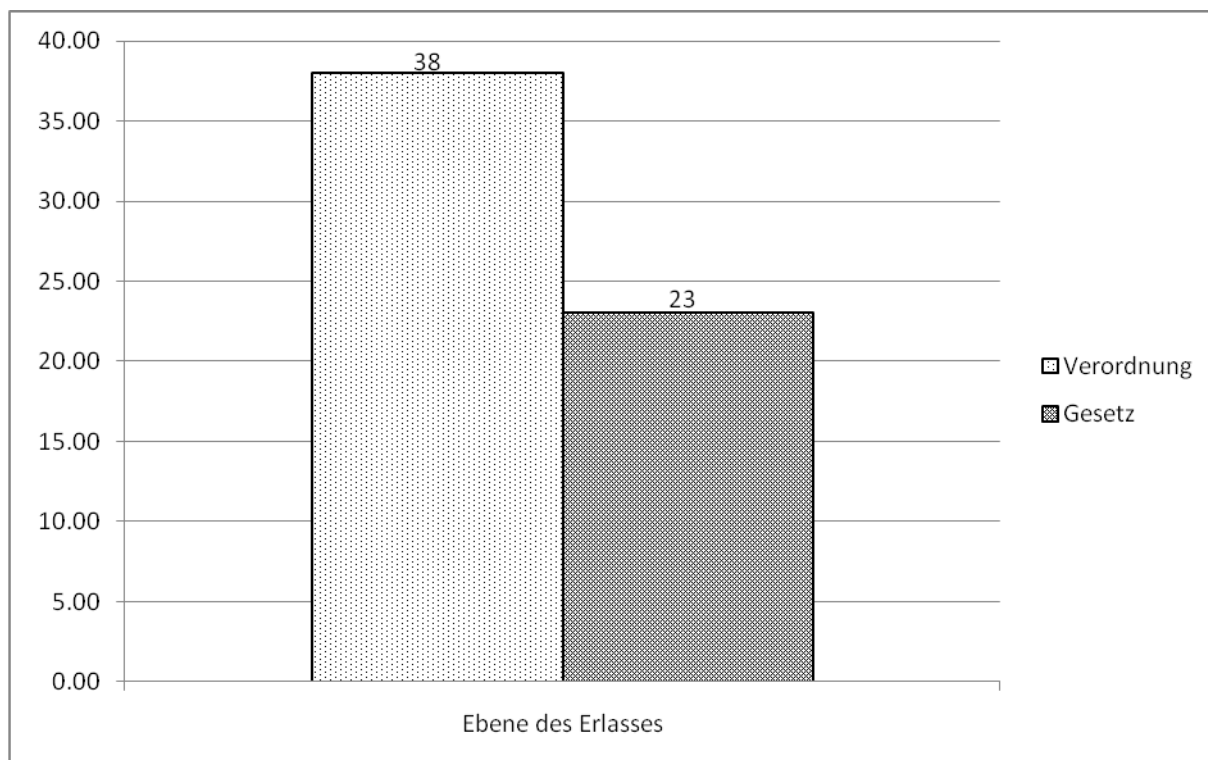
Gegenüber den anderen fünf NPM-Elementen entfallen auf *Leistungsvereinbarung* und *Leistungsaufträge* die meisten Einträge. *Wirkungs- und Effizienzorientierung* weisen die geringste Ausprägung auf, weil sie lediglich auf Verfassungsstufe erfasst wurden (23 Einträge). Mit 135 bzw. 145 Einträgen der total 1892 folgen die NPM-Elemente (*integrierte*) *Finanz und Aufgabenplanung* und *Globalbudget*. *Wirkungsziele* wurden in 346 Fällen erfasst. Bezüglich des *Vertrags* fällt seine Fallzahl mit 546 wieder vergleichsweise hoch aus. Weil nun *Leistungsvereinbarung* und *Leistungsauftrag* in den kantonalen Rechtsetzungen das häufigste Element zu sein scheint und die Regelung einer Leistungserbringung zentraler Bestandteil der wirkungsorientierten Führung ist, bietet sich folgende Untersuchung an: Innerhalb aller Kantone werden die verschiedenen Kombinationen erfasst, in denen das NPM-Element *Leistungsvereinbarung* und *Leistungsauftrag* mit anderen NPM-Elementen im gleichen Erlass auftritt. In Grafik 4 sind von total 33 gefundene Kombinationen (vgl. ausführliche Grafik 52 im Anhang) diejenigen 18 mit *Leistungsvereinbarung* und *Leistungsauftrag* veranschaulicht.



**Grafik 4: Anzahl ermittelter Kombinationen zwischen NPM-Element *Leistungsvereinbarung/Leistungsauftrag* und mind. einem weiteren Element innerhalb desselben Erlasses. Legende: 1  $\triangleq$  Wirkungs- und Effizienzorientierung in den Verfassungen; 2  $\triangleq$  Leistungsauftrag und Leistungsvereinbarung; 3  $\triangleq$  Globalbudget; 4  $\triangleq$  (integrierter Aufgaben- und Finanzplan; 5  $\triangleq$  Vertrag; 6  $\triangleq$  Wirkungsziele; 7  $\triangleq$  WoV-Erlasse.**

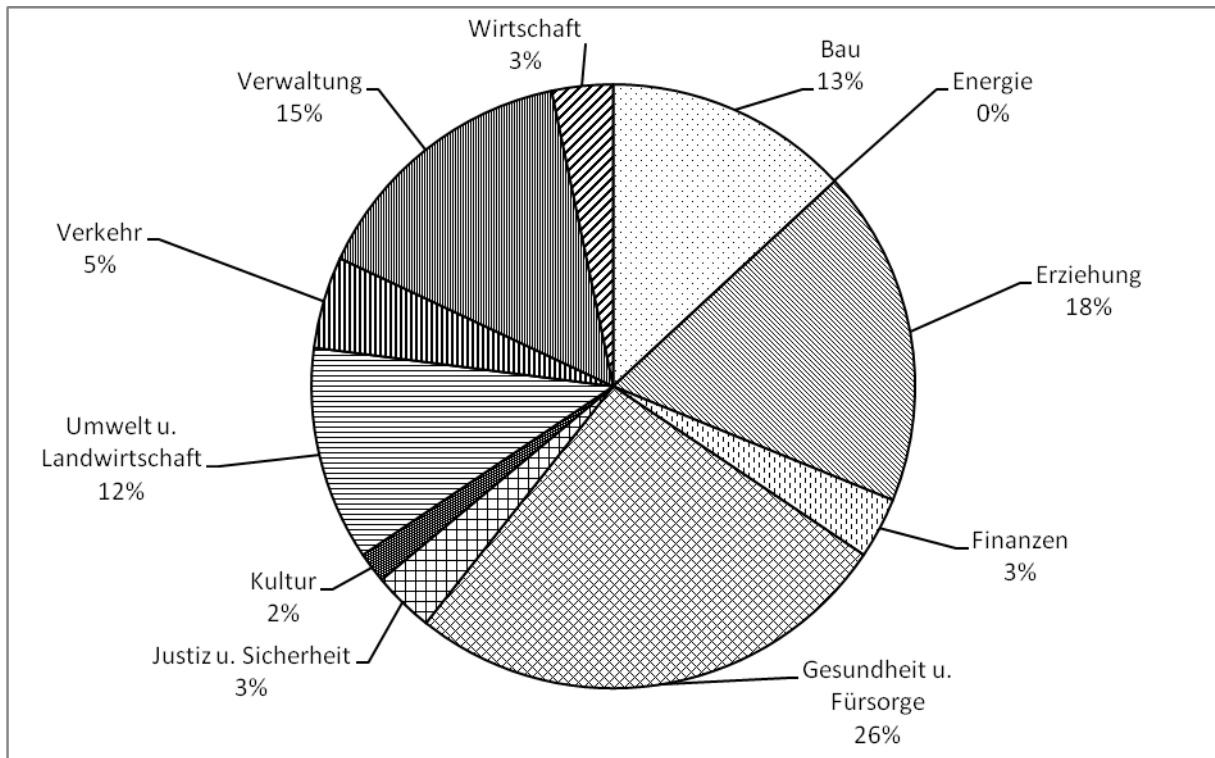
In 243 von 688 Fällen treten Leistungsvereinbarungen und Leistungsaufträge in Kombinationen mit den anderen fünf untersuchten NPM-Elementen und WoV-Erlassen auf. Deutlich am häufigsten sind Kombinationen von Leistungsvereinbarungen und Leistungsaufträgen mit Verträgen sowie mit Wirkungszielen (46.5 Prozent aller Fälle). Häufige Kombinationen von drei NPM-Elementen sind solche von Leistungsvereinbarung und Leistungsaufträgen mit Globalbudget und Wirkungszielen (8.6 Prozent bzw. 21 Fälle). Gleichviele Ausprägungen entfallen auf die Kombination mit Vertrag und Wirkungszielen. Schliesslich nimmt die Anzahl der gefundenen Kombinationen ab, je mehr Elemente im Spiel sind.

Die häufigsten Ausprägungen von *Leistungsvereinbarung* und *Leistungsvertrag* in Kombination mit Vertrag gestalten sich wie folgt hinsichtlich Politikfeld, Kanton und Ebene des Erlasses (eine detaillierte Übersicht inklusive der Erlass-Nummer, wo eine Kombination auftaucht findet sich in der Tabelle 16 im Anhang):



**Grafik 5: Verteilung der Kombination LV/LA u. Vertrag bzgl. Ebene des Erlasses in der Schweiz (N=61).**

Von den 61 Kombinationen sind 38 auf Ebene von Verordnung angesiedelt und 23 finden sich in Gesetzen, wie in Grafik 5 ersichtlich ist. Wiederrum ist jenes der Gesundheit und Fürsorge markant stärker ausgeprägt als die übrigen Politikfelder (vgl. Grafik 6). Bezüglich der Kantone weisen Aargau, die beiden Appenzell, Bern, Basel-Land und Glarus vier und mehr Fälle dieser Kombination auf. In Genf, Schaffhausen und in Thurgau finden sich hingegen keine Fälle solcher Kombinationen innerhalb eines erfassten Erlasses. Anzumerken ist hier, dass alle diese drei Kantone NPM-Reformen flächendeckend umgesetzt haben.



**Grafik 6: Verteilung der Kombination LV/LA u. Vertrag bzgl. Politikfeld in der Schweiz (in Prozent; N=61).**

Es lässt sich anhand der Auswertung der Übersichtstabelle festhalten, dass *Leistungsauftrag* und *Leistungsvereinbarung* am häufigsten auftreten im Vergleich mit den restlichen fünf untersuchten NPM-Elementen. Leistungsaufträge und Leistungsvereinbarungen sind auch in Kantonen anzutreffen, die keine NPM-Reformen umgesetzt haben, wie etwa die beiden Appenzell, St. Gallen, Schaffhausen und weitere Kantone.

### 3.2.5.3 Globalbudget

Von 1892 Einträgen entfallen 145 auf das NPM-Element *Globalbudget*. In allen Kantonen mit Ausnahme von Appenzell Innerrhoden konnten Einträge in die Übersichtstabelle aufgenommen werden. Das Politikfeld Finanzen ist, wie zu erwarten, bei diesem Element stärker ausgeprägt, als etwa bei *Leistungsvereinbarung* und *Leistungsauftrag*, welches dort lediglich 6 Prozent beträgt. Beim Globalbudget hingegen entfallen 17 Prozent der erfassten Einträge auf Finanzen. Doch am stärksten ausgeprägt sind wiederum die Politikfelder Gesundheit und Fürsorge mit 27

---

Prozent und Verwaltung mit 26 Prozent. Neben diesen drei Politikfeldern weist auch Erziehung mit 15 Prozent eine markantere Ausprägung auf.

In Grafik 45 im Anhang sind 13 der 26 Kantone hinsichtlich der Verteilung der Einträge, in denen das NPM-Element *Globalbudget* gefunden wurde, dargestellt. Die andere Hälfte der Kantone folgt der Übersicht wegen in einer nächsten Grafik (Grafik 46 im Anhang). Die Kantone mit den meisten Einträgen zu *Globalbudget* sind dabei Aargau (12 Einträge), Freiburg (17 Einträge), Solothurn (12 Einträge) und Zürich (14 Einträge). Im Gegensatz zu Appenzell Innerrhoden, wo in keinem Erlass das NPM-Element *Globalbudget* gefunden werden konnte, weisen die Kantone Appenzell Ausserrhoden, Bern, Basel-Stadt, Genf, Glarus, Neuenburg, Nidwalden, Obwalden, Schaffhausen, Schwyz, Thurgau, Tessin, Uri und Waadt diesbezüglich tiefe Ausprägungen auf.

Es darf hier jedoch nicht davon ausgegangen werden, dass diese Kantone darum kaum mit dem NPM-Element *Globalbudget* arbeiten. Denn: Regelt ein Erlass den gesamten Finanzhaushalt des Kantons, werden weitere Erlasse überflüssig. Das heisst, in einem bestimmten Erlass kann ein Globalbudget universal für den Kanton wirken. In diesem Sinne wurde eine weitere Tabelle erstellt, in der ersichtlich ist, ob ein Erlass seine Wirkung flächendeckend entfaltet oder ob ein Globalbudget als optional in einem Erlass vorgesehen ist. „Flächendeckend“ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass der jeweilige Kanton seinen (gesamten) Finanzhaushalt mit Globalbudget führt. „Optional“ sagt hingegen aus, dass der jeweilige Kanton seinen Finanzhaushalt mit Globalbudget führen kann. Es besteht also die Möglichkeit dazu; es ist keine Vorgabe oder ein Gebot. Bei Kantonen unter „nicht flächendeckend“ könnten diesbezüglich anhand der erfassten Erlasse keine solchen Aussagen getroffen werden. Aufgrund der Grösse der oben genannten Tabelle wird hier nur eine allgemein gehaltene Übersicht (Tabelle 4) präsentiert, eine ausführliche Darstellung findet sich im Anhang (vgl. Tabellen 12 bis 15).

NPM-Element Globalbudget in den Kantonen		
Flächendeckend	Optional	Nicht flächendeckend
AG / GR / LU / BE / SO / VS / ZG / ZH	AR / BS / FR / GL / JU / NW / OW / SH / SZ / TG / TI	AI / BL / GE / NE / SG / UR / VD

**Tabelle 4: NPM-Element *Globalbudget* bzgl. Art der Verankerung im Erlass**

Acht von 26 Kantonen arbeiten flächendeckend mit einem Globalbudget. Von diesen haben mit Ausnahme von Zug alle NPM-Reformen durchgesetzt. Demgegenüber stehen sieben Kantone, die mit dem NPM-Element *Globalbudget* nicht flächendeckend arbeiten: Von diesen haben Appenzell Innerrhoden, Neuenburg, St. Gallen und Waadt keine NPM-Reformen umgesetzt. Basel-Land arbeitet mit einer wirkungsorientierten Verwaltung, jedoch nicht flächendeckend mit Globalbudget.

#### 3.2.5.4 (Integrierter) Aufgaben- und Finanzplan

Bei der Analyse der gefundenen Ergebnisse über den (integrierten) Aufgaben- und Finanzplan fiel vor allem auf, dass es sich um ein Konstrukt handelt, das in einigen Kantonen vollumfänglich übernommen wurde und mit kleinen Abweichungen auch so benannt wurde (siehe Tabelle 5, Spalte 1), während es in anderen ansatzweise vorkommt (siehe Tabelle 5, Spalte 2). Deshalb gliedert sich Tabelle 5 in diese zwei Teile plus einen weiteren Teil auf, in welchem Kantone vermerkt werden, in denen kein konkreter Hinweis auf einen (integrierten) Aufgaben- und Finanzplan zu finden war. In die zweite Spalte wurden Kantone eingeteilt, welche explizit eine mehrjährige Finanzplanung im Finanzhaushalt des Kantons und/oder der Gemeinden vorsehen. Die drei Kantone in der dritten Spalte weisen entweder keinerlei Hinweise auf ein solches Prinzip auf, oder das Prinzip des mehrjährigen Finanzplans wurde lediglich in einzelnen öffentlichen Anstalten gefunden.



IAFP		
(Integrierter) Aufgaben- und Finanzplan	Mittelfristige Finanzplanung	Keine Indizien oder nur vereinzelt in öff. Anstalten
AG / BE / BS / GL / GR / LU / OW / SG / SO / SZ / VS / ZH	AI / BL / FR / GE / JU / NE / NW / TG / TI/ UR / ZG	AR / SH / VD

Tabelle 5: (Integrierte) Aufgaben- und Finanzplanung in den Kantonen.

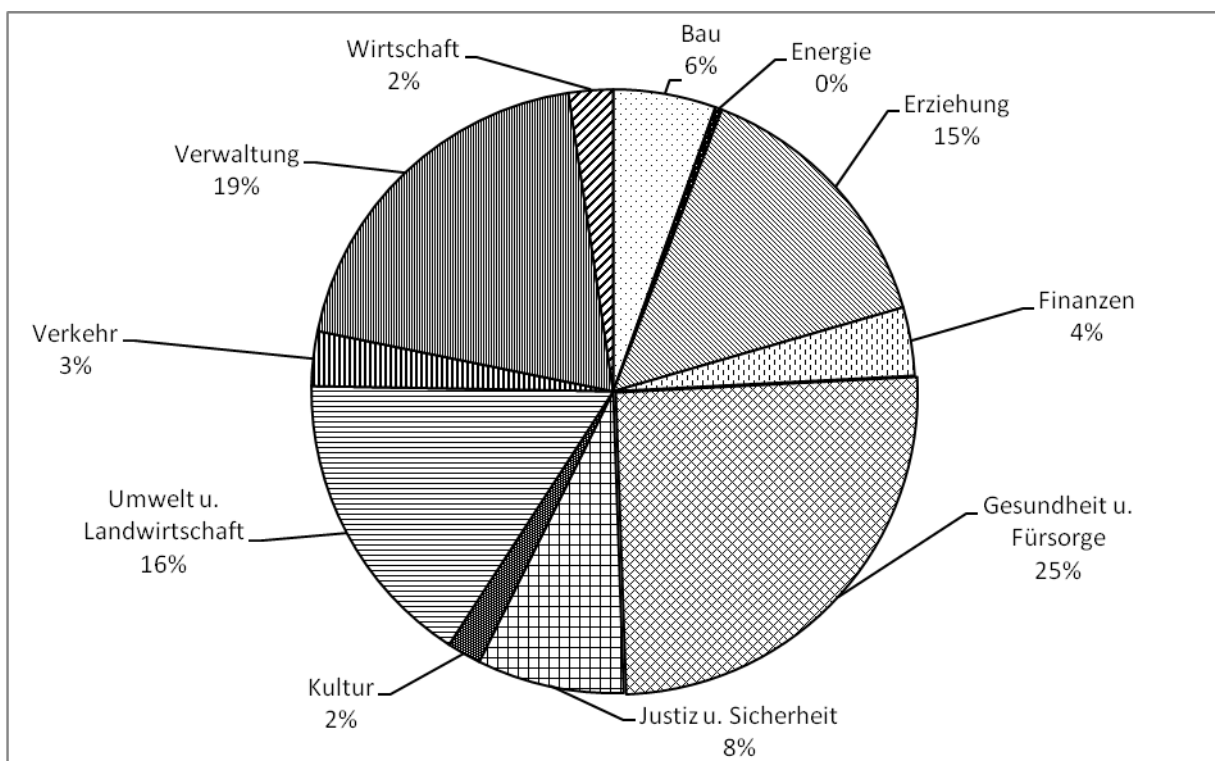
Das Konstrukt des (integrierten) Aufgaben- und Finanzplans verkörpert mehrere Aspekte in sich. In Anbetracht der Möglichkeit, dass einige Kantone bereits Teile davon umsetzen, könnte es sein, dass sie im Laufe der Zeit ihre Gesetze mit jenen Aspekten ergänzen, die sie noch nicht von diesem Konstrukt übernommen haben. Dabei verzichten sie aber auf die klare Benennung dieses Instruments als (integrierter) Aufgaben- und Finanzplan. Weiter ist es möglich, dass Kantone weiterhin nach anderen Prinzipien der Finanzhaushaltung vorgehen, weshalb sie nur in der mittleren oder rechten Spalte der Tabelle auftauchen.

### 3.2.5.5 Vertrag

Wie bereits unter Teilkapitel 3.2.5.2 anhand der erfassten Einträge aufgezeigt, werden des Öfteren *Leistungsvereinbarungen* und *Leistungsauftrag* mit dem NPM-Element *Vertrag* kombiniert. Letzteres fand sich dabei in den 1892 Einträgen neben ersteren am zweithäufigsten (546 Einträge im Zusammenhang mit NPM-Element *Vertrag*). Zusätzlich wurden hier in der Übersichtstabelle drei weitere Variablen erfasst, wobei je eine Spalte die Vertragspartner und eine dritte die Art des Vertrags, der abgeschlossen wurde, festhalten. Die ausführliche Übersichtstabelle hierzu wie auch eine Übersichtstabelle über die Ausprägungen der ermittelten Kombinationen finden sich im Anhang (vgl. Tabelle 16 und 17).

Wichtig ist, zwischen den beiden NPM-Elementen zu unterscheiden: Leistungsvereinbarungen und –aufträge werden zwischen verwaltungsin-ternen Einheiten abgeschlossen. Beide Partner sind öffentlich. Verträge hingegen werden mit Dritten abgeschlossen. Das heisst, mindestens einer der Vertragspartner ist öffentlich. Der andere kann, muss aber nicht öffentlich sein.

Grundsätzlich konnten drei Arten von Verträgen identifiziert werden: Arbeitsverträge, Leistungsverträge und Verträge über die Gewährung von Finanzbeiträgen. Der *Vertrag* als NPM-Element wird dabei mit 25 Prozent der entsprechenden Einträge am meisten im Politikfeld Gesundheit und Fürsorge abgeschlossen (vgl. Grafik 7). Weitere drei Politikfelder mit hoher Ausprägung sind Verwaltung, Umwelt und Landwirtschaft sowie Erziehung. Auf sie entfallen 19 bzw. 16 und 15 Prozent der entsprechenden Einträge. Nur sehr schwach vertreten sind hier die Politikfelder Bau, Energie, Finanzen, Kultur, Verkehr und Wirtschaft. Auf sie entfallen sechs und weniger Prozent der Einträge zu *Vertrag*.



**Grafik 7: Total erfasste Einträge zu NPM-Element *Vertrag* (gegliedert nach Politikfeld; in Prozent; N=546).**

Im Folgenden liegt das Augenmerk auf Arbeitsverträgen. Anhand der erfassten Einträge kann als erstes eine Aussage über das Anstellungsverhältnis des Kantonspersonals gemacht werden. So existiert als Alternative zur Verfügung der Vertrag, durch welchen Kantonsangestellte nicht ernannt werden, sondern das Arbeitsverhältnis mit dem Kanton durch einen Vertrag begründet wird. Die Informationen, aufgrund derer sich die folgenden Aussagen treffen lassen, sind in der Spalte „Flächendeckend“ der Übersichtstabelle im Anhang festgehalten. Nachfolgend in Tabelle 6 ist der Sachverhalt kondensiert dargestellt.

Arbeitsverträge des Kantonspersonals in den Kantonen		
Anstellung durch Vertrag	Optional	Keine Hinweise
AG / AR / BE / BL / BS / FR / GL / GR / JU / LU / NW / OW / SH / SO / SZ / UR / VD	NE / ZH	AI / GE / SG / TG / TI / VS / ZG

**Tabelle 6: Art der Anstellung des Personals in den 26 Kantonen bzgl. NPM-Element Vertrag.**

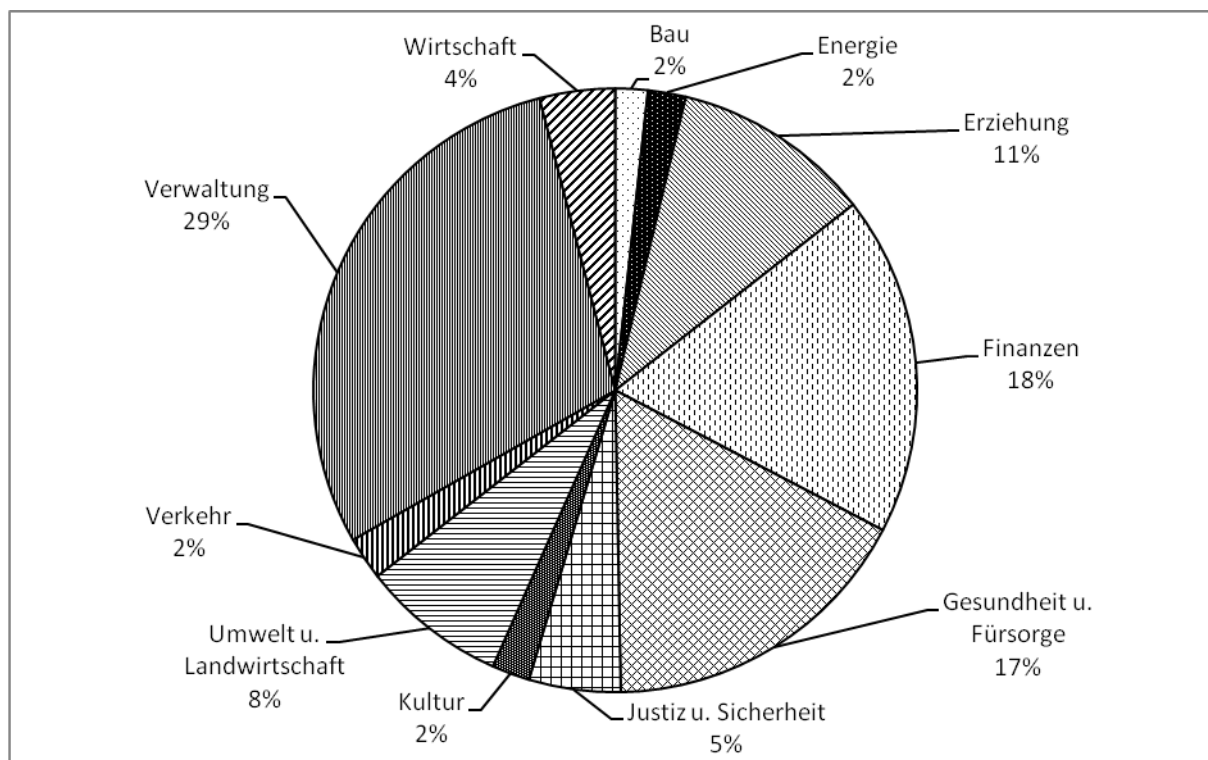
Die Kantone Appenzell Innerrhoden, Genf, St. Gallen, Thurgau, Tessin, Wallis und Zug beschliessen allesamt das Arbeitsverhältnis ihres Personals nicht mit Verträgen. Auch die Option zum Begründen des Anstellungsverhältnisses durch Vertrag konnte für diese sieben Kantone in keinem erfassten Erlass mit dem NPM-Element *Vertrag* gefunden werden. Das heisst nun, dass sich in diesen Kantonen in den Personalgesetzen und Personalverordnungen keinerlei Hinweise auf ein Vorkommen des NPM-Elements *Vertrag* finden lassen. In Neuenburg und Zürich hingegen kann der Kanton sein Personal per Arbeitsvertrag anstellen; das Mittel des Vertrags ist optional. Hingegen in Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Nidwalden, Schwyz und Uri ist das Kantonspersonal durch Verträge angestellt. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass in 17 der 26 Kanto-

ne das NPM-Element *Vertrag* das Anstellungsverhältnis des Personals regelt. Dies stützt die Aussage, dass Verträge in den kantonalen Rechtsetzungen häufig auftreten.

Von diesen 17 Kantonen, die ihr Personal mit Vertrag anstellen, haben rund ein Drittel NPM-Reformen flächendeckend eingeführt: Es sind dies Aargau, Basel-Land, Bern, Graubünden, Luzern, Solothurn und Schwyz. Bei der Anstellung des Personals mit Vertrag als Option weist Zürich flächendeckend New Public Management auf. Kein Anstellungsverhältnis des Personals durch Vertrag, jedoch New Public Management flächendeckend eingeführt haben Genf, Thurgau und das Wallis. Bezüglich der flächendeckenden Verwaltungsführung mit New Public Management und dem Element *Vertrag* im Zusammenhang Anstellung des Kantonspersonals herrscht also keine Einheitlichkeit.

#### 3.2.5.6 Wirkungsziele

Unter *Wirkungszielen* wurden diejenigen Erlasse in den kantonalen Rechtsetzungen erfasst, die auf Gesetzes- oder Verordnungsebene gefunden wurden. Das heisst, hierzu gehören auch Einträge aus Suchresultaten aus dem Begriffskatalog des Elements *Wirkungs- und Effizienzorientierung*. Über alle Kantone hinweg entfallen 346 Einträge auf das NPM-Element *Wirkungsziele* (vgl. Grafik 8). Insbesondere in der Verwaltung sind Wirkungsziele stark vertreten. 29 Prozent der Einträge entfallen auf dieses Politikfeld. Weiter sind Finanzen sowie Gesundheit und Fürsorge mit 18 bzw. 17 Prozent prominent vertreten. In den Politikfeldern Wirtschaft, Verkehr, Kultur, Justiz und Sicherheit, Energie und Bau kommt dieses NPM-Element weniger stark zum Zug. Die Anteile betragen dabei 5 Prozent und weniger.



**Grafik 8: Ausprägungen des NPM-Elements *Wirkungsziele* bzgl. Politikfeld (in Prozent; N=346).**

Mit Blick auf die unterschiedlichen Anzahlen der erfassten Erlasse zu *Wirkungsziele* in den Kantonen kristallisieren sich drei Gruppen heraus: Einzig die Kantone Bern und Waadt verfügen über mehr als 20 Einträge. Auf Bern entfallen dabei 53 und auf Waadt 31 der insgesamt 346 Einträge. Eine zweite Gruppe umfasst Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Freiburg, Genf, Graubünden, Luzern, Nidwalden, St. Gallen, Solothurn, Schwyz, Thurgau, Tessin und Zürich. Diese 13 Kantone weisen zehn und mehr Einträge bezüglich *Wirkungsziele* auf. Auf Appenzell Innerrhoden, die beiden Basel, Glarus, Jura, Neuenburg, Obwalden, Schaffhausen, Uri, Wallis und Zug hingegen entfallen weniger als 10 Einträge. Sie stellen eine dritte Gruppe dar. Aufgrund deren Umfangs befinden sich auch diese Grafiken zu jedem einzelnen Kanton im Anhang dieser Arbeit (vgl. Grafiken 47 und 48 im Anhang).

Bezieht man die Einteilung in drei Gruppen auf den Status von NPM-Reformen, ergibt sich wiederum kein einheitliches Bild: Der Kanton Bern, auf den die grösste Anzahl von erfassten Erlassen mit *Wirkungsziele* entfällt, hat New Public Management flächendeckend umgesetzt, der Kanton Waadt hingegen nicht. In der zweiten Gruppe, die 13 Kantone

umfasst, haben acht New Public Management flächendeckend umgesetzt (AG, GE, GR, LU, SO, SZ, TG und ZH).

In den Kantonen Fribourg und Tessin sind NPM-Reformen partiell umgesetzt oder befinden sich im Pilotversuch. In Appenzell Innerrhoden, Nidwalden und St. Gallen hingegen sind keine NPM-Reformen umgesetzt, jedoch sind *Wirkungsziele* in ihrer Rechtsetzung vorhanden. In der dritten Gruppe, in der für dieses NPM-Element nur wenige Erlasse gefunden wurden, ist das Bild einheitlicher: Lediglich zwei von elf Kantonen haben NPM-Reformen umgesetzt (Basel-Land und Wallis). Bei sieben anderen Kantonen (AI, BS, GL; JU, NW, SH und UR) ist dies nicht der Fall; hier sind keine solchen Reformen umgesetzt. Schliesslich sind in Obwalden und Zug NPM-Reformen partiell umgesetzt oder sie befinden sich im Pilotversuch.

Nach dem Vergleich zwischen den Kantonen hinsichtlich der Art der Ausprägungen der NPM-Elemente stellt der folgende Punkt einen anderen Ansatz dar. So kommt als neue Grösse die Bevölkerungszahl der Kantone ins Spiel.

### **3.2.6 Verbreitung von New Public Management in den Kantonen**

An dieser Stelle soll abschliessend eine Zusammenfassung der bisher gefundenen Resultate erstellt werden, die darlegen soll, inwiefern sich New Public Management in der Gesetzgebung der Kantone etablieren konnte. Es handelt sich also um eine Darstellung der Verbreitung innerhalb der Rechtsetzung, die durch die Erfassung der gefundenen Einträge erstellt werden kann, und nicht um eine Darstellung der effektiven Verbreitung der Anwendung dieser NPM-Elemente. Eine solche Übersicht wird von BADAC<sup>4</sup>, der Datenbank über die Schweizer Kantone und Städte, bereitgestellt. Zum Vergleich soll sie hier zusammen mit unserer zusammenfassenden Darstellung abgebildet werden (Tabelle 7). Dazu wurden die Ergebnisse aus BADAC, die durch einen Indexwert von null

---

<sup>4</sup> Link: <http://www.badac.ch>.

bis 1100 ausgegeben wurden, in drei Klassen unterteilt, nämlich: schwach, partiell und flächendeckend. Dies, weil die Klassifizierung, die aus den Ergebnissen dieser Arbeit erfolgt, nicht gleichermassen aus Indexwerten erstellt wird. Somit werden die Ergebnisse vergleichbarer.

Klassifizierung BADAC		
Schwach	Partiell	Flächendeckend
AI / AR / BS / FR / GE / GL / JU / NW / SO / TI / UR / VD	BL / GR / SG / SZ / ZG / OW / NE / SH	AG / BE / LU / TG / VS / ZH

**Tabelle 7: Klassifizierung der Ergebnisse von BADAC.**

Die Daten von BADAC stammen aus Fragebögen und geben folglich Daten anderer Herkunft wieder als es unsere Erhebung in den Rechtsetzungen dies tut. Dazu muss erwähnt werden, dass sich diese Indexwerte im Vergleich zu unseren zusammengefassten Ergebnissen (Tabelle 8) aus noch zusätzlichen Teilaspekten zusammensetzen, und dass die Daten den Stand vom 31.12.2008 wiedergeben.

Zusammenfassende Verbreitung der NPM-Elemente		
Schwach	Partiell	Flächendeckend
AI / BS / GE / NE / NW / OW / SG / SZ / TI / UR	AR / BL / FR / GL / JU / SH / TG / VD / VS / ZG	AG / BE / GR / LU / SO / ZH

**Tabelle 8: Beurteilung der Verbreitung von NPM-Elementen in der Rechtsetzung aufgrund der Zusammenfassung aller Resultate.**

Die Klassifizierung der Daten dieser Arbeit geschieht unter Berücksichtigung der Spannweite der Politikfelder, des Umfangs der vorgefundenen

NPM-Elemente und des Faktors der flächendeckenden oder optional flächendeckenden Erlasse mit NPM-Elementen.

Im direkten Vergleich zeigen sich tatsächlich Unterschiede in der Beurteilung der Verbreitung von New Public Management in den Kantonen. Dies könnte einerseits aus der unterschiedlichen Beschaffung der Daten, wie oben erläutert, folgen. Andererseits ist es ein klarer Unterschied zwischen einer Analyse des gesetzten Rechts (vor allem, wenn dies nur Möglichkeiten schafft, aber keine Vorschriften) und der tatsächlichen Umsetzung. Des Weiteren beantwortete ein Mitglied der jeweiligen Kantonsverwaltung den Fragebogen von BADAC aufgrund seiner Einschätzungen, was oftmals unbeantwortete Fragen hinterliess. So lassen sich die Unterschiede zwischen Tabelle 7 und 8 im konkreten Fall der Kantone Solothurn und Jura durch fehlende Daten bei BADAC erklären.

Um nun durch die selbst vorgenommene Klassifizierung die Zahl der Bevölkerung in Zusammenhang mit der Verbreitung von New Public Management zu bringen, sollen die Kantone unter dem Aspekt ihrer Bevölkerungszahl betrachtet werden. Die angestellte Vermutung, die Bevölkerungszahl könnte einen Zusammenhang mit der Verbreitung von NPM haben, lässt sich mit dieser Betrachtung nur teilweise erhärten. So befinden sich bei den flächendeckenden Kantonen zwar mit Zürich und Bern die grössten Kantone, der Kanton Waadt als drittgrösster wurde jedoch bereits bei den partiellen eingeteilt. Derweil wurde der Kanton Graubünden, der bevölkerungsmässig lediglich Platz 13 belegt, ebenfalls unter den flächendeckenden eingeteilt. Der Umstand, dass der Kanton Genf (bevölkerungsmässig auf Platz 6) bei den schwachen eingeteilt wurde, lässt ebenfalls keinen Schluss auf einen Zusammenhang zu. Zwischen den Klassen Schwach und Partiiell gibt es schlussendlich keinerlei erkennbare Muster. Obwohl also unter den flächendeckenden viele bevölkerungsmässig namhaft grosse Kantone vorkommen, so bleibt der Schluss auf einen Zusammenhang doch sehr vage.

Mit einer ähnlichen Feststellung in Bezug auf die Sprachregionen wird der Ergebnisteil sodann abgeschlossen. Unter den flächendeckenden wurde zwar kein einziger der lateinischsprachigen Kantone eingeteilt, unter den schwachen und partiellen zeigt sich jedoch wiederum kein



Muster. So befinden sich unter den schwachen auch zahlreiche Deutschschweizer Kantone.

Unter Verbindung dieser beiden letzten Feststellungen kann also eine vage Tendenz für eine flächendeckendere Verbreitung für grosse Deutschschweizer Kantone festgehalten werden.



---

## 4 FAZIT

Insgesamt können die Befunde dieser Arbeit wie folgt zusammengefasst werden: Anhand der umfassenden Erhebung der definierten sechs NPM-Elemente kann festgehalten werden, dass diese in der Rechtsetzung aller 26 Kantone vertreten sind (vgl. Kapitel 3.2.2). Die zu Beginn dieser Arbeit aufgestellte Hypothese, dass NPM-Elemente in der Rechtsetzung aller Kantone vorhanden sind, kann somit bestätigt werden.

Nebst dieser quantitativen Auswertung der gewonnenen Ergebnisse führt uns die qualitative Betrachtung zum Schluss, dass ein gemeinsames Verständnis der Instrumente des New Public Management zwar vorhanden ist, sich die Kantone aber die Freiheit lassen, diese unterschiedlich anzuwenden. Dies konnte durch die unterschiedlichen Kombinationen innerhalb der erfassten Erlasse und anhand der Verteilung innerhalb der Politikfelder belegt werden (vgl. Kapitel 3.2.2 i.V.m. Kapitel 3.2.4). Durch die Klassifizierung der Einträge in flächendeckenden und optionalen Charakter zeichnet sich die gesamtheitliche Verbreitung des New Public Management innerhalb eines Kantons ab. Indem ein siebtes Element, sogenannte WoV-Erlasse, in den Kantonen erfasst wurde, wurde dem Willen eines Kantons, wirkungsorientierte Verwaltungsführung formell einzuführen, Rechnung getragen. Diese Schlüsse ermöglichen es, eine eigene Klassifizierung über die Verbreitung von NPM-Elementen in den Kantonen zu erstellen. Der Vergleich mit den Ergebnissen der Datenbank über die Schweizer Kantone und Städte BADAC bestätigt, dass die in dieser Arbeit vorgenommene Analyse adäquaten Charakter hat. Die wenigen und darum interessanten Abweichungen in dieser Klassifizierung können durchaus auf die unterschiedliche Beschaffung der Daten zurückgeführt werden. Die realen Verhältnisse, die über einen Fragebogen ermittelt werden, ähneln zwar dem Bild, welches durch eine Inhaltsanalyse der rechtsetzenden Erlasse erzeugt wird, eine wesentlich interessantere Aussage ergibt sich jedoch aufgrund der Unterschiede zwischen der Datenbank und unserer Arbeit. Aus diesen Befunden schliessen wir, dass auch die zweite Hypothese bestätigt werden kann: NPM-Elemente unterscheiden sich in ihrer Umsetzung in den rechtsetzenden Erlassen tatsächlich erheblich.

Derweil wird die Annahme über einen Zusammenhang zwischen kontextuellen Gegebenheiten und der Verbreitung von New Public Management-Instrumenten innerhalb der Gesetzgebung durch die vorgefundenen Ergebnisse nicht durchwegs unterstützt. Die erste Hypothese nahm diesbezüglich an, dass sich die New Public Management-Elemente in der Rechtsetzung der deutschsprachigen Kantone verbreiteter finden lassen als in jenen mit französischer oder italienischer Sprache (vgl. Hypothese 3). Wenn auch kein bedeutender Unterschied zwischen den verschiedenen Sprachregionen gefunden werden konnte muss doch bemerkt werden, dass kein einziger französisch- oder italienischsprachiger Kanton als flächendeckend klassifiziert wurde (vgl. Kapitel 3.2.6). Hypothese 3 kann folglich nur bedingt bestätigt werden.

Differenziert man die Kantone zusätzlich nach deren Bevölkerungszahl, so lässt sich auch die vierte Hypothese, welche besagt, dass in bevölkerungsreichen Kantonen NPM-Elemente eher und in grösserem Umfang anzutreffen sind als in jenen mit geringerer Bevölkerungszahl, überprüfen. Doch auch hier zeigt sich ein ähnliches Abbild wie bereits bei der Hypothese 3 im Zusammenhang mit den Sprachregionen. So wird zwar einerseits der Kanton St. Gallen als bevölkerungsmässig fünftgrösster Kanton der Schweiz in Bezug auf die Verbreitung von NPM-Elementen als schwach klassifiziert, was der Hypothese widersprechen würde. Dennoch muss aber darauf hingewiesen werden, dass unter den als flächendeckend klassifizierten Kantonen namhaft bevölkerungsstarke Kantone eingeteilt sind (vgl. Kapitel 3.2.6). Somit kann auch diese Annahme nur teilweise bestätigt werden.

Schränkt man die Kontrolle der letzten beiden Annahmen des Zusammenhangs zwischen kontextuellen Gegebenheiten und der Verbreitung von NPM-Instrumenten innerhalb der Gesetzgebung allerdings einzig auf die Betrachtung der Kantone mit flächendeckenden Erlassen ein, so lassen sich beide Hypothesen bestätigen. Bei Kantonen mit schwacher Verbreitung zeichnen sich die angenommenen Tendenzen hingegen nicht mehr derartig deutlich ab.

Abschliessend möchten die Verfasser dieser Arbeit ihre angewandten Methoden ein weiteres Mal kritisch beleuchten: Wie bereits unter Kapitel

3.1.6 festgehalten wurde, stellt LexFind mit seinen Funktionen eine für diese Arbeit geeignete Plattform dar, wenn auch während der Erhebung gewisse Mängel festgestellt werden mussten, die eine effiziente Arbeitsweise erschwerten. Diese brachten ihrerseits nebst einem erhöhten Aufwand, um die tatsächlich relevanten Erlasse herauszufiltern, auch eine mangelnde Garantie mit sich, dass auch tatsächlich alle relevanten Erlasse für die anschliessende Auswertung überhaupt erfasst wurden.

Auch die eigene methodische Herangehensweise soll hier nochmals kritisch gewürdigt werden. Um ein noch breiter abgestützteres Resultat erhalten zu können, hätten gewisse Variablen der Übersichtstabelle bereits zu Beginn enger eingeschränkt werden sollen, damit die dadurch erhobenen Ausführungen der NPM-Elemente schlussendlich ebenfalls als Ausgangslage für weitere Ausführungen auch tatsächlich hätten einbezogen werden könnten. Aufgrund dieses Mangels entstand eine Vielzahl von unterschiedlichen Ausprägungen, was deren Einbezug in diese Arbeit leider verunmöglichte. Für zukünftige Untersuchungen dieser Art muss diese noch explizitere Differenzierung der einzelnen Variablen unbedingt frühzeitig in die Planung mit einbezogen und bedacht werden.

Die für diese Arbeit vorgenommene Erhebung hat folglich auch lediglich den Anspruch einen extensiven Überblick sowie eine Grundlage für weitere auf diesen ersten Resultaten basierende Studien zu geben, kann ihrerseits jedoch noch keine umfassende Darstellung bieten. So können beispielsweise die Begriffskataloge, die für jedes NPM-Element erstellt wurden, Lücken aufweisen, die allerdings durch weitere, stärker differenzierte Analysen gefüllt werden könnten. Es ist aber nicht auszuschliessen, dass dadurch auch in Kantonen, in welchen ein bestimmtes Element anhand der Übersichtstabelle in unserer Tabelle bisher nicht auftritt, andere Befunde angetroffen werden. Diese dadurch auftretende Problematik kann allerdings auch als eine Schwierigkeit der Methode der Inhaltsanalyse angesehen werden. So würde anhand dieses Blickwinkels die Verteilung eines NPM-Elements innerhalb eines Kantons weniger stark variieren, als wenn hinsichtlich der Wirkung eines NPM-Elements zwischen „flächendeckend“, „optional“ oder „keine Hinweise“ unterschieden würde.

Weiterführende Studien könnten sich an einem Ansatz orientieren, der sich auf gewisse Instrumente beschränkt, diese aber dafür eingehender auf ihre qualitativen Komponenten untersucht. Oder analog könnten sich zukünftige Projekte oder Studien auch ausschliesslich auf einzelne Kantone beschränken. Damit entfällt zwar die Möglichkeit zum Vergleich, hingegen kann die Rechtsetzung eines Kantons eingehender untersucht werden.

---

## LITERATURVERZEICHNIS

**Arnold**, Urs V. (2006): Das Parlament im Modell des New Public Managements. Parlamentarische Funktionen und Prozesse im Wandel, Bamberg 2006

**Brun**, Mathias (2003): Adressatengerechte Berichterstattung bei Leistungsaufträgen, Bern / Stuttgart / Wien 2003

**Bundesrat** (2009): Bericht über das Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget – Evaluation und weiteres Vorgehen (Evaluationsbericht FLAG 2009). Internet: [www.admin.ch/ch/d/ff/2009/7915.pdf](http://www.admin.ch/ch/d/ff/2009/7915.pdf), 05.12.2011

**Bundesamt für Statistik BFS** (2011): Ständige Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Kantonen, (su-d-01.02.01.01.11): <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/02/blank/data/01.Document.67123.xls>, 20.11.2011

**Eidgenössische Finanzverwaltung EFV** (2011): Wirkungsorientierte Verwaltungsführung. Umsetzung in der Schweiz. Internet: [http://www.flag.admin.ch/d/themen/1-1-2umsetzung\\_ch.php](http://www.flag.admin.ch/d/themen/1-1-2umsetzung_ch.php), 20.11.2011

**Finanzdirektion des Kantons Bern** (2001): Fachhandbuch Wirkungsorientierte Gesetzgebung, Bern 2001

**Gruber** Hans / **Schwander** Marianne (2000): New Public Management: Das Gesetz in einer Gesellschaft im Wandel. In: Wirkungsorientierte Verwaltungsführung und Gesetzgebung. Untersuchungen an der Schnittstelle zwischen New Public Management und Gesetzgebung, hrsg. v. Kettiger, Daniel, Bern / Stuttgart / Wien 2000, S. 33-122

**Heimgartner**, Martin / **Dietrich** Andreas (2008): Wirkungsorientierte Verwaltungsführung in den Schweizer Kantonen. Gegenwärtiger Stand, Internet:

[www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/fkd/finanzverwaltung/publikationen/wov\\_heimgartner.pdf](http://www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/fkd/finanzverwaltung/publikationen/wov_heimgartner.pdf), 20.11.2011

**IDHEAP** (2011): BADAC. Datenbank über die Schweizer Kantone und Städte. Internet: [www.badac.ch/de/index.php](http://www.badac.ch/de/index.php), 06. Dezember 2011

**Kettiger**, Daniel (2000): Die Forderungen von New Public Management an die Gesetzgebung. Eine Einführung. In: Wirkungsorientierte Verwaltungsführung und Gesetzgebung. Untersuchungen an der Schnittstelle zwischen New Public Management und Gesetzgebung, hrsg. Kettiger, Daniel, Bern / Stuttgart / Wien 2000, S. 1-31

**Kettiger**, Daniel (2005): Gesetzgeberische Instrumente der Lenkung von Staat und Gesellschaft, ius.full 3+4/05, 2005, S. 163-171

**Kettiger**, Daniel / **Schwander**, Marianne (2011): Wirkungsorientierung in der Sozialen Arbeit - Möglichkeiten und Grenzen. In: Management und Sozialentwicklung in der Sozialen Arbeit, hrsg. v. Fritze, Agnès et al., Baden-Baden 2011, S. 114-133

**Kettiger**, Daniel (2011): NPM in der Schweiz: Konturen und Bewertungen eines länderspezifischen Entwicklungspfads. In: Reform von Staat und Verwaltung in Europa – Jenseits von New Public Management?, hrsg. v. Beck, Joachim / Larat, Fabrice, Zürich / Baden-Baden 2011, S. 173-188

**Klöti**, Ulrich / **Rüegg**, Erwin (Hrsg.) (2002): Staat oder Management? NPM- Reformen in der Schweiz. Beiträge zu einem Forschungsseminar, Zürich 2002

**Konferenz der Kantonalen Finanzdirektoren** (2007): Handbuch. Harmonisiertes Rechnungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2, Bern 2007

**Lienhard**, Andreas et al. (2003): Auslagerung der Aufgabenerfüllung im Kanton Luzern. Interdisziplinäre Grundlagenstudie, Bern 2003



- 
- Lienhard**, Andreas (2005): Staats- und verwaltungsrechtliche Grundlagen für das New Public Management in der Schweiz. Analyse - Anforderungen - Impulse, Bern 2005
- Maag**, Daniel (2000): New Public Management (NPM) im Gesundheitswesen. Ein Überblick über die Ansätze in den Kantonen, Muri 2000
- Mastronardi**, Philippe / **Schedler**, Kuno (2004): New Public Management in Staat und Recht. Ein Diskurs, 2.Aulage, Bern / Stuttgart / Wien, 2004
- Moser**, Christian / **Kettiger**, Daniel (2004): 10 Jahre Wirkungsorientierte Verwaltungsführung in der Schweiz: Entwicklungen, Ergebnisse und Perspektiven, Bern 2004
- Meyer**, Christoph (1998): New Public Management als neues Verwaltungsmodell. Staatsrechtliche Schranken und Beurteilung neuer Steuerungsinstrumente, Basel / Genf / München 1998
- Moor** Pierre (2011): Für eine mikropolitische Theorie des Rechts, Bern / Baden-Baden, 2011
- Müller**, Georg (2006): Elemente einer Rechtsetzungslehre, Zürich/ Basel/ Genf 2006
- Pulitano**, Donatella (2000) (Hrsg.): New Public Management. Terminologie = terminologie = terminologia, Bern 2000
- Rieder**, Stefan / **Widmer**, Thomas (2007): Kantone im Wandel. Reformaktivitäten der Schweizer Kantone zwischen 1990 und 1999: Ursachen, Ausgestaltung und Konsequenzen, Bern / Stuttgart / Wien 2007
- Ritz**, Adrian (2003): Evaluation von New Public Management, Bern/ Stuttgart/ Wien 2003
- Schedler**, Kuno / **Proeller**, Isabella (2009): New Public Management, 4. Auflage, Bern / Stuttgart / Wien 2009

- Schedler**, Kuno (1996): Ansätze einer wirkungsorientierten Verwaltungsführung. Von der Idee des New Public Managements (NPM) zum konkreten Gestaltungsmodell: Fallbeispiel Schweiz, 2. Auflage, Bern / Stuttgart / Wien 1996
- Schneider**, Ulrich (2001): Legalitätsprinzip und finales Recht. Ein Beitrag zur Diskussion über das New Public Management in der Schweiz, Bern 2001
- Schmidt**, Nicolas (2008): New Public Management im Parlament. Auswirkungen auf die Steuerungsfähigkeit in den Kantonen, Zürich / Chur 2008
- Tschannen**, Pierre (2011): Staatsrecht der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 3. Auflage, Bern 2011
- Tschentscher**, Axel / **Lienhard**, Andreas (2011): Öffentliches Recht. Ein Grundriss, Zürich/St. Gallen 2011
- Uhlmann**, Felix (2009): Wirkungsorientierte Gesetzgebung. Weiterbildung auf dem Gebiet der Rechtsetzung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung des Kantons Solothurn. Internet: <http://www.rwi.uzh.ch/oe/ZfR/events/eventarchiv/2009.html>, 20.11.2011
- Universität Freiburg** (2011): Institut für Föderalismus. Kompass für Föderalismus. Internet: [www.lexfind.ch](http://www.lexfind.ch), 06. Dezember 2011

---

## ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1:	Zielsetzungen des New Public Management.....	8
Abbildung 2:	Entwicklungsstand von New Public Management in der Schweiz. ....	22

## TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1:	Auftreten der sechs NPM-Elemente plus WoV-Erlasse in der kantonalen Rechtsetzung.....	34f.
Tabelle 2:	Total Anzahl erfasster Einträge der Kantone mit mindestens einem WoV-Erlass .....	39
Tabelle 3:	Wirkungs- und Effizienzorientierung in den Kantonsverfassungen .....	44
Tabelle 4:	NPM-Element <i>Globalbudget</i> bzgl. Art der Verankerung im Erlass .....	51
Tabelle 5:	(Integrierte) Aufgaben- und Finanzplanung in den Kantonen. ....	52
Tabelle 6:	Art der Anstellung des Personals in den 26 Kantonen bzgl. NPM-Element <i>Vertrag</i> .....	54
Tabelle 7:	Klassifizierung der Ergebnisse von BADAC. ....	58
Tabelle 8:	Beurteilung der Verbreitung von NPM-Elementen in der Rechtsetzung aufgrund der Zusammenfassung aller Resultate.....	58

---

## GRAFIKVERZEICHNIS

Grafik 1:	Rechtsquellen der erfassten Einträge in der gesamten Schweiz .....	37
Grafik 2:	Total erfasste Erlasse .....	41
Grafik 3:	Total Einträge zu NPM-Element <i>Leistungsvereinbarung/Leistungsauftrag</i> verteilt auf Politikfelder .....	46
Grafik 4:	Anzahl ermittelter Kombinationen zwischen NPM-Element <i>Leistungsvereinbarung/Leistungsauftrag</i> und mind. einem weiteren Element innerhalb desselben Erlasses .....	47
Grafik 5:	Verteilung der Kombination <i>LV/LA</i> u. <i>Vertrag</i> bzgl. Ebene des Erlasses in der Schweiz .....	48
Grafik 6:	Verteilung der Kombination <i>LV/LA</i> u. <i>Vertrag</i> bzgl. Politikfeld in der Schweiz .....	49
Grafik 7:	Total erfasste Einträge zu NPM-Element <i>Vertrag</i> .....	53
Grafik 8:	Ausprägungen des NPM-Elements <i>Wirkungsziele</i> bzgl. Politikfeld .....	56

---

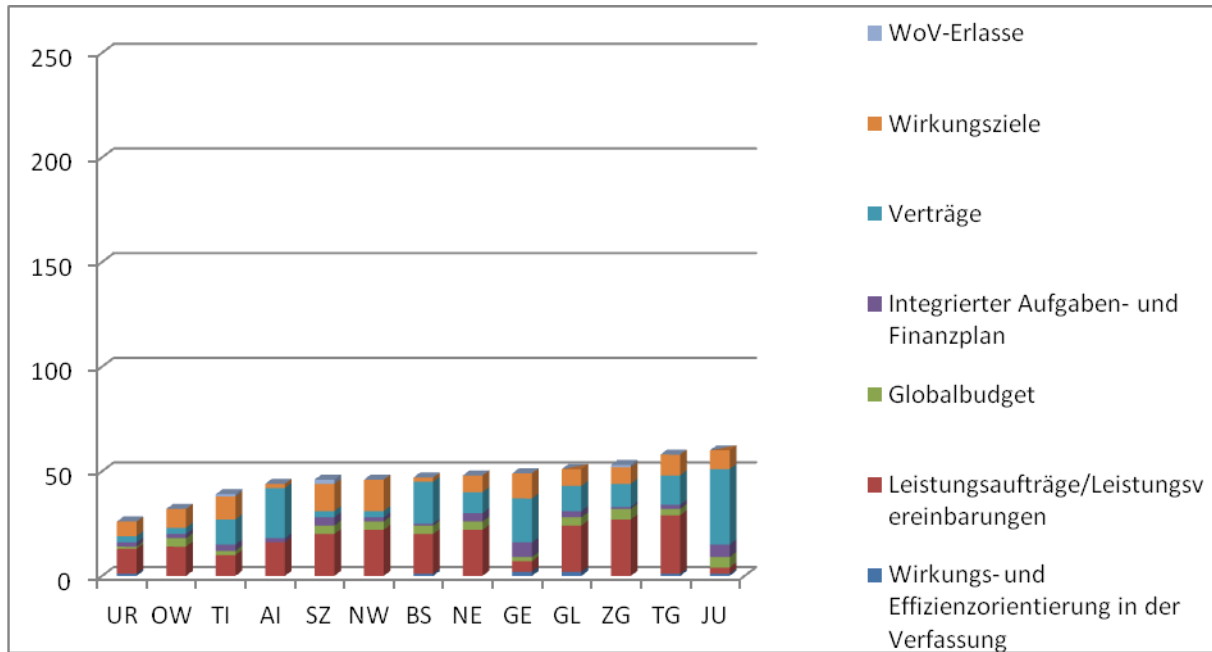
## ÜBER DIE AUTOREN

- Onur K. Ogul  
wohnhaft in Zürich  
geboren am 10. Juni 1988  
Bürger der Gemeinde Lützelflüh BE und der  
Türkei  
Bachelor of Arts an der Universität Zürich in  
Sozialwissenschaften
- Flavia Mini  
wohnhaft in Kriens LU  
geboren am 15. Februar 1985  
Bürgerin der Gemeinde Capriasca TI  
Bachelor of Arts an der Universität Luzern in  
Politikwissenschaft
- Michael Juon  
wohnhaft in Bühler AR  
geboren am 29. Juli 1986  
Bürger der Gemeinde Masein GR  
Bachelor of Arts an der Universität Bern in Eng-  
lish Literature and Linguistics und an der Uni-  
versität Fribourg in Medien- und Kommunikati-  
onswissenschaften
- Jacqueline M. Bleiker  
wohnhaft in Herrliberg ZH  
geboren am 9. September 1986  
Bürgerin der Stadt Zürich  
Bachelor of Arts an der Universität Luzern in  
Politikwissenschaft und Rechtswissenschaft

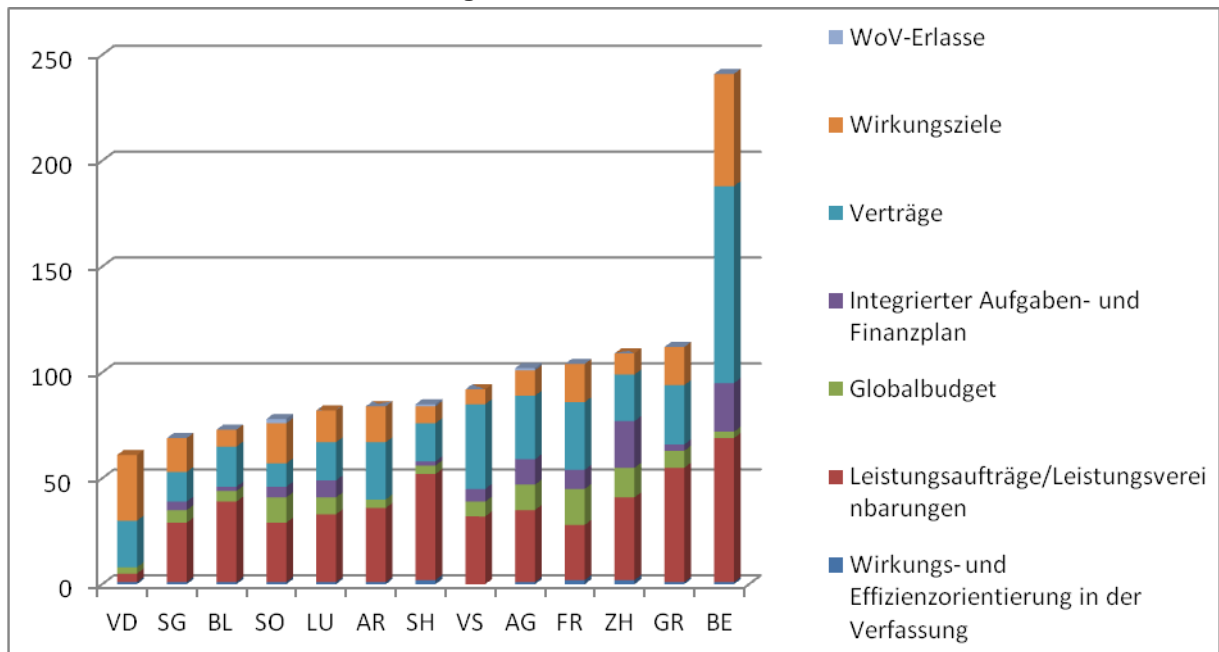
# ANHANG I: GRAFIKEN

## I.1 Verteilung der Einträge auf Rechtsquellen

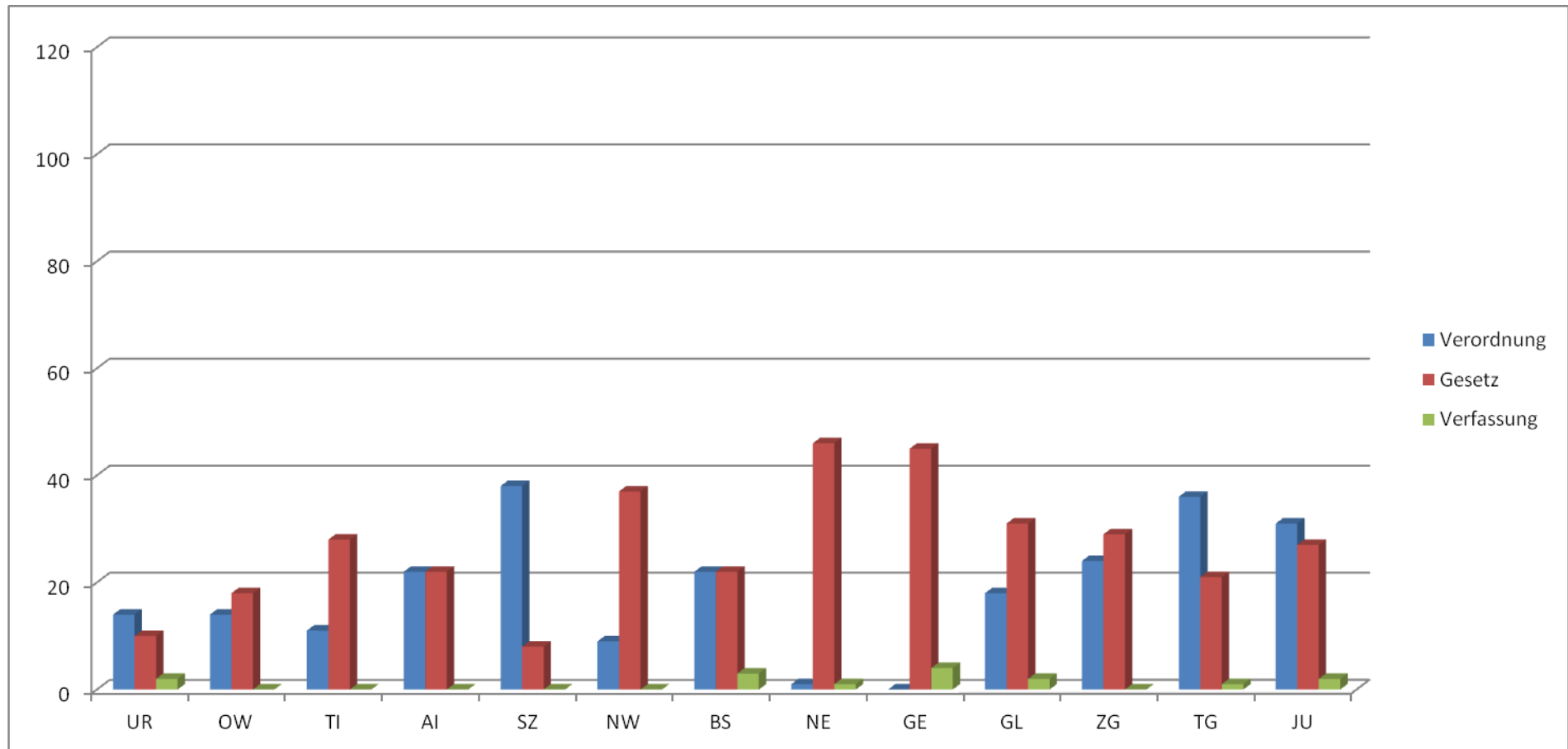
Grafik 1: Anzahl Einträge zu den NPM-Elementen und WoV-Erlassen.



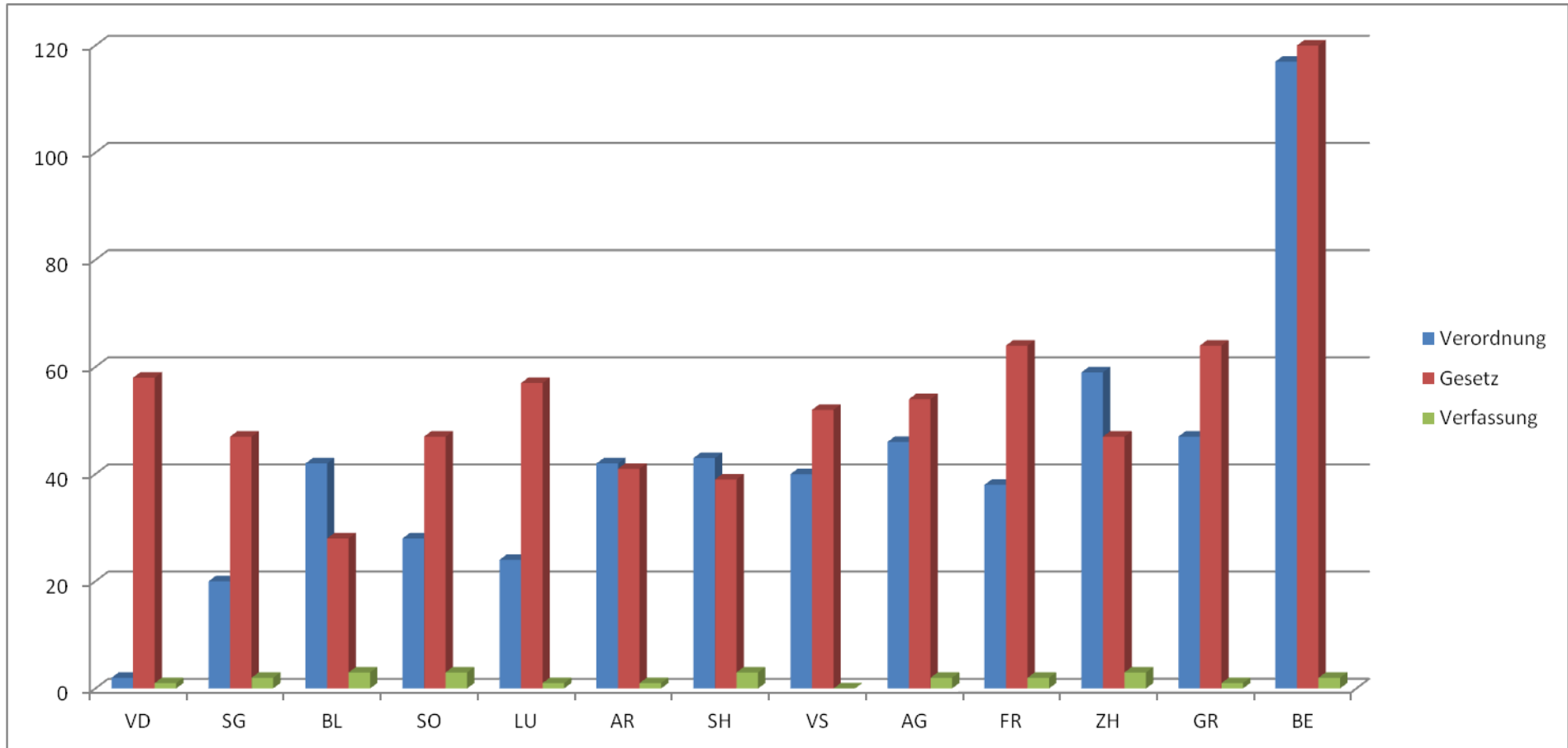
Grafik 2: Anzahl Einträge zu den NPM-Elementen und WoV-Erlassen.



**Grafik 3: Verteilung der Einträge auf die verschiedenen Rechtsquellen (gesamtschweizerische Übersicht; N=1892).**



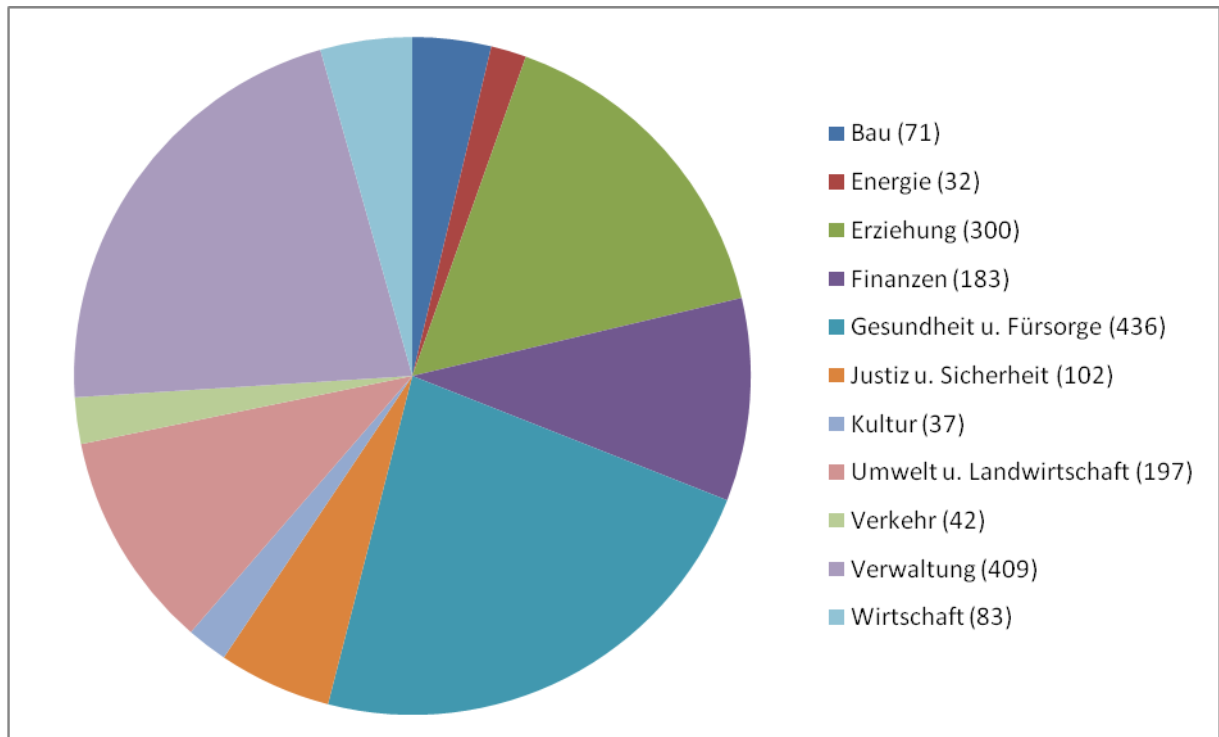
Grafik 4: Verteilung der Einträge auf die verschiedenen Rechtsquellen (gesamtschweizerische Übersicht; N=1892)



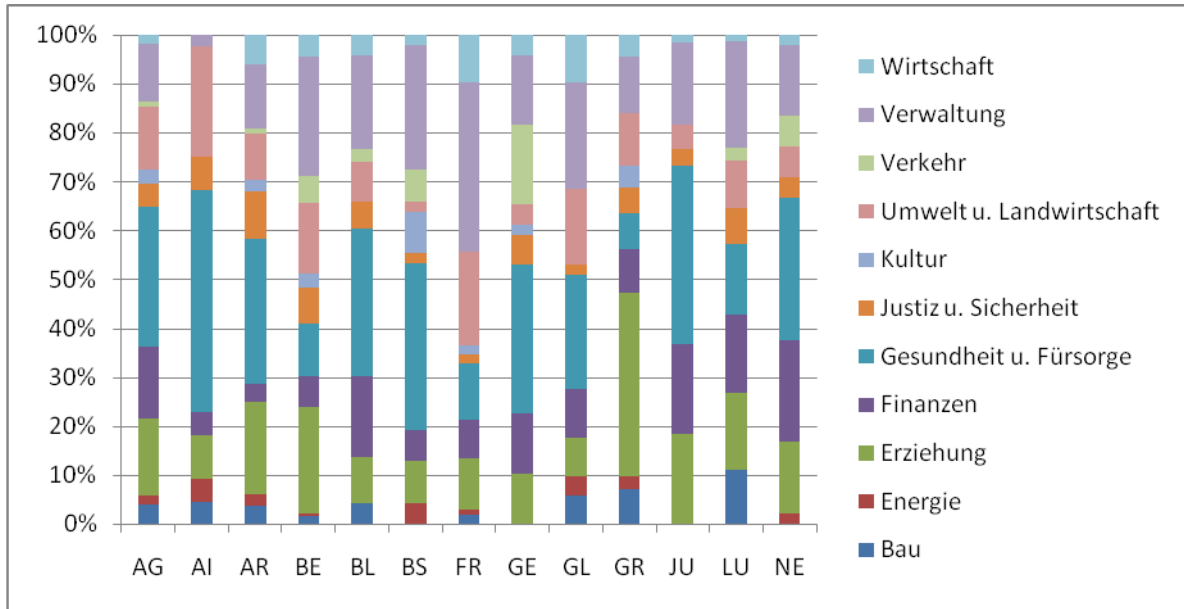


## I.II Verteilung der Einträge auf Politikfelder, CH und Kantone

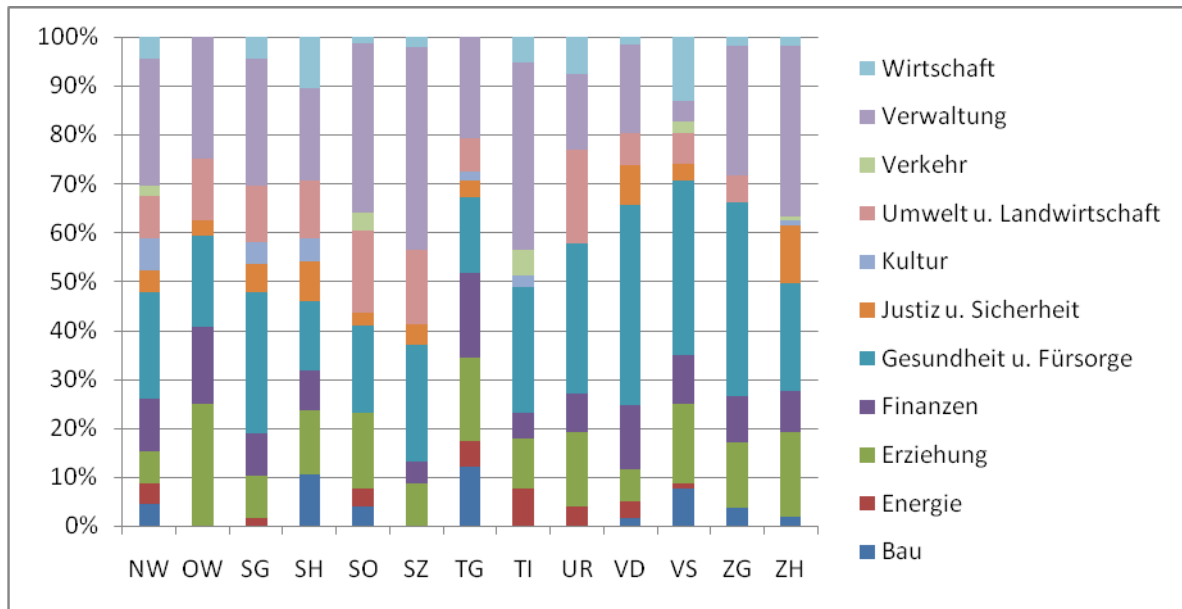
Grafik 5: Total Erlasse gegliedert nach Politikfeld (in absoluten Zahlen; N=1982)



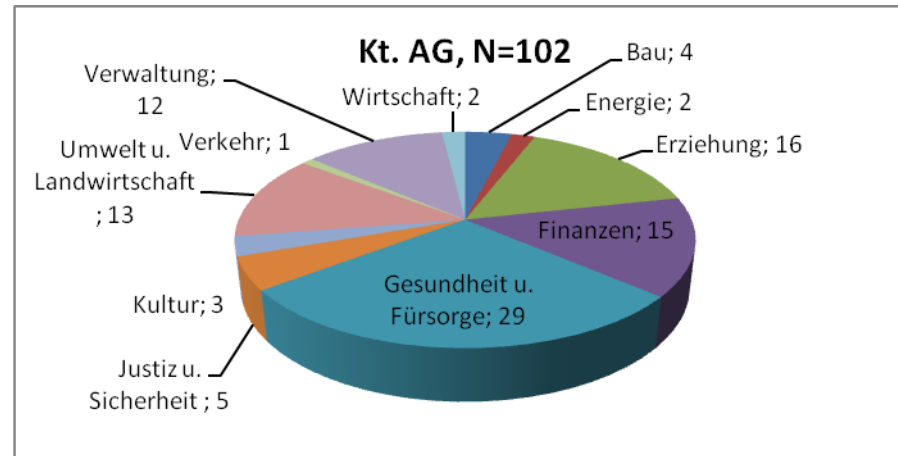
**Grafik 6: Total Einträge in den Kantonen im gestapelten Säulendiagramm (gegliedert nach Kanton und Politikfeld; Kt. AG-NE).**



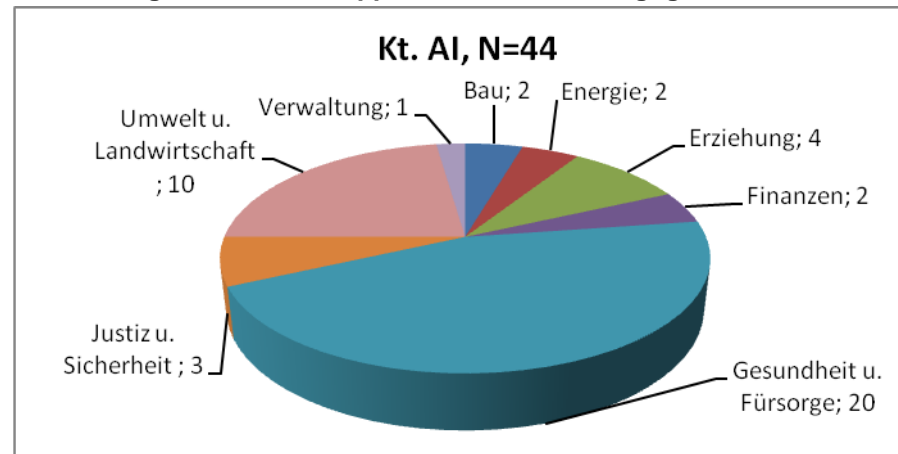
**Grafik 7: Total Einträge in den Kantonen im gestapelten Säulendiagramm (gegliedert nach Kanton und Politikfeld; Kt. NW-ZH).**



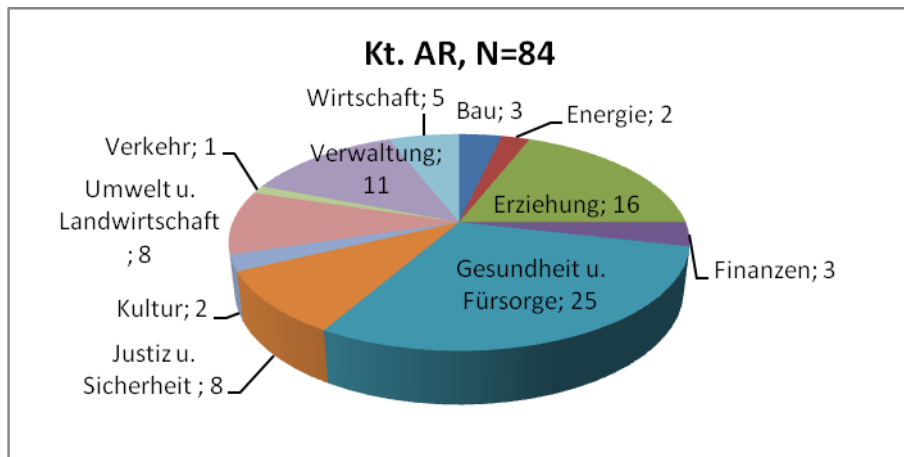
**Grafik 8: Einträge des Kanton Aargau gegliedert nach Politikfeld.**



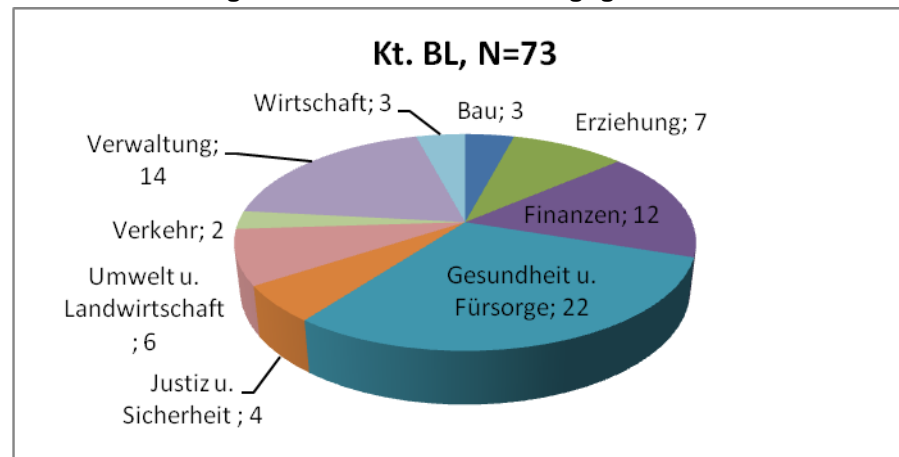
**Grafik 9: Einträge des Kanton Appenzell Innerrhoden gegliedert nach Politikfeld.**



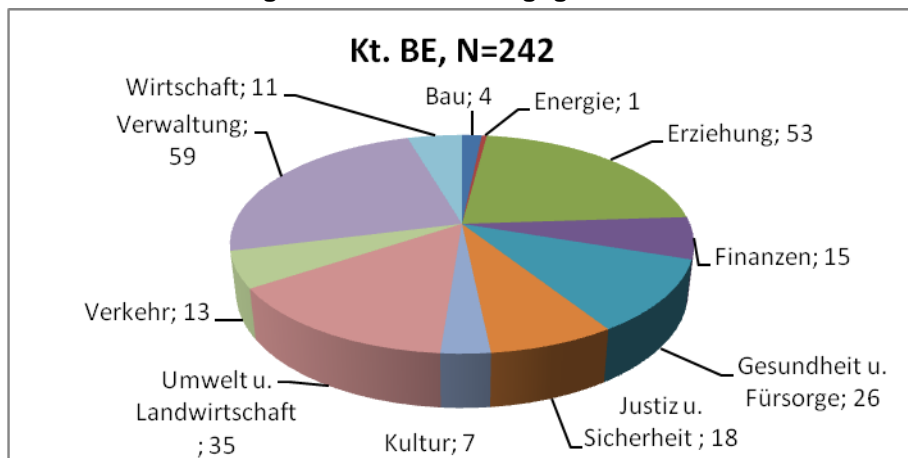
**Grafik 10: Einträge des Kanton Appenzell Ausserrhoden gegliedert nach Politikfeld.**



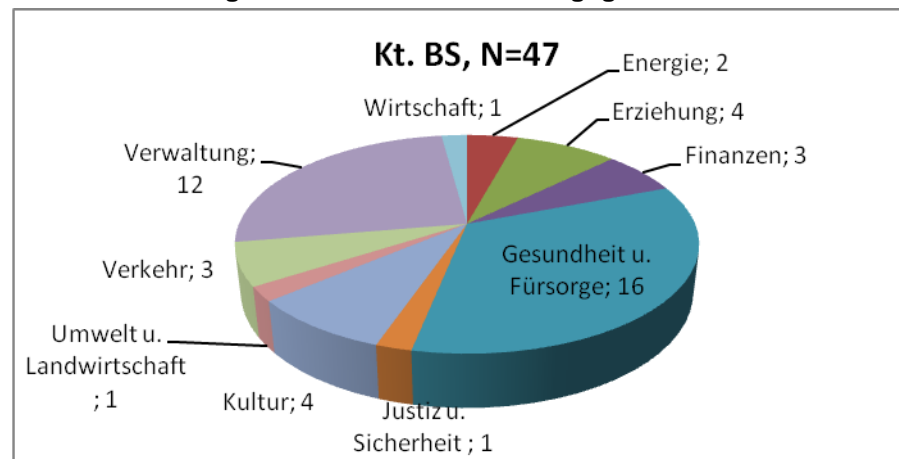
**Grafik 12: Einträge des Kanton Basel-Land gegliedert nach Politikfeld.**



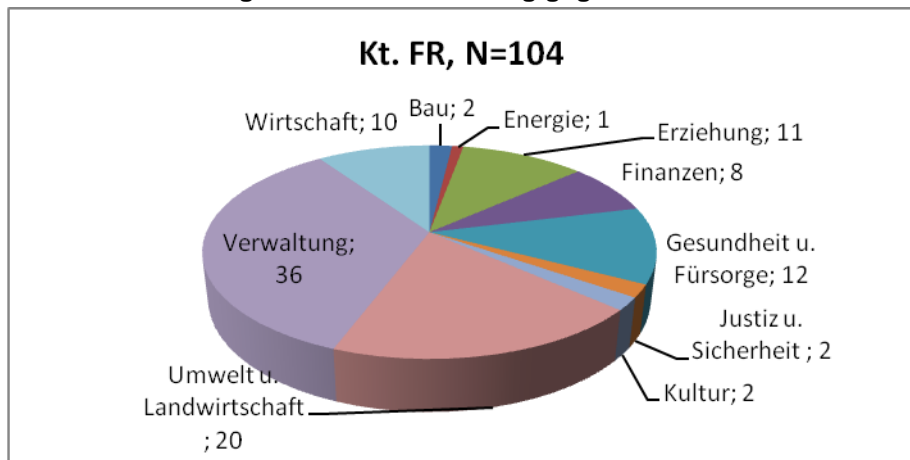
**Grafik 11: Einträge des Kanton Bern gegliedert nach Politikfeld.**



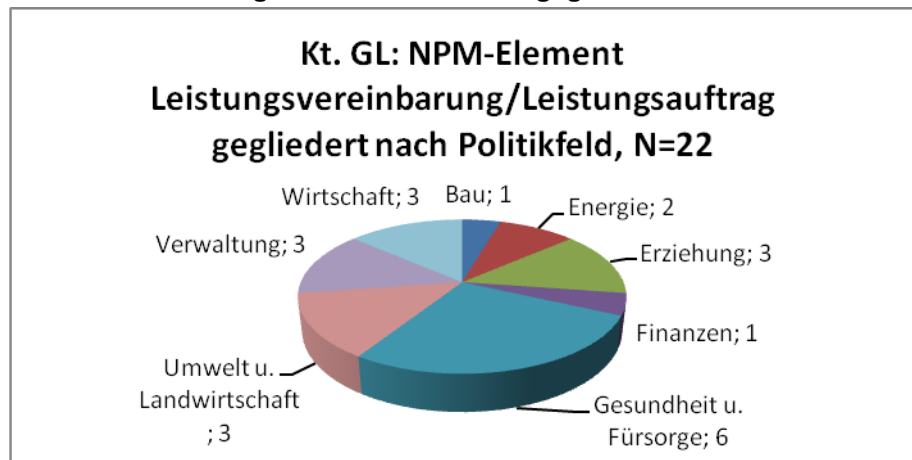
**Grafik 13: Einträge des Kanton Basel-Stadt gegliedert nach Politikfeld.**



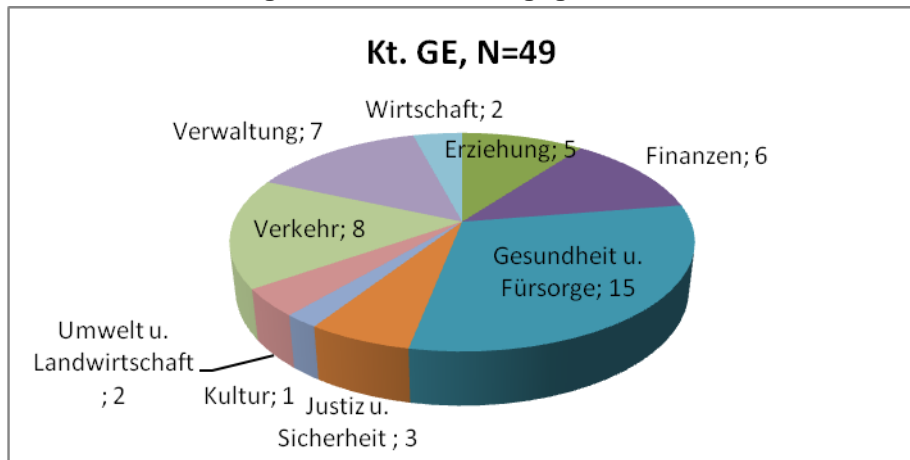
**Grafik 14: Einträge des Kanton Freiburg gegliedert nach Politikfeld.**



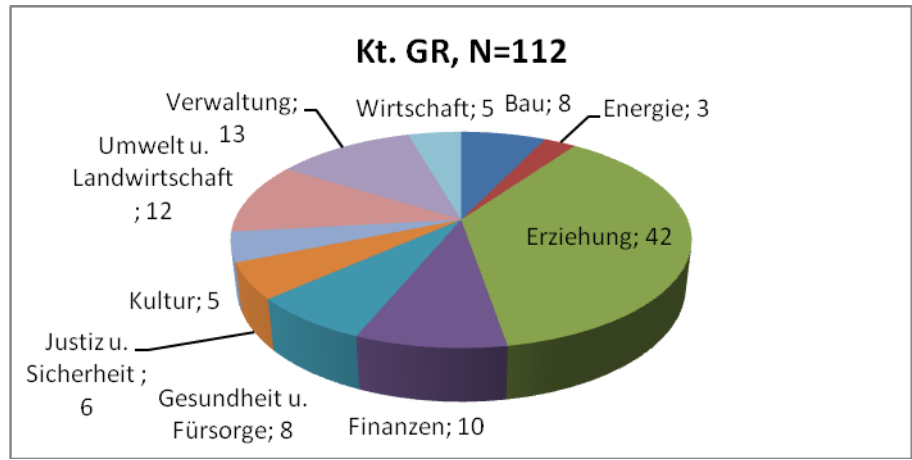
**Grafik 16: Einträge des Kanton Glarus gegliedert nach Politikfeld.**



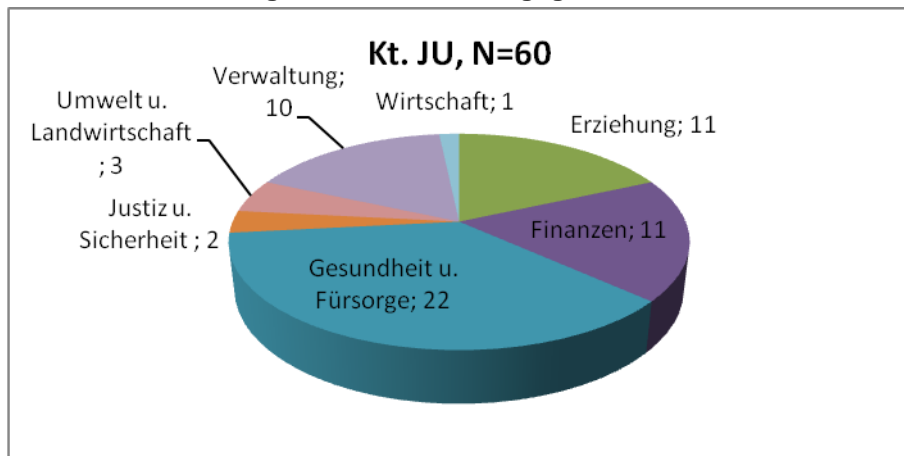
**Grafik 15: Einträge des Kanton Genf gegliedert nach Politikfeld.**



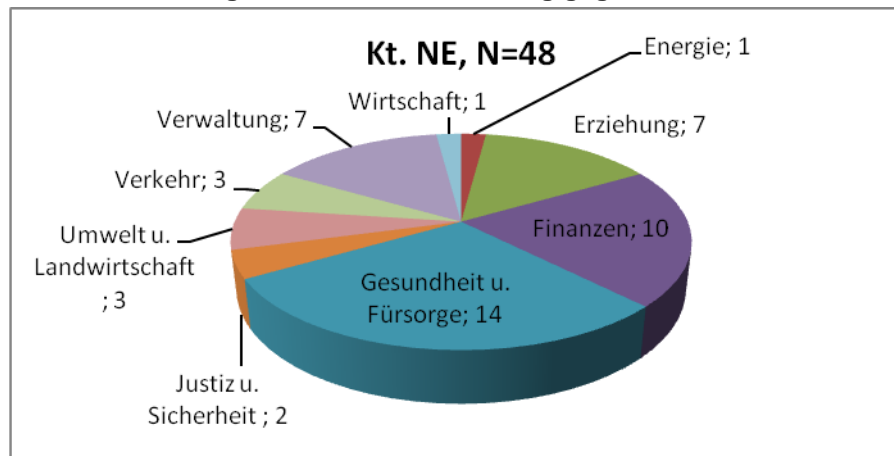
**Grafik 17: Einträge des Kanton Graubünden gegliedert nach Politikfeld.**



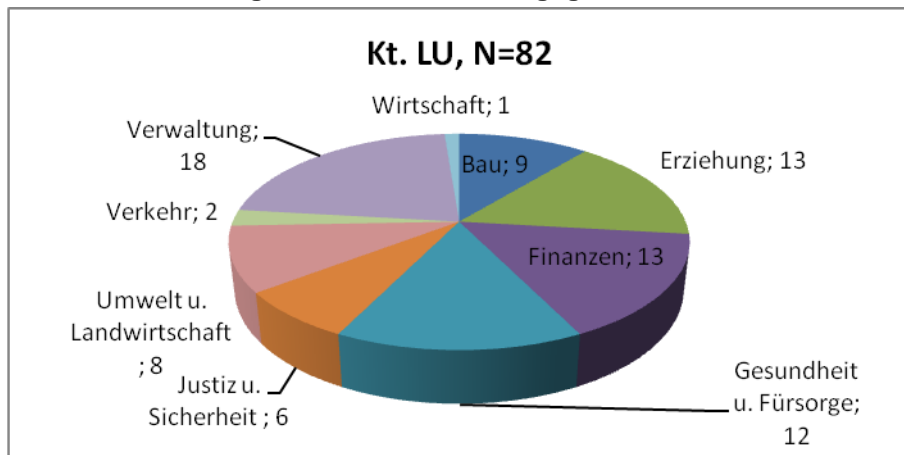
**Grafik 18: Einträge des Kanton Jura gegliedert nach Politikfeld.**



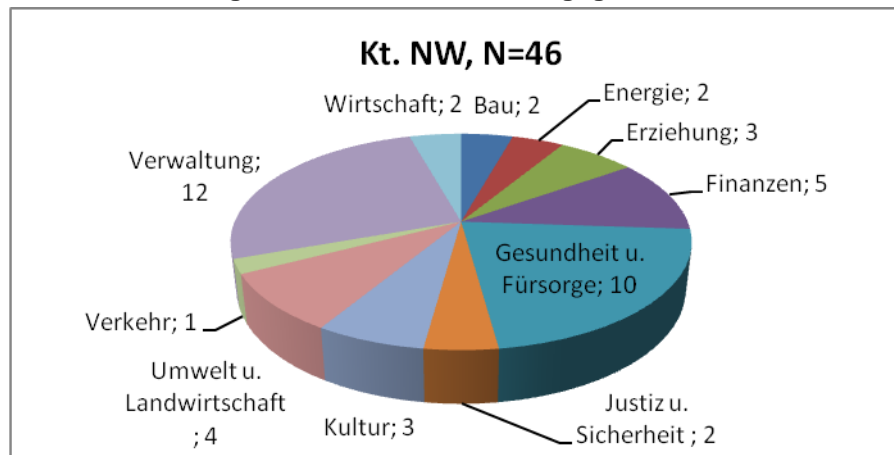
**Grafik 20: Einträge des Kanton Neuenburg gegliedert nach Politikfeld.**



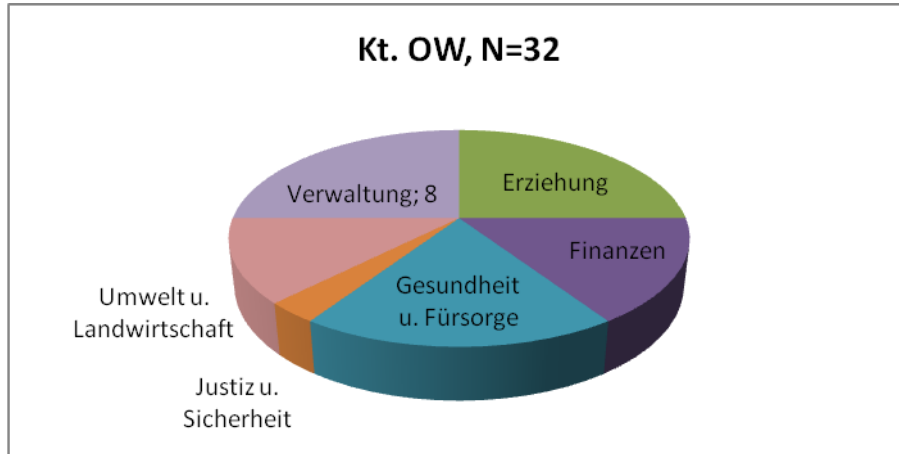
**Grafik 19: Einträge des Kanton Luzern gegliedert nach Politikfeld.**



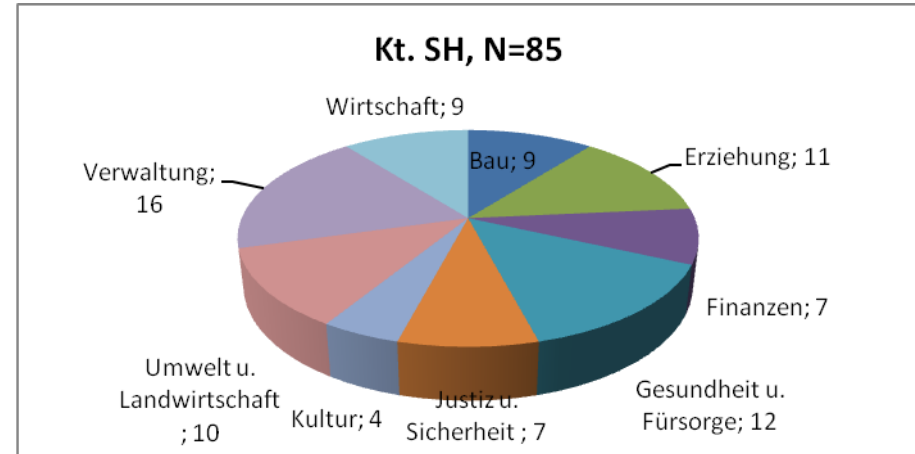
**Grafik 21: Einträge des Kanton Nidwalden gegliedert nach Politikfeld.**



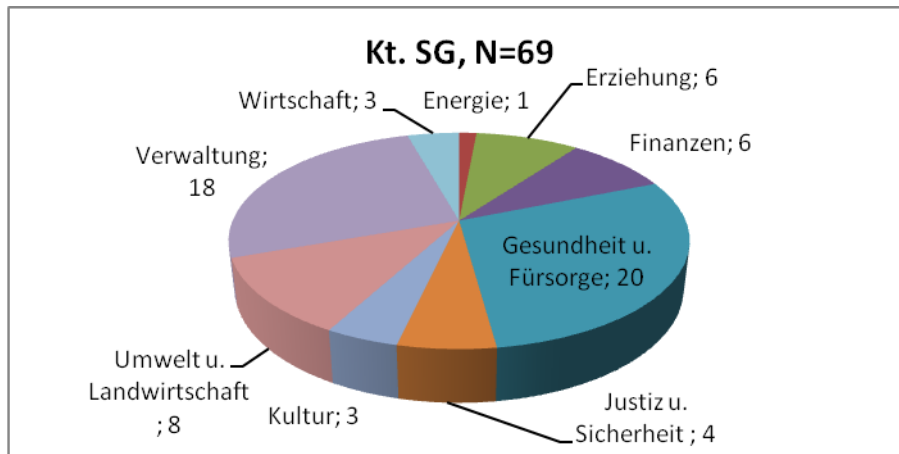
**Grafik 22: Einträge des Kanton Obwalden gegliedert nach Politikfeld.**



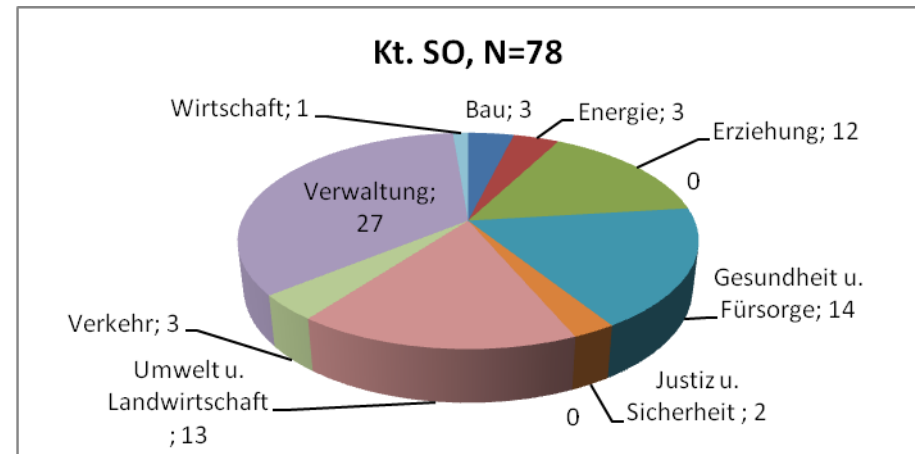
**Grafik 24: Einträge des Kanton Schaffhausen gegliedert nach Politikfeld.**



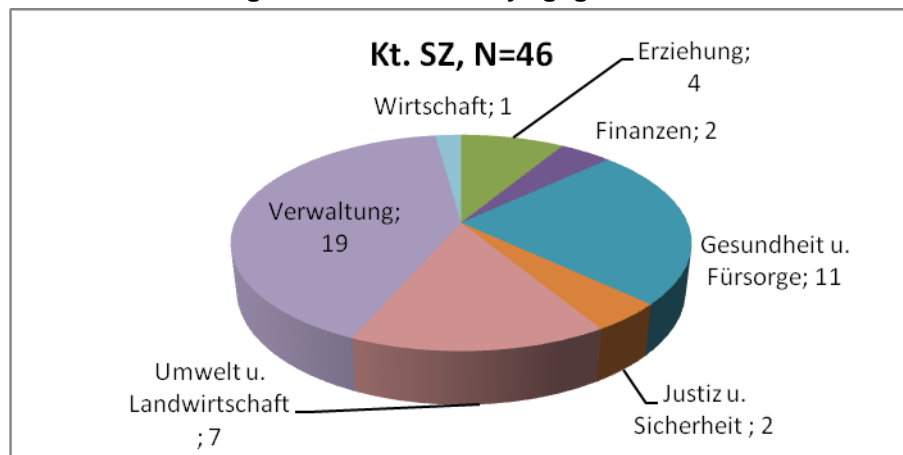
**Grafik 23: Einträge des Kanton St. Gallen gegliedert nach Politikfeld.**



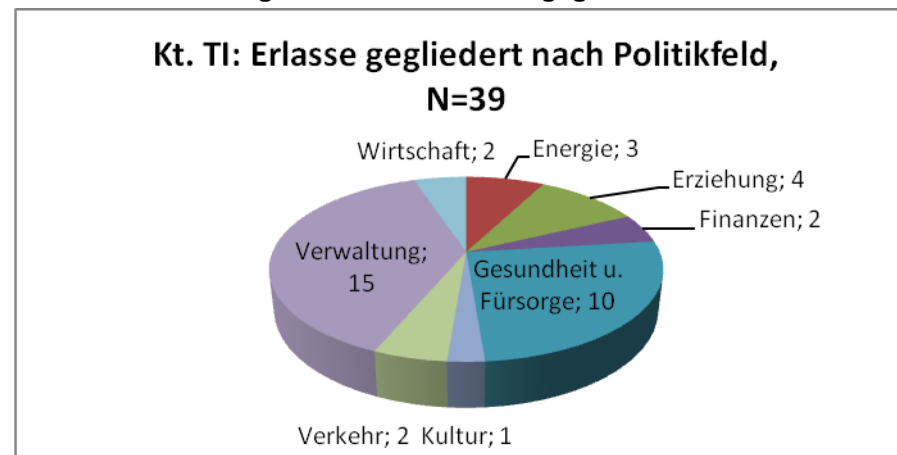
**Grafik 25: Einträge des Kanton Solothurn gegliedert nach Politikfeld.**



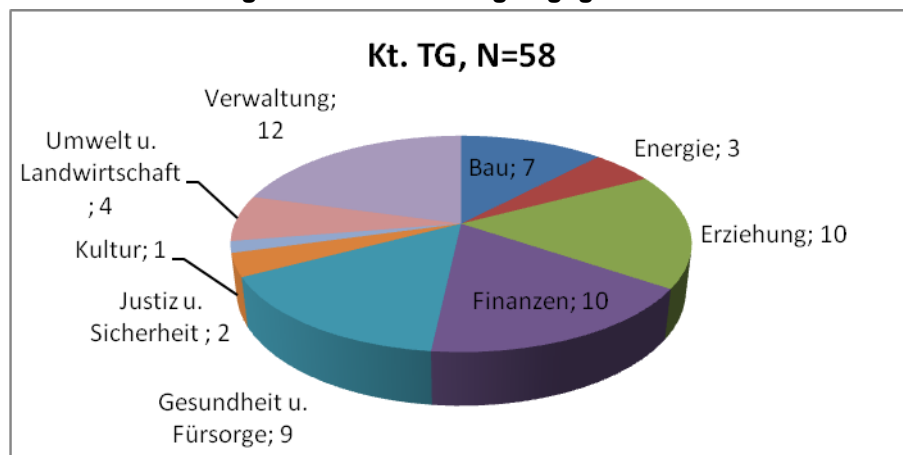
**Grafik 26: Einträge des Kanton Schwyz gegliedert nach Politikfeld.**



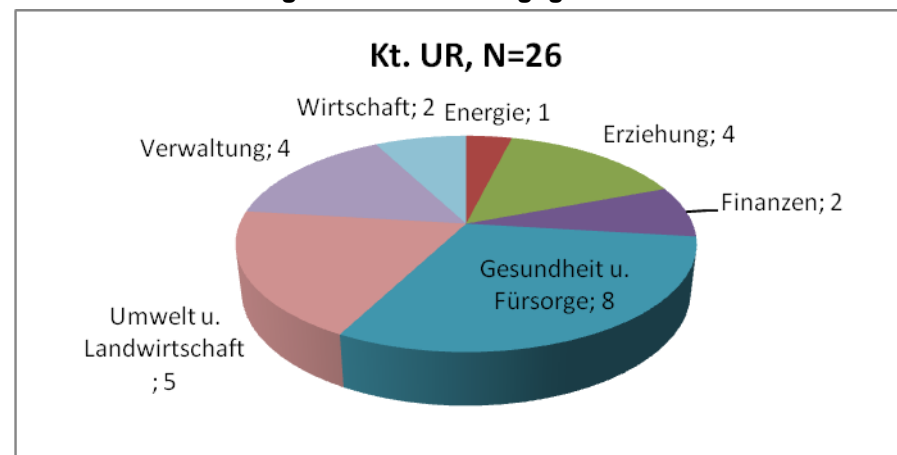
**Grafik 28: Einträge des Kanton Tessin gegliedert nach Politikfeld.**



**Grafik 27: Einträge des Kanton Thurgau gegliedert nach Politikfeld.**

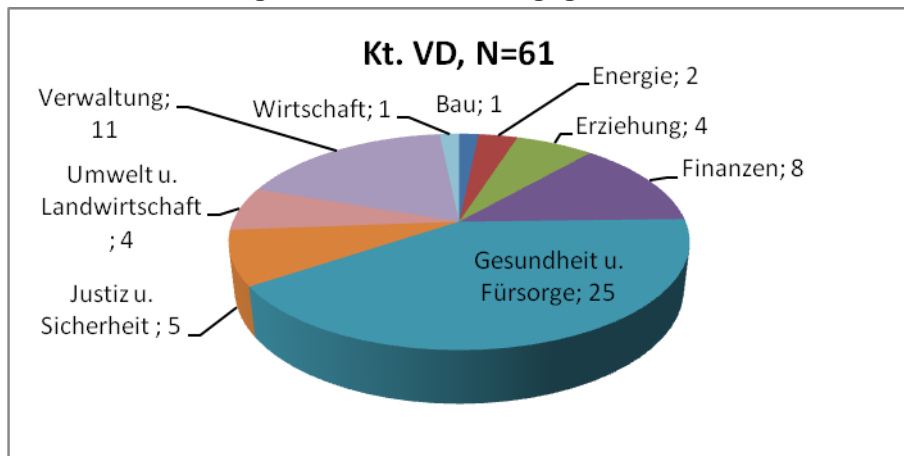


**Grafik 29: Einträge des Kanton Uri gegliedert nach Politikfeld.**

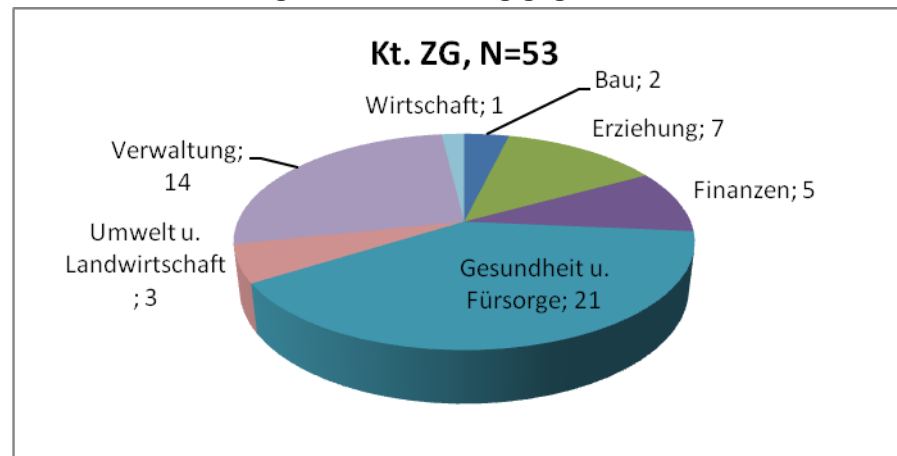




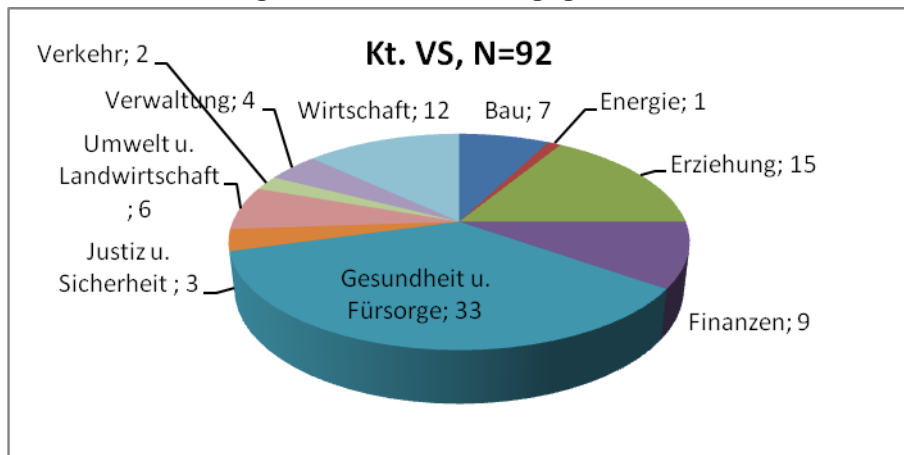
**Grafik 30: Einträge des Kanton Waadt gegliedert nach Politikfeld.**



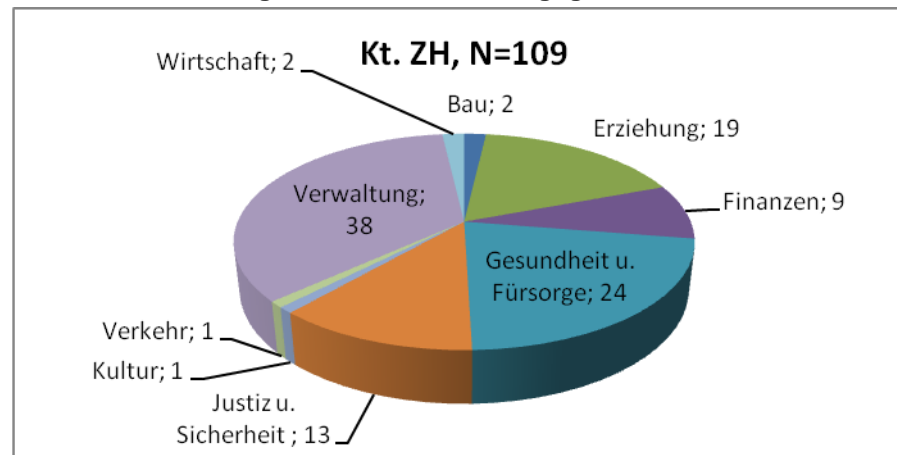
**Grafik 32: Einträge des Kanton Zug gegliedert nach Politikfeld.**



**Grafik 31: Einträge des Kanton Wallis gegliedert nach Politikfeld.**



**Grafik 33: Einträge des Kanton Zürich gegliedert nach Politikfeld.**





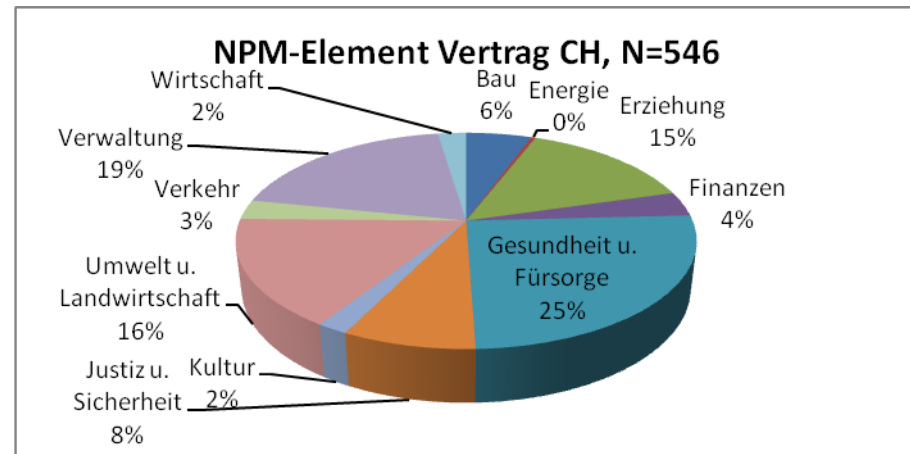




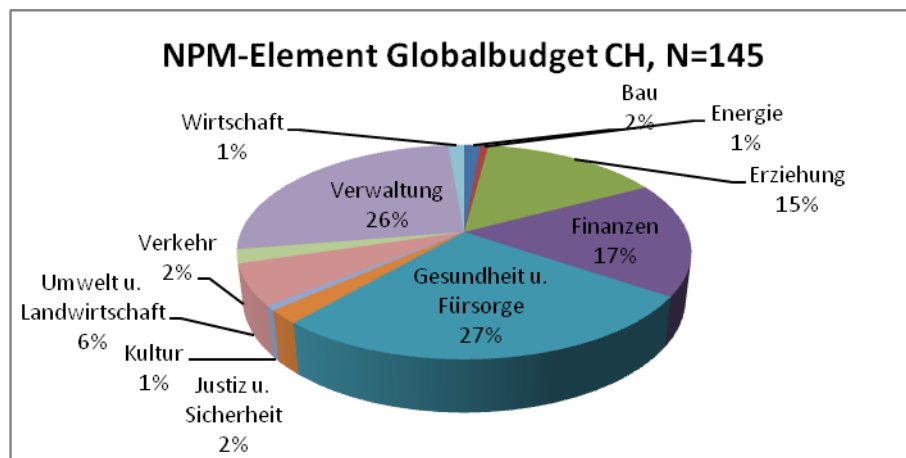


## I.VII NPM-Elemente bzgl. Politikfelder, bundesweit

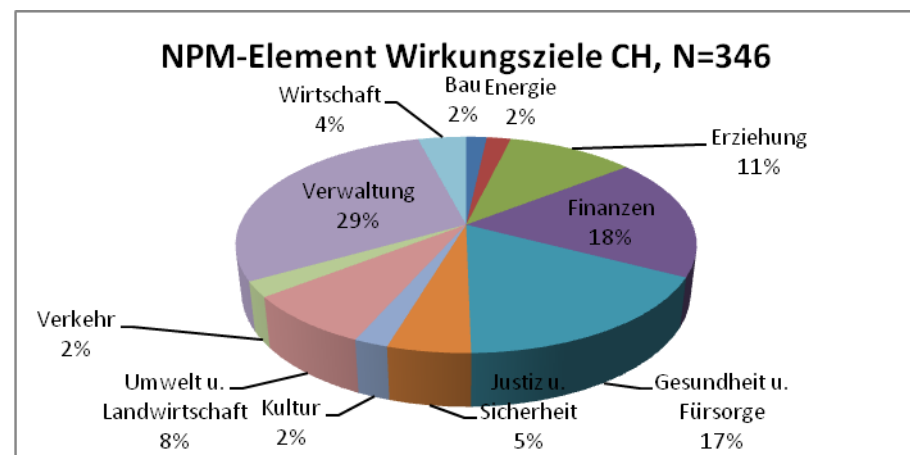
Grafik 42: Total Einträge zu *Vertrag*, gegliedert nach Politikfeld, in Prozent.



Grafik 41: Total Einträge zu *Globalbudget*, gegliedert nach Politikfeld, in Prozent.

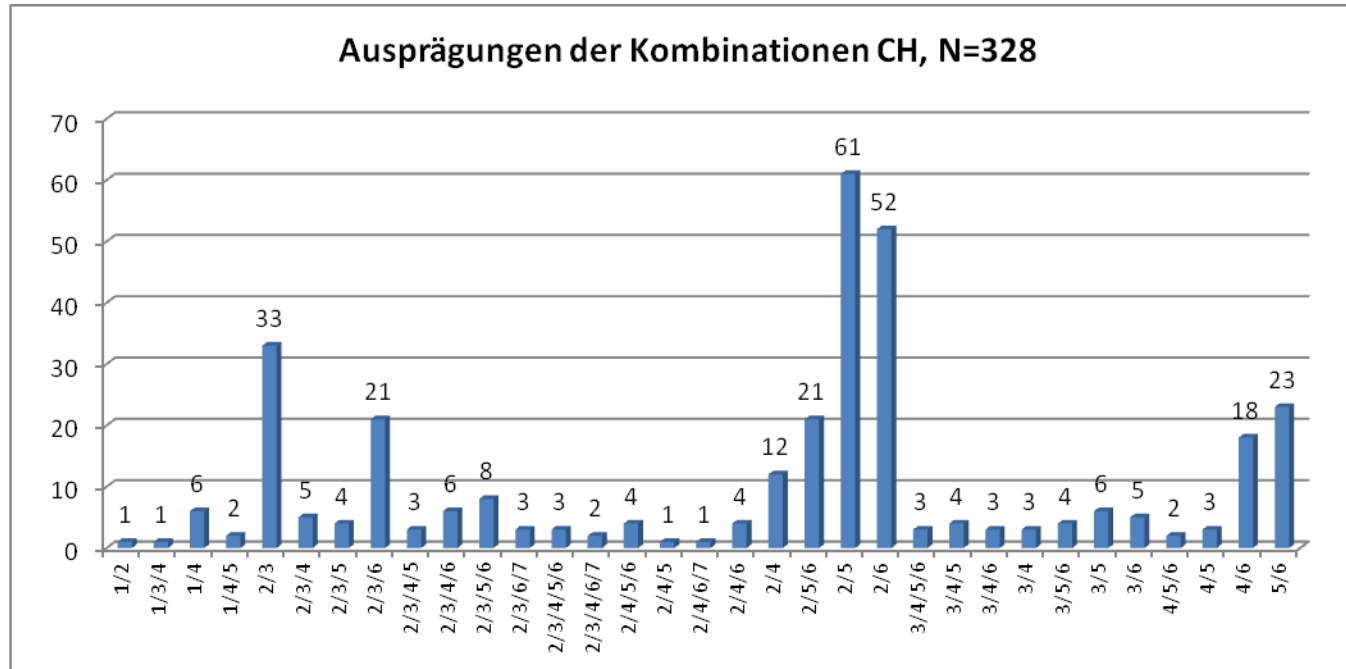


Grafik 43: Total Einträge zu *Wirkungsziele*, gegliedert nach Politikfeld, in Prozent.



## I.VIII Kombinationen zwischen NPM-Elementen

Grafik 44: Kombinationen aller sechs NPM-Elemente inklusive WoV-Erlasse.



- Legende:
- 1: Wirkungs- und Effizienzorientierung in Verfassungen
  - 2: Leistungsaufträge und –vereinbarungen
  - 3: Globalbudget
  - 4: (integrierter) Aufgaben- und Finanzplan
  - 5: Vertrag
  - 6: Wirkungsziele
  - 7: WoV-Erlasse

## ANHANG II: TABELLEN

### II.I Begriffskataloge der sechs NPM-Elemente in tabellarischer Form

Tabelle 1: Begriffskataloge der sechs NPM-Elemente in tabellarischer Form (deutsch).

Wirkungs- und Effizienzorientierung	Leistungsvereinbarung/ Leistungsauftrag	Globalbudget	(Integrierter) Aufgaben- und Finanzplan	Vertrag	Wirkungsziele
effizienzorientiert	Leistungsauftrag	Globalbudget	Aufgabenplan	Vertrag	Wirkungsziel
Effizienzorientierung	Leistungsaufträge	Globalbudgetierung	Aufgabenpläne	Verträge	Wirkungsziele
Effizienz	Leistungsvereinbarung(en)	Globalkredit(e)	Finanzplan	öffentlich-rechtlicher Vertrag	Leistungsziel
effizient	Rahmenkontrakt(e)	globalisierte Ressourcenvorgaben	Finanzpläne	öffentlich-rechtliche Verträge	Leistungsziele
Leistungsmessung	Jahreskontrakt(e)	Globalbeitrag	Entwicklungsplan	Leistungsvertrag	
leistungsorientiert	Zielvereinbarung(en)	Globalbeiträge	Entwicklungspläne	Leistungsverträge	
Leistungsorientierung	Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget (FLAG)	Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget (FLAG)	integrierter Aufgaben- und Finanzplan		
wirksam			integrierter Finanz- und Aufgabenplan		
Wirksamkeit			konsolidierter Aufgaben- und Finanzplan		
Wirkung			konsolidierter Finanz- und Aufgabenplan		
wirkungsorientiert			Mehrjahresplan(ung)		
Wirkungsorientierung			mehnjähriger Finanzplan		
Wirkungsmessung			mehnjährige Finanzpläne		
Wirkungssteuerung					
Wirkungsvorgabe(n)					



**Tabelle 10: Begriffskataloge der sechs NPM-Elemente in tabellarischer Form (italienisch).**

Wirkungs- und Effizienzorientierung	Leistungsvereinbarung/ Leistungsauftrag	Globalbudget	(integrierter) Aufgaben- und Finanzplan	Vertrag	Wirkungsziele
effeto	accordo di prestazione	budget globale	piano-finanziario	contratto di prestazione	efficacia
efficienza	mandato di prestazione			rapporto di lavoro subordinato	efficienza
effettività				contratto lavoro	risultato

**Tabelle 11: Begriffskataloge der sechs NPM-Elemente in tabellarischer Form (französisch).**

Wirkungs- und Effizienzorientierung	Leistungsvereinbarung/ Leistungsauftrag	Globalbudget	(integrierter) Aufgaben- und Finanzplan	Vertrag	Wirkungsziele
efficace	mandat de prestations	budget global	période pluriannuelle	contrat	efficacité
	contrat-cadre	enveloppe budgétaire	plan financier	contrat de prestations	efficace
	contrat de prestations		enveloppe pluriannuelle		efficience
	accord de prestations				objectif
	mandat du département				évaluation
					effets
					résultats

## II.II Flächendeckende und optional eingesetzte Instrumente

Tabelle 12: Verzeichnis der flächendeckend oder optional eingesetzten Instrumente in den Kantonen AG-FR.

*kursiv = nur optional*

Element	AG	AI	AR	BE	BL	BS	FR
Wirkungs- und Effizienzorientierung in der Verfassung	Verwaltung		Verwaltung	Verwaltung	Verwaltung	Verwaltung	Verwaltung
Leistungsaufträge/Leistungsvereinbarungen	<i>Verwaltung (Leistungsvereinbarungen)</i>		<i>Verwaltung (Leistungsaufträge)</i>	Finanzen (Leistungsaufträge) <i>Finanzen (Leistungsvereinbarungen)</i>		<i>Verwaltung (Leistungsaufträge)</i> <i>Finanzen (Leistungsaufträge)</i>	<i>Verwaltung (Leistungsaufträge)</i>
Globalbudget	Finanzen		<i>Finanzen</i>	Finanzen		<i>Verwaltung</i>	<i>Finanzen</i>
Integrierter Aufgaben- und Finanzplan							
Verträge	Verwaltung (Arbeitsverträge) <i>Verwaltung (Dienstleistungen)</i>		Verwaltung (Arbeitsverträge)	Verwaltung (Arbeitsverträge)	Verwaltung (Arbeitsverträge)	Verwaltung (Arbeitsverträge)	Verwaltung (Arbeitsverträge)
Wirkungsziele	<i>Verwaltung</i> Finanzen	Finanzen	Verwaltung Finanzen	Verwaltung Finanzen	Finanzen		
WoV-Erlasse	Finanzen			Verwaltung			

**Tabelle 13: Verzeichnis der flächendeckend oder optional eingesetzten Instrumente in den Kantonen GE-NW.**

*kursiv = nur optional*

Element	GE	GL	GR	JU	LU	NE	NW
Wirkungs- und Effizienzorientierung in der Verfassung		Verwaltung	Verwaltung	Verwaltung	Verwaltung		
Leistungsaufträge/Leistungsvereinbarungen		<i>Verwaltung (Leistungsaufträge)</i> <i>Finanzen (Leistungsaufträge)</i>	<i>Finanzen (Leistungsaufträge)</i> <i>Finanzen (Leistungsvereinbarungen)</i>		Finanzen (Leistungsaufträge)		<i>Verwaltung (Leistungsaufträge)</i>
Globalbudget		<i>Verwaltung</i> <i>Finanzen</i>	Finanzen	<i>Finanzen</i>	Finanzen		<i>Finanzen</i>
Integrierter Aufgaben- und Finanzplan							
Verträge		Verwaltung (Arbeitsverträge)	Verwaltung (Arbeitsverträge)	Verwaltung (Arbeitsverträge)	Verwaltung (Arbeitsverträge)	<i>Verwaltung (Arbeitsverträge)</i>	Verwaltung (Arbeitsverträge)
Wirkungsziele	Verwaltung Finanzen	Verwaltung Finanzen	Verwaltung Finanzen	Verwaltung Finanzen	Finanzen	Verwaltung Finanzen	Verwaltung Finanzen
WoV-Erlasse							

**Tabelle 14: Verzeichnis der flächendeckend oder optional eingesetzten Instrumente in den Kantonen OW-TG.**

*kursiv = nur optional*

Element	OW	SG	SH	SO	SZ	TG
Wirkungs- und Effizienzorientierung in der Verfassung		Verwaltung	Verwaltung	Verwaltung		Verwaltung
Leistungsaufträge/Leistungsvereinbarungen	<i>Verwaltung (Leistungsaufträge)</i> <i>Verwaltung (Leistungsvereinbarung)</i> <i>Finanzen (Leistungsaufträge)</i>		<i>Verwaltung (Leistungsaufträge)</i> <i>Finanzen (Leistungsaufträge)</i>	Verwaltung (Leistungsaufträge)	<i>Verwaltung</i>	<i>Finanzen (Leistungsauftrag)</i>
Globalbudget	<i>Finanzen</i>		<i>Verwaltung Finanzen</i>	Verwaltung	<i>Verwaltung</i>	<i>Finanzen</i>
Integrierter Aufgaben- und Finanzplan						
Verträge	Verwaltung (Arbeitsverträge)		Verwaltung (Arbeitsverträge)	Verwaltung (Arbeitsverträge)	Verwaltung (Arbeitsverträge)	
Wirkungsziele	Verwaltung Finanzen	Verwaltung	<i>Verwaltung</i>	Verwaltung	<i>Verwaltung</i>	Finanzen
WoV-Erlasse			<i>Verwaltung</i>	Verwaltung	<i>Verwaltung</i>	

**Tabelle 15: Verzeichnis der flächendeckend oder optional eingesetzten Instrumente in den Kantonen TI-ZH.**

*kursiv = nur optional*

Element	TI	UR	VD	VS	ZG	ZH
Wirkungs- und Effizienzorientierung in der Verfassung		Verwaltung	Verwaltung			Verwaltung
Leistungsaufträge/Leistungsvereinbarungen	<i>Verwaltung (Leistungsaufträge)</i>				Verwaltung (Leistungsaufträge)  Finanzen (Leistungsvereinbarungen)	<i>Verwaltung (Leistungsaufträge)</i>
Globalbudget	<i>Verwaltung</i>			Finanzen	Verwaltung	Verwaltung
Integrierter Aufgaben- und Finanzplan						
Verträge		Verwaltung (Arbeitsverträge)	Verwaltung (Arbeitsverträge)			<i>Verwaltung (Arbeitsverträge)</i>
Wirkungsziele	Verwaltung	Finanzen	Verwaltung Finanzen	Verwaltung Finanzen	Verwaltung Finanzen	Verwaltung Finanzen
WoV-Erlasse	<i>Verwaltung</i>				<i>Verwaltung</i>	

## II.III Tabelle der Kombinationen innerhalb des Sample

**Tabelle 16: Im Sample ermittelte Kombination zw. den sechs NPM-Elementen und WoV-Erlassen.**

Kanton	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Politikfeld	Kombination
AG	Verfassung	110.000	Verwaltung	1/4
AG	Gesetz	171.100	Verwaltung	3/4/5/6
AG	Verordnung	301.111	Gesundheit u. Fürsorge	2/5
AG	Gesetz	301.200	Gesundheit u. Fürsorge	2/6
AG	Gesetz	331.200	Gesundheit u. Fürsorge	3/4/5/6
AG	Verordnung	331.211	Gesundheit u. Fürsorge	2/3/5/6
AG	Gesetz	401.100	Erziehung	2/5
AG	Verordnung	401.115	Erziehung	2/6
AG	Verordnung	405.111	Erziehung	2/3/5
AG	Verordnung	411.215	Erziehung	2/3
AG	Gesetz	422.200	Erziehung	2/5
AG	Gesetz	428.500	Gesundheit u. Fürsorge	2/4/5/6
AG	Verordnung	428.511	Gesundheit u. Fürsorge	2/5/6
AG	Gesetz	495.200	Kultur	5/6
AG	Gesetz	612.100	Finanzen	3/4/6
AG	Verordnung	612.116	Finanzen	2/3/4
AG	Gesetz	837.100	Finanzen	2/5
AG	Gesetz	851.200	Gesundheit u. Fürsorge	2/5
AG	Verordnung	851.211	Gesundheit u. Fürsorge	2/5
AG	Gesetz	910.100	Umwelt u. Landwirtschaft	3/5
AG	Gesetz	931.100	Umwelt u. Landwirtschaft	3/5
AG	Gesetz	933.200	Umwelt u. Landwirtschaft	2/3
AG	Verordnung	933.211	Umwelt u. Landwirtschaft	2/5
AI	Gesetz	810.000	Gesundheit u. Fürsorge	2/5
AI	Verordnung	810.010	Gesundheit u. Fürsorge	2/4
AI	Verordnung	818.410	Gesundheit u. Fürsorge	2/5
AI	Verordnung	850.010	Gesundheit u. Fürsorge	2/5
AI	Verordnung	916.410	Umwelt u. Landwirtschaft	2/5
AR	Verordnung	122.24	Verwaltung	2/5
AR	Gesetz	142.12	Verwaltung	2/6
AR	Gesetz	411.0	Erziehung	2/5/6
AR	Verordnung	411.1	Erziehung	2/3/5/6
AR	Gesetz	414.11	Erziehung	2/6
AR	Gesetz	511.1	Justiz u. Sicherheit	2/5/6
AR	Gesetz	511.2	Justiz u. Sicherheit	5/6
AR	Verordnung	511.21	Justiz u. Sicherheit	2/6
AR	Gesetz	612.0	Finanzen	3/6
AR	Gesetz	721.1	Bau	2/5
AR	Gesetz	811.1	Gesundheit u. Fürsorge	2/3/6
AR	Verordnung	812.111	Gesundheit u. Fürsorge	2/5

AR	Gesetz	814.0	Umwelt u. Landwirtschaft	2/5
AR	Verordnung	832.21	Gesundheit u. Fürsorge	2/6
AR	Gesetz	851.1	Gesundheit u. Fürsorge	2/5
AR	Gesetz	911.1	Wirtschaft	2/6
BE	Verfassung	101.1	Verwaltung	1/4
BE	Gesetz	102.1	Verwaltung	5/6
BE	Gesetz	151.21	Verwaltung	4/6
BE	Gesetz	152.01	Verwaltung	2/3/6
BE	Gesetz	152.04	Verwaltung	4/6
BE	Verordnung	152.211	Verwaltung	2/4
BE	Verordnung	152.221.121	Verwaltung	2/5
BE	Verordnung	152.221.171	Verwaltung	2/4
BE	Verordnung	152.322.1	Verwaltung	2/3/4
BE	Gesetz	161.1	Verwaltung	4/5/6
BE	Verordnung	170.111	Verwaltung	2/3/5/6
BE	Verordnung	170.212	Verwaltung	3/6
BE	Verordnung	170.511	Verwaltung	2/6
BE	Verordnung	212.223.2	Verwaltung	2/6
BE	Gesetz	423.11	Kultur	2/5
BE	Gesetz	432.21	Erziehung	2/5
BE	Verordnung	432.211.1	Erziehung	2/5
BE	Gesetz	433.12	Erziehung	2/5
BE	Verordnung	433.121	Erziehung	2/5/6
BE	Gesetz	435.11	Erziehung	2/5/6
BE	Verordnung	435.111	Erziehung	2/5/6
BE	Gesetz	435.311	Erziehung	2/4/5
BE	Gesetz	435.411	Erziehung	2/4/5/6
BE	Gesetz	436.11	Erziehung	2/4
BE	Verordnung	436.111.1	Erziehung	2/4
BE	Verordnung	436.811	Erziehung	2/4
BE	Gesetz	436.91	Erziehung	2/4/5/6
BE	Verordnung	436.911	Erziehung	2/4/6
BE	Gesetz	620.0	Finanzen	4/6
BE	Verordnung	621.1	Finanzen	2/4/6
BE	Gesetz	622.1	Finanzen	2/4
BE	Gesetz	641.1	Finanzen	5/6
BE	Gesetz	732.11	Bau	2/5/6
BE	Verordnung	761.111	Verkehr	2/5
BE	Gesetz	762.4	Verkehr	2/5
BE	Verordnung	762.412	Verkehr	2/6
BE	Gesetz	822.1	Umwelt u. Landwirtschaft	2/5/6
BE	Verordnung	822.111	Umwelt u. Landwirtschaft	5/6
BE	Gesetz	860.1	Gesundheit u. Fürsorge	2/5/6
BE	Verordnung	860.111	Gesundheit u. Fürsorge	2/5/6
BE	Verordnung	860.113	Gesundheit u. Fürsorge	5/6
BE	Gesetz	873.11	Justiz u. Sicherheit	2/6
BE	Gesetz	910.1	Umwelt u. Landwirtschaft	2/5/6
BE	Verordnung	910.111	Umwelt u. Landwirtschaft	5/6
BE	Verordnung	916.141.1	Umwelt u. Landwirtschaft	2/5
BE	Gesetz	921.11	Umwelt u. Landwirtschaft	2/5

			schaft	
BE	Verordnung	921.111	Umwelt u. Landwirtschaft	2/5
BE	Gesetz	922.11	Umwelt u. Landwirtschaft	5/6
BE	Verordnung	935.211.1	Wirtschaft	4/6
BL	Verfassung	100	Verwaltung	1/4/5
BL	Gesetz	114	Verwaltung	2/6
BL	Verordnung	140.51	Verwaltung	2/6
BL	Verordnung	180.10	Finanzen	2/3/6
BL	Verordnung	180.13	Finanzen	2/3/6
BL	Verordnung	252.11	Justiz u. Sicherheit	2/5
BL	Gesetz	310	Finanzen	2/3/6
BL	Verordnung	310.12	Gesundheit u. Fürsorge	2/3
BL	Gesetz	430	Bau	2/5
BL	Gesetz	640	Erziehung	2/5
BL	Gesetz	850	Gesundheit u. Fürsorge	5/6
BL	Gesetz	930	Gesundheit u. Fürsorge	2/3/5
BL	Verordnung	930.16	Gesundheit u. Fürsorge	2/5
BS	Verfassung	111.100	Verwaltung	2/3/6
BS	Verordnung	162.880	Verwaltung	2/5
BS	Gesetz	330.100	Gesundheit u. Fürsorge	2/3
BS	Gesetz	451.100	Kultur	2/3/6
BS	Gesetz	951.100	Verkehr	2/3
FR	Gesetz	17.1	Verwaltung	3/5
FR	Gesetz	122.23.7	Verwaltung	2/5
FR	Gesetz	140.1	Verwaltung	4/5
FR	Gesetz	140.2	Verwaltung	4/5
FR	Gesetz	412.2.1	Erziehung	2/3/4
FR	Gesetz	413.4.1	Erziehung	2/5
FR	Gesetz	420.1	Erziehung	2/5
FR	Gesetz	430.1	Erziehung	3/4
FR	Gesetz	610.1	Finanzen	3/4/5
FR	Gesetz	616.1	Finanzen	2/5/6
FR	Gesetz	821.0.4	Gesundheit u. Fürsorge	3/5/6
FR	Gesetz	822.0.1	Gesundheit u. Fürsorge	2/3
FR	Gesetz	822.2.1	Gesundheit u. Fürsorge	2/3
FR	Gesetz	866.1.1	Wirtschaft	2/6
FR	Gesetz	911.10.1	Umwelt u. Landwirtschaft	3/4/5
GE	Verfassung	A 2 00	Verwaltung	1/4/5
GE	Gesetz	D 1 05	Finanzen	4/6
GE	Gesetz	D 1 11	Finanzen	5/6
GE	Gesetz	H 1 55	Verkehr	3/4/5
GE	Gesetz	I 1 60	Wirtschaft	5/6
GE	Gesetz	J 7 20	Gesundheit u. Fürsorge	5/6
GE	Gesetz	K 1 03	Gesundheit u. Fürsorge	2/6
GL	Gesetz	II A/3/2	Verwaltung	2/3/6
GL	Gesetz	II A/6/1	Verwaltung	2/5
GL	Gesetz	VI A/1/2	Finanzen	2/3/4/6
GL	Verordnung	VIII A/1/3	Gesundheit u. Fürsorge	2/3/5/6
GL	Gesetz	VIII D/21/1	Gesundheit u. Fürsorge	2/3
GL	Gesetz	VIII E/21/3	Gesundheit u. Fürsorge	2/5
GL	Gesetz	IX C/1/1	Wirtschaft	2/6
GL	Verordnung	IXC/1/2	Wirtschaft	2/5



GL	Gesetz	IX E/1/1	Umwelt u. Landwirtschaft	2/5
GR	Gesetz	170.100	Verwaltung	3/4/6
GR	Gesetz	427.200	Erziehung	2/3/5/6
GR	Verordnung	427.205	Erziehung	2/3
GR	Gesetz	427.500	Erziehung	2/3/6
GR	Verordnung	427.510	Erziehung	2/3
GR	Verordnung	427.700	Erziehung	2/6
GR	Gesetz	430.000	Erziehung	2/3/6
GR	Gesetz	432.000	Erziehung	2/3/6
GR	Verordnung	492.110	Kultur	2/6
GR	Gesetz	500.900	Gesundheit u. Fürsorge	2/6
GR	Gesetz	506.000	Gesundheit u. Fürsorge	2/6
GR	Gesetz	710.100	Finanzen	2/3/4/5/6
GR	Verordnung	710.110	Finanzen	4/6
GR	Gesetz	807.100	Bau	2/5
GR	Verordnung	830.110	Bau	2/6
GR	Verordnung	932.160	Wirtschaft	2/6
JU	Verfassung	101	Verwaltung	1/4
JU	Gesetz	172.11	Verwaltung	4/6
JU	Gesetz	412.11	Erziehung	2/5
JU	Gesetz	611	Finanzen	3/4/5/6
JU	Gesetz	621	Finanzen	5/6
JU	Gesetz	810.11	Gesundheit u. Fürsorge	3/5/6
JU	Verordnung	850.11	Gesundheit u. Fürsorge	3/5/6
JU	Verordnung	850.112	Gesundheit u. Fürsorge	3/5
LU	Gesetz	26	Verwaltung	2/6
LU	Gesetz	29	Bau	2/5
LU	Gesetz	30	Verwaltung	4/6
LU	Gesetz	41	Verwaltung	2/3
LU	Verordnung	52	Verwaltung	2/6
LU	Gesetz	150	Verwaltung	2/3/4/5/6
LU	Gesetz	260	Justiz u. Sicherheit	2/3
LU	Verordnung	432	Erziehung	2/6
LU	Gesetz	539	Erziehung	2/3
LU	Gesetz	600	Finanzen	2/3/4/6
LU	Gesetz	601	Finanzen	2/4/6
LU	Verordnung	602	Finanzen	2/4
LU	Gesetz	730	Umwelt u. Landwirtschaft	2/3
LU	Gesetz	755	Bau	2/5
LU	Gesetz	775	Verkehr	2/6
LU	Gesetz	758a	Bau	2/5
LU	Gesetz	800a	Gesundheit u. Fürsorge	2/3/4/5/6
NE	Gesetz	152.100	Verwaltung	4/6
NE	Gesetz	152.510	Verwaltung	5/6
NE	Gesetz	416.10	Erziehung	2/3/4/5
NE	Gesetz	601	Finanzen	4/6
NE	Gesetz	601.8	Finanzen	2/3/5/6
NE	Gesetz	761.400	Verkehr	2/5
NE	Gesetz	800.101	Gesundheit u. Fürsorge	2/3/5
NE	Gesetz	802.310	Gesundheit u. Fürsorge	2/3
NW	Gesetz	152.1	Verwaltung	2/6
NW	Gesetz	165.1	Verwaltung	2/5
NW	Gesetz	171.2	Verwaltung	2/3/4/6

NW	Gesetz	331.1	Umwelt u. Landwirtschaft	2/6
NW	Gesetz	511.1	Finanzen	2/3/4/6
NW	Gesetz	711.1	Gesundheit u. Fürsorge	2/6
NW	Gesetz	714.1	Gesundheit u. Fürsorge	2/6
NW	Gesetz	741.5	Gesundheit u. Fürsorge	2/3
OW	Gesetz	130.1	Verwaltung	2/5/6
OW	Gesetz	132.1	Verwaltung	4/6
OW	Verordnung	141.11	Verwaltung	2/6
OW	Gesetz	410.1	Erziehung	2/3/6
OW	Verordnung	410.13	Erziehung	2/6
OW	Verordnung	610.11	Finanzen	2/4/6
OW	Gesetz	810.1	Gesundheit u. Fürsorge	2/6
OW	Gesetz	818.1	Umwelt u. Landwirtschaft	2/3
OW	Verordnung	830.11	Gesundheit u. Fürsorge	2/5
OW	Gesetz	921.1	Umwelt u. Landwirtschaft	3/6
SG	Verfassung	111.1	Verwaltung	1/4
SG	Gesetz	140.1	Verwaltung	4/5/6
SG	Gesetz	151.2	Verwaltung	2/4/5/6
SG	Gesetz	216.0	Erziehung	2/3/6
SG	Gesetz	273.1	Kultur	2/6
SG	Gesetz	311.1	Gesundheit u. Fürsorge	2/5
SG	Gesetz	320.2	Gesundheit u. Fürsorge	2/3/6
SG	Gesetz	320.22	Gesundheit u. Fürsorge	2/3
SG	Gesetz	331.11	Gesundheit u. Fürsorge	2/3
SG	Gesetz	413.1	Justiz u. Sicherheit	2/6
SG	Gesetz	421.1	Justiz u. Sicherheit	2/6
SG	Gesetz	651.1	Umwelt u. Landwirtschaft	2/3
SG	Verordnung	813.11	Finanzen	2/3
SH	Verfassung	101.000	Verwaltung	1/2
SH	Verordnung	172.105	Verwaltung	2/3/6/7
SH	Gesetz	354.100	Justiz u. Sicherheit	2/5/6
SH	Gesetz	412.100	Erziehung	2/6
SH	Gesetz	441.100	Kultur	2/6
SH	Gesetz	611.100	Finanzen	2/3
SH	Gesetz	725.100	Bau	2/3
SH	Gesetz	813.100	Gesundheit u. Fürsorge	2/3/4
SH	Verordnung	813.501	Gesundheit u. Fürsorge	2/5/6
SH	Verordnung	921.101	Umwelt u. Landwirtschaft	2/4
SH	Gesetz	935.200	Finanzen	2/6
SO	Verfassung	111.1	Verwaltung	1/3/4
SO	Gesetz	114.1	Verwaltung	4/6
SO	Gesetz	115.1	Verwaltung	2/3/4/6/7
SO	Verordnung	115.11	Verwaltung	2/4/6/7
SO	Gesetz	121.1	Verwaltung	4/6
SO	Gesetz	126.1	Verwaltung	5/6
SO	Gesetz	131.1	Verwaltung	2/3/6
SO	Gesetz	431.111	Erziehung	2/5/6
SO	Gesetz	415.211	Erziehung	5/6
SO	Verordnung	531.2	Justiz u. Sicherheit	2/3
SO	Gesetz	626.11	Umwelt u. Landwirtschaft	2/3

S0	Gesetz	712.15	Umwelt u. Landwirtschaft	2/5/6
S0	Gesetz	725.11	Bau	2/5
S0	Verordnung	732.4	Verkehr	2/3
S0	Gesetz	817.11	Gesundheit u. Fürsorge	2/3/5/6
S0	Gesetz	831.1	Gesundheit u. Fürsorge	2/6
S0	Verordnung	831.2	Gesundheit u. Fürsorge	2/5/6
S0	Gesetz	921.11	Umwelt u. Landwirtschaft	2/3
S0	Verordnung	921.12	Umwelt u. Landwirtschaft	2/3
SZ	Verordnung	143.210	Verwaltung	2/3/6
SZ	Verordnung	144.110	Verwaltung	4/6
SZ	Verordnung	145.110	Verwaltung	5/6
SZ	Verordnung	145.111	Verwaltung	2/5
SZ	Verordnung	152.112	Verwaltung	2/3/4/6/7
SZ	Verordnung	312.111	Umwelt u. Landwirtschaft	2/6
SZ	Gesetz	380.300	Umwelt u. Landwirtschaft	2/6
SZ	Verordnung	380.312	Gesundheit u. Fürsorge	2/3
SZ	Verordnung	574.110	Gesundheit u. Fürsorge	2/3
TG	Verordnung	131.2	Verwaltung	3/4/6
TG	Gesetz	170.7	Verwaltung	5/6
TG	Gesetz	411.11	Erziehung	2/5/6
TG	Verordnung	611.11	Finanzen	2/3/6
TG	Gesetz	734.1	Energie	2/6
TI	Gesetz	2.4.1.1	Verwaltung	4/6
TI	Gesetz	2.5.1.1	Verwaltung	2/3/6
TI	Verordnung	2.5.1.1.3	Verwaltung	2/3/6/7
TI	Gesetz	5.3.1.1	Erziehung	2/5
TI	Verordnung	6.1.1.1.6	Gesundheit u. Fürsorge	2/5
TI	Gesetz	6.3.1.1	Gesundheit u. Fürsorge	2/5/6
TI	Gesetz	7.4.1.1	Verkehr	2/6
TI	Verordnung	9.1.7.1.9	Energie	2/6
UR	Verfassung	1.1101	Verwaltung	1/4
UR	Verordnung	2.4211	Verwaltung	2/5
UR	Verordnung	3.2111	Finanzen	4/6
UR	Gesetz	20.3221	Gesundheit u. Fürsorge	2/3/6
UR	Gesetz	70.1101	Erziehung	2/6
VD	Gesetz	142.21	Justiz u. Sicherheit	2/5
VD	Gesetz	172.31	Verwaltung	5/6
VD	Gesetz	610.11	Finanzen	3/6
VD	Gesetz	610.15	Finanzen	5/6
VD	Gesetz	800.01	Gesundheit u. Fürsorge	2/5
VD	Gesetz	810.01	Gesundheit u. Fürsorge	2/3/5
VD	Gesetz	850.051	Gesundheit u. Fürsorge	5/6
VD	Gesetz	850.41	Gesundheit u. Fürsorge	5/6
VS	Gesetz	175.1	Verwaltung	4/5
VS	Gesetz	211.6	Bau	2/5
VS	Gesetz	611.1	Finanzen	2/3/4/6
VS	Gesetz	616.1	Finanzen	2/5/6
VS	Gesetz	810.8	Gesundheit u. Fürsorge	2/5
VS	Gesetz	810.10	Gesundheit u. Fürsorge	2/3
VS	Verordnung	811.11	Gesundheit u. Fürsorge	3/5

VS	Verordnung	850.400	Gesundheit u. Fürsorge	2/3
VS	Gesetz	900.1	Wirtschaft	2/3/6
VS	Verordnung	900.101	Wirtschaft	2/3
VS	Verordnung	901.100	Wirtschaft	2/5
ZG	Gesetz	153.1	Verwaltung	2/3/6
ZG	Verordnung	153.53	Verwaltung	2/6
ZG	Verordnung	153.63	Verwaltung	2/3/6/7
ZG	Gesetz	611.1	Finanzen	2/3/4/6
ZG	Gesetz	823.5	Gesundheit u. Fürsorge	2/5
ZG	Verordnung	826.113	Gesundheit u. Fürsorge	2/6
ZG	Gesetz	851.211	Gesundheit u. Fürsorge	2/6
ZG	Gesetz	861.5	Gesundheit u. Fürsorge	2/6
ZH	Verfassung	101	Verwaltung	1/4
ZH	Gesetz	131.1	Verwaltung	3/5/6
ZH	Gesetz	132.2	Verwaltung	3/6
ZH	Verordnung	133.3	Verwaltung	3/5
ZH	Gesetz	172.1	Verwaltung	4/6
ZH	Verordnung	172.11	Verwaltung	2/3/4
ZH	Verordnung	172.110.1	Verwaltung	2/4
ZH	Verordnung	172.110.4	Verwaltung	2/4
ZH	Gesetz	177.10	Verwaltung	2/5
ZH	Verordnung	181.131	Verwaltung	4/6
ZH	Verordnung	242.25	Justiz u. Sicherheit	2/3/5/6
ZH	Gesetz	412.100	Erziehung	2/6
ZH	Verordnung	413.311.9	Erziehung	2/5
ZH	Gesetz	414.10	Erziehung	3/4
ZH	Gesetz	415.11	Erziehung	3/4/5
ZH	Verordnung	415.437	Erziehung	2/4
ZH	Verordnung	631.51	Finanzen	3/4
ZH	Verordnung	813.121	Gesundheit u. Fürsorge	5/6
ZH	Gesetz	813.15	Gesundheit u. Fürsorge	2/3/4/5
ZH	Gesetz	813.16	Gesundheit u. Fürsorge	2/3/4/5
ZH	Gesetz	855.2	Gesundheit u. Fürsorge	2/6
ZH	Gesetz	951.1	Finanzen	2/5
		<b>Total=328</b>		

**Tabelle 17: Ausprägungen  
 der ermittelten Kombinati-  
 onen.**

Art und Anzahl der Kombinationen der sechs NPM-Elemente und WoV-Erlasse	
1/2	1
1/3/4	1
1/4	6
1/4/5	2
2/3	33
2/3/4	5
2/3/5	4
2/3/6	21
2/3/4/5	3
2/3/4/6	6
2/3/5/6	8
2/3/6/7	3
2/3/4/5/6	3
2/3/4/6/7	2
2/4/5/6	4
2/4/5	1
2/4/6/7	1
2/4/6	4
2/4	12
2/5/6	21
2/5	61
2/6	52
3/4/5/6	3
3/4/5	4
3/4/6	3
3/4	3
3/5/6	4
3/5	6
3/6	5
4/5/6	2
4/5	3
4/6	18
5/6	23
33 Kombinationen	328

## ANHANG III: ÜBERSICHTSTABELLE

Aargau											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
wirksam	Verfassung	110.00	Verfassung des Kantons Aargau	Art. 68 Abs. 1, Art. 90 Abs. 2	01.07.2011	Verwaltung	Staatsorganisation				Ja
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung/Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
Leistungsvereinbarung	Verordnung	122.515	Verordnung über die Integration der ausländischen Bevölkerung (IntegrationsV)	Art. 5 Abs. 1	01.08.2011	Justiz u. Sicherheit	Ausländerpolitik	MIKA	Beitragsempfänger (Vereine, Gruppen, Institutionen, die sich um Integrationsförderung bemühen)	Leistungserbringung im Bereich Integration	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	153.100	Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (Organisationsgesetz)	Art. 9 Abs. 2	01.07.2011	Verwaltung	Staatsorganisation	Regierungsrat	Dritte	Teile des Vollzugs öffentl. Aufgaben	Optional
Leistungsvereinbarung	Verordnung	253.111	Verordnung über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Strafvollzugsverordnung, SMV)	Art. 80 Abs. 2	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Bewährungshilfe	Regierungsrat	Private	Vollzug der Bewährungshilfe	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	301.100	Gesundheitsgesetz (GesG)	Art. 41 Abs. 2	01.01.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Heil- u. Betäubungsmittelkontrolle	zuständiges Departement	Dritte	Periodische Betriebskontrollen	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	301.111	Verordnung zum Gesundheitsgesetz	Art. 15 Abs. 4	01.01.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsvorsorge	Gemeinde	Zuständige Trägerschaft	Mütter- u. Väterberatung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	301.200	Pflegegesetz (PflG)	Art. 4 Abs. 4	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	stationäre Pflegeeinrichtungen	Regierungsrat	Bestimmte stationäre Einrichtungen: Übergangs- oder Palliativpflege	Übergangs- od. Palliativpflege	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	301.200	Pflegegesetz (PflG)	Art. 9 Abs. 2	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Pflege	Regierungsrat	Private Organisation	Führen einer Ombudsstelle	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	301.200	Pflegegesetz (PflG)	Art.11 Abs. 4	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Pflege	Gemeinde	stationären, ambulanten Leistungserbringern	Ambulante u. stationäre Langzeitpflege	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	301.200	Pflegegesetz (PflG)	Art. 19 Abs. 3	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Pflege	Gemeinde	Regionale Anlauf- und Beratungsstelle	Information, Beratung u. Vermittlung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	331.211	Spitalverordnung (SpiV)	Art. 12	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Spitäler	Regierungsrat	einzelne Spitäler, Spitalgruppen	Spitalleistungen	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	331.213	Verordnung über die Spitalliste (SpilIV)	Art. 1 Abs. 1b	01.04.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spitäler	Regierungsrat	Spitäler	Spitalleistungen	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	393.111	Verordnung über den Vollzug der eidgenössischen Tierschutzgesetzgebung	Art. 3a Abs. 3	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Tiere	Departement Gesundheit u. Soziales	Aargauischer Tierschutzverein	Beratung von Privaten in Tierschutzfragen	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	401.100	Schulgesetz	Art. 60a Abs. 2, Art. 61 Abs. 2	01.01.2011	Erziehung	Schuldienste	Kanton	öffentliche oder private Körperschaften	Schulpsycholog.Dienste (Art. 60), Berufs-, Studien- u. Laufbahnberatung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	401.115	Verordnung zur geleiteten Schule	Art. 3 Abs. 1-2	01.01.2011	Erziehung	Schule	Departement Bildung, Kultur u. Sport	Pädagogische Hochschulen und andere fachlich ausgewiesene Institutionen	Unterstützung der Gemeinden bei der Einrichtung von Schulleitungen, zum Erreichen der Qualitätsansprüche, Aus- u. Weiterbildung von Schulleitern und Inspektoren	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	405.110	Dekret über die Schuldienste	Art. 9a	01.07.2009	Erziehung	Schuldienste	Regierungsrat	Privatrechtliche Trägerschaft	Organisation u. Führung der Beratungsstelle für Ausbildung u. Beruf	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	405.111	Verordnung über die Schuldienste	Art. 12	01.08.2011	Erziehung	Beratungsstelle für Ausbildung u. Beruf	Departement für Bildung, Kultur u. Sport	Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf	Ausgestaltung der Beratungsdienste	Nein

Leistungsvereinbarung	Verordnung	411.215	Verordnung über die Weiterbildung der Lehrpersonen (Weiterbildungsverordnung Lehrpersonen)	Art. 3 Abs. 1-2	01.08.2011	Erziehung	Weiterbildung Lehrpersonen	Departement Bildung, Kultur u. Sport	Anbieter von Weiterbildungen	Inhaltl. Ausgestaltung der Weiterbildungen	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	422.200	Gesetz über die Berufs- und Weiterbildung (GWB)	Art. 5	01.01.2011	Erziehung	Berufs- u. Weiterbildung	Departement Bildung, Kultur u. Sport	Bildungsinstitutionen	Wahrnehmung der Aufgaben in der Berufs- oder Weiterbildung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	427.300	Gesetz über die Hochschul- und Innovationsförderung (Hochschul- und Innovationsförderungsgesetz, HIG)	Art. 3 Abs. 1-2	01.01.2011	Erziehung	Hochschulen	Regierungsrat	Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Institutionen des Wissens- und Technologietransfers	Finanzielle Beiträge, erforderliche Infrastruktur	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	428.500	Gesetz über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen (Betreuungsgesetz)	Art. 12 Abs. 1-2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Betreuung	Regierungsrat	Anerkannte, kantonale Einrichtungen	Leistungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	428.500	Gesetz über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen (Betreuungsgesetz)	Art. 19 Abs. 1-6	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Betreuung	Kanton (zuständiges Departement)	Anerkannte Einrichtungen	Gegenseitige Leistungen	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	428.511	Verordnung über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen (Betreuungsverordnung)	Art. 33 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Betreuung	Kanton	Anerkannte Einrichtungen	Betreuungsleistungen	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	495.211	Verordnung zum Kulturgesetz (VKG)	Art. 17 Abs. 3	01.01.2010	Kultur	Kantonsbibliothek	Bibliotheksverbund (Kantonsbibliothek)	nichtkantonale Bibliotheken	Zusammenarbeit u. Schulungen	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	515.200	Gesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz im Kanton Aargau (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz Aargau, BZG-AG)	Art. 19 Abs. 3	01.01.2009	Justiz u. Sicherheit	Bevölkerungs- u. Zivilschutz	Regionales Führungsorgan	Zivilschutzorganisation	Aufgaben des Zivilschutz	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	612.116	Verordnung über die Liegenschaften des Kantons (Liegenschaftsverordnung)	Art. 9 Abs. 1	01.01.2006	Finanzen	Liegenschaften des Kantons	Departement Finanzen u. Ressourcen	Bedürfnisdepartement	Einzelheiten der administr. Verwaltung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	751.100	Gesetz über die National- und Kantonsstrassen und ihre Finanzierung (Strassengesetz, StrG)	Art. 1 Abs. 1	01.01.2008	Bau	Strassenbau	zuständige Bundesbehörden	Organisation( inkl. Regierungsrat oder von Regierungsrat gegründet)	Betrieb u. Unterhalt von Nationalstrassen	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	773.100	Energiegesetz des Kantons Aargau (Energie G)	Art. 20c Abs. 2b	01.01.2011	Energie	Energie	Regierungsrat	AEW Energie AG	Energieversorgung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	773.330	Dekret über den Leistungsauftrag der AEW Energie AG	Art. 4	28.09.1999	Energie	Energie	Regierungsrat	AEW Energie AG	Elektrizitätsversorgung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	811.625	Vollziehungsverordnung zur Bundesgesetzgebung gegen die Schwarzarbeit	Art. 3 Abs. 2	01.08.2011	Wirtschaft	Schwarzarbeit	MIKA	Dritte	Kontrollaufgaben	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	837.100	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG)	Art. 24	01.01.2011	Finanzen	Versicherung	Regierungsrat	SVA Aargau	Vollzug der Prämienverbilligung	Nein

Leistungsvereinbarung	Gesetz	851.200	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe und die soziale Prävention (Sozialhilfe- und Präventionsgesetz, SPG)	Art. 15 Abs. 1-2	01.07.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Soziale Prävention; Therapieeinrichtungen	Kanton (Departement Gesundheit u. Soziales)	Therapieeinrichtungen	Therapieleistungen	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	851.211	Sozialhilfe-Präventionsverordnung	Art. 31a Abs.3	01.08.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Soziale Prävention	kant. Sozialdienst	Gemeinden	Übernahme von Prüfung u. Geltendmachung von Sozialhilfeansprüchen u. Rückerstattungsforderungen von Gem. an kant. Sozialdienst	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	933.200	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz des Kantons Aargau, AJSJG)	Art. 17 Abs. 3	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Artenschutz	Kanton	Gemeinden, Jagdgesellschaften, Verbände	Massnahmen zum Schutz der Wildtiere	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	933.211	Verordnung zum Jagdgesetz des Kantons Aargau (Jagdverordnung des Kantons Aargau, AJSV)	Art. 28	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Jagd - Ausbildung-Weiterbildung	Departement Bau, Verkehr u. Umwelt	Kantonale Organisationen	Ausbildungs- u. Weiterbildungsangebote	Nein
<b>NPM-Element 3 (Globalbudget)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Globalbudget	Gesetz	171.100	Gesetz über die Einwohnergemeinden (Gemeindengesetz)	Art. 71c Abs. 1-4	01.07.2011	Verwaltung	Verwaltungsorganisation				Nein
Globalkredit	Gesetz	331.200	Spitalgesetz (SpiG)	Art. 16 Abs. 3	01.01.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Spital				Nein
Globalbeitrag	Verordnung	405.111	Verordnung über die Schuldienste	Art. 15 Abs. 1	01.08.2011	Erziehung	Finanzierung				Nein
Globalbudget	Verordnung	411.215	Verordnung über die Weiterbildung von Personen	Art. 25 Abs. 1	01.08.2011	Erziehung	Weiterbildung von Lehrpersonen				Nein
Globalbudget	Verordnung	423.121	Verordnung über die Mittelschulen (Mittelschulverordnung)	Art. 2 Abs. 2	01.08.2011	Erziehung	Mittelschulen				Nein
Globalbudget	Gesetz	612.100	Gesetz über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (GAF)	Art. 13 Abs. 3c, Art. 14 Abs. 1-4, Art. 22 Abs. 1-3	01.08.2005	Finanzen	Budget				Ja
Globalbudget	Verordnung	612.110	Dekret über die Rechnungslegung und Vermögensverwaltung	Art. 11 Abs. 3	01.11.2008	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein
Globalbudget	Verordnung	612.115	Verordnung über die Verwaltung des Vermögens (VVV)	Art. 9 Abs. 1	01.09.2010	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein



Globalbudget	Verordnung	612.116	Verordnung über die Liegenschaften des Kantons (Liegenschaftsverordnung)	Art. 7 Abs. 1	01.01.2006	Finanzen	Liegenschaften				Nein
Globalkredit	Gesetz	910.100	Gesetz über die Erhaltung und Förderung der Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz)	Art. 35b Abs. 4	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft				Nein
Globalkredit	Gesetz	931.100	Waldgesetz des Kantons Aargau (AWaG)	Art. 26a Abs. 1	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Umwelt u. Landwirtschaft				Nein
Globalkredit	Gesetz	933.200	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz des Kantons Aargau, AJSG)	Art. 28 Abs. 2	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Umwelt u. Landwirtschaft				Nein
<b>NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Aufgaben- und Finanzplanung	Verfassung	110.000	Verfassung des Kantons Aargau	Art. 116 Abs. 2	01.07.2011	Verwaltung	Finanzhaushalt				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	150.700	Gesetz über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und das Archivwesen	Art. 34 Abs. 1-5	01.01.2011	Verwaltung	Finanzhaushalt				Nein
Aufgabenplanung und Finanzen	Verordnung	152.210	Dekret über die Geschäftsführung des Grossen Rates	Art. 17 Abs. 1, Art. 19 Abs. 1-5	01.01.2011	Verwaltung	Staatsorganisation				Nein
Finanzplanung	Gesetz	171.100	Gesetz über die Einwohnergemeinden (Gemeindengesetz)	Art. 87 Abs. 3	01.07.2011	Verwaltung	Finanzhaushalt				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	331.200	Spitalgesetz (SpiG)	Art. 17 Abs.1	01.01.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Spital				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Verordnung	331.211	Spitalverordnung (SpiV)	Art. 26 Abs. 1	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Spital				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	428.500	Gesetz über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen (Betreuungsgesetz)	Art. 18 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Fürsorge				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	612.100	Gesetz über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (GAF)	Art. 11 Abs. 1-6	01.08.2005	Finanzen	Steuerung von Aufgaben u. Finanzen				Nein

Aufgaben- und Finanzplanung	Verordnung	612.113	Verordnung über das Rechnungswesen und die übrige Führungsunterstützung	Art. 15 Abs. 1	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Verordnung	612.116	Verordnung über die Liegenschaften des Kantons (Liegenschaftsverordnung)	Art. 4 Abs. 1	01.01.2006	Finanzen	Investitions- u. Unterhaltplanung				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	612.200	Gesetz über die Finanzkontrolle (GFK)	Art. 16 Abs. 1-4	01.08.2005	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein
Aufgaben- und Finanzplanung	Verordnung	617.110	Dekret über den Finanzhaushalt der Gemeinden und der Gemeindeverbände	Art. 19 Abs. 1	01.07.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein
											Nein
<b>NPM-Element 5 (Vertrag)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>	<b>Vertragspartner 1</b>	<b>Vertragspartner 2</b>	<b>Gegenstand des Vertrags</b>	<b>Flächendeckend</b>
Vertrag	Gesetz	165.100	Gesetz über die Grundzüge des Personalrechts	Art. 3 Abs. 1	01.03.2010	Verwaltung	Personalpolitik	Kanton	Angestellte	Arbeitsvertrag	Ja
Vertrag	Verordnung	165.111	Personal- und Lohnverordnung (PLV)	Art. 8 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Anstellungsverhältnis	Anstellungsbehörde (Vertreterin des Kantons)	Mitarbeiter des Kantons	Arbeitsvertrag	Ja
Vertrag	Gesetz	171.100	Gesetz über die Einwohnergemeinden (Gemeindengesetz)	Art. 3 Abs. 2	01.07.2011	Verwaltung	Staatsorganisation	Gemeinden	Dritte	Aufgabenübertragung	Optional
Vertrag	Gesetz	171.200	Gesetz über die Ortsbürgergemeinden	Art. 4 Abs. 1	01.03.1999	Verwaltung	Staatsorganisation	Ortsbürgergemeinde	Ortsbürgergemeinde	Gemeinschaftl. Besorgungen einzelner Zweige ihrer Verwaltung	Optional
Verträge	Gesetz	251.200	Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung	Art. 16 Abs. 3	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Anstalten und Einrichtungen	Regierungsrat	geeignete Anstalten u. Einrichtungen	Strafvollzug	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	301.111	Verordnung zum Gesundheitsgesetz	Art. 27 Abs. 3	01.01.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Versorgungssicherheitsbeiträge	zuständiges Departement	Org., welche die Lebensrettung von Personen bezwecken	Leistungen im Bereich Spital	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	331.200	Spitalgesetz (SpiG)	Art. 17	01.01.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Regierungsrat	Spitäler	Leistungen im Bereich Spital	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	331.211	Spitalverordnung (SpiV)	Art. 14 Abs. 2, Art. 15 Abs. 1	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Departement Gesundheit u. Soziales	Spital od. Spitalgruppe	Leistungen im Bereich Spital	Nein
Vertrag	Gesetz	401.100	Schulgesetz	Art. 56 Abs. 1	01.01.2011	Erziehung	Schule	Gemeinde	Gemeinde	Errichten u. Führen einer Kreisschule	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	405.111	Verordnung über die Schuldienste	Art. 12 Abs. 1, Art. 13 Abs. 1-2	01.08.2011	Erziehung	Beratungsstelle für Ausbildung u. Beruf	Departement für Bildung, Kultur u. Sport	Leistungserbringer (Beratungsstelle f. Ausbildung u. Beruf)	Beratung f. Ausbildung u. Beruf	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	422.200	Gesetz über die Berufs- und Weiterbildung (GWB)	Art. 5 Abs. 1, Art. 76 Abs. 1	01.01.2011	Erziehung	Berufs- u. Weiterbildung	Departement Bildung, Kultur u. Sport	Dritte	Leistungen im Bereich Bildung	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	422.211	Verordnung über die Berufs- und Weiterbildung (VBW)	Art. 4 Abs. 1-2	01.08.2010	Erziehung	Berufs- u. Weiterbildung	k.A.	k.A.	Bildungsauftrag	Nein

Leistungsvertrag	Gesetz	428.500	Gesetz über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen (Betreuungsgesetz)	Art. 18 Abs. 2, Art. 20 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Betreuung	Departement	Einrichtung	Leistungen im Bereich Spital	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	428.511	Verordnung über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen (Betreuungsverordnung)	Art. 58 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Betreuung	Departement Bildung, Kultur u. Sport	SVA Aargau	Leistungsvertrag; Abgeltung	Nein
Verträge	Gesetz	471.200	Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz, StipG)	Art. 24 Abs. 1-4	01.08.2007	Erziehung	Stipendien	Regierungsrat	Dritte	Bewirtschaftung v. Darlehen	Nein
Vertrag	Gesetz	495.200	Kulturgesetz (KG)	Art. 49 Abs. 1	01.01.2010	Kultur	Schutzmassnahmen	zuständiges Departement	Eigentümer	Erhaltung und Pflege der Kulturgüter	Nein
Verträge	Gesetz	531.200	Gesetz über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeigesetz, PolG)	Art. 8 Abs. 2	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Regierungsrat	andere Kantone, Bund	Polizeiverträge	Nein
Verträge	Verordnung	671.611	Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Ausübung des Salzregals	Art. 3 Abs. 1	01.09.2005	Finanzen	Salzdepots	Departement für Finanzen u. Ressourcen	Direktionen der aufgelisteten Bahnen	Errichten v. Salzdepots	Nein
Vertrag	Verordnung	723.110	Dekret über die Grundbuchvermessung	Art. 5 Abs. 3	01.01.2011	Bau	Grundbuch	Kanton	Geometer	Vermessung	Nein
Vertrag	Verordnung	759.111	Verordnung über Fuss- und Wanderwege	Art. 6 Abs. 2	01.09.2011	Bau	Raumplanung	Departement Bau, Verkehr u. Umwelt	Vereinigung Aargauer Wanderwege	Aufgabenübertragung; Planung d. Wanderwegnetzes, Wegführung, Kennzeichnung u. Information	Nein
Verträge	Verordnung	781.211	Verordnung zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Schutz von Umwelt und Gewässer (V EG UWR)	Art. 13 Abs. 1	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Umwelt u. Landwirtschaft	kant. Fachstelle	Betreiber von hierfür (Öl-, Strahlen-, Chemie- B-Wehr) geeigneten Feuerwehren	Sonderaufgaben	Nein
Verträge	Verordnung	787.331	Verordnung zum Dekret über den Schutz der Landwirtschaft und die Nutzung im Gebiet der Reusstalsanierung (Reusstalverordnung, RTV)	Art. 4 Abs. 1	01.01.2006	Umwelt u. Landwirtschaft	Nutzungs- u. Unterhaltsarbeiten	Departement Bau, Verkehr u. Umwelt	Dritte	Nutzungs- u. Unterhaltsarbeiten	Nein
Verträge	Gesetz	837.100	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG)	Art. 26 Abs. 2	01.01.2011	Finanzen	Versicherung	Zuständiges Departement	SVA Aargau	Vollzug d. Prämienverbilligung	Nein
Leistungsverträge	Gesetz	851.200	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe und die soziale Prävention (Sozialhilfe- und Präventionsgesetz, SPG)	Art. 41a Abs. 2	01.07.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Regierungsrat	geeignete kant., komm. od. private Fachstellen	Betrieb einer Anlaufstelle gegen häusl. Gewalt, Beratung, Betreuung u. Prävention	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	851.211	Sozialhilfe-Präventionsverordnung	Art. 36 Abs. 3	01.08.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Departement Gesundheit u. Soziales	ambulante private Institutionen der Sozialhilfe und der sozialen Prävention	Leistungen; Abgeltung	Nein
Vertrag	Gesetz	910.100	Gesetz über die Erhaltung und Förderung der Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz)	Art. 28a Abs. 4	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft	Kanton	landwirtschaftl. Betriebe	Leistungen; Abgeltung	Nein
Vertrag	Verordnung	911.134	Verordnung über die land- und forstwirtschaftliche Investitions- und Betriebshilfen	Art. 2 Abs. 2	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft	Departement Finanzen u. Ressourcen	ALK	Vollzugsauftrag	Nein

Vertrag	Gesetz	931.100	Waldgesetz des Kantons Aargau (AWaG)	Art. 31 Abs. 1-2	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Kanton u. Gemeinden	Dritte	Gesetzes- u. Verordnungsvollzug	Nein
Vertrag	Verordnung	935.111	Fischereiverordnung	Art. 10 Abs. 1	01.09.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Fischerei	Departement Bau, Verkehr u. Umwelt	Pächter	Pachtvertrag; Recht zu Fischerei	Nein
Verträge	Gesetz	995.100	Gesetz über den öffentlichen Verkehr (ÖVG)	Art. 12 Abs. 2c	01.01.2010	Verkehr	Öffentlicher Verkehr	Regierungsrat	Transportunternehmen, Bund, Kantone, benachbartes Ausland	Gesetzesvollzug	Nein
NPM-Element 6 (Wirkungsziel)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
wirkungsorientiert	Gesetz	171.1	Gesetz über die Einwohnergemeinden (Gemeindegesezt)	Art. 71 Lit. b-d	01.07.2011	Verwaltung	Staatsorganisation				Optional
Wirksamkeit	Gesetz	301.2	Pflegegesetz (PFIG)	Art. 2 Abs. 1 Lit. b, Art. 19 Abs. 1	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Langzeitpflege				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	331.2	Spitalgesetz (SpiG)	Art. 3b, Art. 20	01.01.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Spitäler				Nein
Effizienz	Verordnung	331.211	Spitalverordnung (SpiV)	Art. 16 Abs. 2	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Spitäler				Nein
Effizienz	Verordnung	401.115	Verordnung zur geleiteten Schule	Art. 5	01.01.2011	Erziehung	Schulen				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	428.5	Gesetz über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen (Betreuungsgesetz)	Art. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Betreuung				Nein
Wirkungsziel	Verordnung	428.511	Verordnung über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen (Betreuungsverordnung)	Art. 16 Abs. 1d, Art. 18 Abs.1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Betreuung				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	495.2	Kulturgesetz (KG)	Art. 54	01.01.2010	Kultur	Kulturförderung u. -erhaltung				Nein
wirkungsorientiert	Gesetz	612.1	Gesetz über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (GAF)	Art. 8, Art. 11, Art. 13	01.08.2005	Finanzen	Staatshaushalt				Ja
Wirkungsziel	Verordnung	713.121	Bauverordnung (BauV)	Art. 2	01.09.2011	Bau	Verkehrsentwicklung				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	781.2	Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Schutz von Umwelt und Gewässer (EG Umweltrecht, EG UWR)	Art. 24 Abs. 4	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Luftreinhaltung				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	811.4	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzschiädigung sowie zum Bundesgesetz über die Arbeitslosenvermittlung und den Personalverleih (EG AVIG/AVG)	Art. 5	01.05.2005	Wirtschaft	Arbeitsrecht				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Integrales WoV-Gesetz	Gesetz	612.1	Gesetz über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (GAF)		01.08.2005	Finanzen	Staatshaushalt				Ja

Appenzell Innerrhoden											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung/Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
Leistungsvereinbarung	Gesetz	142.5	Gesetz über die Einführung der Integrationsbestimmungen des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (Integrationsgesetz, IntG)	Art. 4 Abs. 1	19.10.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Integration v. AusländerInnen	Kanton	Träger von Integrationsangeboten	Integrationsangebote	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	411	Schulgesetz (SchG)	Art. 51a Abs. 2	01.01.2011	Erziehung	Schulen	Erziehungsdepartement	Sonderschulen	Sonderschulung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	730	Energiegesetz	Art. 4 Abs. 2	01.01.2011	Energie	Energie	Departement	Dritte	Aufgabenvollzug (Prüf-, Kontroll- u. Überwachungsaufgaben)	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	730	Energiegesetz	Art. 16 Abs. 1	01.01.2011	Energie	Energie	Standeskommission	Netzbetreiberin	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	800	Gesundheitsgesetz	Art. 24	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheit	Kanton (Departement: s. Art. 4 Abs. 2 lit c)	Betriebe, Einrichtungen, Leistungserbringer	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	800	Gesundheitsgesetz	Art. 41 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheit	Bezirke	Kirchgemeinden, weitere LE	Leistung von Beiträgen an Einrichtungen mit Leistungsauftrag; k.A.	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	800.01	Verordnung zum Gesundheitsgesetz	Art. 5 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheit	Kanton	k.A.	Ausreichendes Angebot der Mütter- u. Väterberatungsstelle	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	801.3	Gesetz über die öffentliche Altershilfe (Altershilfegesetz, AhiG)	Art. 8	24.04.2005	Gesundheit u. Fürsorge	Altershilfe	Kanton	Spitexverein Appenzell I.Rh., Institutionen	Förderung der Hilfe und Betreuung zu Hause und ambulant.	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	801.3	Gesetz über die öffentliche Altershilfe (Altershilfegesetz, AhiG)	Art. 7	24.04.2005	Gesundheit u. Fürsorge	Altershilfe	Kanton	privatrechtl. Org. der Altershilfe	Leistungserbringung im Bereich Altershilfe	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	810	Spitalgesetz (SpitG)	Art. 5 Abs. 2	27.04.2003	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Grosser Rat	Spital	Leistungserbringung im Bereich Gesundheit	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	810.01	Verordnung über das Spital und Pflegeheim Appenzell (Spitalverordnung, SpitV)	Anhang: gem. Art. 10 (LA) Pkt. 1.5 Abschn. 1	23.06.2003	Gesundheit u. Fürsorge	Spital u. Pflegeheim Appenzell	Spital	Ärzte	Leistungserbringung im Bereich Gesundheit	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	810.01	Verordnung über das Spital und Pflegeheim Appenzell (Spitalverordnung, SpitV)	Art. 10, Anhang	23.06.2003	Gesundheit u. Fürsorge	Spital u. Pflegeheim Appenzell	Grosser Rat	Spital	Leistungserbringung im Bereich Gesundheit	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	810.01	Verordnung über das Spital und Pflegeheim Appenzell (Spitalverordnung, SpitV)	Art. 8 Abs. 2 Lit. i	23.06.2003	Gesundheit u. Fürsorge	Spital u. Pflegeheim Appenzell	Spitalrat	Dritte	Leistungserbringung im Bereich Gesundheit	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	818.41	Verordnung über das Bestattungswesen	Art. 15-17	16.02.2004	Gesundheit u. Fürsorge	Bestattung	Bezirke	Kirchgemeinden, weitere LE	Bestattung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	850.01	Verordnung über die öffentliche Sozialhilfe (ShiV)	Art. 19 Abs. 1	31.10.2005	Gesundheit u. Fürsorge	öffentl. Sozialhilfe	Gesundheits- u. Sozialdepartement	Träger eines Heims oder einer stationäre Einrichtung	Leistungserbringung im Bereich Sozialhilfe	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	916.41	Tierseuchenverordnung	Art. 4 Lit. c	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Tierseuchen	Kantonstierarzt	Tierärzte, weitere Personen und Organe	Aufträge	Nein
NPM-Element 3 (Globalbudget)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Finanzplanung/Leistungsplanung	Verordnung	810.01	Verordnung über das Spital und Pflegeheim Appenzell (Spitalverordnung, SpitV)	Art. 8 Abs. 2 Lit. d	26.03.2003	Gesundheit u. Fürsorge	Spital u. Pflegeheim Appenzell				Nein
mehrfähriger Finanzplan	Gesetz	951	Gesetz über die Appenzeller Kantonbank	Art. 14 Abs. 1 Lit. k	01.01.2007	Finanzen	Appenzeller Kantonbank				Nein
NPM-Element 5 (Vertrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Vertragspartner 1	Vertragspartner 2	Gegenstand des Vertrags	Flächendeckend
Verträge	Verordnung	142.21	Verordnung über das Asylwesen (AsylV)	Art. 2 Abs. 2 Lit. c	23.02.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Asylwesen	Standeskommission	Hilfswerke, Institutionen	Betreuung d. Asylbewerber	Nein

Verträge	Gesetz	211.6	Geodatengesetz (GeoDG)	Art. 10 Abs. 3	01.07.2011	Verwaltung	Geodaten	Standeskommission	Körperschaften, Dritte	Betrieb d. räuml. Managementsystem	Nein
vertraglich	Verordnung	412.01	Gymnasialverordnung (GymV)	Art. 35 Abs. 1	01.01.2011	Erziehung	Gymnasium	Kanton	private Trägerschaft	Übertragung der Führung eines Tagesinternats.	Nein
Verträge	Gesetz	414.1	Gesetz über Kostenbeiträge an kantonale Hochschulen	Art. 1	30.04.2006	Erziehung	Kostenbeiträge an kant. Hochschule	Grosser Rat	kant. Hochschule	Bildungsauftrag	Nein
Verträge	Gesetz	416	Gesetz über Ausbildungsbeiträge	Art. 1 Abs. 3	01.01.2007	Erziehung	Ausbildungsbeiträge	Standeskommission	Träger d. ausserkant. Schulen	Zugang zur ausserkant. Ausbildungseinrichtungen	Nein
Vertrag	Gesetz	550	Polizeigesetz	Art. 1 Abs. 3	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Standeskommission	Kantone, Organisationen	Erfüllung von Polizeiaufgaben	Nein
Vertrag	Gesetz	550	Polizeigesetz	Art. 1 Abs. 3	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Departement	Dritte	Aufgaben im Bereich Verkehrsregelung	Nein
vertraglich	Gesetz	725	Strassengesetz (StrG)	Art. 17 Abs. 1	01.01.2011	Bau	Strassen	Strasseneigentümer	Dritte	Unterhalt von Strassen u. Wegen	Nein
vertraglich	Verordnung	746.01	Einführungsverordnung um eidgenössischen Rohrleitungsgesetz (EV RLG)	Art. 1 Abs. 3	06.12.2010	Bau	Rohrleitungen	Standeskommission	Dritte	Übertragung der technischen Aufsicht	Nein
Verträge ausserhalb LA Spital	Gesetz	810	Spitalgesetz (SpitG)	Art. 3 Abs. 2	27.04.2003	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Standeskommission	Dritte	Leistungserbringung	Nein
Verträge innerhalb LA Spital	Gesetz	810	Spitalgesetz (SpitG)	Art. 5 Abs. 2	27.04.2003	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Spital	Dritte	Leistungserbringung	Nein
vertraglich	Verordnung	814.001	Standeskommissionsbeschluss über den Vollzug der Schall- und Laserverordnung	Art. 3	22.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Vollzug Schall- u. LaserVo	Veranstalter	Dritte	Übertragung der Kontrolle der Einhaltung der Verordnungsvorschriften durch die Veranstalter an Dritte	Nein
Vertrag	Verordnung	814.01	Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz (VEG USG)	Art. 5	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Umweltschutz	kantonale Behörde	öffentl.-rechtl. Körperschaften od. Private	Bei dauerhafter Übertragung von Vollzugsaufgaben, u.a. im Bereich der Abfallbewirtschaftung	Nein
Verträge	Verordnung	814.01	Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz (VEG USG)	Art. 23	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Umweltschutz	kantonale Behörde	Landesteil, Bezirke	Abfallbewirtschaftung	Nein
Vertrag	Gesetz	814.31	Verordnung zum Einführungsgesetz über Schutz der Gewässer (VEG GSchG)	Art. 5	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Gewässerschutz	Departement	öffentl.-rechtl. Körperschaften od. Private	Aufgabenvollzug	Nein
Leistungsverträge	Verordnung	818.41	Verordnung über das Bestattungswesen	Art. 1 Abs. 3	16.02.2004	Gesundheit u. Fürsorge	Bestattung	Spezialfriedhöfe	Dritte	Leistungserbringung	Nein
Verträge	Verordnung	831.02	Verordnung zum Bundesgesetz über die Invalidenversicherung	Art. 2 Abs. 1	31.10.2005	Gesundheit u. Fürsorge	Invalidenversicherung	IV-Stelle Kt. AI	andere IV-Stellen	Zusammenarbeit	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	850.01	Verordnung über die öffentliche Sozialhilfe (ShiV)	Art. 12 Abs. 1	31.10.2005	Gesundheit u. Fürsorge	öffentl. Sozialhilfe	Kanton	Therapieeinrichtungen	Therapieeinrichtungen müssen vom Departement bewilligt sein und mit Kanton einen L-auftrag abgeschlossen haben.	Nein
Vertrag	Verordnung	912.01	Verordnung über Investitionshilfe für Berggebiete	Art. 6 Abs. 2	31.10.2005	Umwelt u. Landwirtschaft	Investitionshilfe f. Berggebiete	Kanton	Gesuchsteller	Subventionsvertrag	Nein
Verträge	Gesetz	910	Landwirtschaftsgesetz (LaG)	Art. 4 Abs. 2 Lit. a	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft	Standeskommission	Kantone, Organisationen	Erfüllung wichtiger Aufgaben	Nein
vertraglich	Verordnung	916.41	Tierseuchenverordnung	Art. 11	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Tierseuchen	Kanton	k.A.	Zugang zur Sammelstelle für tierische Nebenprodukte	Nein
Verträge	Verordnung	916.52	Verordnung über die Gemeinen Alpen (Alpbüchlein)	Art. 7 Abs. 1	01.01.2007	Umwelt u. Landwirtschaft	Gemeine Alpen	Hüttenrechtseigentümer	nat. Pers.	Bewirtschaftung	Nein
Verträge	Verordnung	921.01	Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Wald (VEGWaG)	Art. 23, Art. 32	31.10.2005	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Departement	Waldeigentümer	Sicherung d. Waldreservate	Nein
vertraglich	Gesetz	963.1	Gesetz über den Feuerschutz (Feuerschutzgesetz, FSG)	Art. 10	01.01.2007	Justiz u. Sicherheit	Feuerschutz	Standeskommission	ausserkant. Feuerwehren	Erfüllung festgelegter Aufgaben	Nein
NPM-Element 6 (Wirkungsziel)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend

wirksam	Verordnung	614.01	Verordnung über die Prüfung des Finanzhaushaltes und die Überwachung des Geschäftsganges der Behörden	Art. 2 Abs. 1	25.10.2004	Finanzen	Prüfung				Ja
wirksam	Gesetz	837	Gesetz über die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung (AVALG)	Art. 3 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend

Appenzell Ausserrhoden											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Wirksamkeit	Verfassung	111.1	Verfassung des Kantons Appenzell A.Rh.	Art. 93 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Verfassung Kt. AR				Ja
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung/Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
Leistungsvereinbarung	Verordnung	122.24	Verordnung des Kantonsrates zum Asylwesen (KR AsylVo)	Art. 19 Abs. 4	01.01.2008	Verwaltung	Asylwesen	Gemeinden	Kanton	Vollzug wird vom Kanton übernommen wenn alle Gemeinden zustimmen.	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	122.241	Verordnung des Regierungsrates zum Asylwesen (RR AsylVo)	Art. 5 Abs. 2	01.01.2008	Verwaltung	Asylwesen	Departement Inneres u. Kultur	Bildungs- und Beschäftigungsprogramme der Gemeinden	Bildungs- und Beschäftigungsprogramme	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	142.12	Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (Organisationsgesetz; OrG)	Art. 30	01.06.2005	Verwaltung	Regierung- u. Verwaltungsgorg.	Regierungsrat	Organisationseinheiten	Leistungserbringung	Optional
Leistungsvereinbarung	Gesetz	411	Gesetz über Schule und Bildung (Schulgesetz)	Art. 11a Abs. 2	01.08.2009	Erziehung	Schule u. Bildung	Departement Bildung	Dritte	Gewährleisten der Sonderschulung u. heilpädagog. Früherziehung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	411.1	Verordnung zum Gesetz über Schule und Bildung (Schulverordnung)	Art. 16	01.08.2009	Erziehung	Schule u. Bildung	Departement Bildung	Träger der Musikschulen	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsaufträge	Verordnung	411.1	Verordnung zum Gesetz über Schule und Bildung (Schulverordnung)	Art. 11 Abs. 6	01.08.2009	Erziehung	Schule u. Bildung	Regierungsrat	sonderpädagog. Zentren	sonderpädagog. Ausbildung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	414.11	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (EG zum BBG)	Art. 4 Abs. 2	01.01.2008	Erziehung	Berufsbildung	Regierungsrat	private Anbieter	LV damit der Kanton Bildungs- und Beratungsangebote nach diesem Gesetz durch private Anbieter führen lassen kann.	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	414.111	Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (kant. BBV)	Art. 1 Abs. 2, Art. 4 Abs. 6 Lit. c	01.01.2008	Erziehung	Berufsbildung	Departement Bildung	private Anbieter (private Bildungsinstitutionen)	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	420.1	Kulturförderungsgesetz	Art. 7 Abs. 3	01.08.2006	Kultur	Kulturförderung	zuständiges Departement	kulturelle Institutionen	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	420.11	Kulturförderungsverordnung	Art. 2, Art. 7 Abs. 3	27.11.2009	Kultur	Kulturförderung	Fachstelle für Kulturförderung	Organisationen	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	511.1	Bevölkerungsschutzgesetz	Art. 14 Abs. 4	01.01.2005	Justiz u. Sicherheit	Bevölkerungsschutz	Kantone, Gemeinden	privatrechtliche Unternehmen	Aufgabenerfüllung, Zusammenarbeit mit den anderen Partnerorganisationen im Verbund.	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	511.21	Verordnung zum Zivilschutzgesetz	Art. 3 Abs. 1	01.01.2005	Justiz u. Sicherheit	Zivilschutz	Regierungsrat	Amt f. Militär u. Bevölkerungsschutz	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	721.1	Gesetz über die Raumplanung und das Baurecht (Baugesetz)	Art. 4 Abs. 2	01.01.2011	Bau	Raumplanung u. Baurecht	zuständige Behörde	Dritte	Prüf-, Kontroll- und Überwachungsaufgaben	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	750.1	Energiegesetz	Art. 6 Abs. 1	01.01.2011	Energie	Energie	zuständige Behörde	Dritte	Prüf-, Kontroll- und Überwachungsaufgaben	Nein
Leistungsaufträge	Verordnung	751.3	Vorläufige Verordnung über die Einführung des Bundesgesetzes über die Stromversorgung	Art. 10	01.01.2009	Energie	Stromversorgung	Regierungsrat	Netzbetreiber	LA für Sicherstellung der Grundversorgung, Sicherstellung der Versorgungssicherheit im Netzbereich, insbesondere von Massnahmen zur Bewältigung ausserordentlicher Lagen, die Steigerung der Energieeffizienz, das Erbringen von Energiedienstleistungen.	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	811.1	Gesundheitsgesetz	Art. 8 Abs. 3	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheit	Departement Gesundheit	öffentl./private LeistungserbringerInnen	Übertragung von Vollzugsaufgaben an öffentliche oder private Leistungserbringer.	Nein



Leistungsauftrag	Gesetz	811.1	Gesundheitsgesetz	Art. 7 Lit. d	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheit	Regierungsrat	Spitäler, Kliniken, andere Institution des Gesundheitswesens	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	811.1	Gesundheitsgesetz	Art. 61	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheit	Regierungsrat	Spitäler, Kliniken, andere Institutionen/Organisationen des Gesundheitswesens	Sicherstellung des Rettungswesens u. d. Transportes von Kranken und Verwundeten	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	811.11	Verordnung zum Gesundheitsgesetz	Art. 15	01.05.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheit	Regierungsrat, Departement Gesundheit	Leistungserbringer im Sektor Gesundheit	LA bezeichnet Vertragsparteien, umschreibt Zweck und Ziele des Auftrages, nennt die gesetzlichen und weiteren Grundlagen des Auftrages, umschreibt die Aufträge und Leistungen der Vertragsparteien, regelt die Verantwortlichkeiten, umschreibt die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien und zwischen den einzelnen Parteien und Dritten.	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	812.111	Verordnung über den Betrieb des Spitalverbunds AR (Betriebsverordnung)	Art. 2 Abs. 1, Art. 3 Abs. 2 Lit. c	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalverbund AR	Regierungsrat	Spitalverbund	Leistungserbringung im Rahmen des LA	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	812.113	Verordnung über die spitalexterne Kranken- und Gesundheitspflege (Spitex-Verordnung)	Art. 3 Lit. b	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	spitalexterne Kranken- u. Gesundheitspflege	Amt für soziale Einrichtungen	Spitex Kantonalverband	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	812.113	Verordnung über die spitalexterne Kranken- und Gesundheitspflege (Spitex-Verordnung)	Art. 4 Abs. 2	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	spitalexterne Kranken- u. Gesundheitspflege	Gemeinden	Spitex-Org.	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	812.115	Vorläufige Verordnung über die Pflegefinanzierung	Art. 15 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Pflegefinanzierung	Gemeinden	Leistungserbringer (Organisationen, Pflegefachpersonen)	Leistungserbringung; Kostenübernahmen von Kanton und Gemeinde, sofern LV zwischen Leistungserbringer und Gemeinde.	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	814	Gesetz über die Einführung der Bundesgesetze über den Umweltschutz und über den Schutz der Gewässer (Umwelt- und Gewässerschutzgesetz; UGsG)	Art. 9	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Umwelt- u. Gewässerschutz	zuständige Behörde	Dritte (öffentlichrechtl. Körperschaften, Private, private Org.)	Prüf-, Kontroll- und Überwachungsaufgaben	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	822.61	Verordnung über Massnahmen gegen die Schwarzarbeit	Art. 3 Abs. 2-3	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Massnahmen geg. Schwarzarbeit	Departement Volks- und Landwirtschaft	Dritte	Umfang der übertragenen Aufgaben, Dichte der Kontrolltätigkeiten, Entschädigung des Dritten	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	833.141	Verordnung zum Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung ( V zum KVG)	Art. 14	01.01.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenversicherung	Kanton	Ausgleichskasse	Vollzug der Prämienverbilligung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	851.1	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG)	Art. 10	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	öffentl. Sozialhilfe	Kanton, Gemeinden	Organisationen	Erfüllen der mittels LA übertragener Aufgaben	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	851.1	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG)	Art. 40 Abs. 2-3	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	öffentl. Sozialhilfe	Gemeinden	Kanton	Unterstützung von Flüchtlingen u. Schutzbedürftigen mit Aufenthalts- od. Niederlassungsbewilligung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	851.11	Verordnung zum Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfeverordnung; SHV)	Art. 9	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	öffentl. Sozialhilfe	Departement Inneres u. Kultur	k.A.	Leistungserbringung	Nein

Leistungsvereinbarung	Verordnung	852.61	Verordnung zum Gesetz über die Kantonsbeiträge an Institutionen zu Förderung der Eingliederung von invaliden Personen	Art. 5	01.07.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Kantonsbeiträge zur Eingliederung invalider Pers.	Departement Gesundheit	Einrichtungen	Regelung der gegenseitigen Leistungen	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	911.1	Gesetz über die Wirtschaftsförderung	Art. 5 Abs. 3	01.01.2006	Wirtschaft	Wirtschaftsförderung	Wirtschaftsförderungsstelle	Betriebe	Verpflichtungen, Förderungsbeiträge	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	911.1	Gesetz über die Wirtschaftsförderung	Art. 3 Abs. 2	01.01.2006	Wirtschaft	Wirtschaftsförderung	Regierungsrat	Dritte	Übertragung der Aufgaben der Wirtschaftsförderungsstelle mittels LA ganz oder tlw. an Dritte.	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	911.11	Verordnung über die Wirtschaftsförderung	Art. 6	02.12.2008	Wirtschaft	Wirtschaftsförderung	Wirtschaftsförderungsstelle	Betriebe	Ermittlung von Förderungsbeiträgen, Festsetzen von Verpflichtungen	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	911.11	Verordnung über die Wirtschaftsförderung	Art. 2	02.12.2008	Wirtschaft	Wirtschaftsförderung	Wirtschaftsförderungsstelle	Dritte	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	920.15	Kantonale Öko-Qualitätsverordnung (KÖQV)	Art. 2 Abs. 2	01.04.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	kant. Öko-Qualität	zuständige Behörde	Dritte	Prüf-, Kontroll- und Überwachungsaufgaben	Nein
<b>NPM-Element 3 (Globalbudget)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Globalbudget	Verordnung	411.1	Verordnung zum Gesetz über Schule und Bildung (Schulverordnung)	Art. 13 Abs. 7	01.08.2009	Erziehung	Schule u. Bildung				Nein
Globalbudget	Verordnung	413.11	Vorläufige Verordnung über ergänzende Regelungen für die kantonalen Schulen	Art. 5 Abs. 1 Lit. c	01.08.2001	Erziehung	kant. Schulen				Nein
Globalbudget	Gesetz	612	Finanzhaushaltsgesetz	Art. 13 Abs. 4	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Optional
Globalkredit	Gesetz	811.1	Gesundheitsgesetz	Art. 6 Abs. 1 Lit. b	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheit				Nein
<b>NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
<b>NPM-Element 5 (Vertrag)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>	<b>Vertragspartner 1</b>	<b>Vertragspartner 2</b>	<b>Gegenstand des Vertrags</b>	<b>Flächendeckend</b>
Vertrag	Verordnung	112.2	Verordnung über die Herausgabe des Amtsblattes	Art. 5 Abs. 2	28.04.1974	Verwaltung	Herausgabe des Amtsblatts	Kantonskanzlei	Buchdruckerei	Ordnung des finanziellen Verhältnis	Nein
Verträge	Verordnung	122.24	Verordnung des Kantonsrates zum Asylwesen (KR AsylVo)	Art. 3 Abs. 2 Lit. a	01.01.2008	Verwaltung	Asylwesen	Departement für Inneres und Kultur	öffentlichrechtl. oder privatrechtl. Institutionen	Bereitstellung von Zentren oder Unterkünften des Kantons für Asylpersonen	Nein
Arbeitsvertrag	Gesetz	142.21	Personalgesetz (PG)	Art. 15	01.01.2008	Verwaltung	Personal	Kanton	Angestellter	Arbeitsvertrag	Ja
öffentlich-rechtliche Verträge	Gesetz	151.11	Gemeindegesezt	Art. 30 Abs. 1 Lit. a u. Abs. 3	01.01.2011	Verwaltung	Gemeinden	Gemeinden	Kanton, Gemeinden, Zweckverbände, öff.-rechtl. Körperschaften/Anstalten	Aufgabenerfüllung d. öffentlichrechtl. Verträge	Nein
privatrechtliche Verträge	Gesetz	151.11	Gemeindegesezt	Art. 30 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Gemeinden	Gemeinden	Private	Aufgabenerfüllung d. privatrechtl. Verträge	Nein
Zusammenarbeitsverträge	Gesetz	411	Gesetz über Schule und Bildung (Schulgesetz)	Art. 4 Abs. 3	01.08.2009	Erziehung	Schule u. Bildung	Gemeinden	private Schulen	Zusammenarbeit	Nein
Zusammenarbeitsverträge	Gesetz	411	Gesetz über Schule und Bildung (Schulgesetz)	Art. 5 Abs. 4	01.08.2009	Erziehung	Schule u. Bildung	Regierungsrat	private Schulen	Zusammenarbeit	Nein
Verträge	Gesetz	411	Gesetz über Schule und Bildung (Schulgesetz)	Art. 46 Abs. 1	01.08.2009	Erziehung	Schule u. Bildung	Kanton	ausserkant. Schulen der Sekundarstufe II u. der Tertiärstufe	Bildungsauftrag	Nein
Verträge	Verordnung	411.1	Verordnung zum Gesetz über Schule und Bildung (Schulverordnung)	Art. 50	01.08.2009	Erziehung	Schule u. Bildung	Kanton, Gemeinden	Gemeinden	Gemeinsame Führung eines Volksschulangebots	Nein
Anstellungsvertrag	Verordnung	412.21	Verordnung über die Anstellung der Lehrenden an den Volksschulen (Anstellungsverordnung Volksschule)	Art. 3 Abs.	01.08.2009	Erziehung	Anstellung d. Lehrenden an Volksschulen	Arbeitgeber	Lehrende	Anstellungsvertrag	Nein

Verträge	Gesetz	511.1	Bevölkerungsschutzgesetz	Art. 4 Abs. 2	01.01.2005	Justiz u. Sicherheit	Bevölkerungsschutz	Regierungsrat	Gemeinden, Kantone, Bund, benachbartes Ausland	Leistungserbringung	Nein
Verträge	Gesetz	511.2	Zivilschutzgesetz	Art. 2 Abs. 2	01.01.2005	Justiz u. Sicherheit	Zivilschutz	Regierungsrat	Bund, Kantone, angrenzendes Ausland	Zusammenarbeit	Nein
öffentlich-rechtlicher Vertrag	Gesetz	721.1	Gesetz über die Raumplanung und das Baurecht (Baugesetz)	Art. 56 Abs. 6	01.01.2011	Bau	Raumplanung u. Baurecht	Gemeinderat	EigentümerInnen betroffener Grundstücke	Förderung der Überbauung	Nein
vertraglich	Gesetz	731.11	Strassengesetz (StrG)	Art. 25 Abs. 3	01.02.2010	Bau	Strassen	Kanton, Gemeinden	private Fachorganisationen	Übertragen einzelner Aufgaben für die Belange des Langsamverkehrs	Nein
Verträge	Verordnung	812.111	Verordnung über den Betrieb des Spitalverbundes AR (Betriebsverordnung)	Art. 3 Abs. 3 Lit. a	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalverbund AR	Departement Gesundheit	Kranken-, Unfall-, Militär- und Invalidenversicherungen	Leistungserbringung	Nein
Verträge	Verordnung	812.111.2	Verordnung über die privatärztliche Tätigkeit der angestellten honorarberechtigten Ärztinnen und Ärzte am Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden	Art. 8 Abs. 2 Lit. b	01.01.2010	Gesundheit u. Fürsorge	privatärztl. Tätigkeit d. angestellten honorarberechtigten Ärzte am Spitalverbund AR	Spitalverbund AR	Dritte	Leistungen	Nein
vertraglich	Verordnung	812.114	Verordnung über Beiträge an Pflegeheime und Pflegeabteilungen	Art. 8 Abs. 3	02.12.1997	Gesundheit u. Fürsorge	Beiträge an Pflegeheime u. Pflegeabteilungen	Gemeinden	Leistungserbringung im Sektor Gesundheit	Gemeinden, die für eine Pflegeinstitution mit gemischter oder privater Trägerschaft um Beiträge ersuchen, haben mit dieser Trägerschaft eine vertragliche Vereinbarung zu treffen, ...	Nein
(Kooperations-) Verträge	Gesetz	814	Gesetz über die Einführung der Bundesgesetze über den Umweltschutz und über den Schutz der Gewässer (Umwelt- und Gewässerschutzgesetz, UGsG)	Art. 11	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Umwelt- u. Gewässerschutz	Departement Bau u. Umwelt	Unternehmen, Branchenverbände	Kooperation	Nein
Vertrag	Verordnung	815.11	Verordnung über die Lebensmittelkontrolle (LKV)	Art. 10	09.09.1996	Gesundheit u. Fürsorge	Lebensmittelkontrolle	Regierungsrat	Kantone	Bestellung gemeinsamer Kontrollorgane u. Betrieb gemeinsamer Laboratorien	Nein
interkantonale Verträge	Verordnung	816.11	Verordnung zum Bundesgesetz vom 13. Juni 1928 betreffend Massnahmen gegen die Tuberkulose	Art. 20	25.10.1973	Gesundheit u. Fürsorge	Massnahmen geg. Tuberkulose	Kt. AR	Bezirkskrankenhäuser	Bakteriologische Untersuchungen	Nein
Vertrag	Verordnung	816.11	Verordnung zum Bundesgesetz vom 13. Juni 1928 betreffend Massnahmen gegen die Tuberkulose	Art. 20	25.10.1973	Gesundheit u. Fürsorge	Massnahmen geg. Tuberkulose	Regierung Kt. AR	Hygiene-Institut Zürich	Bakteriologische Untersuchungen	Nein
Verträge	Verordnung	832.21	Verordnung zum Bundesgesetz über die Invalidenversicherung	Art. 2 Abs. 1	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Invalidenversicherung	IV-Stelle Kt. AR	IV-Stellen	Zusammenarbeit	Nein
Leistungsverträge	Gesetz	851.1	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG)	Art. 37 Abs. 3	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Kanton, Gemeinden	Organisationen	Leistungserbringung	Nein
(interkommunale) Verträge	Gesetz	861	Gesetz über den Feuerschutz (Feuerschutzgesetz)	Art. 4 Abs. 2	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Feuerschutz	Gemeinde	Gemeinde	Interkommunale Verträge	Nein
vertraglich	Verordnung	931.11	Verordnung zum kantonalen Waldgesetz (kantonale Waldverordnung)	Art. 3 Abs. 2	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Oberforstamt	Forstämter	Ausdehnen der betriebl. Fkt. d. Forstämter auf andere Wälder	Nein
Verträge	Verordnung	931.11	Verordnung zum kantonalen Waldgesetz (kantonale Waldverordnung)	Art. 28	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Oberforstamt	k.A.	Kant. Waldplanung	Nein
Vertrag	Verordnung	931.11	Verordnung zum kantonalen Waldgesetz (kantonale Waldverordnung)	Art. 50 Abs. 3	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Oberforstamt	Leistungserbringer	Leistungserbringung	Nein

NPM-Element 6 (Wirkungsziel)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Wirksamkeit	Gesetz	142.12	Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (Organisationsgesetz; OrG)	Art. 3 Abs. 1, Art. 5 Abs. 1 Lit. c	01.06.2005	Verwaltung	Regierung- u. Verwaltungsgorg.				Ja
Leistungsziele	Verordnung	142.213	Verordnung über die Pensionskasse von Appenzell Ausserrhoden	Art. 52 Abs. 5	01.01.2011	Verwaltung	Pensionskasse AR				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	411	Gesetz über Schule und Bildung (Schulgesetz)	Art. 4 Abs. 2	01.08.2009	Erziehung	Schule u. Bildung				Nein
Wirksamkeit	Verordnung	411.1	Verordnung zum Gesetz über Schule und Bildung (Schulverordnung)	Art. 8 Abs. 4, Art. 38 Abs. 1	01.08.2009	Erziehung	Schule u. Bildung				Nein
Wirksamkeit	Verordnung	411.12	Verordnung zu den Förderangeboten in den Gemeinden	Art. 15 Abs. 3	01.08.2003	Erziehung	Förderangebote i. Gemeinden				Nein
effizient	Gesetz	414.11	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (EG zum BBG)	Art. 28 Abs. 1	01.01.2008	Erziehung	Berufsbildung				Nein
wirksam	Gesetz	511.1	Bevölkerungsschutzgesetz	Art. 18 Abs. 2	01.01.2005	Justiz u. Sicherheit	Bevölkerungsschutz				Nein
wirksam	Gesetz	511.2	Zivilschutzgesetz	Art. 6 Abs. 1	01.01.2005	Justiz u. Sicherheit	Zivilschutz				Nein
Leistungsziele	Verordnung	511.21	Verordnung zum Zivilschutzgesetz	Art. 14	01.01.2005	Justiz u. Sicherheit	Zivilschutz				Nein
wirkungsvoll	Gesetz	526.2	Gesetz über Jagd, Wild- und Vogelschutz (Jagdgesetz)	Art. 2 Abs. 3, Art. 8 Abs. 1	01.01.2007	Umwelt u. Landwirtschaft	Jagd, Wild- und Vogelschutz				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	612	Finanzhaushaltsgesetz	Art. 11	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Ja
Wirksamkeit	Gesetz	613.1	Gesetz über den Finanzausgleich zwischen dem Kanton und den Gemeinden (Finanzausgleichsgesetz)	Art. 14 Abs. 2, Art. 15, Abs. 2, Art. 16	09.06.2008	Finanzen	Finanzausgleich zw. Kt. - Gmdn.				Nein
Leistungsziele	Verordnung	760.11	Verordnung zum Gesetz über die Förderung des öffentlichen Verkehrs (V GöV)	Art. 8 Abs. 1	01.01.1992	Verkehr	Förderung ÖV				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	811.1	Gesundheitsgesetz	Art. 12 Abs. 2 Lit. d	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheit				Nein
wirkungsvoll	Verordnung	832.21	Verordnung zum Bundesgesetz über die Invalidenversicherung	Art. 3 Abs. 3	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Invalidenversicherung				Nein
erzielte Wirkungen	Gesetz	911.1	Gesetz über die Wirtschaftsförderung	Art. 7 Abs. 1	01.01.2006	Wirtschaft	Wirtschaftsförderung				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	931.1	Gesetz über den Wald (Kantonales Waldgesetz)	Art. 28 Abs. 3	01.01.1997	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend

Bern											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	in Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
wirkungsvoll	Verfassung	101.1	Verfassung des Kantons Bern	Art. 87 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Verfassung Kt. BE				Ja
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung/Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	in Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
Leistungsvereinbarung	Gesetz	152.01	Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (Organisationsgesetz, OrG)	Art. 22	01.01.2011	Verwaltung	Org. Regierungsrates u. Verwaltung	Direktion, Staatskanzlei	unterstellte Ämter, gleichgestellte Organisationseinheiten	Leistungserbringung	Ja
Leistungsvereinbarung	Verordnung	152.211	Verordnung über die Organisation und die Aufgaben der Staatskanzlei (Organisationsverordnung STA, OrV STA)	Art. 7 Abs. 3	01.06.2011	Verwaltung	Org. u. Aufg. Staatskanzlei	StaatschreiberIn	Generalsekretariat, unterstellte Ämter	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	152.221.121	Verordnung über die Organisation und die Aufgaben der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (Organisationsverordnung GEF, OrV GEF)	Art. 17 Abs. 1	01.07.2011	Verwaltung	Org. u. Aufg. Gesundheits- u. Fürsorgedirektion	Gesundheits- u. Fürsorgefunktion	3 kant. Psychiatrieinstitutionen	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	152.221.121	Verordnung über die Organisation und die Aufgaben der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (Organisationsverordnung GEF, OrV GEF)	Art. 19 Lit. a	01.07.2011	Verwaltung	Org. u. Aufg. Gesundheits- u. Fürsorgedirektion	Gesundheits- u. Fürsorgefunktion	pädagog. u. sozialpädagog. Institutionen d. Gesundheits- u. Fürsorgedirektion	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	152.221.171	Verordnung über die Organisation und die Aufgaben der Finanzdirektion (Organisationsverordnung FIN; OrV FIN)	Art. 11 Lit. i	01.03.2010	Verwaltung	Org. u. Aufg. Gesundheits- u. Fürsorgedirektion	Finanzdirektion, weitere kant. od. komm. Dienststellen	Amt für Informatik und Organisation (KAIO)	InformatikDL	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	152.321	Gesetz über die Regierungstatthalterinnen und Regierungstatthalter (RStG)	Art. 6b Abs. 2	01.01.2010	Verwaltung	RegierungstatthalterInnen	Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion	Geschäftsleitung d. RegierungstatthalterInnen	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	152.322.1	Verordnung über die Organisation und Steuerung der dezentralen Verwaltung der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (OSDV)	Art. 3 Abs. 1	01.01.2010	Verwaltung	Org. u. Steuerung dezentraler Verwaltung Justiz-, Gemeinde- u. Kirchendirektion	Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion	Geschäftsleitung d. Betriebs- und Konkursämter, Grundbuchämter, Handelsregisteramtes u. d. Regierungstatthalterämter	Anstellung und Entlassung des Personals der letzteren	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	153.011.4	Verordnung über die personalrechtliche Stellung von verdeckten ErmittlerInnen und Ermittlern	Art. 6	01.01.2011	Verwaltung	personalrechtl. Stellung verdeckter ErmittlerInnen	Kantonspolizei	zuständige Dienststelle	Einsatz verdeckte Ermittler	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	170.111	Gemeindeverordnung (GV)	Art. 117 Abs. 3	01.01.2011	Verwaltung	Gemeinden	Gemeinden	Verwaltung, Dritte	Leistungserbringung	Ja
Leistungsauftrag	Verordnung	170.212	Verordnung über das Geschäftsreglement für die Regionalkonferenzen (RKGV)	Art. 6 Abs. 1	01.11.2010	Verwaltung	Geschäftsreglement f. Regionalkonferenzen	Regionalkonferenz	Dritte	Aufgabenübertragung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	211.1	Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (EG ZGB)	Art. 124 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Einführung d. CH-Zivilgesetzbuch	Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion	Grundbuchämter	Administrative, organisatorische u. fachliche Führung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	211.1	Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (EG ZGB)	Art. 139 Abs. 4	01.01.2011	Verwaltung	Einführung d. CH-Zivilgesetzbuch	Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion	Handelsregisteramt	Administrative, organisatorische u. fachliche Führung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	212.223.2	Verordnung über die Aufsicht über die Vorsorgeeinrichtungen, die Stiftungen und die Familienausgleichskassen (AVSFV)	Art. 8	01.01.2012	Verwaltung	Aufsicht ü. d. Vorsorgeeinrichtungen/Stiftungen /Familienausgleichskassen	Geschäftsleitung BBSA (Bernische BVG- und Stiftungsrat)	Aufsichtsrat	Leistungserbringung	Nein

Leistungsvereinbarung	Gesetz	281.1	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EGSchKG)	Art. 10 Abs. 2	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Schuldenbetreibung u. Konkurs	Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion	Betreibungs- u. Konkursämter	Administrative, organisatorische u. fachliche Führung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	423.11	Kulturförderungsgesetz (KFG)	Art. 13d Abs. 1 Lit. a	01.05.2009	Kultur	Kulturförderung	Finanzierungsträger	Kulturinstitute	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	426.112	Verordnung über Beiträge an Trockenstandorte und Feuchtgebiete (FTV)	Art. 17 Abs. 4	01.01.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Beiträge an Trockenstandorte u. Feuchtgebiete	NSI	geeignete Fachpersonen	Aufgaben, insbesondere im Bereich der Kontrolle	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	432.21	Volksschulgesetz (VSG)	Art. 49k	01.01.2011	Erziehung	Volksschulen	Erziehungsdirektion	kant. Schule französische Sprache	Bildungsauftrag; LV regeln die zu erbringenden Leistungsangebote, die damit verbundenen Qualitätsvorgaben, Standards und finanziellen Mittel sowie die Verantwortlichkeiten.	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	432.211.1	Volksschulverordnung (VSV)	Art. 24 Abs. 1 Lit. g	01.08.2008	Erziehung	Volksschulen	Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung (AKVB)	kant. Schule französische Sprache	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	433.12	Mittelschulgesetz (MiSG)	Art. 55	01.01.2011	Erziehung	Mittelschulen	Erziehungsdirektion	kant. Mittelschulen	Bildungsauftrag; LV regelt die zu erbringenden Bildungsangebote, die damit verbundenen Qualitätsvorgaben und finanzielle Mittel sowie die Verantwortlichkeiten.	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	433.121	Mittelschulverordnung (MiSV)	Art. 65-66	01.08.2009	Erziehung	Mittelschulen	Mittelschul- u. Berufsbildungsamt	kant. Anbieter	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	435.11	Gesetz über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerG)	Art. 36-37	01.01.2011	Erziehung	Berufs-, Weiterbildung, Berufsberatung	Erziehungsdirektion	Dritte	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	435.11	Gesetz über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerG)	Art. 59 Abs. 2 Lit. k	01.01.2011	Erziehung	Berufs-, Weiterbildung, Berufsberatung	Regierungsrat	Dritte	Vollzug von Aufgaben	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	435.111	Verordnung über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerV)	Art. 114-115	01.01.2010	Erziehung	Berufs-, Weiterbildung, Berufsberatung	Mittelschul- u. Berufsbildungsamt	kant./private Anbieter	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	435.111.1	Direktionsverordnung über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerDV)	Art. 9 Abs. 1 Lit. b	01.08.2011	Erziehung	Berufs-, Weiterbildung, Berufsberatung	Mittelschul- u. Berufsbildungsamt	Schulleitung	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	435.311	Gesetz über das Interregionale Fortbildungszentrum (IFZG)	Art. 13	01.01.2011	Erziehung	Interregionales Fortbildungszentrum	Kanton	Verwaltungsrat	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	435.411	Gesetz über die Berner Fachhochschule (FAG)	Art. 45	01.08.2011	Erziehung	Fachhochschule BE	Erziehungsdirektion	Berner Fachhochschule	Bildungsauftrag; Abschluss LV aufgrund Zielen und Vorgaben des Regierungsrates	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	435.411	Gesetz über die Berner Fachhochschule (FAG)	Art.33 Abs. 1 Lit. d-e	01.08.2011	Erziehung	Fachhochschule BE	Regierungsrat	Schulrat	Bildungsauftrag; Schulrat beschliesst aufgrund des LA des Regierungsrates die Strategie der Berner Fachhochschule.	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	436.11	Gesetz über die Universität (UniG)	Art. 39 Abs. 1 Lit. o	01.08.2011	Erziehung	UniBe	Universitätsleitung	Fakultäten	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	436.11	Gesetz über die Universität (UniG)	Art. 59 Abs. 1-2	01.08.2011	Erziehung	UniBe	Erziehungsdirektion	Universität	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	436.11	Gesetz über die Universität (UniG)	Art. 39 Abs. 1 Lit. o	01.08.2011	Erziehung	UniBe	Regierungsrat	Universitätsleitung	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	436.111.1	Verordnung über die Universität (Universitätsverordnung, UniV)	Art. 52a	01.01.2011	Erziehung	UniBe	Universität	Organisationseinheiten	Leistungserbringung	Nein

Leistungsvereinbarung	Verordnung	436.111.1	Verordnung über die Universität (Universitätsverordnung, UniV)	Art. 104	01.01.2011	Erziehung	UniBe	Kanton	Universität	Bildungsauftrag; LV enthält insbesondere Strategien, Leistungskennzahlen und Standards für Lehre, Forschung und DL. [...]	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	436.811	Verordnung über die Berner Fachhochschule (Fachhochschulverordnung, FaV)	Art. 68	01.08.2011	Erziehung	Fachhochschule BE	Kanton	Berner Fachhochschule	Bildungsauftrag; LV enthält insbesondere die Auftragserteilung in Lehre und Forschung, die jährl. Zu liefernden Leistungskennzahlen sowie die dafür gesprochenen Mittel. [...]	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	436.91	Gesetz über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule (PHG)	Art. 46	01.08.2011	Erziehung	deutschsprachige PH	Schulrat	Erziehungsdirektion	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	436.91	Gesetz über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule (PHG)	Art.71 Abs. 2 Lit. d	01.08.2011	Erziehung	deutschsprachige PH	Regierungsrat	deutschspr. PH	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	436.911	Verordnung über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule (PHV)	Art. 47	01.08.2011	Erziehung	deutschsprachige PH	Erziehungsdirektion	Pädagogische Hochschule	Bildungsauftrag; LV konkretisiert die Ziele und Vorgaben des Regierungsrates. Sie beinhaltet insbesondere die durch die Pädagogische Hochschule zu erreichenden Leistungsziele in den Bereichen der Grundausbildung, der Weiterbildung, der Forschung und Entwicklung sowie der Bildungsmedien.	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	521.1	Verordnung über den Bevölkerungsschutz (Kantonale Bevölkerungsschutzverordnung, BeV)	Art. 54 Abs. 1	01.01.2010	Justiz u. Sicherheit	Bevölkerungsschutz	BSM	Dritte	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	621.1	Verordnung über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (FLV)	Art. 134	01.01.2011	Finanzen	Steuerung v. Finanzen u. Leistungen	Direktion, Staatskanzlei	Amt, rechnungsführende Organisationseinheit	Leistungserbringung	Ja
Leistungsvereinbarung	Gesetz	622.1	Gesetz über die Finanzkontrolle (Kantonales Finanzkontrollgesetz, KFKG)	Art. 10	01.06.2010	Finanzen	Finanzkontrolle	Grosser Rat	Behörden, Organisationseinheiten	Leistungserbringung	Ja
Leistungsauftrag	Verordnung	706.111	Verordnung über die Leistung des Kantons an Massnahmen und Entschädigung im Interesse der Raumplanung (Planungsfinanzierungsverordnung; PFV)	Art. 5	01.11.2010	Finanzen	Kantonsleistung an Massn. u. Entschädigung im Int. d. Raumplanung	Kanton	Dritte	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	706.111	Verordnung über die Leistung des Kantons an Massnahmen und Entschädigung im Interesse der Raumplanung (Planungsfinanzierungsverordnung; PFV)	Art. 5	01.11.2010	Finanzen	Kantonsleistung an Massn. u. Entschädigung im Int. d. Raumplanung	Kanton	Dritte	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	732.11	Strassengesetz (SG)	Art. 90 Abs. 1	01.01.2009	Bau	Strassen	Bund	Regierungsrat	Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	742.2	Einführungsverordnung zum Stromversorgungsgesetz (EV StromVG)	Art. 4	01.02.2009	Energie	Stromversorgung	Amt f. Umweltkoordination u. Energie	Netzgebiete	Zuteilung Netzgebiete	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	761.111	Strassenverkehrsordnung (StrVV)	Art. 3 Abs. 3	01.09.2008	Verkehr	Strassenverkehr	Polizei- und Militärdirektion	Strassenverkehrsbehörde	DLerbringung letzterer	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	762.4	Gesetz über den öffentlichen Verkehr	Art. 3 Abs. 1	01.01.2008	Verkehr	öffentl. Verkehr	Kanton	Transportunternehmen	Angebots- und Tarifgestaltung, minimaler Auslastungs- und Kostendeckungsgrad	Nein

Leistungsvereinbarung	Verordnung	762.412	Verordnung über das Angebot im öffentlichen Verkehr (Angebotsverordnung; AGV)	Art. 9	01.11.1997	Verkehr	Angebot im öffentl. Verkehr	Kanton (BVE)	Transportunternehmen	Angebotskonzept, Abgeltung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	821.2	Verordnung über die Gewässerschutzmassnahmen bei Verlust von Mineralöl und andern gefährlichen Flüssigkeiten (Ölwehrrordnung)	Art. 2 Abs. 3	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Gewässerschutzmassnahmen	BVE, VOL	GVB	Ölwehrrorganisation	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	822.1	Gesetz über die Abfälle (Abfallgesetz, AbfG)	Art. 4	01.07.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Abfall	Kanton	Gemeinden, Private	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	823.111	Verordnung zur Reinhaltung der Luft (Lufthygieneverordnung, LHV)	Art. 3	01.09.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Reinhaltung d. Luft	beco	Private	Aufgabenübertragung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	860.1	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG)	Art. 60 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Gesundheits- und Fürsorgedirektion	Leistungserbringer	Leistungserbringer	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	860.111	Verordnung über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfefeuerordnung, SHV)	Art. 25 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Kanton, Gemeinden	Leistungserbringer	Erbrachte Leistungen der institutionellen Sozialhilfe werden vom Kanton oder von den Gemeinden mit Beiträgen abgegolten im Rahmen eines Leistungsvertrages oder -auftrages	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	862.61	Verordnung über die kantonalen pädagogischen und sozialpädagogischen Institutionen der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (PSIV)	Art. 6 Abs. 2 Lit. L	01.07.2011	Gesundheit u. Fürsorge	pädagog. u. sozialpädagog. Institutionen d. Gesundheits- u. Fürsorgedirektion	Heimkommission	Institutionen d. Gesundheits- und Fürsorgedirektion u. deren Direktoren	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	871.11	Feuerschutz- und Feuerwehrgesetz (FFG)	Art. 41 Abs. 3	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Feuerschutz u. Feuerwehr	Volkswirtschaftsdirektion	GVB	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	871.111	Feuerschutz- und Feuerwehrverordnung (FFV)	Art. 25a	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Feuerschutz u. Feuerwehr	Volkswirtschaftsdirektion	GVB	Aufgabenerfüllung gemäss Art. 41 FFG	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	873.11	Gebäudeversicherungsgesetz (GVG)	Art. 5	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Gebäudeversicherung	Kanton	GVB	Leistungserbringung; GVB versichert die Gebäude im Kantonsgebiet, sorgt für die Wahrung der Brandsicherheit und die Prävention von Feuer- und Elementarschäden gem. dem Feuerschutz- und Feuerwehrgesetz und übernimmt weiter ihr von der Gesetzgebung übertragene Aufgaben. Sie bietet im Rahmen ihres gesetzl. Handlungsspielraumes eine marktgerecht Versicherungsdeckung zu möglichst günstigen Bedingungen an und richtet ihre DL an den allg. Erwartung der Hauseigentümer aus.	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	901.1	Wirtschaftsförderungsgesetz (WFG)	Art. 5 Abs. 2	01.01.2005	Wirtschaft	Wirtschaftsförderung	Wirtschaftsförderung	Dritte	Übertragung eigener Aufgaben für eine bestimmte Zeit ganz oder teilweise an Dritte mit LA.	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	901.1	Wirtschaftsförderungsgesetz (WFG)	Art. 7 Abs. 2	01.01.2005	Wirtschaft	Wirtschaftsförderung	Kanton	Wirtschaftsförderung	Subventionsbeiträge	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	902.111	Kantonale Verordnung über Investitionshilfe für Berggebiete (KIHV)	Art. 8 Ab. 2	01.07.2008	Wirtschaft	Investitionshilfe f. Berggebiete	beco	Regionalkonferenzen	Leistungserbringung	Nein



Leistungsvereinbarung	Gesetz	910.1	Kantonales Landwirtschaftsgesetz (KLWG)	Art. 37	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft	Kanton	Dritte	Vollzug der Landwirtschaftsgesetzgebung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	910.1	Kantonales Landwirtschaftsgesetz (KLWG)	Art. 37	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft	Volkswirtschaftsdirektion	Dritte	Vollzug der Landwirtschaftsgesetzgebung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	915.11	Verordnung über die landwirtschaftliche und bäuerlich-hauswirtschaftliche Beratung (LBV)	Art. 7 Abs. 2	01.01.2006	Umwelt u. Landwirtschaft	landwirtschaftl. u. bäuerl.-hauswirtschaftl. Beratung	Volkswirtschaftsdirektion	Kantone, Institutionen, Organisationen	Zusammenarbeit	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	916.141.1	Gesetz über den Rebbaubau (RebG)	Art. 5 Abs. 3	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Rebbaubau	Kanton	Dritte	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	916.812	Kantonale Tierschutzverordnung (KTSchV)	Art. 6 Abs. 1	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Tierschutz	Volkswirtschaftsdirektion	Private	Vollzug der Tierschutzgesetzgebung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	921.11	Kantonales Waldgesetz (KWaG)	Art. 41 Abs. 1	01.01.2007	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Kanton	Forstdienst	Bewirtschaften des Staatswaldes	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	921.11	Kantonales Waldgesetz (KWaG)	Art. 53 Abs. 2	01.01.2007	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Volkswirtschaftsdirektion	Revierträgerschaften	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	921.111	Kantonale Waldverordnung (KWaV)	Art. 52	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	KAWA	geeignete Trägerschaft, Revierträgerschaften	Leistungen für die forstliche Grund- und Weiterbildung sowie für die Berufsbildung fachverwandter Berufszweige.	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	922.111	Jagdverordnung (JaV)	Art. 23 Abs. 4	01.09.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Jagd	LANAT	geeignete Organisation	Betrieb der Wildschutzanlage Landshut	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	935.52	Lotteriegesetz (LotG)	Art. 48a Abs. 3	01.11.2011	Wirtschaft	Lotterie	Polizei- und Militärdirektion	jurist. Pers. mit Sitz in Kt. BE	Leistungserbringung	Nein
<b>NPM-Element 3 (Globalbudget)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>in Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Globalbudget	Verordnung	152.322.1	Verordnung über die Organisation und Steuerung der dezentralen Verwaltung der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (OSDV)	Art. 14 Abs. 2	01.01.2010	Verwaltung	Org. u. Steuerung d. dezent. Verwaltung d. Justiz-, Gemeinde- u. Kirchendirektion				Nein
Globalbudget	Verordnung	170.111	Gemeindeverordnung (GV)	Art. 118	01.01.2011	Verwaltung	Gemeinden				Nein
Globalbudget	Gesetz	842.11	Gesetz betreffend die Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung (EG KUMV)	Art. 12 Lit. f	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Kranken-, Unfall- u. Militärversicherung				Nein
<b>NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>in Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Aufgaben- und Finanzplan	Verfassung	101.1	Verfassung des Kantons Bern	Art. 75, Art. 89 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Verfassung Kt. BE				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	151.21	Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)	Art. 59	01.01.2011	Verwaltung	Grosser Rat				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	152.01	Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (Organisationsgesetz, OrG)	Art. 2a Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Org. Regierungsrat u. Verwaltung				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	152.04	Datenschutzgesetz	Art. 33a Abs. 3	01.01.2010	Verwaltung	Datenschutz				Nein
integrierte Aufgaben- und Ressourcenplanung	Verordnung	152.211	Verordnung über die Organisation und die Aufgaben der Staatskanzlei (Organisationsverordnung STA, OrV STA)	Art. 11 Lit. g	01.06.2011	Verwaltung	Org. u. Aufg. Staatskanzlei				Nein

Aufgaben- und Finanzplan	Verordnung	152.221.171	Verordnung über die Organisation und die Aufgaben der Finanzdirektion (Organisationsverordnung FIN; OrV FIN)	Art. 1 Lit. f, Art. 7 Lit. p	01.03.2010	Verwaltung	Org. u. Aufg. Finanzdirektion				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Verordnung	152.322.1	Verordnung über die Organisation und Steuerung der dezentralen Verwaltung der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (OSDV)	Art. 10 Lit. a	01.01.2010	Verwaltung	Org. u. Steuerung d. dezentr. Verwaltung d. Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	161.1	Gesetz über die Organisation der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft (GSOG)	Art. 11	01.01.2011	Verwaltung	Org. Gerichtsbehörden u. Staatsanwaltschaft				Nein
Finanzplan	Verordnung	170.511	Direktionsverordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden (FHDV)	Art. 22-28	01.11.2010	Verwaltung	Finanzhaushalt d. Gemeinden				Nein
Jahres- und Mehrjahresplanung	Verordnung	170.511	Direktionsverordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden (FHDV)	Art. 45	01.11.2010	Verwaltung	Finanzhaushalt d. Gemeinden				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	435.311	Gesetz über das Interregionale Fortbildungszentrum (IFZG)	Art. 15 Abs. 2, Art. 17 Abs. 2	01.01.2006	Erziehung	Interregionales Fortbildungszentrum				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	435.411	Gesetz über die Berner Fachhochschule (FAG)	Art. 48 Abs. 2	01.08.2011	Erziehung	Fachhochschule BE				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	435.411	Gesetz über die Berner Fachhochschule (FAG)	Art. 48 Abs. 2	01.08.2011	Erziehung	Fachhochschule BE				Nein
Mehrjahres- und Finanzplan	Gesetz	436.11	Gesetz über die Universität (UniG)	Art. 58 Abs. 3 Lit. c	01.08.2011	Erziehung	UniBe				Nein
Mehrjahresplan	Verordnung	436.111.1	Verordnung über die Universität (Universitätsverordnung, UniV)	Art. 105	01.02.2011	Erziehung	UniBe				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Verordnung	436.811	Verordnung über die Berner Fachhochschule (Fachhochschulverordnung, FaV)	Art. 68 Abs. 2	01.08.2011	Erziehung	Fachhochschule BE				Nein
Mehrjahres- und Finanzplan	Verordnung	436.811	Verordnung über die Berner Fachhochschule (Fachhochschulverordnung, FaV)	Art. 69	01.08.2011	Erziehung	Fachhochschule BE				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	436.91	Gesetz über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule (PHG)	Art. 37 Abs. 1 Lit. i	01.08.2011	Erziehung	deutschsprachige PH				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Verordnung	436.911	Verordnung über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule (PHV)	Art. 48	01.08.2011	Erziehung	deutschsprachige PH				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	620	Gesetz über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (FLG)	Art. 61	01.01.2011	Finanzen	Steuerung v. Finanzen u. Leistungen				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Verordnung	621.1	Verordnung über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (FLV)	Art. 169-174	01.01.2011	Finanzen	Steuerung v. Finanzen u. Leistungen				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	622.1	Gesetz über die Finanzkontrolle (Kantonales Finanzkontrollgesetz, KFKG)	Art. 9	01.06.2010	Finanzen	Finanzkontrolle				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Verordnung	935.211.1	Tourismusentwicklungsverordnung (TEV)	Art. 4 Abs. 3 Lit. a	01.01.2010	Wirtschaft	Tourismusentwicklung				Nein
NPM-Element 5 (Vertrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	in Kraft seit	Betrifft	Konkret	Vertragspartner 1	Vertragspartner 2	Gegenstand des Vertrags	Flächendeckend

Leistungsvertrag	Gesetz	102.1	Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (Sonderstatusgesetz SStG)	Art. 52 Abs. 2	01.08.2008	Verwaltung	Sonderstatut Berner Jura u. französischspr. Minderheit im zweispr. Amtsbezirk Biel	Regierungsrat	Stiftung "Fondation Mémoires d'Ici"	Aufgabenübertragung	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	122.2	Einführungsgesetz zum Ausländer- und zum Asylgesetz (EG AuG AsylG)	Art. 4 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Ausländer- u. Asylgesetz	Regierungsrat	öffentl. od. private Träger	Übertragung des Vollzugs	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	122.2	Einführungsgesetz zum Ausländer- und zum Asylgesetz (EG AuG AsylG)	Art. 9 Abs. 3	01.01.2011	Verwaltung	Ausländer- u. Asylgesetz	Regierungsrat	öffentl. od. private Träger	Gewährung d. Nothilfe	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	122.201	Einführungsverordnung zum Ausländer- und zum Asylgesetz (EV AuG und AsylG)	Art. 9	01.01.2010	Verwaltung	Ausländer- u. Asylgesetz	Migrationsdienst	Trägerschaften	Gewährung d. Sozialhilfe	Nein
vertraglich	Verordnung	123.22	Einführungsverordnung zum eidgenössischen Ausweisgesetz (EV AwG)	Art. 3 Abs. 1	01.03.2010	Verwaltung	eidg. Ausweise	Amt f. Migration u. Personenstand	Kantone	Führen einer Notpassstelle zur Ausstellung von provisorischen Pässen	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	152.221.121	Verordnung über die Organisation und die Aufgaben der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (Organisationsverordnung GEF, OrV GEF)	Art. 11 Abs. 2 Lit. e	01.07.2011	Verwaltung	Org. u. Aufg. Gesundheits- u. Fürsorgedirektion	ALBA	Leistungserbringer	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	152.221.121	Verordnung über die Organisation und die Aufgaben der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (Organisationsverordnung GEF, OrV GEF)	Art. 12 Abs. 2 Lit. e	01.07.2011	Verwaltung	Org. u. Aufg. Gesundheits- u. Fürsorgedirektion	SOA	Leistungserbringer	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	152.221.121	Verordnung über die Organisation und die Aufgaben der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (Organisationsverordnung GEF, OrV GEF)	Art. 13 Abs. 2 Lit. b	01.07.2011	Verwaltung	Org. u. Aufg. Gesundheits- u. Fürsorgedirektion	SPA	Leistungserbringer	Leistungserbringung	Nein
Vertrag	Verordnung	152.315	Direktionsverordnung über die Archivführung der dezentralen Verwaltung der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (ArchDV JGK)	Art. 14 Abs. 1	01.01.2010	Verwaltung	Archivführung d. dezentralen Verwaltung d. Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion	Justiz-, Gemeinde- u. Kirchendirektion	Privatunternehmen	Aufbewahrung und Bewirtschaftung von Archivgut.	Nein
Arbeitsvertrag	Gesetz	153.01	Personalgesetz (PG)	Art. 16	01.01.2011	Verwaltung	Personal	Kanton	Angestellte	Arbeitsvertrag	Ja
Arbeitsvertrag	Verordnung	153.011.1	Personalverordnung (PV)	Art. 15	01.06.2011	Verwaltung	Personal	Kanton	Angestellte	Arbeitsvertrag	Ja
öffentlich-rechtlicher Vertrag	Gesetz	153.41	Gesetz über die Bernische Pensionskasse (BPKG)	Art. 26 Abs. 2	01.01.2008	Verwaltung	Bernische Pensionskasse	Kanton	BPK	Durchführung d. Personalvorsorge	Nein
Arbeitsvertrag	Verordnung	154.21	Verordnung über die Gebühren der Kantonsverwaltung (Gebührenverordnung; GebV)	Anhang I 3.8.3	01.08.2011	Verwaltung	Gebühren Kantonsverwaltung	Staatskanzlei	Stadt Bern	Mietvertrag	Nein
Arbeitsvertrag	Gesetz	161.1	Gesetz über die Organisation der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft (GSOG)	Art. 22 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Org. Gerichtsbehörden u. Staatsanwaltschaft	Generalstaatsanwaltschaft	Staatsanwälte, Jugendanwälte	Arbeitsvertrag	Nein
Zusammenarbeitsvertrag	Gesetz	170.11	Gemeindengesetz (GG)	Art. 5 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Gemeinden	Gemeinden	Gemeinden	Zusammenarbeit	Nein
Vertrag	Verordnung	170.111	Gemeindeverordnung (GV)	Art. 2	01.01.2011	Verwaltung	Gemeinden	Gemeinden	Gemeinden	Vollzug der Bildung	Nein
Nachführungsvertrag	Gesetz	215.341	Gesetz über die amtliche Vermessung (AVG)	Art. 32	02.01.2010	Verwaltung	amtl. Vermessung	Gemeinde	NachführungsgeometerIn	Leistungserbringung	Nein
Vertrag	Verordnung	324.111	Verordnung über die Ordnungsbussen (Kantonale Ordnungsbussenverordnung, KOBV)	Art. 1 Abs. 2	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Ordnungsbussen	Polizei- und Militärdirektion	Polizeiorgane d. Gemeinden	Erhebung von Ordnungsbussen	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	326.1	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (EG OHG)	Art. 3, Art. 1 Abs. 3	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Opferhilfe bei Straftaten	GEF	Beratungsstellen	Leistungserbringung	Nein

Leistungsvertrag	Gesetz	326.1	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (EG OHG)	Art. 3, Art. 1 Abs. 4	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Opferhilfe bei Straftaten	GEF	Dritte	Erfüllung besonderer Aufgaben	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	341.11	Verordnung über den Straf- und Massnahmenvollzug (SMVV)	Art. 114	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Straf- u. Massnahmenvollzug	Kanton	Dritte	Bewährungshilfe od. gemeinnützige Arbeit	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	421.224	Verordnung über die Förderung der Schul- und der Gemeindebibliotheken	Art. 11 Abs. 2	01.08.2006	Kultur	Förderung Schul- u. Gemeindebibliotheken	Erziehungsdirektion	Dritte	Bildungsauftrag	Nein
Subventionsvertrag	Gesetz	423.11	Kulturförderungsgesetz (KFG)	Art. 13d	01.05.2009	Kultur	Kulturförderung	Finanzierungsträger	Kulturinstitute	Leistungserbringung	Nein
Subventionsverträge	Verordnung	423.412	Verordnung über die Teilkonferenz Kulturförderung Bern-Mittelland (TKKV Bern-Mittelland)	Art. 6 Lit. a	15.03.2011	Kultur	Teilkonferenz Kulturförderung Bern-Mittelland	TKK BM	Stiftung Konzert Theater Bern	Leistungserbringung	Nein
Subventionsverträge	Verordnung	423.412	Verordnung über die Teilkonferenz Kulturförderung Bern-Mittelland (TKKV Bern-Mittelland)	Art. 6 Lit. c	15.03.2011	Kultur	Teilkonferenz Kulturförderung Bern-Mittelland	TKK BM	Stiftung Kunstmuseum Bern	Leistungserbringung	Nein
Subventionsverträge	Verordnung	423.412	Verordnung über die Teilkonferenz Kulturförderung Bern-Mittelland (TKKV Bern-Mittelland)	Art. 6 Lit. d	15.03.2011	Kultur	Teilkonferenz Kulturförderung Bern-Mittelland	TKK BM	Stiftung Historisches Museum Bern	Leistungserbringung	Nein
Subventionsverträge	Verordnung	423.412	Verordnung über die Teilkonferenz Kulturförderung Bern-Mittelland (TKKV Bern-Mittelland)	Art. 6 Lit. e	15.03.2011	Kultur	Teilkonferenz Kulturförderung Bern-Mittelland	TKK BM	Stiftung Zentrum Paul Klee	Leistungserbringung	Nein
Bewirtschaftungsvertrag	Gesetz	426.11	Naturschutzgesetz (NSchG)	Art. 26	01.11.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Naturschutz	Volkswirtschaftsdirektion	Dritte (Bewirtschafter)	Bewirtschaftung	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	426.511	Einführungsverordnung zur Änderung vom 6. Oktober 2006 des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz betreffend Pärke von nationaler Bedeutung (EV Pärke)	Art. 3	01.04.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Naturschutz	AGR	Parkträgerschaft	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	432.21	Volksschulgesetz (VSG)	Art. 67a	01.01.2011	Erziehung	Volksschulen	Erziehungsdirektion	Privatschulen	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	432.211.1	Volksschulverordnung (VSV)	Art. 24 Abs. 2 Lit. i	01.08.2008	Erziehung	Volksschulen	Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung (= zuständige Stelle der Erziehungsdirektion)	Privatschulen	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	432.281	Verordnung über die Sonderschulung von invaliden Kindern und Jugendlichen (SSV)	Art. 46 Abs. 2	01.01.2008	Erziehung	Sonderschulung v. invaliden Kindern u. Jugendl.	GEF	Sonderschulen	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	433.12	Mittelschulgesetz (MiSG)	Art. 52	01.01.2011	Erziehung	Mittelschulen	Erziehungsdirektion	private Anbieter	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	433.121	Mittelschulverordnung (MiSV)	Art. 67	01.08.2009	Erziehung	Mittelschulen	Mittelschul- u. Berufsbildungsamt	private Anbieter	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	435.11	Gesetz über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerG)	Art. 36-37	01.01.2011	Erziehung	Berufs-, Weiterbildung, Berufsberatung	Erziehungsdirektion	Dritte	Bessere u. wirtschaftlichere Leistungserbringung	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	435.111	Verordnung über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerV)	Art. 22	01.01.2010	Erziehung	Berufs-, Weiterbildung, Berufsberatung	Mittelschul- u. Berufsbildungsamt	Organisationen d. Arbeitswelt	Begleitung und Beratung der Lehrvertragsparteien, Koordination zw. den an der berufl. Grundbildung beteiligten Pers. und Org., Förderung der Selbstevaluation bei den Anbietern der Bildung in beruflicher Praxis.	Nein

Leistungsvertrag	Verordnung	435.111	Verordnung über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerV)	Art. 79 Abs. 1	01.01.2010	Erziehung	Berufs-, Weiterbildung, Berufsberatung	Mittelschul- u. Berufsbildungsamt	Organisationen d. Arbeitswelt	Durchführung von Prüfungen	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	435.111	Verordnung über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerV)	Art. 113 Abs. 2	01.01.2010	Erziehung	Berufs-, Weiterbildung, Berufsberatung	Mittelschul- u. Berufsbildungsamt	private Anbieter	Übrige Leistungsangebote	Nein
Leistungsverträge	Verordnung	435.111	Verordnung über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerV)	Art. 114-115	01.01.2010	Erziehung	Berufs-, Weiterbildung, Berufsberatung	Mittelschul- u. Berufsbildungsamt	kant. Anbieter	Bildungsauftrag	Nein
Arbeitsverträge	Gesetz	435.311	Gesetz über das Interregionale Fortbildungszentrum (IFZG)	Art. 21 Abs. 2	01.01.2006	Erziehung	Interregionales Fortbildungszentrum	IFZ	Personal	Arbeitsvertrag	Nein
Mietvertrag	Gesetz	435.311	Gesetz über das Interregionale Fortbildungszentrum (IFZG)	Art. 22 Abs. 2 Lit. c	01.01.2006	Erziehung	Interregionales Fortbildungszentrum	Kanton	Verwaltungsrat	Mietvertrag	Nein
Mietvertrag	Gesetz	435.411	Gesetz über die Berner Fachhochschule (FBH)	Art. 64 Abs. 4	01.08.2011	Erziehung	Fachhochschule BE	Kanton	Trägerschaften	Mietvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	436.91	Gesetz über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule (PHG)	Art. 70	01.08.2011	Erziehung	deutschsprachige PH	Pädagogische Hochschule	angegliederte Lehrerbildungsinstitutionen	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	521.1	Kantonales Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetz (KBZG)	Art. 31 Abs. 3	01.01.2010	Justiz u. Sicherheit	Bevölkerungs- u. Zivilschutz	GEF	Eigentümer sanitätsdienstl. Einrichtungen	Unterhalt d. geschützten sanitätsdienstl. Einrichtungen	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	521.1	Kantonales Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetz (KBZG)	Art. 14	01.01.2010	Justiz u. Sicherheit	Bevölkerungs- u. Zivilschutz	Regierungsrat	Kantone, private Institutionen, Einzelpersonen	Leistungserbringung	Nein
Vertrag	Gesetz	551.1	Polizeigesetz (PolG)	Art. 8 Abs. 1, Art. 11 Abs. 2	15.09.2011	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Kanton	Gemeinde	Erfüllung einzelner geeigneter Aufgaben der gerichtl. Polizei u. im Bereich Migration u. Gewerbepolizei	Nein
Leistungseinkaufs-/Ressourcenvertrag	Gesetz	551.1	Polizeigesetz (PolG)	Art. 12a	15.09.2011	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Kanton	Gemeinde	Konzession; Erfüllung einzelner geeigneter Aufgaben gerichtl. Polizei/Bereich Migration und Gewerbepolizei	Nein
Vertrag	Verordnung	551.111	Polizeiverordnung (PolV)	Art.10 Abs. 4	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Polizei- und Militärdirektion	Gemeinde	Einsätze (Interventionen)	Nein
Verträge	Gesetz	552.1	Gesetz über die Kantonspolizei (KPG)	Art. 4 Abs. 2	01.04.2005	Justiz u. Sicherheit	Kantonspolizei	Polizei- und Militärdirektion	Vereine	Leistungserbringung	Nein
Vertrag	Gesetz	641.1	Staatsbeitragsgesetz (StBG)	Art. 9 Abs. 2	01.01.2010	Finanzen	Staatsbeiträge	Kanton	Behörden	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	732.11	Strassengesetz (SG)	Art. 91 Abs. 2	01.01.2009	Bau	Strassen	BVE	Gemeinden, Dritte	Gesetzesvollzug	Nein
Verträge	Verordnung	732.181	Verordnung über den Vollzug des Bundesgesetzes über die Nationalstrassen im Kanton Bern vom 8. März 1960	Art. 20a Abs. 1	01.11.2010	Bau	Nationalstrassen im Kt. BE	Kanton	Gemeinden	Durchführung des Feuerwehr-, Rettungs-, Ölwehr- und Sanitätsdienstes auf Nationalstrassen	Nein
vertraglich	Verordnung	761.111	Strassenverkehrsordnung (StrVV)	Art. 17a Abs. 3	01.09.2008	Verkehr	Strassenverkehr	Strassenverkehrsbehörde	Dritte	Aufgabenerfüllung	Nein
Vertrag	Verordnung	761.111	Strassenverkehrsordnung (StrVV)	Art. 21 Abs. 2	01.09.2008	Verkehr	Strassenverkehr	Strassenverkehrsbehörde	Dritte	Fahrzeugprüfung	Nein
Vertrag	Verordnung	761.111	Strassenverkehrsordnung (StrVV)	Art. 40 Abs. 2	01.09.2008	Verkehr	Strassenverkehr	Strassenverkehrsbehörde	Dritte	Bekanntgabe von Daten zu versicherungsrelevanten Zwecken (Auskunftserteilung)	Nein

Verträge	Gesetz	761.611	Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge (BSFG)	Art. 19 Abs. 2	01.01.2007	Verkehr	Besteuerung Strassenfahrzeuge	Polizei- und Militärdirektion	Dritte	Verkauf von Autobahnvignetten, Abrechnungswesen.	Nein
Mietvertrag	Verordnung	761.612.1	Verordnung über die Bewirtschaftung der Parkplätze des Kantons (BPV)	Art. 6 Abs. 2 Lit. b	01.01.2005	Verkehr	Bewirtschaftung Parkplätze	Amt für Grundstücke und Gebäude	Dritte	Mietverträge	Nein
Verträge	Gesetz	762.4	Gesetz über den öffentlichen Verkehr	Art. 15 Lit. e	01.01.2008	Verkehr	öffentl. Verkehr	Regierungsrat	Transportunternehmen	Sicherstellung des vom Kanton vorgesehenen Angebots des ÖV.	Nein
Verträge	Gesetz	762.4	Gesetz über den öffentlichen Verkehr	Art. 17	01.01.2008	Verkehr	öffentl. Verkehr	Regierungsrat	Transportunternehmen	Einführung von Tarifverbunden.	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	811.01	Gesundheitsgesetz (GesG)	Art. 4 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheit	Kanton	Dritte	Leistungserbringung	Nein
Vertrag	Verordnung	811.011	Verordnung über die Rechte und Pflichten der Patientinnen und Patienten und der Gesundheitsfachpersonen (Patientenrechtsverordnung), PatV)	Art. 12	01.11.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Rechte u. Pflichten d. PatientInnen u. Gesundheitsfachpers.	GEF	Dritte	Outsourcing der elektron. Datenbearbeitung.	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	812.11	Spitalversorgungsgesetz (SpVG)	Art. 16	01.01.2006	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalversorgung	Kanton (zuständige Behörde)	Erbringer v. Spitalleistungen	Abschluss von Jahres- u. Rahmenleistungsverträgen	Nein
Rahmenleistungsvertrag	Gesetz	812.11	Spitalversorgungsgesetz (SpVG)	Art. 21	01.01.2006	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalversorgung	Kanton (zuständige Behörde)	Erbringer v. Spitalleistungen	Leistungserbringung im Sektor Gesundheit	Nein
Jahresleistungsvertrag	Gesetz	812.11	Spitalversorgungsgesetz (SpVG)	Art. 22	01.01.2006	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalversorgung	Kanton (zuständige Behörde)	Erbringer v. Spitalleistungen	Leistungserbringung im Sektor Gesundheit	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	812.11	Spitalversorgungsgesetz (SpVG)	Art. 10 Abs. 3	01.01.2006	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalversorgung	Kanton (zuständige Behörde)	RSZ	Leistungserbringung im Sektor Gesundheit	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	812.112	Spitalversorgungsordnung (SpVV)	Art. 18	01.01.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalversorgung	Regierungsrat	geeignete Person od. Institution	Führung einer Ombudsstelle	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	812.112	Spitalversorgungsordnung (SpVV)	Art. 22	01.01.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalversorgung	Kanton	Universitätsspitalern, regionale Spitalzentren, Hôpital du Jura bernois, kantonale psychiatrische Kliniken; weiter inner- und ausserkantonale Leistungserbringer	Spitalleistungen	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	822.1	Gesetz über die Abfälle (Abfallgesetz, AbfG)	Art. 4	01.07.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Abfall	Kanton	Gemeinden, Private	Leistungserbringung	Nein
Verträge	Verordnung	822.111	Abfallverordnung (AbfV)	Art. 29	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Abfall	BVE	Betreiber ausserkant. Anlagen	Abfallbewirtschaftung	Nein
vertraglich	Gesetz	823.1	Gesetz zur Reinhaltung der Luft (Lufthygienegesetz, LHG)	Art. 8 Abs. 3	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Reinhaltung d. Luft	Volkswirtschaftsdirektion	Gemeinden	Vollzug von Aufgaben	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	836.11	Arbeitsmarktgesetz (AMG)	Art. 34 Abs. 2	01.01.2010	Wirtschaft	Arbeitsmarkt	Volkswirtschaftsdirektion	Dritte	Gesetzesvollzug	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	836.111	Arbeitsmarktverordnung (AMV)	Art. 21 Abs. 4	01.01.2010	Wirtschaft	Arbeitsmarkt	Kanton	Organisationen, Firmen	Treffen von arbeitsmarktli. Massnahmen für die Anpassung ihres Angebots an die Arbeitsmarktentwicklung	Nein
Zusammenarbeitsverträge	Verordnung	836.111	Arbeitsmarktverordnung (AMV)	Art. 23	01.01.2010	Wirtschaft	Arbeitsmarkt	Volkswirtschaftsdirektion	k.A.	Zusammenarbeit	Nein
öffentlich-rechtlicher Vertrag	Verordnung	841.111	Verordnung über die Ausgleichskasse des Kantons Bern und ihre Zweigstellen (AKBV)	Art. 9 Abs. 3	01.06.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Ausgleichskasse BE + Zweigstellen	AKB	Zweigstellen	Zusätzl. Aufgaben	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	841.211	Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (EV IFEG)	Art. 9 Abs. 2	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Institutionen z. Förderung der Invalidenintegration	GEF	Institutionen (anerkannte)	Beiträge; Betriebsbeiträge	Nein

Zusammenarbeitsverträge	Verordnung	842.111.1	Kantonale Krankenversicherungsverordnung (KKVV)	Art. 22 Abs. 1	01.01.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenversicherung	ASVS	Krankenversicherer	Zusammenarbeit	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	860.1	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG)	Art. 62	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	GEF	öffentl. od. private Träger bzw. Gruppen od. Verbände ebendieser	Übertragen der Gewährung der Sozialhilfe in ihrem Zuständigkeitsbereich	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	860.111	Verordnung über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfeverordnung, SHV)	Art. 25 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Kanton, Gemeinden	institutionelle Sozialhilfe	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	860.113	Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (ASIV)	Art. 12	01.08.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Integrationsangebote	Gemeinden	Leistungserbringer	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	862.51	Verordnung über die Betreuung und Pflege von Personen in Heimen und privaten Haushalten (Heimverordnung; HEV)	Art. 6 Abs.5	01.01.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Betreuung u. Pflege v. Pers. in Heimen u. privaten Haushalten	Bewilligungsbehörde	Dritte	Koordination des Bewilligungsverfahrens	Nein
Verträge	Gesetz	910.1	Kantonales Landwirtschaftsgesetz (KLWG)	Art. 11 Abs. 2	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft	Regierungsrat	Kantone, Institutionen, Organisationen	Organisation und Unterhalt regionaler Dienste zur Gewährleistung einer qualitativ einwandfreien tierischen Produktion, tierseuchenpolizeil. Entsorgung gefährlicher tierischer Abfälle.	Nein
Verträge	Gesetz	910.1	Kantonales Landwirtschaftsgesetz (KLWG)	Art. 14 Abs. 2	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft	Regierungsrat	Kantone, Institutionen, Organisationen	Tätigkeiten im Bereich der Milchqualitätsförderung.	Nein
Verträge	Gesetz	910.1	Kantonales Landwirtschaftsgesetz (KLWG)	Art. 29 Abs. 1	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft	Regierungsrat	Kantone, Institutionen, Organisationen	Landwirtschaftl. Beratung, Zusammenarbeit.	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	910.111	Verordnung über Produktion und Vermarktung in der Landwirtschaft (PVLV)	Art. 17 Abs. 5	01.08.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Prod. u. Vermarktung i. Landwirtschaft	LANAT	repräsentative Produzenten- od. Branchenorg.	Durchführung der Marktorganisation an anerkannten öff. Marktorten	Nein
vertraglich	Gesetz	916.141.1	Gesetz über den Rebbaubau (RebG)	Art. 5 Abs. 3	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Rebbaubau	Kanton	Dritte	Leistungserbringung	Nein
öffentlich-rechtliche Arbeitsverträge	Verordnung	916.51	Kantonale Tierseuchenverordnung (KTSV)	Art. 10 Abs. 2	01.04.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Tierseuchen	Kanton	tierseuchenpolizeil. Organe	Arbeitsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	921.11	Kantonales Waldgesetz (KWaG)	Art. 9	01.01.2007	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	KAWA (Kanton, Gemeinden)	Waldeigentümer	Leistungserbringung; siehe entspr. Vo	Nein
Vertrag	Verordnung	921.111	Kantonale Waldverordnung (KWaV)	Art. 13	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	KAWA (Kanton, Gemeinden)	Waldeigentümer	Leistungserbringung; Art. 13 Abs. 2 lit a-g	Nein
Reviervertrag	Verordnung	921.111	Kantonale Waldverordnung (KWaV)	Art. 52	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	KAWA (Kanton, Gemeinden)	Trägerschaft	Leistungsauftrag; Art. 52 Abs. 2 lit a-g	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	922.11	Gesetz über Jagd und Wildtierschutz (JWG)	Art. 28 Abs. 3	01.06.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Jagd, Wildtierschutz	Volkswirtschaftsdirektion	Dritte	Vollzug der Gesetzgebung	Nein
Vertrag	Gesetz	923.11	Fischereigesetz (FiG)	Art. 67 Abs. 2	01.11.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Fischerei	Volkswirtschaftsdirektion	Dritte	Patentabgabe, Renaturierungen u. Bewirtschaftungsmassnahmen.	Nein
Vertrag	Verordnung	923.111	Verordnung über die Fischerei (FIV)	Art. 14 Abs. 2	01.11.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Fischerei	Fischereiinspektorat	Dritte	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	941.11	Verordnung über das Mass- und Gewichtswesen (MGV)	Art. 2 Abs. 2	01.01.2011	Wirtschaft	Staatsorganisation	beco	Eichmeister	Leistungserbringung	Nein
NPM-Element 6 (Wirkungsziel)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	in Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Wirkungsziele	Gesetz	102.1	Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (Sonderstatusgesetz SStG)	Art. 1	01.08.2008	Verwaltung	Sonderstatut Berner Jura u. französischspr. Minderheit im zweispr. Amtsbezirk Biel				Nein

Wirkungsziele	Gesetz	108.1	Gesetz über die Archivierung (ArchG)	Art. 2	01.01.2010	Verwaltung	Archivierung				Nein
wirkungsorientiert	Gesetz	151.21	Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)	Art. 65 Abs 2 Lit. b	01.01.2011	Verwaltung	Grosser Rat				Ja
Wirkungsorientierung	Gesetz	152.01	Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (Organisationsgesetz, OrG)	Art. 2 Abs. 1 Lit. c, Art. 23 Abs. 1, Art. 24 Abs. 1 Lit. b-c	01.01.2011	Verwaltung	Org. d. Regierung u. Verwaltung				Ja
Leistungsziele	Gesetz	152.04	Datenschutzgesetz	Art. 33a Abs. 3	01.01.2010	Verwaltung	Datenschutz				Nein
Leistungsziele	Gesetz	161.1	Gesetz über die Organisation der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft (GSOG)	Art. 10	01.01.2011	Verwaltung	Org. Gerichtsbehörden u. Staatsanwaltschaft				Nein
Wirkungsorientierung	Gesetz	161.1	Gesetz über die Organisation der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft (GSOG)	Art. 9 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Org. d. Gerichtsbehörden u. Staatsanwaltschaft				Nein
wirkungsvoll	Gesetz	170.11	Gemeindegesetz (GG)	Art. 137 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Gemeinden				Nein
Wirkungs- und Leistungsziele	Verordnung	170.111	Gemeindeverordnung (GV)	Art. 117 Abs. 2, Art. 118 Abs. 2-3	01.01.2011	Verwaltung	Gemeinden				Nein
wirkungsorientiert	Verordnung	170.111	Gemeindeverordnung (GV)	Art. 117	01.01.2011	Verwaltung	Gemeinden				Nein
Zweck und Wirkungsziele	Gesetz	170.12	Gesetz zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen (Gemeindefusionsgesetz, GFG)	Art. 1	01.11.2010	Verwaltung	Förderung v. Gemeindezusammenschlüssen				Nein
Wirkung	Gesetz	170.12	Gesetz zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen (Gemeindefusionsgesetz, GFG)	Art. 2	01.11.2010	Verwaltung	Förderung v. Gemeindezusammenschlüssen				Nein
wirkungsvoll	Verordnung	170.212	Verordnung über das Geschäftsreglement für die Regionalalkonferenzen (RKGV)	Art. 3 Abs. 1	01.11.2010	Verwaltung	Geschäftsreglement f. Regionalalkonferenzen				Nein
wirkungsorientiert	Verordnung	170.511	Direktionsverordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden (FHDV)	Art. 48 Lit. b	01.11.2010	Verwaltung	Finanzhaushalt d. Gemeinden				Nein
Wirkungsziele	Verordnung	212.223.2	Verordnung über die Aufsicht über die Vorsorgeeinrichtungen, die Stiftungen und die Familienausgleichskassen (AVSFV)	Art. 8	01.01.2012	Verwaltung	Aufsicht Vorsorgeeinrichtungen, Stiftungen u. Familienausgleichskassen				Nein
Wirkungsziele	Gesetz	433.12	Mittelschulgesetz (MiSG)	Art. 1	01.01.2011	Erziehung	Mittelschulen				Nein
Wirkungsziele	Verordnung	433.121	Mittelschulverordnung (MiSV)	Art. 66 Lit. e, Art. 67 Lit. d	01.08.2009	Erziehung	Mittelschulen				Nein
Ziele und Wirkungen	Gesetz	435.11	Gesetz über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerG)	Art. 2	01.01.2011	Erziehung	Berufs-, Weiterbildung u. Berufsberatung				Nein
effizient/wirkungsvoll	Gesetz	435.11	Gesetz über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerG)	Art. 38 Abs. 2	01.01.2011	Erziehung	Berufs-, Weiterbildung, Berufsberatung				Nein
Leistungsziele	Verordnung	435.111	Verordnung über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerV)	Art. 115 Lit. e	01.01.2010	Erziehung	Berufs-, Weiterbildung u. Berufsberatung				Nein
wirkungsorientiert	Verordnung	435.111	Verordnung über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerV)	Art. 133 Abs. 1 Lit. d	01.01.2010	Erziehung	Berufs-, Weiterbildung, Berufsberatung				Nein
Wirkung	Gesetz	435.411	Gesetz über die Berner Fachhochschule (FBH)	Art. 7 Abs. 1	01.08.2011	Erziehung	Fachhochschule BE				Nein
Wirkungsziel	Gesetz	436.91	Gesetz über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule (PHG)	Art. 4	01.08.2011	Erziehung	deutschsprachige PH				Nein



Leistungsziel	Verordnung	436.911	Verordnung über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule (PHV)	Art. 47 Abs. 2-3	01.08.2011	Erziehung	deutschsprachige PH				Nein
Wirkungsziele	Gesetz	438.31	Gesetz über die Ausbildungsbeiträge (ABG)	Art. 2	01.01.2009	Erziehung	Ausbildungsbeiträge				Nein
Wirkungsziele	Verordnung	521.1	Verordnung über den Bevölkerungsschutz (Kantonale Bevölkerungsschutzverordnung, BeV)	Art. 26 Abs. 3	01.01.2010	Justiz u. Sicherheit	Bevölkerungsschutz				Nein
Wirkungsziele	Verordnung	521.11	Kantonale Verordnung über den Zivilschutz (Kantonale Zivilschutzverordnung, KZSV)	Art. 7 Abs. 2 Lit. I	01.01.2005	Justiz u. Sicherheit	Zivilschutz				Nein
Wirkungsziele	Gesetz	620	Gesetz über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (FLG)	Art. 38-39, Art. 81	01.01.2011	Finanzen	Steuerung Finanzen u. Leistungen				Nein
Wirkungsorientierung	Gesetz	620	Gesetz über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (FLG)	Art. 3	01.01.2011	Finanzen	Steuerung v. Finanzen u. Leistungen				Nein
Wirkungsziele	Verordnung	621.1	Verordnung über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (FLV)	Art. 130 Abs. 2 Lit. e, Art. 133, Art. 171 Abs. 1	01.01.2011	Finanzen	Steuerung Finanzen u. Leistungen				Ja
Wirkungsorientierung	Verordnung	621.1	Verordnung über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (FLV)	Art. 187, Art. 196 Abs. 2	01.01.2011	Finanzen	Steuerung v. Finanzen u. Leistungen				Ja
effizient/Wirksamkeit	Gesetz	631.1	Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG)	Art. 2 Lit. a u. c	01.01.2010	Finanzen	Finanz- u. Lastenausgleich				Nein
Wirkung	Verordnung	631.111	Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAV)	Art. 10 Abs. 1, Art. 22 Abs. 1	01.01.2003	Finanzen	Finanz- u. Lastenausgleich				Nein
wirkungsvoll	Gesetz	641.1	Staatsbeitragsgesetz (StBG)	Art. 1 Abs. 1 Lit. a	01.01.2010	Finanzen	Staatsbeiträge				Nein
Wirkungsziele	Gesetz	732.11	Strassengesetz (SG)	Art. 3	01.01.2009	Bau	Strassen				Nein
Zweck und Wirkungsziele	Gesetz	761.11	Kantonales Strassenverkehrsgesetz (KSVG)	Art. 1	01.01.2011	Verkehr	Strassenverkehr				Nein
effektiv und effizient	Gesetz	761.11	Kantonales Strassenverkehrsgesetz (KSVG)	Art. 1 Abs. 2 Lit. a	01.01.2011	Verkehr	Strassenverkehr				Nein
Effizienz	Verordnung	762.412	Verordnung über das Angebot im öffentlichen Verkehr (Angebotsverordnung; AGV)	Art. 11 Abs. 1-2	01.11.1997	Verkehr	Angebot im öffentl. Verkehr				Nein
Wirkungsziel	Gesetz	811.51	Gesetz zum Schutz vor Passivrauchen (SchPG)	Art. 1	01.07.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Schutz v. Passivrauchen				Nein
Wirkungsziele	Gesetz	822.1	Gesetz über die Abfälle (Abfallgesetz, AbfG)	Art. 2	01.11.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Abfall				Nein
Wirkungsziele	Verordnung	822.111	Abfallverordnung (AbfV)	Art. 1	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Abfall				Nein
Leistungsziele	Gesetz	854.15	Gesetz über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots (PMG)	Art. 5	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Förderung preisgünstiger Mietwohnungen				Nein
Wirkungsziele	Gesetz	860.1	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG)	Art. 3	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe				Nein
Wirkungsorientierung	Gesetz	860.1	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG)	Art. 5	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe				Nein
Wirkungsziele	Verordnung	860.111	Verordnung über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfeverordnung, SHV)	Art. 3 Abs. 2 Lit. b	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe				Nein
wirkungsorientiert	Verordnung	860.111	Verordnung über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfeverordnung, SHV)	Art.1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe				Nein
Wirkungsziele	Verordnung	860.113	Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (ASIV)	Art. 21	01.08.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Integrationsangebote				Nein

Wirkungsziele	Gesetz	873.11	Gebäudeversicherungsgesetz (GVG)	Art. 2	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Gebäudeversicherung				Nein
effizient	Gesetz	910.1	Kantonales Landwirtschaftsgesetz (KLWG)	Art. 39 Abs. 1	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft				Nein
wirkungsorientiert	Verordnung	910.111	Verordnung über Produktion und Vermarktung in der Landwirtschaft (PVLV)	Art. 2 Abs. 1 Lit. g	01.08.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Produktion u. Vermarktung Landwirtschaft				Nein
Zweck und Wirkungsziele	Gesetz	922.11	Gesetz über Jagd und Wildtierschutz (JWG)	Art. 1	01.06.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Jagd, Wildtierschutz				Nein
Wirkungsziele	Gesetz	935.211	Tourismusentwicklungsgesetz	Art. 1, Art. 17	01.01.2006	Wirtschaft	Tourismusentwicklung				Nein
Wirkungsziele	Verordnung	935.211.1	Tourismusentwicklungsverordnung (TEV)	Art. 4 Abs. 3 Lit. b	01.01.2010	Wirtschaft	Tourismusentwicklung				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
WoV-Erlass	Gesetz	620	Gesetz über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (FLG)		01.01.2011	Verwaltung	WoV				

Basel-Landschaft											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
wirksam	Verfassung	100	Verfassung des Kantons Basel-Landschaft	Art. 76 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Staatsorganisation				Ja
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung/Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
Leistungsvereinbarung	Verordnung	108.31	Verordnung über den Schutz der sexuellen Integrität am Arbeitsplatz	Art. 3a	01.10.2009	Verwaltung	Sexuelle Integrität am Arbeitsplatz	Finanz- u. Kirchendirektion	Landeskirchen des Kantons BL	Dienstleistungen der Vertrauenspersonen u. beratenden Kommission zugunsten der Mitarbeiter der Landeskirchen	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	114	Gesetz über die Einführung der Integrationsbestimmungen des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (Integrationsgesetz)	Art. 4 Abs. 3	01.01.2008	Verwaltung	Ausländerpolitik	Kanton u. Einwohnergemeinden	Kanton u. Einwohnergemeinden, Dritte	Umsetzung der Integrationsmassnahmen	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	114.11	Verordnung zum Integrationsgesetz	Art. 3 Abs. 1	01.01.2008	Verwaltung	Ausländerpolitik	Justiz u. Sicherheit-, Polizei- u. Militärdirektion	Beratungsstelle	Einzelheiten der Anlaufstelle gegen Diskriminierung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	140.51	Verordnung über die Informatik (Informatikverordnung)	Art. 12 Lit. b	01.01.2003	Verwaltung	Informatik	Direktionen	Zentrale Informatikdienste	Informatikdienstleistungen: Infrastruktur, personelle Ressourcen	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	140.51	Verordnung über die Informatik (Informatikverordnung)	Art. 7 Abs. 2c	01.01.2003	Verwaltung	Informatik	Fachgruppe für Informatik	interne Leistungsanbieter	Querschnittsaufgaben	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	143.81	Verordnung über Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz	Art. 3, Art. 4 Abs. 1-2	01.01.2003	Verwaltung	Arbeitssicherheit u. Gesundheitsschutz	Finanz- u. Kirchendirektion	Basellandschaftl. Gebäudeversicherung	Detaillierte Aufgaben (Arbeitssicherheit u. Gesundheitsschutz), Abgeltung der Leistungen, Mitsprache	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	180.10	Verordnung über den Finanzhaushalt und das Rechnungswesen der Gemeinden (Gemeindefinanzordnung)	Art. 33 Abs. 2c	01.01.2004	Finanzen	Finanzhaushalt	Gemeinden	k.A.	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	180.13	Verordnung über den Finanzhaushalt und das Rechnungswesen der Bürgergemeinden und der Bürgergemeinden (Bürgergemeindefinanzordnung)	Art. 31 Abs. 2c	01.01.2004	Finanzen	Finanzhaushalt	Gemeinden	k.A.	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	252.11	Verordnung zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten	Art. 6	01.01.2009	Justiz u. Sicherheit	Opferhilfe	Regierungsrat	Beratungsstellen	Leistungen im Bereich Opferhilfe	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	310	Finanzhaushaltsgesetz	Art. 35 Abs. 1i	01.07.2009	Finanzen	Finanzhaushalt	Regierungsrat	zuständige Bundesstellen	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	310.1	Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz	Art. 4	01.01.2010	Finanzen	Haushaltsführung	Regierungsrat	einzelne Dienststellen, Gruppen von Dienststellen	Kreditverschiebungskompetenz	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	310.12	Verordnung zum Globalbudget der Kantonsspitäler und der kantonalen psychiatrischen Dienste (Globalbudget-Verordnung)	Art. 2, Art. 3, Art. 4, Art. 13	01.10.2007	Gesundheit u. Fürsorge	Kantonsspitäler, kant. Psychiatr. Dienste	Regierungsrat	Spitäler	Medizinisches Leistungsangebot	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	314.51	Verordnung über das Controlling der Beteiligten	Art. 11 Abs. 1-2	01.07.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Staatsorganisation	Regierungsrat	Beteiligte	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	362	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung	Art. 15b Abs. 2a	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Versicherung	Gemeinde	Spitex-Organisationen u. Pflegefachpersonen	Leistungen im Spitex-Bereich	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	430	Strassengesetz	Art. 4 Abs. 2	01.01.2008	Bau	Strassenbau	Regierungsrat	zuständige Bundesstellen	Betrieblicher u. baulicher Unterhalt von Nationalstrassen	Nein

Leistungsauftrag	Gesetz	480	Gesetz zur Förderung des öffentlichen Verkehrs	Art. 4, Art. 11	01.01.2010	Verkehr	öffentl. Verkehr	Landrat	Verkehrsunternehmen	Angebot im öffentl. Verkehr von regionaler Bedeutung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	483.1	Dekret über das Angebot im öffentlichen Personalverkehr	Art. 1, Art. 2, Art. 4	01.01.1998	Verkehr	öffentl. Personennahverkehr	Landrat	Verkehrsunternehmen im öffentl. Verkehr	Angebot im öffentl. Verkehr	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	501	Gesetz zur Förderung der Wirtschaft (Wirtschaftsförderungsgesetz)	Art. 4 Abs. 2	01.08.2007	Wirtschaft	Förderung der Wirtschaft	Kanton	Wissens- u. Technologietransferstellen, Wirtschaftsverbände, reg. u. überreg. Org.	Aufgabenübertragung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	503	Gesetz über die Förderung des Tourismus (Tourismusgesetz)	Art. 3 Abs. 1-3	01.12.2003	Wirtschaft	Tourismus	Kanton; vertreten durch Volkswirtschafts- u. Sanitätsdirektion	Leistungserbringer	Zu erbringende Leistungen, Leistungsabgeltung, Nutzungsinteressen, Berichtswesen	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	516.11	Verordnung über die Tierzucht und den Viehabsatz	Art. 9 Abs. 1	01.08.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Schaf- u. Ziegenzucht	Landwirtschaftl. Zentrum Ebenrain	zuständige Schweizerische Org.	Herdebuchaufnahme der Tiere	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	640	Bildungsgesetz	Art. 100	01.08.2011	Erziehung	Privatschulen	Kanton	Schule	Leistungen im Bereich Bildung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	640	Bildungsgesetz	Art. 102c	01.08.2011	Erziehung	Schulbauten	Kanton	Standortgemeinden	Bewirtschaftung der Sekundarschulanlagen	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	640.71	Verordnung über die Sonderschulung	Art. 19 Abs. 1, Art. 22 Abs. 2	01.01.2011	Erziehung	Sonderschulen	Kanton	anerkannte innerkant. u. ausserkant. Einrichtungen der Sonderschulung	Leistungen im Bereich Sonderschulung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	640.81	Verordnung über den Förderunterricht in Sprachentwicklung und Kommunikation	Art. 16	01.01.2008	Erziehung	Förderunterricht	Gemeinderat	Dritte	Förderunterricht in Sprachentwicklung u. Kommunikation	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	645.31	Verordnung über den Schulsozialdienst auf Sekundarstufe I und II	Art. 5 Abs. 6	01.04.2004	Erziehung	Schulsozialdienst	Regierungsrat	Gemeinden	Schulsozialarbeit	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	782.11	Kantonale Gewässerschutzverordnung (kGSCHV)	Art. 10 Abs. 2	01.08.2007	Umwelt u. Landwirtschaft	Gewässerschutz	Kanton	Gemeinden u./od. Betriebe	Aufgaben der Ölwehr Basel-Landschaft	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	790.11	Verordnung über den Schutz der einheimischen Pflanzen und Tierarten (Artenschutzverordnung)	Art. 6 Abs. 2	01.05.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Artenschutz	zuständige Direktion	geeignete Dritte, spezialis. Firmen, Verbände, Institutionen, Forstdienste, Jagdaufseher	Aufsicht u. Öffentlichkeitsarbeit	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	814	Gesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit	Art. 7 Abs. 4	01.01.2011	Wirtschaft	Schwarzarbeit	Regierungsrat	Dritte (insbes. Branchenspez. Kontrollorg. der Sozialpartner)	Umfang der Ermächtigung u. Höhe der Entschädigung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	833.11	Verordnung zum Ergänzungsleistungsgesetz	Art. 4, Art. 21	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Ergänzungsleistungen	Gemeinden	Pflegeheime	Leistungen im Bereich Pflege	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	850.15	Verordnung über die Kinder- und Jugendhilfe	Art. 4 Abs. 1	01.01.2007	Gesundheit u. Fürsorge	Kinder- u. Jugendhilfe	Kanton	anerkannte Wohnheime	Gegenseitige Leistungen	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	850.16	Verordnung über die Behindertenhilfe	Art. 18 Abs. 1, Art. 22 Abs. 1, Art. 22d Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Behinderte	Kanton	anerkannte Werkstätten, Wohnheime, Tagesstätten u. weitere Behinderteneinrichtungen	Leistungen u. Kosten	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	854	Gesetz über die Betreuung und Pflege im Alter (GeBPA)	Art. 6, Art. 16	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Alterspflege u. -betreuung	Gemeinde	private gemeinnützige Org. (Art. 6)/stationäre Alters- u. Pflegeeinrichtungen (Art. 16)	Betreuung u. Pflege im Alter: Qualitätssicherung, Controlling, Budget	Nein

kant. Leistungsauftrag	Verordnung	854.13	Verordnung über die Pflegeheimliste	Art. 2-4	01.03.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Pflegeheimlisten	Kanton	Pflegeheime des Kantons	Leistungen im Bereich Pflege	Nein
komm. Leistungsauftrag	Verordnung	854.13	Verordnung über die Pflegeheimliste	Art. 2-4	01.03.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Pflegeheimlisten	Gemeinden	Pflegeheime des Kantons	Leistungen im Bereich Pflege	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	901	Gesundheitsgesetz	Art. 27 Abs. 3, Art. 72 Abs. 2, Art. 74 Abs. 1	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Notfalldienst, Rettungs- u. Leichentransporte	Direktion (Vollzugs- u. Aufsichtsbehörde des Kantons)	zuständige Berufsorganisation/Rettungsinstitutionen	Notfalldienst, Rettungs- u. Leichentransporte	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	901.41	Verordnung über die Alkohol- und Drogenprävention (ADV)	Art. 3 Abs. 2	01.01.2007	Gesundheit u. Fürsorge	Alkohol- u. Drogenprävention	Volkswirtschaft- u. Sanitätsdirektion	beauftragte Fachstellen	Alkohol- u. Drogenprävention	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	930	Spitalgesetz	Art. 15b	01.01.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Regierung der Trägerkantone (BS, BL)	Landrat	Beitragsbewilligung an Uni-Kinderspital	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	930.16	Verordnung über die Rechte und Pflichten der Chefärztinnen und Chefärzte und der Leitenden Ärztinnen und Leitende Ärzte der Kantonsspitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste mit vergütungsberechtigter Nebentätigkeit (Kaderarztverordnung)	Art. 9 Abs. 3	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Lehre u. Forschung	Universität Basel	Kantonsspital	Ausübung der Lehr- u. Forschungstätigkeit	Nein
NPM-Element 3 (Globalbudget)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Globalbudget	Verordnung	180.10	Verordnung über den Finanzhaushalt und das Rechnungswesen der Gemeinden (Gemeindefinanzordnung)	Art. 33 Abs. 1-2, Art. 34 Abs. 1-2, Art. 35 Abs. 1	01.01.2004	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein
Globalbudget	Verordnung	180.13	Verordnung über den Finanzhaushalt und das Rechnungswesen der Bürgergemeinden und der Bürgergemeinden (Bürgergemeindefinanzierung)	Art. 31 Abs. 1-2, Art. 32 Abs. 1-2, Art. 33 Abs. 1	01.01.2004	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein
Globalbudget	Gesetz	310	Finanzhaushaltsgesetz	Art. 30a Abs. 1-3	01.07.2011	Finanzen	Spital				Nein
Globalbudget	Verordnung	310.12	Verordnung zum Globalbudget der Kantonsspitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste (Globalbudgetverordnung)	Art. 1 Abs. 1, Art. 4 Abs. 1-4	01.10.2007	Gesundheit u. Fürsorge	Spital				Nein
Globalbeiträge	Gesetz	930	Spitalgesetz	Art. 15b	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spital				Nein
NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Finanzplanung	Verfassung	100	Verfassung des Kantons Basel-Landschaft	Art. 129 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Finanzhaushalt				Nein
Finanzplan	Verordnung	310.11	Verordnung zum Finanzhaushaltsgesetz	Art. 36 Abs. 1	01.10.2010	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein
NPM-Element 5 (Vertrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Vertragspartner 1	Vertragspartner 2	Gegenstand des Vertrags	Flächendeckend

Vertrag	Verfassung	100	Verfassung des Kantons Basel-Landschaft	Art. 49a Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Personalwesen	Kanton	Mitarbeiter	Arbeitsvertrag	Ja
Rahmenverträge	Verordnung	140.51	Verordnung über die Informatik (Informatikverordnung)	Art. 7 Abs. 2c	01.01.2003	Verwaltung	Informatik	Fachgruppe für Informatik (FGI)	externe Anbieter	k.A.	Nein
Vertrag	Gesetz	150	Gesetz über die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons (Personalgesetz)	Art. 13 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Personalwesen	Kanton	Mitarbeiter	Arbeitsvertrag	Ja
Verträge	Gesetz	180	Gesetz über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden	Art. 34 Abs. 1a	01.01.2011	Verwaltung	Staatsorganisation	Gemeinden	Gemeinden	Kooperation	Nein
Vertrag	Verordnung	211.54	Verordnung über die Nachführung der amtlichen Vermessung durch eine patentierte Ingenieur-Geometerin oder einen patentierten Ingenieur-Geometer (Nachführungsverordnung)	Art. 4	01.04.2010	Bau	Vermessung	Gemeinde	Nachführungsgeometer	Nachführungsvertrag	Nein
Verträge	Verordnung	252.11	Verordnung zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten	Art. 1 Abs. 2	01.01.2009	Justiz u. Sicherheit	Opferhilfe	Regierungsrat	benachbarte Kantone im Bereich der Beratungsstellen	Zusammenarbeit	Nein
Verträge	Verordnung	261.41	Verordnung über den Straf- und Massnahmenvollzug	Art. 8 Abs. 2	01.01.2007	Justiz u. Sicherheit	Vollzug	Justiz u. Sicherheit-, Polizei- u. Militärdirektion	geeignete Org.	Durchführung des Vollzugs	Nein
Vertrag	Gesetz	430	Strassengesetz	Art. 23 Abs. 2	01.01.2008	Bau	Strassenbau	Kanton	Gemeinden	Zuständigkeiten für Kantons- u. Gemeindestrassen	Nein
Vertrag	Gesetz	510	Landwirtschaftsgesetz Basel-Landschaft	Art. 26 Abs. 2b	01.08.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Bodenverbesserung	k.A.	k.A.	Bodenverbesserung	Nein
Verträge	Verordnung	515.11	Verordnung über die Durchführung von Bodenverbesserungen (Bodenverbesserungsverordnung, BoV)	Art. 21 Abs. 1b	01.08.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Bodenverbesserung	k.A.	k.A.	Bodenverbesserung	Nein
Vertrag	Gesetz	640	Bildungsgesetz	Art. 53 Abs. 2	01.08.2011	Erziehung	Hochschule	Kanton	(Fach-)Hochschulen	Bildungsauftrag	Nein
Vertrag	Verordnung	681.11	Verordnung für die Berufsbildung	Art. 18 Abs. 2	01.08.2011	Erziehung	Berufsbildung	Regierungsrat	privatrechtl. Org.	Berufsbildung	Nein
Vertrag	Gesetz	700	Polizeigesetz (PolG)	Art. 52 Abs. 1	01.07.2011	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Polizei u. Gemeinden	Private	Aufgaben im Bereich der Verkehrsregelung	Nein
Vertrag	Gesetz	850	Gesetz über die Sozial-, die Jugend- und die Behindertenhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG)	Art. 18 Abs. 1	01.07.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Gemeinde	unterstützungsberechtigte Personen	Angebotsnutzung	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	856	Gesetz über die Beiträge an Frauenhäuser und ähnlichen Institutionen (Frauenhausgesetz)	Art. 3 Abs. 1-2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Frauenhaus	Regierungsrat	Trägerschaft von anerkannten Frauenhäusern	Leistungen; Abgeltung	Nein
Verträge	Gesetz	930	Spitalgesetz	Art. 2 Abs. 1c	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Kanton	andere Kantone, Spitäler, Kliniken, Heimen, Institutionen, Anstalten, med. Dienste	Leistungen im Bereich Spital	Nein

Verträge	Verordnung	930.16	Verordnung über die Rechte und Pflichten der Chefärztinnen und Chefärzte und der Leitenden Ärztinnen und Leitende Ärzte der Kantonsspitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste mit vergütungsberechtigter Nebentätigkeit (Kaderarztverordnung)	Art. 9 Abs. 3	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	med. Fakultät	jeweilige Universitätskliniken	Ausübung der Lehr- u. Forschungstätigkeit der ChefärztInnen der Uniklinik	Nein
Vertrag	Verordnung	934.11	Verordnung über die Organisation des Kranken-, Rettungs- und Leichentransporte	Art. 7	01.03.2000	Gesundheit u. Fürsorge	Transport	Volkswirtschaft- u. Sanitätsdirektion	private Transportdienste	Zuständigkeit der privaten Transportdienste	Nein
Vertrag	Verordnung	934.11	Verordnung über die Organisation des Kranken-, Rettungs- und Leichentransporte	Art. 9 Abs. 2, Art. 10	01.03.2000	Gesundheit u. Fürsorge	Transport	Volkswirtschaft- u. Sanitätsdirektion	NotärztInnen	Verfügbarkeit von Notärztinnen	Nein
<b>NPM-Element 6 (Wirkungsziel)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Wirksamkeit	Gesetz	114	Gesetz über die Einführung der Integrationsbestimmungen des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (Integrationsgesetz)	Art. 6	01.01.2008	Verwaltung	Ausländerpolitik				Nein
Wirksamkeit	Verordnung	140.51	Verordnung über die Informatik (Informatikverordnung)	Art. 9	01.01.2003	Verwaltung	Einsatz von Informatikmitteln				Nein
Wirksamkeit	Verordnung	180.10	Verordnung über den Finanzhaushalt und das Rechnungswesen der Gemeinden (Gemeindefinanzordnung)	Art. 33-34	01.01.2004	Finanzen	Überprüfung, Globalbudgetierung				Nein
Wirksamkeit	Verordnung	180.13	Verordnung über den Finanzhaushalt und das Rechnungswesen der Bürgergemeinden und der Bürgergemeinden (Bürgergemeindefinanzierung)	Art. 31-32	01.01.2004	Finanzen	Finanzhaushalt u. Rechnungswesen				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	185	Finanzausgleichsgesetz(FAG)	Art. 1	01.08.2011	Finanzen	ausgeglichene Steuerbelastung				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	310	Finanzhaushaltsgesetz	Art. 35	01.07.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Ja
Wirksamkeit	Verordnung	790.31	Verordnung über Abgeltungsbeiträge zur Schaffung und Erhaltung von ökolog.Ausgleichsflächen in der Landwirtschaftsszene	Art. 25	01.01.2002	Umwelt u. Landwirtschaft	ökolog. Ausgleich				Nein

Wirksamkeit	Gesetz	850	Gesetz über die Sozial-, die Jugend- und die Behindertenhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG)	Art. 52	01.07.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlas Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend



Basel-Stadt											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Wirksamkeit	Verfassung	111.100	Verfassung des Kantons Basel-Stadt	Art. 16	13.07.2006	Verwaltung	Aufgabenerfüllung				Ja
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung/Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
Leistungsauftrag	Verfassung	111.100	Verfassung des Kantons Basel-Stadt	Art. 88 Abs. 2	13.07.2006	Verwaltung	Staatsorganisation	Grosser Rat	k.A.	k.A.	Optional
Leistungsvereinbarung	Gesetz	122.500	Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz)	Art. 6 Abs. 3	01.01.2008	Verwaltung	Ausländerpolitik	Kanton, Einwohnergemeinden	Kanton, Einwohnergemeinden (untereinander), Dritte	Umsetzung der Integrationsmassnahmen	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	160.100	Verordnung über die Personaldienste des Kantons Basel-Stadt	Art. 5	01.05.2008	Verwaltung	Verwaltungsorganisation	Kanton	zentraler Personaldienst(ZPD)	Dienstleistung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	162.880	Verordnung über die dienstrechtliche Bestimmungen zur Einführung des Bundesgesetzes über die verdeckte Ermittlung	Art. 8 Abs. 1	01.01.2005	Verwaltung	Polizei	Staatsanwaltschaft	zuständige Dienststelle	Einsatz verdeckter Ermittler eines anderen Polizeikorps	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	323.110	Verordnung zum Gesetz über die Behandlung und Einweisung psychisch kranker Personen (Psychiatrieverordnung)	Art. 1 Abs. 1-4	28.11.2000	Gesundheit u. Fürsorge	Psychiatrie	Sanitätsdepartement	Spitäler, Kliniken, Pflegeheime mit Angebot für stationäre psychiatr. Behandlung	Modalitäten der Anerkennung als Behandlungsinstitution	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	330.100	Spitalgesetz	Art. 9b Abs. 2	01.01.2003	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Regierungen der Trägerkantone	Universitäts-Kinderspital	Leistungen im Bereich Spital	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	412.750	Verordnung über die Schulung und Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Bildungsbedarf (Sonderpädagogik; SPV)	Art. 22 Abs. 1-2	01.01.2011	Erziehung	Sonderpädagogik	Erziehungsdepartement	anerkannte nichtstaatl. Sonderschulen u. Fachzentren	Aufgaben im Bereich der verstärkten Massnahmen, insbes. Sonderschulung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	420.210	Verordnung über den Vollzug des Kantonalen Gesetzes über die Berufsbildung (Berufsbildungsverordnung)	Art. 31 Abs. 3	01.01.2009	Erziehung	Berufsbildung	Zuständigen Ressorts des Erziehungsdepartements	Anbieter	Leistungen im Bereich Berufsbildung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	451.100	Gesetz über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz)	Art. 9 Abs. 3	10.04.2005	Kultur	Museen	Grosser Rat	Museen	Definition und Wirkungsziele der Produktgruppen	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	451.110	Verordnung zum Museumsgesetz	Art. 2 Abs. 2, Art. 6 Abs. 2	01.01.2009	Kultur	Museen	Präsidialdepartement	Museumsdirektionen	Grundausrüstung des Museums	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	610.100	Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltsgesetz)	Art. 19 Abs. 2	25.07.2010	Finanzen	Finanzhaushalt	k.A.	k.A.	k.A.	Optional
Leistungsauftrag	Gesetz	772.300	Gesetz über die Industriellen Werke Basel	Art. 27 Abs. 1-2	01.01.2010	Energie	Energie- u. Trinkwasserversorgung	Regierungsrat	Industrielle Werke Basel (IWB)	Strategische Ausrichtungen u. Gesamtinvestition im LA	Nein

Leistungsvereinbarung	Verordnung	812.600	Verordnung über die Organisation der Bekämpfung der Schwarzarbeit im Kanton Basel-Stadt	Art. 4 Abs. 1	01.01.2008	Wirtschaft	Schwarzarbeit	Regierungsrat	andere kant. Amtsstellen, Dritte	Kontrolltätigkeiten	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	815.110	Verordnung zum Gesetz betreffend die Tagesbetreuung von Kindern (Tagesbetreuungsverordnung, TBV)	Art. 28 Abs. 1, Art. 50	09.08.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Tagesbetreuung von Kindern	Erziehungsdepartement	Trägerschaft	Betreuung der Kinder	Nein
Leistungsaufträge	Verordnung	834.410	Verordnung über die Krankenversicherung im Kanton Basel-Stadt	Art. 4 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Regierungsrat	Spitäler, Kliniken, Pflegeheime	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	869.150	Verordnung zur Anerkennung von Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Erwachsenen (Anerkennungsverordnung)	Art. 8 Abs. 1-2	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Invalide Erwachsene	Departement für Wirtschaft, Soziales u. Umwelt	anerkannte Institutionen	Gestaltung der Zusammenarbeit	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	911.600	Waldgesetz Basel-Stadt	Art. 29 Abs. 3-4	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Kanton	Vereinigungen (Fort- u. Weiterbildungskurse), Träger (Walderhaltung), Fachverbände	Leistungen (u.a. im Bereich Bildung)	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	951.100	Gesetz über den öffentlichen Verkehr	Art. 5 Abs. 1-2	18.06.2007	Verkehr	öffentl. Verkehr	Grosser Rat	Erbringern der Verkehrsleistungen	Umsetzung des ÖV-Programms	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	953.100	Gesetz betreffend Organisation und Verwaltung der Basler Verkehrs-Betriebe (BVB)	Art. 5	01.01.2006	Verkehr	Verkehrsbetriebe	Kanton	Basler Verkehrs-Betriebe (BVB)	Zu erbringenden Verkehrsleistungen, Betrieb u. Unterhalt der Bahninfrastruktur	Nein
<b>NPM-Element 3 (Globalbudget)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Globalbudget	Verfassung	111.100	Verfassung des Kantons Basel-Stadt	Art. 88 Abs. 2	13.07.2006	Verwaltung	Staatsorganisation-Finanzbeschlüsse				Optional
Globalbeiträge	Gesetz	330.100	Spitalgesetz	Art. 9 b	01.01.2003	Gesundheit u. Fürsorge	Spital				Nein
Globalbudget	Gesetz	451.100	Gesetz über die Museen des Kantons Basel-Stadt	Art. 9 Abs. 1-5	10.04.2005	Kultur	Museen				Nein
Globalbudget	Gesetz	951.100	Gesetz über den öffentlichen Verkehr	Art. 14	18.06.2007	Verkehr	öffentl. Verkehr				Nein
<b>NPM-Element 4 (integrierter Aufgaben- u. Finanzplan)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Aufgaben- und Finanzplanung	Gesetz	170.100	Gemeindegesezt	Art. 15 Abs. 4d	01.01.2011	Verwaltung	Staatsorganisation				Nein
<b>NPM-Element 5 (Vertrag)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>	<b>Vertragspartner 1</b>	<b>Vertragspartner 2</b>	<b>Gegenstand des Vertrags</b>	<b>Flächendeckend</b>
Verträge	Gesetz	162.100	Personalgesetz	Art. 46 Abs. 2	24.01.2010	Verwaltung	Personalpolitik	Kanton	Mitarbeiter	Arbeitsvertrag	Ja
Verträge	Verordnung	162.110	Verordnung zum Personalgesetz	Art. 27 Abs. 1-3	29.11.2009	Verwaltung	Personalpolitik	Kanton	Mitarbeiter	Arbeitsvertrag	Ja

Vertrag	Verordnung	162.820	Verordnung betreffend die Anstellungsbedingungen der Assistenzärztinnen und Assistenzärzte und Oberärztinnen und Oberärzte an staatlichen Spitälern und in Dienststellen der kantonalen Verwaltung	Art. 4	01.01.2011	Verwaltung	Spital	Spitaldirektor	Assistenzärzte u. Oberärzte	Arbeitsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	162.880	Verordnung über die dienstrechtliche Bestimmungen zur Einführung des Bundesgesetzes über die verdeckte Ermittlung	Art. 2, Art. 8 Abs. 2	01.01.2005	Verwaltung	Polizei	Staatsanwaltschaft	zuständige Dienststelle	Arbeitsvertrag	Nein
Verträge	Verordnung	321.900	Verordnung betreffend Massnahmen gegen die Tuberkulose	Art. 15 Abs. 2	03.12.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Krankheiten	Gesundheitsdepartement	Institute	Bakteriolog. Untersuchungen tuberkulosekranker u. -verdächtiger Pers.	Nein
Vertrag	Verordnung	328.610	Verordnung betreffend die soziale Jugendzahnpflege	Art. 5 Abs. 1	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Jugendzahnpflege	Kanton	Zahnärzte	Durchführung der Jugendzahnpflege	Nein
Vertrag	Verordnung	329.110	Verordnung betreffend die spitalexterne Kranken- und Gesundheitspflege	Art. 1 Abs. 4	01.01.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Spitex	Kanton	Trägerschaft der Institutionen od. des Dachverbands	Subventionen	Nein
Vertrag	Verordnung	351.100	Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	Art. 6 Abs. 2	13.07.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Lebensmittel	Gesundheitsdepartement	Benützergemeinschaft	Durchführung von Schlachtungen	Nein
Vertrag	Gesetz	390.100	Gesetz betreffend die Bestattungen	Art. 17	28.11.2000	Gesundheit u. Fürsorge	Bestattungen	Zuständiges Departement	auswärtige Behörden	Einäscherung von Leichen	Nein
Verträge	Gesetz	410.1	Schulgesetz	Art. 95 Abs. 1	01.01.2011	Erziehung	Schule	Schulleitung	Lehrkräfte	Arbeitsvertrag	Nein
Verträge	Verordnung	427.100	Verordnung über das Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt (BZG)	Art. 1 Abs. 4	09.08.2010	Erziehung	Bildung	Erziehungsdepartement	private Institutionen, staatl. Institutionen anderer Kantone	Kooperation bzgl. Aus- u. Weiterbildung	Nein
Vertrag	Verordnung	453.100	Verordnung über die Einführung des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister im Kanton Basel-Stadt	Art. 14 Abs. 1	01.01.2009	Verwaltung	Einwohnerregister	Finanzdepartement	Schweizerische Post	Übertragen polizeil. Aufgaben	Nein
Vertrag	Gesetz	510.100	Gesetz betreffend die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt	Art. 68 Abs. 1	01.05.2010	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Regierungsrat	Landgemeinden	Übertragen polizeil. Aufgaben	Nein
Vertrag	Gesetz	610.500	Subventionsgesetz	Art. 8	01.01.1998	Finanzen	Subventionen	zuständiges Departement/kant. Finanzkontrolle	k.A.	Subventionen	Nein
Vertrag	Verordnung	772.120	Verordnung über Solarstrom	Art. 5, Art. 9	09.08.2009	Energie	Solarstrom	Kanton	nat. u. kant. Netzgesellschaft	Solarstromproduktion	Nein

Vertrag	Gesetz	815.100	Gesetz betreffend die Tagesbetreuung von Kindern (Tagesbetreuungsgesetz)	Art. 3 Abs. 1-2	04.07.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Betreuung	Kanton (zuständiges Departement)	Gem. Riehen, Gem. Bettingen	Aufgabenteilung	Nein
Verträge	Verordnung	832.710	Verordnung betreffend Ergänzungsleistungen und kantonale Beihilfen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (VELG)	Art. 15 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Ergänzungsleistungen	Gesundheitsdepartement/Departement für Wirtschaft, Soziales u. Umwelt	k.A.	Subventionen im Bereich Alters- u. Pflegeheime	Nein
Verträge	Verordnung	832.710	Verordnung betreffend Ergänzungsleistungen und kantonale Beihilfen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (VELG)	Art. 15 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Ergänzungsleistungen	Departement für Wirtschaft, Soziales u. Umwelt	k.A.	Subventionen im Bereich Behindertenheime	Nein
Vertrag	Gesetz	834.400	Gesetz über die Krankenversicherung im Kanton Basel-Stadt	Art. 5 Abs. 1	04.02.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenversicherung	Kanton	Versicherer	Zusammenarbeit	Nein
Vertrag	Gesetz	890.100	Sozialhilfegesetz	Art. 13 Abs. 4	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Sozialhilfe	einzusetzende Person	Arbeitsvertrag	Nein
<b>NPM-Element 6 (Wirkungsziel)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Wirkungsziel	Gesetz	451.100	Gesetz über die Museen des Kantons Basel-Stadt	Art. 9 Abs. 3	10.04.2005	Kultur	Museen				Nein
Effizienz	Gesetz	610.200	Finanzkontrollgesetz	Art. 1	01.06.2008	Finanzen	Finanzkontrolle				Nein
<b>WoV-Erlasse</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>

Freiburg											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Wirksamkeit	Verfassung	10.1	Verfassung des Kantons Freiburg	Art. 82 Lit. A Abs. 2	01.01.2009	Verwaltung	Haushaltsführung				Ja
wirkungsvoll	Verfassung	10.1	Verfassung des Kantons Freiburg	Art. 118 Abs. 2	01.01.2009	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Ja
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung / Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
Leistungsvereinbarung	Verordnung	45.12	Verordnung vom 30. September 2003 über die Qualitätsanforderungen für Einrichtungen der Erwachsenenbildung und der berufsorientierten Weiterbildung	Art. 2 Abs. 1 Lit. A	01.10.2003	Erziehung	Erwachsenenbildung	staatliche Dienststelle	Bildungsinstitution	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	122.0.1	Gesetz vom 16. Oktober 2001 über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung (SVOG)	Art. 59a	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit	Staatsrat	Verwaltungseinheiten	Die von der Verwaltungseinheit zu erbringenden Leistungen, die gewährten Kredite und die zu erreichenden Ziele	Optional
Leistungsauftrag	Gesetz	122.23.7	Gesetz vom 7. Mai 1996 über das Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASSG)	Art. 22	01.01.2008	Verwaltung	Strassen- und Schifffahrtsverkehr	Staat	Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt	Verwaltungsaufgabe über Strassen- und Schifffahrtsverkehr	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	341.1.1	Gesetz vom 2. Oktober 1996 über die Anstalten von Bellechasse	Art. 36 Abs. 2	01.01.2007	Justiz u. Sicherheit	Gefängnisse	Staatsrat	Anstalten von Bellechasse	Vollstreckung der freiheitsentziehenden Strafen	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	412.2.1	Gesetz vom 4. Oktober 1999 über die Pädagogische Hochschule (PHG)	Art. 4 Abs. 3	01.01.2008	Erziehung	Pädagogische Hochschule	Staat	Universität	Zusammenarbeit zwischen Universität und PH	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	413.4.1	Gesetz vom 13. September 2007 über die Kantonale Lehrmittelverwaltung (KLVG)	Art. 20	01.01.2008	Erziehung	Lehrmittelverwaltung	Staat	Lehrmittelverwaltung	Verwaltung des Lehrmittelmaterials	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	420.1	Gesetz vom 13. Dezember 2007 über die Berufsbildung (BBiG)	Art. 13 Abs. 2	01.01.2011	Erziehung	Berufsbildung	Staat	Bildungsinstitution	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	481.0.14	Verordnung vom 9. Januar 2007 über die Beteiligung des Staates an der Finanzierung von Dritten gegründeter kultureller Institutionen	Art. 2 Abs. 3	01.10.2010	Kultur	Kultureinrichtungen Dritter	Staatsrat	Kulturelle Institutionen Dritter	Kulturelle Tätigkeiten	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	616.1	Subventionsgesetz vom 17. November 1999 (SubVG)	Art. 18 Abs. 2	01.01.2011	Finanzen	Subventionen	Staat	Subventionsempfänger	Qualitative und Quantitative Anforderungen an die erbrachten Leistungen	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	710.1	Raumplanungs- und Baugesetz vom 2. Dezember 2008	Art. 27 Abs. 3	01.01.2011	Bau	Raumplanung und Bau	Staatsrat	Regiongemeinschaft	Koordinierte und verbindliche Umsetzung der Vereinbarung. Durchführung des Agglomerationsprogramms	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	741.1	Strassengesetz vom 15. Dezember 1967	Art. 76a	01.01.2011	Bau	Strassen	Staatsrat	Bund	Unterhalt der Nationalstrassen sicherstellen	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	772.0.2	Gesetz vom 11. September 2003 über die Elektrizitätsversorgung (EVG)	Art. 7 Abs. 2	01.11.2003	Energie	Elektrizität	Staatsrat	Versorgungsunternehmen	Zuteilung eines Netzgebietes	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	822.0.1	Gesetz vom 27. Juni 2006 über das Freiburger Spitalnetz (FSNG)	Art. 12 Abs. 2 Lit. A	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalnetz	Staatsrat	Verwaltungsrat des Spitalnetzes	Spitaltätigkeiten	Nein

Leistungsauftrag	Verordnung	822.0.21	Verordnung vom 31. März 2008 über die Spitalliste des Kantons Freiburg	Mehrere	01.04.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalnetz	Staat	Spitäler	Einzelne, medizinische Gebiete	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	822.2.1	Organisationsgesetz vom 6. Mai 1965 des Kantonalen Psychiatrischen Spitals	Art. 7 Abs. 2	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Psychiatrisches Spital	Staat	Freiburger Netz für die Pflege im Bereich psychische Gesundheit	Diverse Leistungen im psychiatrischen Dienst	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	823.1	Gesetz vom 8. September 2005 über die Hilfe und Pflege zu Hause (HPfHG)	Art. 8 Abs. 3	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Pflege	Gemeindeverbände	private Dienste	Hilfe und Pflege zu Hause	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	866.0.22	Ausführungsverordnung vom 18. Dezember 2007 zur Bundesgesetzgebung gegen die Schwarzarbeit (AVGSA)	Art. 8 Abs. 2	01.01.2008	Wirtschaft	Arbeitsmarkt	Amt	Dritte	Kontrolltätigkeit an sich, Umfang der Delegation, Kontrolldichte, Inhalt der Kontrollprotokolle, Entschädigung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	866.1.1	Gesetz vom 6. Oktober 2010 über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG)	Art. 31 Abs. 1 Lit. C	01.01.2011	Wirtschaft	Arbeitsmarkt	Bund	regionale Zentren	arbeitsmarktliche Massnahmen	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	866.1.1	Gesetz vom 6. Oktober 2010 über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG)	Art. 31 Abs. 1 Lit. C	01.01.2011	Wirtschaft	Arbeitsmarkt	Bund	Logistik der arbeitsmarktlichen Massnahmen	Logistik der arbeitsmarktlichen Massnahmen	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	866.1.1	Gesetz vom 6. Oktober 2010 über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG)	Art. 31 Abs. 1 Lit. H	01.01.2011	Wirtschaft	Arbeitsmarkt	Amt für den Arbeitsmarkt	Anbieter von arbeitsmarktlichen Massnahmen	arbeitsmarktliche Massnahmen	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	866.1.1	Gesetz vom 6. Oktober 2010 über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG)	Art. 67 Abs. 2	01.01.2011	Wirtschaft	Arbeitsmarkt	Amt	Dritte	Kontrolltätigkeit an sich, Umfang der Delegation, Kontrolldichte, Inhalt der Kontrollprotokolle, Entschädigung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	900.1	Gesetz vom 3. Oktober 1996 über die Wirtschaftsförderung (WFG)	Art. 19c	01.01.2008	Wirtschaft	Wirtschaftsförderung	Staat	regionale Akteure	Ausführung von Aufgaben im Zusammenhang mit der regionalen Innovationspolitik	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	921.1	Gesetz vom 2. März 1999 über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen (WSG)	Art. 71 Abs. 1	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Staat	Amt für Wald, Wild und Fischerei	Bewirtschaftung des Walds	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	940.2	Gesetz vom 17. März 2010 über die Ausübung der Prostitution	Art. 15 Abs. 1	01.01.2011	Wirtschaft	Prostitution	Staat	Institutionen	Massnahmenprogramme zur Prävention und zur gesundheitlichen und sozialen Betreuung von Prostituierten.	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	940.21	Verordnung vom 23. November 2010 über die Ausübung der Prostitution	Art. 16 Abs. 1	01.01.2011	Wirtschaft	Prostitution	Staat	Institutionen	Hilfe für Prostituierte	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	951.1	Gesetz vom 13. Oktober 2005 über den Tourismus (TG)	Art. 3 Abs. 1 Lit. B	01.01.2011	Wirtschaft	Tourismus	Kanton	kantonale Tourismusorganisation	Tätigkeiten der kantonalen Tourismusorganisation	Nein
<b>NPM-Element 3 (Globalbudget)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Globalbudget	Gesetz	17.1	Gesetz vom 25. November 1994 über den Datenschutz (DSchG)	Art. 32 Abs. 3	01.01.2011	Verwaltung	Datenschutz				Nein
Leistungsorientierte Führung	Verordnung	122.90.12	Verordnung vom 29. Juni 2010 über die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung	Art. 1	29.06.2010	Verwaltung	Amt für Kulturgüter				Nein
Leistungsorientierte Führung	Verordnung	122.90.12	Verordnung vom 29. Juni 2010 über die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung	Art. 1	29.06.2010	Verwaltung	Amt für Wald, Wild und Fischerei				Nein

Leistungsorientierte Führung	Verordnung	122.90.12	Verordnung vom 29. Juni 2010 über die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung	Art. 1	29.06.2010	Verwaltung	Landwirtschaftliches Institut				Nein
Leistungsorientierte Führung	Verordnung	122.90.12	Verordnung vom 29. Juni 2010 über die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung	Art. 1	29.06.2010	Verwaltung	Tiefbauamt				Nein
Leistungsorientierte Führung	Verordnung	122.90.12	Verordnung vom 29. Juni 2010 über die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung	Art. 1	29.06.2010	Verwaltung	Amt für Archäologie				Nein
Leistungsorientierte Führung	Verordnung	122.90.12	Verordnung vom 29. Juni 2010 über die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung	Art. 1	29.06.2010	Verwaltung	Finanzverwaltung				Nein
Leistungsorientierte Führung	Verordnung	122.90.12	Verordnung vom 29. Juni 2010 über die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung	Art. 1	29.06.2010	Verwaltung	Amt für Informatik und Telekommunikation				Nein
Leistungsorientierte Führung	Verordnung	122.90.12	Verordnung vom 29. Juni 2010 über die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung	Art. 2	29.06.2010	Verwaltung	Amt für Personal und Organisation				Nein
Leistungsorientierte Führung	Verordnung	122.90.12	Verordnung vom 29. Juni 2010 über die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung	Art. 2	29.06.2010	Verwaltung	Anstalten von Bellechasse				Nein
Globalbudget	Gesetz	430.1	Gesetz vom 19. November 1997 über die Universität	Art. 9	01.01.2008	Erziehung	Universität				Nein
Budget nach Leistungen	Gesetz	610.1	Gesetz vom 25. November 1994 über den Finanzhaushalt des Staates (FHG)	Art. 42b	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Optional
Globalbudget	Gesetz	412.2.1	Gesetz vom 4. Oktober 1999 über die Pädagogische Hochschule	Art. 43	01.01.2008	Erziehung	Hochschule				Nein
Globalbudget	Gesetz	821.0.4	Gesetz vom 4. Dezember 2008 über die Sanitätsnotruf-Zentrale 144	Art. 6	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Notfallzentrale				Nein
Globalbudget	Gesetz	822.0.1	Gesetz vom 27. Juni 2006 über das Freiburger Spitalnetz (FSNG)	Art. 31 Abs. 1	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalnetz				Nein
Globalbudget	Gesetz	822.2.1	Organisationsgesetz vom 6. Mai 1965 des Kantonalen Psychiatrischen Spitals	Art. 29 Abs. 1	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Pflege im Bereich psychische Gesundheit				Nein
Globalbudget	Gesetz	911.10.1	Gesetz vom 23. Juni 2006 über das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg (LIGG)	Art. 21	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaftliches Institut				Nein
<b>NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Finanzplan	Gesetz	140.1	Gesetz vom 25. September 1980 über die Gemeinden	Art. 86d Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Gemeinden				Nein
Finanzplan	Verordnung	140.11	Ausführungsreglement vom 28. Dezember 1981 zum Gesetz über die Gemeinden	Art. 43c Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Gemeinden				Nein

Finanzplan	Gesetz	140.2	Gesetz vom 19. September 1995 über die Agglomerationen (AggG)	Art. 33	01.01.2011	Verwaltung	Agglomerationen				Nein
Mehrjahresplanung	Gesetz	430.1	Gesetz vom 19. November 1997 über die Universität	Art. 9 Abs. 1	01.01.2008	Erziehung	Universität				Nein
Mehrjahreskredit	Gesetz	610.1	Gesetz vom 25. November 1994 über den Finanzhaushalt des Staates (FHG)	Art. 42e	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Optional
Finanzplan	Gesetz	610.1	Gesetz vom 25. November 1994 über den Finanzhaushalt des Staates (FHG)	Art. 42b	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein
Finanzplan	Gesetz	610.1	Gesetz vom 25. November 1994 über den Finanzhaushalt des Staates (FHG)	Art. 38	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein
Mehrjahresplanung	Gesetz	412.2.1	Gesetz vom 4. Oktober 1999 über die Pädagogische Hochschule (PHG)	Art. 43 Abs. 1	01.01.2008	Erziehung	Pädagogische Hochschule				Nein
Mehrjahresplanung	Gesetz	911.10.1	Gesetz vom 23. Juni 2006 über das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg (LIGG)	Art. 21 Abs. 1	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaftliches Institut				Nein
<b>NPM-Element 5 (Vertrag)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>	<b>Vertragspartner 1</b>	<b>Vertragspartner 2</b>	<b>Gegenstand des Vertrags</b>	<b>Flächendeckend</b>
Vertrag	Gesetz	17.1	Gesetz vom 25. November 1994 über den Datenschutz (DSchG)	Art. 18 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Datenschutz	öffentliche Organe	Dritte, die mit bereitgestellten Daten arbeiten	Datenschutzvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	114.23.11	Asylverordnung vom 26. November 2002 (ASV)	Art. 4 Lit. F	01.01.2007	Verwaltung	Asyl	Staat	private Institutionen	Dienstleistungsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	121.1	Grossratsgesetz vom 6. September 2006 (GRG)	Art. 35 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit	Staat	Arbeitnehmer	Anstellungsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	122.23.7	Gesetz vom 7. Mai 1996 über das Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASSG)	Art. 2 Abs. 2	01.01.2008	Verwaltung	Strassenverkehr und Schifffahrt	Amt	Bezüger von Dienstleistungen	Dienstleistungsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	122.70.1	Gesetz vom 17. Oktober 2001 über das Staatspersonal (StPG)	Art. 30 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit	Staat	Arbeitnehmer	Anstellungsvertrag	Ja
Vertrag	Gesetz	140.1	Gesetz vom 25. September 1980 über die Gemeinden	Art. 112 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit	Gemeindeverbände	Gemeinden	Dienstleistungsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	140.2	Gesetz vom 19. September 1995 über die Agglomerationen (AggG)	Art. 12 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit	Agglomerationen	Gemeinden	Dienstleistungsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	190.1	Gesetz vom 26. September 1990 über die Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat	Art. 23 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit	Anstalten des Staates	Kirchen	Dienstleistungsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	214.6.1	Gesetz vom 7. November 2003 über die amtliche Vermessung (AVG)	Art. 47 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Vermessung	Staat	Arbeitnehmer	Auftragsverhältnis	Nein



Vertrag	Gesetz	413.4.1	Gesetz vom 13. September 2007 über die Kantonale Lehrmittelverwaltung (KLVG)	Art. 2 Abs. 2	01.01.2008	Erziehung	Verwaltungsarbeit	Lehrmittelverwaltung	Konsumenten	Dienstleistungsvertrag	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	420.1	Gesetz vom 13. Dezember 2007 über die Berufsbildung (BBiG)	Art. 15	01.01.2011	Erziehung	Berufsbildung	Staat	Bildungsinstitution	Bildungsauftrag	Nein
Vertrag	Gesetz	428.4	Gesetz vom 2. Oktober 2001 über die Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TWG)	Art. 16 Lit. G	01.01.2009	Erziehung	Fachhochschule	Fachhochschule	Arbeitnehmer	Anstellungsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	482.1	Gesetz vom 7. November 1991 über den Schutz der Kulturgüter	Art. 14 Abs. 2	01.01.2011	Kultur	Kulturgüterschutz	Staat	Besitzer von geschützten Kulturgütern	Subventionsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	616.1	Subventionsgesetz vom 17. November 1999 (SubG)	Art. 26 Abs. 2	01.01.2011	Finanzen	Subventionen	Staat	Subventionsempfänger	Subventionsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	721.3.13	Verordnung vom 7. Januar 2002 über das Waldreservat La Souche auf dem Gebiet der Gemeinde Arconciel	Art. 1 Abs. 3	01.01.2002	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Staat	Eigentümer des Waldes	Dienstbarkeitsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	721.3.14	Verordnung vom 14. Mai 2002 über das Waldreservat En Biffé auf dem Gebiet der Gemeinden Botterens, Châtel-sur-Montsalvens und Villarbeney	Art. 1 Abs. 3	01.06.2002	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Staat	Eigentümer des Waldes	Dienstbarkeitsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	721.3.15	Verordnung vom 9. Dezember 2002 über das Waldreservat En Allières auf dem Gebiet der Gemeinde Hauteville	Art. 1 Abs. 3	01.12.2002	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Staat	Eigentümer des Waldes	Dienstbarkeitsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	721.3.16	Verordnung vom 21. Oktober 2003 über das Waldreservat La Leyte-Motélon, auf dem Gebiet der Gemeinde Charmey	Art. 1 Abs. 3	01.11.2003	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Staat	Eigentümer des Waldes	Dienstbarkeitsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	721.3.18	Verordnung vom 16. Dezember 2003 über das Waldreservat Galm Süd, auf dem Gebiet der Gemeinden Gurmels, Jeuss und des Staatswalds Galm	Art. 1 Abs. 3	16.12.2003	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Staat	Eigentümer des Waldes	Dienstbarkeitsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	721.3.19	Verordnung vom 11. Februar 2008 über das Waldreservat Tannholz-Remlitswilholz auf dem Gebiet der Gemeinde St. Ursen	Art. 1 Abs. 3	01.01.2002	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Staat	Eigentümer des Waldes	Dienstbarkeitsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	721.3.20	Verordnung vom 2. März 2010 über das Waldreservat Iles de Villeneuve auf dem Gebiet der Gemeinde Villeneuve	Art. 1 Abs. 3	02.03.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Staat	Eigentümer des Waldes	Dienstbarkeitsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	721.3.21	Verordnung vom 26. Mai 2010 über das Waldreservat Le Lapé auf dem Gebiet der Gemeinde Charmey	Art. 1 Abs. 3	26.05.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Staat	Eigentümer des Waldes	Dienstbarkeitsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	721.3.22	Verordnung vom 21. Dezember 2010 über das Waldreservat Les Preises-Le Barlattey- Goille-au-Cerf, Gemeinde Châtel-Saint-Denis	Art. 1 Abs. 3	21.12.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Staat	Eigentümer des Waldes	Dienstbarkeitsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	750.1	Gesetz vom 4. Februar 1972 über die öffentlichen Sachen	Art. 5 Abs. 2	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Wasser	Staat	Freiburgische Elektrizitätswerke	Zusätzliche Regelung zur Konzession	Nein

Vertrag	Gesetz	750.1	Gesetz vom 4. Februar 1972 über die öffentlichen Sachen	Art. 55 Abs. 2	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Wasserkraftwerk	Staat	Konzessionsnehmer	Regelung der Konzession	Nein
Vertrag	Gesetz	821.0.4	Gesetz vom 4. Dezember 2008 über die Sanitätsnotruf-Zentrale 144	Art. 3	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Notfallzentrale	Staat	Dritte	Auftragsverhältnis	Nein
Vertrag	Gesetz	831.0.1	Sozialhilfegesetz vom 14. November 1991	Art. 4a Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Staat	Sozialhilfebezüger	Eingliederungsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	831.0.12	Verordnung vom 2. Mai 2006 über die Richtsätze für die Bemessung der materiellen Hilfe nach dem Sozialhilfegesetz	Art. 4	01.01.2007	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Staat	Sozialhilfebezüger	Eingliederungsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	910.1	Landwirtschaftsgesetz vom 3. Oktober 2006 (LandwG)	Art. 13 Abs. 1	01.01.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaftliche Pflege	Staat	Dritte	Übertragung von Vollzugsaufgaben	Nein
Vertrag	Gesetz	911.10.1	Gesetz vom 23. Juni 2006 über das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg (LIGG)	Art. 23 Abs. 2	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaftliches Institut	Landwirtschaftliches Institut	Konsumenten	Kaufvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	923.15	Verordnung vom 24. November 2009 über die Versteigerung und die Verpachtung der Fischereilose für die Jahre 2010-2015	Art. 2 Abs. 1	01.01.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Fischerei	Staat	Pächter	Pachtvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	923.171	Verordnung vom 9. Februar 2010 über die den Fischereivereinen für die Aufzucht zur Verfügung gestellten Wasserläufe für die Jahre 2010-2015	Art. 6 Abs. 1	01.01.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Wasser	Staat	Vereine	Zuteilung der Zuchtbäche	Nein
<b>NPM-Element 6 (Wirkungsziel)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Wirksamkeit	Gesetz	17.5	Gesetz vom 9. September 2009 über die Information und den Zugang zu Dokumenten	Art. 30 Abs. 2	01.01.2009	Verwaltung	Datenschutz				Nein
Leistungsorientierte Führung	Verordnung	122.90.12	Verordnung vom 29. Juni 2010 über die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung	Art. 1	29.06.2010	Verwaltung	Amt für Kulturgüter				Nein
Leistungsorientierte Führung	Verordnung	122.90.12	Verordnung vom 29. Juni 2010 über die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung	Art. 1	29.06.2010	Verwaltung	Amt für Wald, Wild und Fischerei				Nein
Leistungsorientierte Führung	Verordnung	122.90.12	Verordnung vom 29. Juni 2010 über die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung	Art. 1	29.06.2010	Verwaltung	Landwirtschaftliches Institut				Nein
Leistungsorientierte Führung	Verordnung	122.90.12	Verordnung vom 29. Juni 2010 über die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung	Art. 1	29.06.2010	Verwaltung	Tiefbauamt				Nein

Leistungsorientierte Führung	Verordnung	122.90.12	Verordnung vom 29. Juni 2010 über die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung	Art. 1	29.06.2010	Verwaltung	Amt für Archäologie				Nein
Leistungsorientierte Führung	Verordnung	122.90.12	Verordnung vom 29. Juni 2010 über die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung	Art. 1	29.06.2010	Verwaltung	Finanzverwaltung				Nein
Leistungsorientierte Führung	Verordnung	122.90.12	Verordnung vom 29. Juni 2010 über die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung	Art. 1	29.06.2010	Verwaltung	Amt für Informatik und Telekommunikation				Nein
Leistungsorientierte Führung	Verordnung	122.90.12	Verordnung vom 29. Juni 2010 über die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung	Art. 2	29.06.2010	Verwaltung	Amt für Personal und Organisation				Nein
Leistungsorientierte Führung	Verordnung	122.90.12	Verordnung vom 29. Juni 2010 über die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung	Art. 2	29.06.2010	Verwaltung	Anstalten von Bellechasse				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	610.1	Gesetz vom 25. November 1994 über den Finanzhaushalt des Staates	Art. 51 Abs. 1 Lit. I	01.01.2011	Finanzen	Rechnungsprüfung der Gemeinden				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	616.1	Subventionsgesetz	Art. 35 Abs. 1	01.01.2011	Finanzen	Subventionen				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	812.1	Ausführungsgesetz vom 22. Mai 1974 zum Bundesgesetz vom 8. Oktober 1971 über den Schutz der Gewässer gegen Verunreinigung	Art. 5	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Gewässer				Nein
Wirksamkeit	Verordnung	813.21	Wintersmog-Verordnung	Art. 6	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Luftbelastung				Nein
wirksam	Gesetz	821.0.4	Gesetz vom 4. Dezember 2008 über die Sanitätsnotruf-Zentrale 144	Art. 7 Abs. 2	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Rettungsdienst				Nein
wirksam	Gesetz	821.44.4	Gesetz vom 13. Februar 1996 über den Fonds für die Bekämpfung der Drogenabhängigkeit	Art. 4 Abs. 2	01.04.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Drogenprävention				Nein

wirksam	Gesetz	835.5	Jugendgesetz	Art. 29	01.01.2007	Justiz u. Sicherheit	Jugendgesetz				Nein
wirksam	Gesetz	866.1.1	Gesetz vom 6. Oktober 2010 über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt	Art. 32 Abs. 2	01.01.2011	Wirtschaft	Arbeitsmarktliche Massnahmen				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend

Genf											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
efficace	Verfassung	A 2 00	Constitution de la République et canton de Genève (Cst-GE)	Art. 174A Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Ja
efficace	Verfassung	A 2 00	Constitution de la République et canton de Genève (Cst-GE)	Art. 174B Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Ja
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung / Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
mandat de prestations	Gesetz	J 4 07	Loi sur l'Hospice général (LHG)	Art. 3 Abs. 4	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Alterswohnheime	Kanton	Organisation für Alterswohnheime	Dienstleistungsvertrag	Nein
mandat de prestations	Gesetz	J 4 07	Loi sur l'Hospice général (LHG)	Art. 16 Abs. 3 Lit. G	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitssektor	Organisation für Alterswohnheime	private Unternehmen	Dienstleistungsvertrag	Nein
contrat-cadre	Gesetz	J 6 29	Loi sur les structures d'accueil de la petite enfance et sur l'accueil familial à la journée (LSAPE)	Art. 10 Abs. 4	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Pflegefamilien	Kanton	Gemeinden	Organisation der Pflegefamilien	Nein
contrat de prestations	Gesetz	J 7 20	Loi sur la gestion des établissements pour personnes âgées (LGEPA)	Art. 8 Lit. B	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Alterswohnheime	Organisation für Alterswohnheime	private Unternehmen	Dienstleistungsvertrag	Nein
mandat de prestations	Gesetz	K 1 03	Loi sur la santé (LS)	Art. 7 Abs. 1	18.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitssektor	Departement	Dritte	Dienstleistungsvertrag	Nein
NPM-Element 3 (Globalbudget)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
enveloppe budgétaire	Gesetz	H 1 55	Loi sur les Transports publics genevois (LTPG)	Art. 28 Abs. 3	31.08.2010	Verkehr	Öffentlicher Verkehr				Nein
budget global	Gesetz	J 3 05	Loi d'application de la loi fédérale sur l'assurance-maladie (LaLAMal)	Art. 3 Abs. 2 Lit. G	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenkassen				Nein
NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
période pluriannuelle	Verfassung	A 2 00	Constitution de la République et canton de Genève (Cst-GE)	Art. 4	01.01.2011	Verwaltung	Öffentlicher Verkehr				Nein
plan financier	Gesetz	B 1 01	Loi portant règlement du Grand Conseil de la République et canton de Genève (LRGC)	Art. 66 Lit. A	16.06.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Nein
plan financier	Gesetz	C 1 26	Loi cantonale sur les Hautes écoles spécialisées (LHES-GE)	Art. 39 Abs. 1 Lit. D	01.01.2011	Erziehung	Fachhochschulen				Nein
plan financier	Gesetz	C 1 30	Loi sur l'université (LU)	Art. 23 Abs. 4 Lit. C	01.01.2011	Erziehung	Universität				Nein
plan financier	Gesetz	D 1 05	Loi sur la gestion administrative et financière de l'Etat de Genève (LGAF)	Art. 24	18.05.2010	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein
plan financier	Gesetz	H 1 55	Loi sur les Transports publics genevois (LTPG)	Art. 1 Abs. 7	31.08.2010	Verkehr	Öffentlicher Verkehr				Nein
enveloppe pluriannuelle	Gesetz	K 1 36	Loi sur l'intégration des personnes handicapées (LIPH)	Art. 23 Abs. 1 Lit. A	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Integration von behinderten Menschen				Nein
NPM-Element 5 (Vertrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Vertragspartner 1	Vertragspartner 2	Gegenstand des Vertrags	Flächendeckend
contrat de prestations	Verfassung	A 2 00	Constitution de la République et canton de Genève (Cst-GE)	Art. 160C Abs. 4	01.01.2011	Verwaltung	Öffentlicher Verkehr	Kanton	Transportunternehmen	Dienstleistungsvertrag	nein
contrat de prestations	Gesetz	C 1 10	Loi sur l'instruction publique (LIP)	Art. 16 Abs. 3	01.07.2011	Erziehung	Schulen	Departement	Musikschulen	Bildungsauftrag	nein

contrat de prestations	Gesetz	C 2 05	Loi sur la formation professionnelle (LFP)	Art. 56 Abs. 4	01.01.2011	Erziehung	Berufsbildung	Departement	Bildungsinstitutionen	Bildungsauftrag	nein
contrat de prestations	Gesetz	C 2 15	Loi visant à augmenter le nombre de certificats fédéraux de capacité (CFC) dans les domaines de la santé et du social, petite enfance incluse (LCFCSS)	Art. 3	02.02.2010	Erziehung	Sozio-medizinische Ausbildungen	Kanton	Ausbildungsstätten	Bildungsauftrag	nein
contrat	Gesetz	C 3 05	Loi sur l'accès et l'encouragement à la culture (LAEC)	Art. 5 Abs. 2	18.05.2010	Kultur	Kultur	Kanton	Initianten von kulturellen Projekten	Subventionsvertrag	nein
contrat	Gesetz	D 1 11	Loi sur les indemnités et les aides financières (LIAF)	Art. 11 Abs. 1	31.08.2010	Finanzen	Subventionen	Kanton	Subventionsempfänger	Subventionsvertrag	nein
contrat	Gesetz	F 1 05	Loi sur la police (LPol)	Art. 52 Abs. 2	01.07.2011	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Kanton	Krankenkassen	Dienstleistungsvertrag	nein
contrat	Gesetz	F 1 50	Loi sur l'organisation et le personnel de la prison (LOPP)	Art. 29 Abs. 2	01.07.2011	Justiz u. Sicherheit	Gefängnisse	Kanton	Krankenkassen	Dienstleistungsvertrag	nein
contrat de prestations	Gesetz	H 1 13	Loi sur la Fondation des parkings (LFPark)	Art. 10	01.01.2011	Verkehr	Parkhäuser	Kanton	Stiftung für Parkhäuser	Dienstleistungsvertrag	nein
contrat de prestations	Gesetz	H 1 30	Loi sur les taxis et limousines (transport professionnel de personnes au moyen de voitures automobiles) (LTaxis)	Art. 21 Abs. 4	18.05.2010	Verkehr	Taxis	Kanton	Stiftung für Taxichauffeure	Dienstleistungsvertrag	nein
contrat de prestations	Gesetz	H 1 50	Loi sur le réseau des transports publics (LRTP)	Art. 3 Abs. 2	29.03.2011	Verkehr	Öffentlicher Verkehr	Kanton	Transportunternehmen	Dienstleistungsvertrag	nein
contrat de prestations	Gesetz	H 1 50	Loi sur le réseau des transports publics (LRTP)	Art. 9 Abs. 2	29.03.2011	Verkehr	Öffentlicher Verkehr	Kanton	Transports publics genevois	Dienstleistungsvertrag	nein
contrat de prestations	Gesetz	H 1 55	Loi sur les Transports publics genevois (LTPG)	Art. 1 Abs. 1	31.08.2010	Verkehr	Öffentlicher Verkehr	Kanton	Transports publics genevois	Dienstleistungsvertrag	nein
contrat de prestations	Gesetz	H 2 10	Loi sur la Compagnie générale de navigation sur le Lac Léman (LCGN)	Art. 3 Abs. 1	01.02.2011	Verkehr	Seefahrt	Kanton	Compagnie générale de navigation sur le Lac Léman	Dienstleistungsvertrag	nein
contrat de prestations	Gesetz	I 1 60	Loi sur le tourisme (LTour)	Art. 4 Abs. 1 Lit. C	01.01.2011	Wirtschaft	Tourismus	Stiftung für Tourismus	Genève Tourisme & bureau des congrès	Dienstleistungsvertrag	nein
contrat de prestations	Gesetz	J 1 05	Loi sur l'inspection et les relations du travail (LIRT)	Art. 26 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Arbeitsrecht	Departement	private Unternehmen	Kontrollaufgaben	nein
contrat	Gesetz	J 4 04	Loi sur l'aide sociale individuelle (LASI)	Art. 14 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Kanton	Sozialhilfebezüger	Eingliederungsvertrag	nein
contrat de prestations	Gesetz	J 4 04	Loi sur l'aide sociale individuelle (LASI)	Art. 4 Abs. 3	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Pflegeheim	private Unternehmen	Dienstleistungsvertrag	nein
contrat	Gesetz	J 6 11	Loi relative aux centres de loisirs et de rencontres et à la Fondation genevoise pour l'animation socioculturelle (LCLFASe)	Art. 14 Abs. 2	18.05.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Soziokulturelle Zentren	Kanton	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	nein
contrat de prestations	Gesetz	K 1 21	Loi relative à la qualité, la rapidité et l'efficacité des transports sanitaires urgents (LTSU)	Art. 3 Lit. C	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Notruf	Regierungsrat	private Unternehmen	Dienstleistungsvertrag	nein
contrat	Gesetz	L 2 05	Loi sur les eaux (LEaux-GE)	Art. 60 Abs. 1	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Wasser	Gemeinden	Dritte	Dienstleistungsvertrag	nein
<b>NPM-Element 6 (Wirkungsziel)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
efficacité	Gesetz	A 2 08	Loi sur l'information du public, l'accès aux documents et la protection des données personnelles (LIPAD)	Art. 56 Abs. 2 Lit. D	01.01.2011	Verwaltung	Datenschutz				nein
efficacité	Gesetz	A 2 60	Loi sur l'action publique en vue d'un développement durable (Agenda 21) (LDD)	Art. 1 Abs. 2	18.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				nein

efficacité	Gesetz	D 1 05	Loi sur la gestion administrative et financière de l'Etat de Genève (LGAF)	Art. 2 Abs. 1	18.05.2010	Finanzen	Verwaltungsarbeit				Ja
efficacité	Gesetz	D 1 10	Loi sur la surveillance de la gestion administrative et financière et l'évaluation des politiques publiques (LSGAF)	Art. 6 Lit. B	31.08.2010	Finanzen	Verwaltungsarbeit				Ja
efficace	Gesetz	D 1 11	Loi sur les indemnités et les aides financières (LIAF)	Art. 11 Abs. 1 Lit. A	31.08.2010	Finanzen	Subventionen				Ja
efficacité	Gesetz	D 1 11	Loi sur les indemnités et les aides financières (LIAF)	Art. 22 Abs. 2	31.08.2010	Finanzen	Subventionen				Ja
efficace	Gesetz	E 2 05	Loi sur l'organisation judiciaire (LOJ)	Art. 41 Abs. 1 Lit. B	15.02.2011	Justiz u. Sicherheit	Gerichte				nein
efficace	Gesetz	I 1 60	Loi sur le tourisme (LTour)	Art. 6 Abs. 5	01.01.2011	Wirtschaft	Tourismus				nein
efficience	Gesetz	J 7 20	Loi sur la gestion des établissements pour personnes âgées (LGEPA)	Art. 5 Abs. 1 Lit. G	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Alterswohnheime				nein
efficace	Gesetz	K 1 03	Loi sur la santé (LS)	Art. 7 Abs. 3	18.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Institutionen im Gesundheitssektor				nein
efficience	Gesetz	K 1 06	Loi sur le réseau de soins et le maintien à domicile (LSDom)	Art. 5 Abs. 2	08.02.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Pflege zu Hause				nein
efficacité	Gesetz	M 5 10	Loi sur les forêts (LForêts)	Art. 53 Abs. 1	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald				nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend

Glarus											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)											
	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Wirkungsorientierung	Verfassung	I A/1/1	Verfassung des Kantons Glarus	Art. 52	01.01.2011	Verwaltung	Finanzhaushalt				Ja
Wirksamkeit	Verfassung	I A/1/1	Verfassung des Kantons Glarus	Art. 102	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungstätigkeit				Ja
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung/Leistungsauftrag)											
	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
Leistungsauftrag	Gesetz	II A/3/2	Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz, RVOG)	Art. 26, Art. 33, Art. 56a	01.01.2012	Verwaltung	Organisation der Verwaltung	Landrat	Einzelne Verwaltungseinheiten	Autonomer Handlungsraum der Verwaltungseinheiten	Optional
Leistungsauftrag	Gesetz	II A/6/1	Gesetz über das Personalwesen (Personalgesetz)	Art. 9	01.01.2011	Verwaltung	Personalwesen; Anstellung	Regierungsrat	Verwaltungseinheiten	Wahlkompetenzen	Optional
Leistungsauftrag	Verordnung	II A/6/2	Personalverordnung	Art. 9 Abs. 4	01.01.2011	Verwaltung	Personalwesen	Regierungsrat	Verwaltungseinheiten	Stellenbesetzung; Ziele, Aufgaben u. Befugnisse	Optional
Leistungsvereinbarung	Gesetz	IV B/1/3	Gesetz über Schule und Bildung (Bildungsgesetz)	Art. 115	01.08.2011	Erziehung	Privatschulen	Regierungsrat	Privatschulen	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	IV B/31/1	Verordnung über die Volksschule	Art. 18	01.08.2010	Erziehung	Sonderschulen	Departement	Kompetenzzentren (vgl. Art. 17: Schule an der Linth, Heilpädagog. Zentrum Glarnerland)	Angebot an sonderpädagog. Massnahmen	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	IV B/6/1	Gesetz über die musikalische Bildung	Art. 2-4	01.08.2008	Erziehung	Musikalische Ausbildung	Regierungsrat	geeigneten Institutionen	Breites Angebot in guter Qualität für Lernende/Beiträge an Kosten	Nein
Leistungsauftrag/Leistungsvereinbarung	Gesetz	VI A/1/2	Gesetz über den Finanzhaushalt des Kanton Glarus und seiner Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz)	Art. 20-21, Art. 49, Art. 52-53, Art. 91	01.01.2012	Finanzen	Budgetierung bei Verwaltungseinheiten	k.A.	Verwaltungseinheiten	Leistunge im Bereich Verwaltung	Optional
Leistungsvereinbarung	Verordnung	VII C/11/9/11	Vollzugsverordnung zur Verordnung über Fuss- und Wanderwege	Art. 3	24.03.2009	Bau	Fuss- u. Wanderwege	Fachstelle (Hauptabteilung Tiefbau)	geeignete Fachorganisationen	Fachberatung u. Unterstützung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	VII E/1/1	Energiegesetz	Art. 43	01.07.2011	Energie	Stromversorgungsnetz	Kanton/Gemeinden	Netzwerkbetreiber	Stromversorgungsnetz	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	VII E/1/2/1	Vollzugsverordnung zur Energiegesetzgebung	Art. 1c	01.01.2010	Energie	Zuständigkeiten; Energiefachstelle, Energieberatung	Departement für Bau u. Umwelt	Dritte	Information und Beratung über den sparsamen [...] Einsatz von Energie sowie Nutzung erneuerbarer Energien	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	VIII A/1/1	Gesetz über das Gesundheitswesen	Art. 19	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalexterne Krankenpflege	Kanton	entsprechende Anbieter	Ergänzende Dienstleistungen	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	VIII A/1/3	Verordnung über die ambulante spitalexterne Kranken- und Gesundheitspflege (Spitex-Verordnung)	Art. 8, Art. 10, Art. 12, Art. 15	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalexterne Grundversorgung	Gemeinden	Private, öffentl.-rechtl. Org. od. Private	Versorgungsumfang, Verfügbarkeits- und Qualitätsziele, Finanzierung, Abgeltungsverfahren	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	VIII A/211/1_2011	Verordnung über das Kantonsspital Glarus (Spitalverordnung)	Art. 9 Abs. 3, Art. 16, Art. 20	01.06.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Regierungsrat	Spital	Leistungen des Kantonsspital	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	VIII A/211/1_2011	Verordnung über das Kantonsspital Glarus (Spitalverordnung)	Art. 9, Art. 11, Art. 13-14, Art. 16	01.06.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Regierungsrat	Kantonsspital	Pflichtleistungen, gemeinwirtschaftlichen Leistungen des Kantonsspitals	Nein



Leistungsvereinbarung	Verordnung	VIII C/23/1	Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	Art. 4	01.01.2008	Wirtschaft	Schwarzarbeit	Abteilung Arbeit	Dritte	Delegationsumfang, Dichte der Kontrolltätigkeit, Entschädigungen	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	VIII D/21/1	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG)	Art. 33, Abs. 2	01.01.2012	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalu. Pflegeheime, ambulante Pflege, Akut-u. Übergangspflege	Regierungsrat	ambulante u. stationäre Leistungserbringer	Spital- und Pflegeheimlisten	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	VIII E/21/3	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz)	Art. 39c	01.05.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe; Betagte- u. Behindertenhilfe	Regierungsrat	anerkannte Einrichtungen u. ambulante DL-Erbringer	Angebote für Betagten- und Behindertenhilfe	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	IX C/1/1	Gesetz zur Entwicklung des Tourismus (Tourismusgesetz)	Art. 4	01.07.2011	Wirtschaft	Finanzhilfe	zuständige kant. Verwaltungsbehörde	Projekte, Veranstaltungen, Institutionen	Finanzhilfen zur Tourismusentwicklung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	IX C/1/2	Verordnung zum Tourismusedwicklungsgesetz	Art. 7	01.01.2008	Wirtschaft	Tourismusedwicklung; Finanzhilfe	Departement für Volkswirtschaft u. Inneres	Projekte, Veranstaltungen, Institutionen	Finanzhilfen zur Tourismusentwicklung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	IX D/1/1	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Landwirtschaft (Kant-Landwirtschaftsgesetz)	Art. 33	01.07.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	landwirtschaftl. u. bäuerl.- hauswirtschaftl. Beratung	zuständiges Departement	Dritter (externe Beratungsstelle)	Beratungsangebot	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	IX D/1/2	Land- und Alpwirtschaftsverordnung	Art. 11	01.05.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Tierzuchtförderung	Departement für Volkswirtschaft u. Inneres	Kantonale Zuchtorganisation	Rahmenbedingungen u. finanzielle Abgeltung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	IX E/1/1	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Wald (kantonaes Waldgesetz)	Art. 29	01.07.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Kanton	Waldeigentümer oder andere Leistungserbringer	Zusicherung der Beiträge	Nein
<b>NPM-Element 3 (Globalbudget)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Globalbudget	Gesetz	II A/3/2	Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz, RVOG)	Art. 45a	01.01.2012	Verwaltung	Staatsorganisation; Finanzierung				Optional
Globalbudget	Gesetz	VI A/1/2	Gesetz über den Finanzhaushalt des Kanton Glarus und seiner Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz)	Art. 18, Art. 20-21, Art. 49, Art. 52-53, Art. 64, Art. 72	01.01.2012	Finanzen	Finanzhaushalt; Budgetierung				Optional
Globalbudget	Verordnung	VIII A/1/3	Verordnung über die ambulante spitalexterne Kranken- und Gesundheitspflege (Spitex-Verordnung)	Art. 15	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Ergänzende Dienstleistungen				Nein
Globalbudget	Gesetz	VIII D/21/1	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG)	Art. 2	01.01.2012	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenversicherung; Finanzen				Nein
<b>NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
mehrfähriger Finanzplan	Gesetz	II E/2	Gemeindegesezt	Art. 41, Art. 47, Art. 51, Art. 87, Art. 96, Art. 110, Art.152	01.01.2012	Verwaltung	Finanzbefugnisse der Stimmberechtigten				Nein
langjährige Finanzplanung	Gesetz	IV D/1/1	Gesetz über die Förderung von Turnen und Sport	Art. 10	01.01.2011	Erziehung	Subventionen von Anlagen für sportl. Ausbildung				Nein
Finanz- und Aufgabenplan	Gesetz	VI A/1/2	Gesetz über den Finanzhaushalt des Kanton Glarus und seiner Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz)	Art. 11-14, Art. 79	01.01.2012	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein

NPM-Element 5 (Vertrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Vertragspartner 1	Vertragspartner 2	Gegenstand des Vertrags	Flächendeckend
Vertrag	Gesetz	II A/6/1	Gesetz über das Personalwesen (Personalgesetz)	Art 6 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Staatsorganisation	Kanton	Personal	Arbeitsvertrag	Ja
Vertrag	Gesetz	III G/1	Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegegesetz)	Art. 123-126	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsrechtspflege	Behörden	Private	U.a. Benutzungsvertrag, Austauschvertrag	Nein
Verträge	Verordnung	IV G/1/2	Kantonale Natur- und Heimatschutzverordnung	Art. 38 Abs. 1	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Biotopschutz	Zuständige kant. Verwaltungsbehörde	Bewirtschafter	Bewirtschaftung; Abgeltung	Nein
Verträge	Gesetz	V A/11/1	Polizeigesetz des Kantons Glarus	Art. 5 Abs. 2	01.07.2011	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Kantonspolizei	Bund, Kantine, Ausland	Polizeil. Zusammenarbeit	Nein
Verträge	Gesetz	VI E/31/1	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Fischerei	Art. 2 Abs. 3c	01.07.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Fischerei	Regierungsrat	Fischer	Ausübung der Fischerei	Nein
Verträge	Gesetz	VII A/2/1	Einführungsgesetz zum Geoinformationsgesetz (EG Geoinformationsgesetz, EG GeolG)	Art. 16 Abs. 1e	01.10.2011	Bau	amtl. Vermessung	Regierungsrat	Bund, Kantone, Dritte	Vermessung	Nein
Verträge	Gesetz	VII B/1/1	Raumentwicklungs- und Baugesetz	Art. 33	01.07.2011	Bau	Ein-, Aus-, Umzonung	Gemeinde	Eigentümer der Grundstücke	Ein-, Aus- u. Umzonung	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	VIII A/1/3	Verordnung über die ambulante spitalexterne Kranken- und Gesundheitspflege (Spitex-Verordnung)	Art. 6	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalexterne Grundversorgung	Leistungserbringende	Leistungsempfangende	Leistungserbringung	Nein
Vertrag	Verordnung	VIII B/1/4	Verordnung zum kantonalen Umweltschutzgesetz	Art. 5 Abs. 3a	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Umweltschutz	Gemeinden	Fachfirma	Feuerungskontrolle (im Rahmen eines Serviceabonnements durchgeführt)	Nein
Vertrag	Gesetz	VIII E/21/3	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz)	Art. 16 Abs. 2	01.05.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Kanton	öffentliche bzw. private Organisationen	Sozialhilfebeiträge	Nein
Verträge	Verordnung	IX C/1/2	Verordnung zum Tourismusentwicklungsgesetz	Art. 7 Abs. 1	01.01.2008	Wirtschaft	Tourismus	Departement	Projekte, Veranstaltungen, Institutionen	Gewährung von Finanzhilfe	Nein
Vertrag	Gesetz	IX E/1/1	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Wald (kantonales Waldgesetz)	Art. 20 Abs. 2	01.07.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	zuständiges Departement	Waldeigentümer	Sicherung der Reservate	Nein
NPM-Element 6 (Wirkungsziel)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Wirksamkeit	Verordnung	II A/2/3	Landratsverordnung	Art. 43	30.06.2010	Verwaltung	Geschäftsprüfungskommission				Ja
Wirksamkeit	Gesetz	II A/3/2	Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz, RVOG)	Art. 2 Abs. 3, Art. 34 Abs. 1	01.01.2012	Verwaltung	Regierungs- u. Verwaltungstätigkeiten				Ja
Leistungsziele/Wirkungsorientierung/Wirksamkeit	Gesetz	VI A/1/2	Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons Glarus und seiner Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz)	Art. 8h, Art. 53, Art. 91	01.01.2012	Finanzen	Finanzhaushalt				Ja

Wirksamkeit	Gesetz	VI A/2/1	Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden (Finanzausgleichsgesetz)	Art. 13	01.01.2011	Finanzen	Finanzausgleich				Nein
leistungsorientiert	Verordnung	VIII A/1/3	Verordnung über die ambulante spitalexterne Kranken- und Gesundheitspflege (Spitex-Verordnung)	Art. 9-10	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spitex; Ambulante Akut- u. Übergangspflege				Nein
Wirksamkeit	Verordnung	VIII A/1/3	Verordnung über die ambulante spitalexterne Kranken- und Gesundheitspflege (Spitex-Verordnung)	Art. 19	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spitex; Ambulante Kranken- u. Gesundheitspflege				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	VIII B/1/3	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz (Kant. Umweltschutzgesetz)	Art. 15, Art. 31	01.07.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Umweltschutz				Nein
Wirkungsziele	Gesetz	IX C/1/1	Gesetz zur Entwicklung des Tourismus (Tourismusgesetz)	Art. 1, Art. 4	01.07.2011	Wirtschaft	Tourismus				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend

Graubünden											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	in Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Wirksamkeit/wirksam	Verfassung	110.1	Verfassung des Kantons Graubünden	Art. 31 Abs. 3, Art. 43 Abs. 2, Art. 77, Art. 78, Art. 93	01.01.2011	Verwaltung	Verfassung Kt. GR				Ja
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung/Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	in Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
Leistungsauftrag	Verordnung	421.85	Verordnung über die Schulzahnpflege	Art. 11 Abs. 2	01.08.2007	Erziehung	Schulzahnpflege	Regierung	Zahnärztesgesellschaft GR, Gemeinden mit eig. Schulzahnklinik	Leistungserbringung	Nein
Vereinbarung	Gesetz	427.2	Gesetz über die Pädagogische Hochschule (PHG)	Art. 6	01.09.2008	Erziehung	Hochschule	Regierung	Kantone, Staaten, Schulträger öffentlichen oder privaten Rechts	Ausbildung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	427.2	Gesetz über die Pädagogische Hochschule (PHG)	Art. 8	01.09.2008	Erziehung	Hochschule	Regierung	Hochschule	Leistungserbringung	Nein
Rahmen- und Jahreskontrakt	Gesetz	427.2	Gesetz über die Pädagogische Hochschule (PHG)	Art. 8 Abs. 1	01.09.2008	Erziehung	Hochschule	Regierung	Hochschule	Leistungserbringung	Nein
Jahreskontrakt	Verordnung	427.205	Verordnung zum Gesetz über die Pädagogische Hochschule	Art. 10	01.01.2010	Erziehung	Hochschule	Grosser Rat	Hochschule	Globalbeitrag, weitere Beiträge	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	427.5	Gesetz über die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTWG)	Art. 6	01.01.2008	Erziehung	Hochschule	Regierung	Hochschule	Leistungserbringung	Nein
Rahmen- und Jahreskontrakt	Gesetz	427.5	Gesetz über die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTWG)	Art. 9 Abs. 1-2	01.09.2008	Erziehung	Hochschule	Regierung	Hochschule	Leistungserbringung	Nein
Jahreskontrakt	Verordnung	427.51	Verordnung zum Gesetz über die Hochschule für Technik und Wirtschaft	Art. 11	01.01.2008	Erziehung	Hochschule	Grosser Rat	Hochschule	Globalbeitrag, weitere Beiträge	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	427.7	Verordnung über die staatliche Anerkennung der Hochschulausweise sowie die Ausrichtung von Beiträgen an die Theologische Hochschule Chur	Art. 2 Abs. 2	01.01.2003	Erziehung	staatl. Anerkennung Hochschulausweise/Ausrichtung von Beiträgen	Departement	Hochschule	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	430	Gesetz über die Berufsbildung und weiterführende Bildungsangebote (BwBG)	Art. 8	01.01.2011	Erziehung	Weiterbildung	Regierung	Leistungsanbieter	Vollzug der eidg. Berufsbildungsgesetzgebung	Nein
Rahmenkontrakt	Gesetz	430	Gesetz über die Berufsbildung und weiterführende Bildungsangebote (BwBG)	Art. 8 Abs. 1-2	01.01.2011	Erziehung	Berufs-, Weiterbildung	Regierung	Leistungsanbieter	Leistungserbringung	Nein
Jahreskontrakt	Gesetz	430	Gesetz über die Berufsbildung und weiterführende Bildungsangebote (BwBG)	Art. 8 Abs. 3	01.01.2011	Erziehung	Berufs-, Weiterbildung	Departement	Leistungsanbieter	Leistungserbringung	Nein
Leistungsaufträge	Verordnung	430.1	Verordnung über die Berufsbildung und weiterführende Bildungsangebote (BwBGV)	Art. 2 Lit. a	01.01.2009	Erziehung	Ausbildung	Regierung	Trägerschaften von Brückenangeboten, Berufsfachschulen, Weiterbildungsinstitutionen, höhere Fachschulen	Festlegen der Bedingungen für beitragsrechtl. Anerkennung	Nein
Leistungsaufträge	Verordnung	430.1	Verordnung über die Berufsbildung und weiterführende Bildungsangebote (BwBGV)	Art. 3 Lit. c	01.01.2009	Erziehung	Ausbildung	Departement	Trägerschaften von Brückenangeboten, Berufsfachschulen, Weiterbildungsinstitutionen, höhere Fachschulen	Weiterbildungsangebote	Nein
Leistungsaufträge	Verordnung	430.1	Verordnung über die Berufsbildung und weiterführende Bildungsangebote (BwBGV)	Art. 3 Lit. d	01.01.2009	Erziehung	Ausbildung	Departement	Trägerschaften von Brückenangeboten, Berufsfachschulen, Weiterbildungsinstitutionen, höhere Fachschulen	Durchführung von Ausbildungsangeboten für Berufsbildende in berufl. Praxis	Nein

Rahmenkontrakte	Verordnung	430.1	Verordnung über die Berufsbildung und weiterführende Bildungsangebote (BwBGV)	Art. 2 Lit. b	01.01.2009	Erziehung	Berufs-, Weiterbildung	Regierung	Trägerschaften von Brückenangeboten, Berufsfachschulen, Weiterbildungsinstitutionen, höhere Fachschulen	Leistungserbringung	Nein
Jahreskontrakte	Verordnung	430.1	Verordnung über die Berufsbildung und weiterführende Bildungsangebote (BwBGV)	Art. 3 Lit. b	01.01.2009	Erziehung	Berufs-, Weiterbildung	Departement	anerkannte Institutionen	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	430.2	Verordnung über die Brückenangebote	Art. 6	01.01.2009	Erziehung	Brückenangebote	Kanton	Bildungsinstitution	Bildungsauftrag	Nein
Rahmen- und Jahreskontrakt	Verordnung	430.2	Verordnung über die Brückenangebote	Art. 6	01.01.2009	Erziehung	Brückenangebote	Kanton	Brückenangebot	Leistungserbringung	Nein
Rahmenkontrakt	Verordnung	430.3	Verordnung über die Defizitfinanzierung der Institutionen der Berufsbildung und weiterführende Bildungsangebote	Art. 2	01.09.2011	Erziehung	Defizitfinanzierung d. Institutionen d. Berufsbildung u. weiterführende Bildungsangebote	k.A.	Trägerschaft einer Institution	Leistungsauftrag	Nein
Rahmenkontrakt	Verordnung	430.3	Verordnung über die Defizitfinanzierung der Institutionen der Berufsbildung und weiterführender Bildungsangebote	Art. 2	01.09.2011	Erziehung	Finanzen	Kanton	Trägerschaft einer Institution	Leistungserbringung	Nein
Jahreskontrakt	Verordnung	430.3	Verordnung über die Defizitfinanzierung der Institutionen der Berufsbildung und weiterführender Bildungsangebote	Art. 3	01.09.2011	Erziehung	Finanzen	Kanton	Trägerschaft einer Institution	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	430.35	Verordnung über Beiträge an Leistungserbringende ohne Defizitfinanzierung in der Berufsbildung und weiterführenden Bildungsangeboten (Beitragsverordnung)	Art. 5 Abs. 1	01.01.2008	Erziehung	Beiträge an Leistungserbringung ohne Defizitfinanzierung d. Institutionen d. Berufsbildung u. weiterführende Bildungsangebote	Departement	Org. der Arbeitswelt	Vorbereitende Kurse auf eidg. Fachprüfungen od. Berufsprüfungen.	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	430.35	Verordnung über Beiträge an Leistungserbringende ohne Defizitfinanzierung in der Berufsbildung und weiterführenden Bildungsangeboten (Beitragsverordnung)	Art. 6 Abs. 1	01.01.2008	Erziehung	Beiträge an Leistungserbringung ohne Defizitfinanzierung d. Institutionen d. Berufsbildung u. weiterführende Bildungsangebote	Regierung	Wohnheime	Aufnahme von SchülerInnen	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	430.35	Verordnung über Beiträge an Leistungserbringende ohne Defizitfinanzierung in der Berufsbildung und weiterführenden Bildungsangeboten (Beitragsverordnung)	Art. 5 Abs. 2	01.01.2008	Erziehung	Beiträge an Leistungserbringung ohne Defizitfinanzierung d. Institutionen d. Berufsbildung u. weiterführende Bildungsangebote	Departement	Org. der Arbeitswelt	Weiterbildungskurse	Nein
Jahreskontrakt	Verordnung	430.5	Verordnung über Beiträge an Leistungserbringende ohne Defizitfinanzierung in der Berufsbildung und weiterführenden Bildungsangeboten (Beitragsverordnung)	Art. 3	01.01.2008	Erziehung	Finanzen	Amt	anerkannte Lehrwerkstätten	Beiträge	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	432	Gesetz über Ausbildungsstätten im Gesundheits- und Sozialwesen (AGSG)	Art. 7	01.08.2008	Erziehung	Ausbildungsstätten im Gesundheits- und Sozialwesen	Regierungsrat	Bildungszentrum	Leistungsangebote; Ausbildungen im Gesundheits- und Sozialwesen im Sekundär- und Tertiärbereich, Weiterbildungen	Nein

Leistungsvereinbarung	Verordnung	432.01	Verordnung zum Gesetz über Ausbildungsstätten im Gesundheits- und Sozialwesen (VOzAGSG)	Art. 5	15.09.2008	Erziehung	Ausbildungsstätten im Gesundheits- und Sozialwesen	Regierung	Ausbildungsstätten	Ausbildung	Nein
Leistungsaufträge	Gesetz	440	Gesetz über die Förderung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengesetz)	Art. 50	01.01.2008	Erziehung	Behindertenförderung	Regierung	anerkannte Einrichtungen	Leistungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	492.11	Sprachverordnung des Kantons Graubünden (SpV)	Art. 9	01.01.2010	Kultur	Sprache	Regierung	Sprachorganisationen Lia Rumantscha/Pro Grigioni Italiano/Agenture da Novitads Rumantscha	DL und Projekte	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	496	Gesetz über den Natur- und Heimatschutz im Kanton Graubünden (Kantonales Natur- und Heimatschutzgesetz, KNHG)	Art. 38 Abs. 3	01.05.2011	Kultur	Natur- u. Heimatschutz	Regierung	Parkträgerschaft	Leistungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	496.1	Kantonale Natur- und Heimatschutzverordnung (KNHV)	Art. 23 Abs. 3	01.08.2011	Kultur	Natur- u. Heimatschutz	Kanton	Parkträgerschaft	Leistungsauftrag	Nein
Leistungsaufträge	Gesetz	500.8	Gesetz über die Suchthilfe im Kanton Graubünden (Suchthilfegesetz)	Art. 19 Abs. 5	01.01.2007	Gesundheit u. Fürsorge	Suchthilfe	Regierung	Einrichtungen	Vollzug der Gesetzgebung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	500.9	Gesetz über die Organisation der Kantonalen Psychiatrischen Dienste für Wohnheime für psychisch behinderte Menschen des Kantons Graubünden (Psychiatrie-Organisationsgesetz)	Art. 3 Abs. 3	01.01.2007	Gesundheit u. Fürsorge	Org. der kant. psychiatr. Dienste u. Wohnheime	Regierung	Psychiatr. Dienste GR	Psychiatrische Versorgung der Erwachsenen im Kt. GR, Wohnheime, Arbeitsstätten, Aus-/Weiterbildung	Nein
Leistungsaufträge	Gesetz	506	Gesetz über die Förderung der Krankenpflege und der Betreuung von betagten und pflegebedürftigen Personen (Krankenpflegegesetz)	Art. 40 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Förderung Krankenpflege u. Betreuung	Regionalspitäler	Strassentransportdienste	Wartgeld	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	506	Gesetz über die Förderung der Krankenpflege und der Betreuung von betagten und pflegebedürftigen Personen (Krankenpflegegesetz)	Art. 6a Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Förderung Krankenpflege u. Betreuung	Regierung	Spitäler	Ausschlüsse vom beitragsberechtigten Angebot, Anforderung an die Strukturqualität, Ausbildungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	542.1	Gesetz über die Krankenversicherung und die Prämienverbilligung (KPVG)	Art. 16 Abs. 2	01.04.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenversicherung u. Prämienverbilligung	Regierung	SVAG (Sozialversicherung des Kt. GR)	Aufgaben	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	618.1	Einführungsgesetz zur Ausländer- und Asylgesetzgebung des Bundes (EGzAAG)	Art. 13 Abs. 5	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Asyl	Kanton, Gemeinden	miteinander, Dritte	Umsetzung von Integrationsprojekten und -massnahmen	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	710.1	Gesetz über den Finanzhaushalt und die Finanzaufsicht des Kantons Graubünden (FFG)	Art. 19 Abs. 1	01.01.2008	Finanzen	Finanzhaushalt u. -aufsicht	Bund	Regierung	Programmvereinbarungen	Optional
Leistungsauftrag	Gesetz	710.1	Gesetz über den Finanzhaushalt und die Finanzaufsicht des Kantons Graubünden (FFG)	Art. 29 Abs. 2	01.01.2008	Finanzen	Finanzhaushalt u. -aufsicht	Kanton	k.A.	Leistungsauftrag	Optional
Leistungsvereinbarung	Gesetz	710.1	Gesetz über den Finanzhaushalt und die Finanzaufsicht des Kantons Graubünden (FFG)	Art. 38 Abs. 4	01.01.2008	Finanzen	Finanzhaushalt u. -aufsicht	Regierung, Geschäftsprüfungskommission	Finanzkontrolle	Leistungsauftrag	Optional
Vereinbarung	Verordnung	740.01	Kantonale Jagdverordnung (KJV)	Art. 2 Abs. 2	01.01.2007	Umwelt u. Landwirtschaft	Jagd	Regierung	Stiftung "Schweizerischer Nationalpark", Gemeinden	Vollzug	Nein
Vereinbarung	Verordnung	740.1	Kantonale Jagdprüfungsverordnung (KJPV)	Art. 4 Abs. 3	01.01.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Jagdprüfung	Departement	BKPJV (Bündner Kant. Patentjägerverband)	Hegetätigkeit der Prüfungskandidaten	Nein
Vereinbarung	Gesetz	760.1	Kantonales Fischereigesetz (KFG)	Art. 30 Abs. 2	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Fischerei	Regierung	Kantone	Fischerei in interkant. Gewässern	Nein

Leistungsvereinbarung	Gesetz	807.1	Strassengesetz des Kantons Graubünden (StrG)	Art. 2 Abs. 2.	01.07.2011	Bau	Strassen	Regierung	Bund	Ausführung des betriebl. + des projektfreien baul. Unterhalts der Nationalstrassen, weitere Aufgaben	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	807.11	Strassenverordnung des Kantons Graubünden (StrV)	Art. 32 Abs. 3	01.01.2009	Bau	Strassen	Regierung	Verein BAW Bündner Wanderwege	Aufgaben	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	820.2	Energiegesetz des Kantons Graubünden (BEG)	Art. 35 Abs. 2	01.01.2011	Energie	Energie	Kanton, Gemeinden	Dritte	Vollzug der Aufgaben (Prüf-, Kontroll-, Überwachungs-, Informations- und Beratungsaufgaben)	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	830.11	Verordnung zum Gesetz über die Gebäudeversicherung im Kanton Graubünden (VO zum Gebäudeversicherungsgesetz; VOzGEbVG)	Art. 12	01.01.2011	Bau	Gebäudeversicherung	Gebäudeversicherung	Amt für Schätzungswesen	Datenermittlung	Nein
Leistungsaufträge	Gesetz	840.1	Gesetz über den vorbeugenden Brandschutz und die Feuerwehr im Kanton Graubünden (Brandschutzgesetz)	Art. 30	01.01.2011	Bau	Brandschutz u. Feuerwehr	Regierung	Träger der Feuerwehstützpunkte	Leistungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	920.1	Kantonales Waldgesetz (KWaG)	Art. 41b	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Kanton	Waldeigentümer, andere Leistungserbringer	Leistungsauftrag	Nein
Leistungsaufträge	Gesetz	932.1	Gesetz über die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im Kanton Graubünden (GWE, Wirtschaftsentwicklungsgesetz)	Art. 17c Abs. 2	01.09.2007	Wirtschaft	Wirtschaftsförderung	Kanton	k.A.	Schaffung wettbewerbsfähiger Tourismusstrukturen	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	932.1	Gesetz über die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im Kanton Graubünden (GWE, Wirtschaftsentwicklungsgesetz)	Art. 6a Abs. 1	01.09.2007	Wirtschaft	Wirtschaftsförderung	Kanton	Regionenmarke Graubünden	Leistungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	932.1	Gesetz über die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im Kanton Graubünden (GWE, Wirtschaftsentwicklungsgesetz)	Art. 7 Abs. 1	01.09.2007	Wirtschaft	Wirtschaftsförderung	Kanton	Verein Graubünden Ferien	Leistungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	932.16	Verordnung über die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im Kanton Graubünden (Wirtschaftsentwicklungsverordnung)	Art. 12	01.03.2009	Wirtschaft	Wirtschaftsförderung	Departement	Verein Graubünden Ferien	Leistungserbringung	Nein
<b>NPM-Element 3 (Globalbudget)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>in Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Globalbudget	Gesetz	170.1	Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)	Art. 62 Abs. 2	01.01.2008	Verwaltung	Grosser Rat				Nein
Globalbudget	Gesetz	427.2	Gesetz über die Pädagogische Hochschule (PHG)	Art. 17 Abs. 1	01.09.2008	Erziehung	Hochschule				Nein
Globalbeitrag	Verordnung	427.205	Verordnung zum Gesetz über die Pädagogische Hochschule	Art. 10 Abs. 1, Art. 11 Abs. 1, Art. 13 Abs. 1	01.01.2010	Erziehung	Hochschule				Nein
Globalbudget	Gesetz	427.5	Gesetz über die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTWG)	Art. 15 Abs. 1	01.09.2008	Erziehung	Hochschule				Nein
Globalbeitrag	Verordnung	427.51	Verordnung zum Gesetz über die Hochschule für Technik und Wirtschaft	Art. 11	01.01.2008	Erziehung	Hochschule				Nein
Globalbudget	Gesetz	430	Gesetz über die Berufsbildung und weiterführende Bildungsangebote (BwBG)	Art. 42 Abs. 2	01.01.2011	Erziehung	Berufsbildung u. weiterführende Bildungsangebote				Nein

Globalbudget	Gesetz	432	Gesetz über Ausbildungstätten im Gesundheits- und Sozialwesen (AGSG)	Art. 15 Abs. 1	01.01.2008	Erziehung	Hochschule				Nein
Globalbudget	Gesetz	710.1	Gesetz über den Finanzhaushalt und die Finanzaufsicht des Kantons Graubünden (FFG)	Art. 21	01.01.2008	Finanzen	Finanzhaushalt u. -aufsicht				Ja
<b>NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>in Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP)	Gesetz	170.1	Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)	Art. 62a	01.01.2008	Verwaltung	Grosser Rat				Nein
integrierte Aufgaben- und Finanzplanung	Gesetz	710.1	Gesetz über den Finanzhaushalt und die Finanzaufsicht des Kantons Graubünden (FFG)	Art. 18	01.01.2008	Finanzen	Finanzhaushalt u. -aufsicht				Nein
integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP)	Verordnung	710.11	Verordnung über den kantonalen Finanzhaushalt (FHVO)	Art. 22a	01.04.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein
<b>NPM-Element 5 (Vertrag)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>in Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>	<b>Vertragspartner 1</b>	<b>Vertragspartner 2</b>	<b>Gegenstand des Vertrags</b>	<b>Flächendeckend</b>
öffentlich-rechtlicher Vertrag	Gesetz	170.4	Personalgesetz	Art. 6	01.01.2011	Verwaltung	Personal	Kanton	Personal	Arbeitsvertrag	Ja
Verträge	Verordnung	173.3	Verordnung über die Organisation des Verwaltungsgerichtes (VGV)	Art. 1 Lit. j	01.01.2009	Verwaltung	Org. d. Verwaltungsgerichts	Gesamtgericht	andere Dienststellen	Übertragung von Aufgaben	Nein
Vertrag	Gesetz	175.05	Gemeindegesetz des Kantons Graubünden	Art. 3 Abs. 2	01.07.2011	Verwaltung	Gemeinden	Gemeinden	ausserkantonale und ausländische Nachbargemeinden	Interkommunale Zusammenarbeit	Nein
Vertrag	Gesetz	175.05	Gemeindegesetz des Kantons Graubünden	Art. 54 Abs. 2	01.07.2011	Verwaltung	Gemeinden	Regional- und Gemeindeverbände	k.A.	Aufgabenerfüllung	Nein
Vertrag	Gesetz	175.05	Gemeindegesetz des Kantons Graubünden	Art. 63	01.07.2011	Verwaltung	Gemeinden	Gemeinden	öffentl.-rechtl. od. privatrechtl. Körperschaften, Anstalten, Stiftungen oder Private	Interkommunale Zusammenarbeit	Nein
Vertrag	Verordnung	180.5	Verordnung über das Amtsblatt des Kantons Graubünden	Art. 2 Abs. 2-3	01.04.1998	Verwaltung	Amtsblatt Kt. GR	Regierung	private Firma	Redaktion, Herstellung und Vertrieb des Amtsblattes	Nein
Verträge	Verordnung	217.25	Verordnung über die amtliche Vermessung im Kanton Graubünden	Art. 6 Lit. d	01.01.2008	Verwaltung	amtl. Vermessung	Meliorations- und Vermessungsamt	Ingenieur-Geometer	Beauftragung von Arbeiten an der amtl. Vermessung	Nein
Verträge	Verordnung	217.26	Verordnung über die Gebühren für den Bezug von Auszügen und Auswertungen der Amtlichen Vermessung	Art. 4	01.01.2008	Verwaltung	Finanzen	Abgabestelle	Datenbeziehende	Nutzung der Daten der amtl. Vermessung	Nein
schuldrechtlicher Vertrag	Gesetz	427.2	Gesetz über die Pädagogische Hochschule (PHG)	Art. 24 Abs. 1	01.09.2008	Erziehung	Hochschule	Kanton	Anstalt (Pädagog. Hochschule)	Grundstück zur Verfügung stellen	Nein
vertraglich	Gesetz	450.2	Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz, StipG)	Art. 19 Abs. 1	01.08.2007	Erziehung	Stipendien	Regierung	Dritte	Aufgabenübertragung an Fachstelle	Nein
Verträge	Gesetz	548.1	Gesetz über die Familienzulagen (KFZG)	Art. 13 Abs. 1	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Familienzulagen	kantonale Kasse	AHV-Verbandsausgleichskassen (Abrechnungsstellen)	Durchführung des Gesetzes	Nein
vertraglich	Gesetz	613	Polizeigesetz des Kantons Graubünden (PolG)	Art. 5 Abs. 3	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Regierung	Gemeinde	Gemeindepolizei. Aufgaben durch Kt.-Polizei gegen Entschädigung	Nein
vertraglich	Gesetz	613	Polizeigesetz des Kantons Graubünden (PolG)	Art. 5 Abs. 4	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Regierung	Gemeinde	Gemeindepolizei übernimmt Aufgaben der Kt.-Polizei	Nein
Vertrag	Gesetz	613	Polizeigesetz des Kantons Graubünden (PolG)	Art. 34	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Kanton, Gemeinden	Dritte	Erfüllung polizeil. Aufgaben	Nein
vertraglich	Verordnung	613.1	Polizeiverordnung (PolV)	Art. 32 Abs. 2	01.07.2011	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Polizei	Gemeinden	Polizeil. Aufgaben	Nein



öffentlich-rechtlicher Vertrag	Gesetz	710.1	Gesetz über den Finanzhaushalt und die Finanzaufsicht des Kantons Graubünden (FFG)	Art. 29 Abs. 2	01.01.2008	Finanzen	Finanzhaushalt u. -aufsicht	Kanton	k.A.	Beiträge	Nein
vertraglich	Gesetz	801.1	Raumplanungsgesetz für den Kanton Graubünden (KRG)	Art. 19 Abs. 3	01.01.2007	Bau	Raumplanung	Gemeinden	Betroffene	Festlegen eines angemessenen Ausgleichs	Nein
Rahmenverträge	Verordnung	801.11	Raumplanungsverordnung für den Kanton Graubünden (KRVO)	Art. 10	01.10.2011	Bau	Raumplanung	Fachstelle	Regionalverbände	Mehrjahresprogramme, period. Berichterstattung, Umsetzung des kant. Richtplans, Zusammenarbeit	Nein
vertraglich	Gesetz	807.1	Strassengesetz des Kantons Graubünden (StrG)	Art. 32	01.01.2006	Bau	Strassen	Tiefbauamt	Gemeinden	Unterhalt einzelner Strecken von Kantonsstr.	Nein
vertraglich	Gesetz	812.1	Stromversorgungsgesetz des Kantons Graubünden (StromVG GR)	Art. 6	01.01.2011	Energie	Stromversorgung	Gemeinden	Netzeigentümer, Netzbetreiber	Regeln d. Rechte und Pflichten, soweit dieser über die Aufgaben aus dem Bundesrecht hinausgehen	Nein
Vertrag	Verordnung	815.2	Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Kantonale Gewässerschutzverordnung, KGSchV)	Art. 3	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Gewässerschutz	Gemeinde	Private	Aufgabenübertragung	Nein
Vertrag	Verordnung	815.5	Verordnung über den Schadendienst (Schadendienstverordnung)	Art. 5	01.01.2005	Umwelt u. Landwirtschaft	Schadendienst	Feuerpolizeiamt	Trägerschaft (Gemeinde, Gemeindeverband, Betrieb)	Errichtung kann. Schadendienststützpunkte für Öl- und Chemiewehr	Nein
Kooperationsverträge	Gesetz	820.1	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz (Kantonales Umweltschutzgesetz, KUSG)	Art. 6	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Umweltschutz	Kanton*	Unternehmen, Branchenverbände	Kooperation	Nein
Verträge	Verordnung	820.11	Kantonale Umweltschutzverordnung (KUSV)	Art. 2	01.10.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Umweltschutz	Regierung, Departement, Fachstelle	Private, öff.-rechtl. Körperschaften	Auslagerung von Vollzungsaufgaben	Nein
Verträge	Verordnung	820.11	Kantonale Umweltschutzverordnung (KUSV)	Art. 15a	01.10.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Umweltschutz	Gemeinden, Abfallbewirtschaftungsverbände	ausserkantonale Verbrennungsanlagen	Ensorgung brennbarer Siedlungsabfälle	Nein
Kooperationsverträge	Verordnung	820.11	Kantonale Umweltschutzverordnung (KUSV)	Art. 2 Abs. 2	01.10.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Umweltschutz	Regierung, Departement, Fachstelle*	Unternehmen, Branchenverbände	Kooperation	Nein
Verträge	Gesetz	910	Gesetz über die Erhaltung und Förderung der Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz)	Art. 7 Abs. 2	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft	Kanton	geeignete Träger	Landwirtschaftl. Spezialberufe	Nein
Verträge	Gesetz	914	Veterinärsgesetz (VetG)	Art. 4 Abs. 2	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Veterinärwesen	Departement	Private, öff.-rechtl. Körperschaften	Aufgabenübertragung	Nein
NPM-Element 6 (Wirkungsziel)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	in Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Wirkung	Gesetz	170.1	Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)	Art. 63	01.01.2008	Verwaltung	Grosser Rat				Ja
effiziente Aufgabenerledigung	Gesetz	170.3	Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG)	Art. 18 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Regierungs- u. Verwaltungsg.				Ja
Wirksamkeit	Gesetz	427.2	Gesetz über die Pädagogische Hochschule (PHG)	Art. 9 Abs. 2	01.09.2008	Erziehung	Hochschule				Nein
Wirkungsbeurteilung	Gesetz	427.5	Gesetz über die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTWG)	Art. 6 Abs. 2	01.09.2008	Erziehung	Hochschule				Nein
leistungsorientiert	Verordnung	427.7	Verordnung über die staatliche Anerkennung der Hochschulausweise sowie die Ausrichtung von Beiträgen an die Theologische Hochschule Chur	Art. 2 Abs. 1	01.01.2003	Erziehung	staatl. Anerkennung Hochschulausweise/Ausrichtung von Beiträgen				Nein

leistungsorientiert	Gesetz	430	Gesetz über die Berufsbildung und weiterführende Bildungsangebote (BwBG)	Art. 3 Abs. 3	01.01.2011	Erziehung	Berufsbildung u. weiterführende Bildungsangebote				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	432	Gesetz über Ausbildungsstätten im Gesundheits- und Sozialwesen (AGSG)	Art. 8 Abs. 2	01.01.2008	Erziehung	Ausbildungsstätten im Gesundheits- und Sozialwesen				Nein
Wirkung	Verordnung	492.11	Sprachverordnung des Kantons Graubünden (SpV)	Art. 9 Abs. 2 Lit. a	01.01.2010	Kultur	Sprache				Nein
Wirkung	Gesetz	494.3	Gesetz über die Förderung der Kultur (Kulturförderungsgesetz KFG)	Art. 22 Lit. c	01.01.2008	Kultur	Kulturförderung				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	500.9	Gesetz über die Organisation der Kantonalen Psychiatrischen Dienste und Wohnheime für psychisch behinderte Menschen des Kantons Graubünden (Psychiatrie-Organisationsgesetz)	Art. 4 Abs. 3	01.01.2007	Gesundheit u. Fürsorge	Org. der kant. psychiatr. Dienste u. Wohnheime				Nein
Wirksamkeitsbeurteilung	Gesetz	506	Gesetz über die Förderung der Krankenpflege und der Betreuung von betagten und pflegebedürftigen Personen (Krankenpflegegesetz)	Art. 21d	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Förderung Krankenpflege u. Betreuung				Nein
Wirksamkeit	Verordnung	618.11	Verordnung zum Einführungsgesetz zur Ausländer- und Asylgesetzgebung	Art. 33 Abs. 3	01.04.2010	Justiz u. Sicherheit	Asyl				Nein
wirkungsorientiert	Gesetz	710.1	Gesetz über den Finanzhaushalt und die Finanzaufsicht des Kantons Graubünden (FFG)	Art. 1 Abs. 1	01.01.2008	Finanzen	Finanzhaushalt u. -aufsicht				Ja
Wirksamkeit	Gesetz	710.1	Gesetz über den Finanzhaushalt und die Finanzaufsicht des Kantons Graubünden (FFG)	Art. 4	01.01.2008	Finanzen	Finanzhaushalt u. -aufsicht				Ja
wirkungsorientiert	Verordnung	710.11	Verordnung über den kantonalen Finanzhaushalt (FHVO)	Art. 3 Abs. 1	01.04.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Ja
Effizienz	Verordnung	820.21	Energieverordnung des Kantons Graubünden (BEV)	Art. 27	01.01.2011	Energie	Energie				Nein
wirkungsvoll	Verordnung	830.11	Verordnung zum Gesetz über die Gebäudeversicherung im Kanton Graubünden (VO zum Gebäudeversicherungsgesetz; VOzGEBVG)	Art. 24 Abs. 1 Lit. a	01.01.2011	Bau	Gebäudeversicherung				Nein
Wirkung	Verordnung	932.16	Verordnung über die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im Kanton Graubünden (Wirtschaftsentwicklungsverordnung)	Art. 12	01.03.2009	Wirtschaft	Wirtschaftsförderung				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend

Jura											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
efficace	Verfassung	101	Constitution de la République et Canton du Jura	Art. 99 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Ja
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung / Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
mandat de prestations	Verordnung	172.111.215	Ordonnance portant délégation au Département de l'Environnement et de l'Equipement de la conclusion de mandats et d'accords de prestation avec la Confédération relatifs à la réalisation de la mensuration officielle	Art. 1	10.01.2006	Verwaltung	Vermessung	Departement	Bund	Vermessungsarbeiten	Nein
mandat de prestations	Gesetz	412.11	Loi sur l'enseignement et la formation des niveaux secondaire II et tertiaire et sur la formation continue	Art. 26 Abs. 3	01.01.2009	Erziehung	Schulen	Dienststelle	private Unternehmen	Kurse mit Bezug zur Privatwirtschaft	Nein
mandat de prestations	Verordnung	412.515	Ordonnance concernant la délivrance du diplôme de l'Ecole de culture générale de Delémont	Art. 25b Abs. 3	01.08.2011	Erziehung	Schule	Departement	Hochschulen	Bildungsauftrag	Nein
NPM-Element 3 (Globalbudget)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
enveloppe budgétaire	Gesetz	611	Loi sur les finances cantonales	Art. 6 Abs. 4	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Optional
enveloppe budgétaire	Gesetz	810.11	Loi sur les hôpitaux	Art. 69 Lit. A	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spitäler				Nein
budget global	Gesetz	832.10	Loi portant introduction de la loi fédérale sur l'assurance-maladie (LiLAMal)	Art. 18	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenversicherung				Nein
enveloppe budgétaire	Verordnung	850.11	Décret concernant les institutions sociales	Art. 4 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe				Nein
enveloppe budgétaire	Verordnung	850.112	Ordonnance concernant les institutions sociales	Art. 24 Abs. 3	01.01.2002	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe				Nein
NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
plan financier	Verfassung	101	Constitution de la République et Canton du Jura	Art. 123 Abs. 3	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Nein
plan financier	Gesetz	172.11	Loi d'organisation du Gouvernement et de l'administration cantonale	Art. 4 Lit. E	01.12.2010	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Nein
plan financier	Verordnung	172.111	Décret d'organisation du Gouvernement et de l'administration cantonale	Art. 82 Lit. B	01.08.2011	Verwaltung	Finanzhaushalt				Nein
plan financier	Verordnung	190.611	Décret concernant l'administration financière des communes	Art. 22 Abs. 1	01.01.1988	Verwaltung	Finanzhaushalt				Nein
plan financier	Gesetz	611	Loi sur les finances cantonales	Art. 18	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein
plan financier	Gesetz	611	Loi sur les finances cantonales	Art. 17	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein

NPM-Element 5 (Vertrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Vertragspartner 1	Vertragspartner 2	Gegenstand des Vertrags	Flächendeckend
contrat	Gesetz	173.11	Loi sur le personnel de l'Etat	Art. 17 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit	Kanton	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Ja
contrat	Gesetz	281.1	Loi portant introduction de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite (LiLP)	Art. 6 Abs. 3	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Betreibungsämter	Kanton	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat	Verordnung	282.31	Décret concernant les agents de poursuites	Art. 4	01.01.1997	Justiz u. Sicherheit	Betreibungsämter	Kanton	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat	Verordnung	410.111	Ordonnance portant exécution de la loi scolaire (Ordonnance scolaire)	Art. 67 Abs. 2	15.05.2011	Erziehung	Schulen	Departement	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat	Verordnung	410.111	Ordonnance portant exécution de la loi scolaire (Ordonnance scolaire)	Art. 101 Abs. 3	15.05.2011	Erziehung	Schulen	Departement	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat	Verordnung	410.111	Ordonnance portant exécution de la loi scolaire (Ordonnance scolaire)	Art. 124 Abs. 2	15.05.2011	Erziehung	Schulen	Departement	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat	Verordnung	410.111	Ordonnance portant exécution de la loi scolaire (Ordonnance scolaire)	Art. 188	15.05.2011	Erziehung	Schulen	Departement	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat	Verordnung	410.113	Ordonnance fixant les conditions cadres pour les transports scolaires	Art. 2 Abs. 1	01.01.2008	Erziehung	Schultransport	Kanton	Dienstleister	Dienstleistungsvertrag	Nein
contrat	Verordnung	410.252.5	Ordonnance concernant le remplacement des enseignants	Art. 7 Abs. 2	01.08.1993	Erziehung	Schulen	Kanton	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat	Verordnung	410.721	Ordonnance concernant le service dentaire scolaire	Art. 5	01.04.2007	Erziehung	Schulzahnärztlicher Dienst	Gemeinden	Schulzahnarztambulanz	Dienstleistungsvertrag	Nein
contrat	Gesetz	412.11	Loi sur l'enseignement et la formation des niveaux secondaire II et tertiaire et sur la formation continue	Art. 95 Abs. 4	01.01.2009	Erziehung	Schulen	Kanton	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat	Verordnung	413.254	Ordonnance sur les conditions d'engagement et de rémunération des maîtres aux écoles professionnelles	Art. 16 Abs. 1	01.07.2010	Erziehung	Berufsbildung	Schulkommission	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat de prestations	Gesetz	611	Loi sur les finances cantonales	Art. 6 Abs. 4	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt	Kanton	Institutionen	Dienstleistungen für den Kanton	Nein
contrat	Gesetz	621	Loi sur les subventions (LSubv)	Art. 25 Abs. 1	01.02.2009	Finanzen	Subventionen	Kanton	Subventionsempfänger	Subventionsvertrag	Nein
contrat de prestations	Gesetz	621	Loi sur les subventions (LSubv)	Art. 19 Abs. 2	01.02.2009	Finanzen	Subventionen	Kanton	Dritte	Dienstleistungen	Nein
contrat	Verordnung	691.11	Ordonnance sur la régle des sels	Art. 15 Abs. 1	01.01.1979	Finanzen	Salzabbau	Finanzdepartement	Dritte	Dienstleistungsvertrag	Nein
contrat de prestations	Gesetz	810.11	Loi sur les hôpitaux	Art. 5 Lit. C	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spitäler	Kanton	Spitäler ausserhalb des Kantons oder private Spitäler	Dienstleistungen im Gesundheitssektor	Nein
contrat de prestations	Gesetz	810.41	Loi sur l'organisation gérontologique	Art. 36 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Betagtenhilfe	Kanton	Institutionen	Dienstleistungen in der Betagtenhilfe	Nein
contrat de prestations	Verordnung	810.411	Ordonnance sur l'organisation gérontologique	Art. 30 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Betagtenhilfe	Kanton	Institutionen	Dienstleistungen in der Betagtenhilfe	Nein
contrat	Verordnung	810.511.1	Ordonnance concernant les unités de soins psychiatriques	Art. 13a	01.08.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Psychiatrisches Spital	Kantonsspital	psychiatrisches Spital	Dienstleistungsvertrag	Nein
contrat	Verordnung	810.511.1	Ordonnance concernant les unités de soins psychiatriques	Art. 15 Abs. 2	01.08.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Psychiatrisches Spital	Kanton	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat	Verordnung	810.511.1	Ordonnance concernant les unités de soins psychiatriques	Art. 16	01.08.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Psychiatrisches Spital	Kanton	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat	Verordnung	810.511.2	Ordonnance sur le placement familial de patients des établissements psychiatriques cantonaux	Art. 3 Abs. 1	01.01.1981	Gesundheit u. Fürsorge	Erwachsenenschutzmassnahmen	Direktion	Familienoberhaupt	Platzierungsvertrag	Nein

contrat de prestations	Verordnung	823.4	Ordonnance concernant l'organe de contrôle cantonal au sens de la loi fédérale sur le travail au noir	Art. 5 Abs. 1	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Arbeit	Dienststelle	Dritte	Kontrolltätigkeiten	Nein
contrat de prestations	Gesetz	832.11	Loi sur le financement des soins	Art. 8	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsfinanzierung	Kanton	Dienstleister	Dienstleistungen im Gesundheitssektor	Nein
contrat de prestations	Verordnung	832.111	Ordonnance sur le financement des soins	Art. 6 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsfinanzierung	Kanton	Institutionen	Dienstleistungen im Gesundheitssektor	Nein
contrat	Gesetz	837.04	Loi sur les mesures cantonales en faveur des demandeurs d'emploi (LMDE)	Art. 9 Abs. 1	01.01.2001	Gesundheit u. Fürsorge	Arbeitsintegration	Institution	Leistungsbezüger	Dienstleistungsvertrag	Nein
contrat	Verordnung	850.11	Décret concernant les institutions sociales	Art. 31 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialdepartement	Kanton	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat de prestations	Verordnung	850.11	Décret concernant les institutions sociales	Art. 4 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Kanton	Institutionen	Dienstleistungen in der Sozialhilfe	Nein
contrat	Verordnung	850.111	Ordonnance sur l'action sociale	Art. 20 Abs. 1	01.01.2007	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Sozialamt	Sozialhilfebezüger	Eingliederungsvertrag	Nein
contrat de prestations	Verordnung	850.112	Ordonnance concernant les institutions sociales	Art. 24 Abs. 3	01.01.2002	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Kanton	Institutionen	Dienstleistungen in der Sozialhilfe	Nein
contrat	Verordnung	853.11	Ordonnance concernant le placement d'enfants	Art. 15 Abs. 3	01.01.2002	Gesundheit u. Fürsorge	Kindesschutzmassnahmen	Sozialamt	Pflegefamilie	Platzierungsvertrag	Nein
contrat	Verordnung	921.111	Décret sur les forêts	Art. 26 Abs. 3 Lit. C	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Büro für Umwelt	Kreditnehmer	Dienstleistungsvertrag	Nein
contrat	Gesetz	923.11	Loi sur la pêche	Art. 35 Abs. 1	01.02.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Fischerei	Büro für Umwelt	Pächter	Pachtvertrag	Nein
mandat de prestations	Gesetz	935.211	Loi sur le tourisme	Art. 9 Abs. 1	01.01.1999	Wirtschaft	Tourismus	Kanton	kantonale Tourismusorganisation	Aufgaben im Tourismus	Nein
contrat	Verordnung	921.111.1	Ordonnance sur les forêts	Art. 5 Abs. 5	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Büro für Umwelt	Waldbesitzer	Dienstleistungsvertrag	Nein
<b>NPM-Element 6 (Wirkungsziel)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
objectif	Gesetz	172.11	Loi d'organisation du Gouvernement et de l'administration cantonale	Art. 2 Abs. 2	01.12.2010	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Ja
efficace	Gesetz	172.11	Loi d'organisation du Gouvernement et de l'administration cantonale	Art. 30 Abs. 2	01.12.2010	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Ja
efficace	Gesetz	175.1	Loi de procédure et de juridiction administrative et constitutionnelle (Code de procédure administrative)	Art. 24 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Gerichte				Nein
objectif	Gesetz	611	Loi sur les finances cantonales	Art. 6	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Ja
efficace	Gesetz	611	Loi sur les finances cantonales	Art. 10 Abs. 2	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Ja
efficace	Gesetz	621	Loi sur les subventions (LSubv)	Art. 7	01.02.2009	Finanzen	Subventionen				Nein
objectif	Gesetz	651	Loi concernant la péréquation financière	Art. 28	01.01.2011	Finanzen	Finanzausgleich				Nein
efficace	Gesetz	810.11	Loi sur les hôpitaux	Art. 73 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spitäler				Nein
efficace	Verordnung	850.11	Décret concernant les institutions sociales	Art. 33	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialämter				Nein
<b>WoV-Erlasse</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>

Luzern											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
wirksam	Verfassung	1	Verfassung des Kantons Luzern	Art. 1b, Art. 15, Art. 73, Art. 76	01.01.2008	Verwaltung	Aufgabenerfüllung				Ja
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung/Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
Leistungsauftrag	Gesetz	29	Gesetz über die Geoinformation und die amtliche Vermessung (Geoinformationsgesetz)	Art. 5 Abs. 2, Art. 25 Abs. 2	01.01.2008	Bau	Raumplanung	zuständiges Departement	zuständige kant. Dienststelle (§5 Abs 2)/aber auch mit Bund (§25 Abs 2)	Art u. Weise der Aufgabenerfüllung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	29	Gesetz über die Geoinformation und die amtliche Vermessung (Geoinformationsgesetz)	Art. 25 Abs. 2	01.01.2008	Bau	Raumplanung	zuständiges Departement	Bund	Amtl. Vermessung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	41	Gesetz über die Organisation des Verwaltungsgerichts	Art. 9a Abs. 1-2	01.01.2011	Verwaltung	Gericht	Verwaltungsgericht	Verwaltungsgericht (sich selbst)/Schätzungskommissionen	Zu erbringende Leistungen, Ziele, Finanzen, Rahmenbedingungen	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	150	Gemeindegesezt	Art. 26, 76 Abs. 1b u. Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Staatsorganisation	k.A.	k.A.	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	260	Gesetz über die Organisation der Gerichte und Behörden in Zivil- und Strafverfahren	Art. 51 Abs. 1-3	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Organisation der Gerichte	Obergericht	Gerichtsstellen	Jährl. Leistungsplanung	Nein
Leistungsaufträge	Verordnung	371	Verordnung über den Bevölkerungsschutz	Art. 3 Abs. 1-2	01.01.2010	Justiz u. Sicherheit	Bevölkerungsschutz	Justiz- u. Sicherheitsdepartement	Notfallseelsorger	Aufgaben, Ausbildung, Entschädigung u. Organisation	Nein
Leistungsvereinbarungen	Gesetz	372	Gesetz über den Zivilschutz	Art. 3 Abs. 5	01.01.2008	Justiz u. Sicherheit	Zivilschutz	zuständiges Departement	Gemeinden	Zivilschutzinformationen zur Erfüllung besonderer Aufgaben	Nein
Leistungsaufträge	Gesetz	400a	Gesetz über die Volksschulbildung	Art. 32 Abs. 1-3	01.08.2011	Erziehung	Volksschule	Gemeinderat (komm. Volksschulangebot)	Schulpflege (komm.)	Komm. Volksschulangebote: Leistungen, Finanzen, Verantwortlichkeiten, Mitwirkungs- u.Kontrollrechte	Nein
Leistungsaufträge	Gesetz	400a	Gesetz über die Volksschulbildung	Art. 32 Abs. 1-3	01.08.2011	Erziehung	Volksschule	Regierungsrat (kant. Volksschulangebot)	zuständiges Departement (kant.)	Kant. Volksschulangebote: Leistungen, Finanzen, Verantwortlichkeiten, Mitwirkungs- u.Kontrollrechte	Nein
Leistungsvereinbarungen	Verordnung	409	Verordnung über die Sonderschulung	Art. 15 Abs. 2	01.08.2011	Erziehung	Sonderschulung	Dienststelle Volksschulbildung	private Anbieter	Heilpädagog. Früherziehung	Nein
Leistungsaufträge	Verordnung	409	Verordnung über die Sonderschulung	Art. 30	01.08.2011	Erziehung	Sonderschulung	Regierungsrat	Kanton u. Gemeinden	Pauschale für Behinderung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	415	Verordnung über die kommunalen Musikschulen	Art. 1 Abs.1	01.08.2010	Erziehung	Musikschule	Zuständige kommunale Behörde	komm. Musikschule	Leistungserbringung im Bereich Musikbildung	Nein

Leistungsaufträge	Gesetz	430	Gesetz über die Berufsbildung und die Weiterbildung	Art. 33 Abs. 1-3	01.01.2011	Erziehung	Berufs- u. Weiterbildung	Regierungsrat (bei nicht kant. Bildungsinstitutionen: zuständige Dienststelle)	Bildungsinstitutionen	Für die Angebote der Berufs- u. Weiterbildung zu erbringende Leistungen, Ressourcen, Infrastrukturen, finanziellen Mittel, Verantwortlichkeiten, Mitwirkungs- u. Kontrollrechte des Kantons	Nein
Leistungsaufträge	Gesetz	430	Gesetz über die Berufsbildung und die Weiterbildung	Art. 43 Abs. 3	01.01.2011	Erziehung	Berufs- u. Weiterbildung	Kanton	private Anbieter (Bildungsinstitutionen im Bereich der Berufsbildung u. Weiterbildung mit privater Trägerschaft)	Berufs- u. Weiterbildung	Nein
Leistungsvereinbarungen	Verordnung	432	Verordnung zum Gesetz über die Berufsbildung und die Weiterbildung	Art. 16 Abs. 3	01.08.2010	Erziehung	Brückenangebote	Kanton	Dritten	Brückenangebote	Nein
Leistungsaufträge	Gesetz	501	Gesetz über die Gymnasialbildung	Art. 23 Abs. 1-3	01.01.2011	Erziehung	Gymnasium	Regierungsrat	Trägerschaft	Zu erbringende Leistungen, Finanzen, Verantwortlichkeit, Mitwirkungs- u. Kontrollrechte	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	539	Gesetz über die universitäre Hochschulbildung (Universitätsgesetz)	Art. 1 Abs. 2, Art. 8b	01.01.2011	Erziehung	Universität	Regierungsrat	Universität	Von Uni zu erbringende Leistungen u. damit verbundene finanzielle Mittel	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	600	Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen	Art. 19 Abs. 2	01.01.2011	Finanzen	Steuerung der Finanzen und Leistungen	Departemente	Organisationseinheiten	Konkrete Leistungsplanung, Aufgaben- und Finanzplan, Voranschlag	Ja
Leistungsaufträge	Gesetz	601	Staatsbeitragsgesetz	Art. 7	01.01.2011	Finanzen	Staatsorganisation	Staat	EmpfängerIn	Staatsbeiträge	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	602	Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden	Art. 23 Abs. 1-2	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt	Gemeinde	Leistungserbringer	Leistungserbringung	Ja
Leistungsvereinbarungen	Gesetz	650	Gesetz über Abgaben und Beiträge im Tourismus (Tourismusgesetz)	Art. 6	01.01.2010	Wirtschaft	Tourismus	Kanton	touristische Org.	Im Tourismusmarketing angestrebte Ziele, Leistungen, Berichterstattungen	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	730	Enteignungsgesetz	Art. 40a Abs. 1-2	01.01.2009	Finanzen	Schätzungskommission	Schätzungskommission	Schätzungskommission (sich selbst)	Zu erbringende Leistungen, Ziele, Globalbudget, allg. Rahmenbedingungen	Nein
Leistungsvereinbarungen	Gesetz	755	Strassengesetz	Art. 5 Abs. 2	01.01.2010	Bau	Strassen	Bund	Regierungsrat	Bau, Unterhalt u. Betrieb der Strassen	Nein
Leistungsaufträge	Gesetz	758a	Weggesetz	Art. 15 Abs. 1	01.08.2008	Bau	Raumplanung	Staat	Private Fachorganisationen	Beiträge	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	775	Gesetz über den öffentlichen Verkehr	Art. 6e, Art. 9 Abs. 4, Art. 10	01.01.2010	Verkehr	Öffentl. Verkehr	Regierungsrat	Verkehrsverbund	Aufgaben im Einzelnen und Modalitäten der Aufgabenerfüllung	Nein
Leistungsaufträge	Gesetz	800a	Spitalgesetz	Art. 9	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Regierungsrat	Kantonale Spitäler	Versorgungsauftrag, Kernfunktion: med. Versorgung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	800a	Spitalgesetz	Art. 10	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Gesundheits- u. Sozialdepartement	Kantonale Spitäler	Zu erbringende Leistungen u. Preise	Nein
Leistungsaufträge	Gesetz	894	Gesetz über soziale Einrichtungen	Art. 6a, Art. 7 Abs. 1a, Art. 10 Abs. 1-2	01.08.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Soziale Einrichtungen	Kommission für soziale Einrichtungen	geeignete soziale Einrichtungen	Versorgungsauftrag mit Kernfunktion der sozialen Einrichtung	Nein
Leistungsvereinbarungen	Gesetz	894	Gesetz über soziale Einrichtungen	Art. 6b, Art. 11 Abs.1	01.08.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Soziale Einrichtungen	Gesundheits- u. Sozialdepartement	anerkannte soziale Einrichtungen	Zu erbringende Leistungen, Leistungspauschalen	Nein

Leistungsaufträge	Verordnung	894b	Verordnung zum Gesetz über soziale Einrichtungen	Art. 6 Abs. 3, Art. 10 Abs.3	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Soziale Einrichtungen	Kommission für soziale Einrichtungen	geeignete soziale Einrichtungen	Qualitätsmanagement der sozialen Einrichtung, Überprüfung: welcher Hauptprozesse?	Nein
Leistungsvereinbarungen	Verordnung	894b	Verordnung zum Gesetz über soziale Einrichtungen	Art. 5 Abs. 2, Art. 7	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Soziale Einrichtungen	Gesundheits- u. Sozialdepartement	anerkannte soziale Einrichtungen	Leistungen im Bereich Soziales	Nein
Leistungsvereinbarungen	Gesetz	902	Kantonales Landwirtschaftsgesetz	Art. 66	01.08.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft	Kanton	kant. oder reg. Zuchtorg.	Unterstützung dadurch	Nein
<b>NPM-Element 3 (Globalbudget)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Globalbudget	Verordnung	28m	Verordnung über die Errichtung, Organisation und Finanzierung der zentralen Statistiken	Art. 9	01.01.2011	Verwaltung	Statistikstelle				Nein
Globalbudget	Gesetz	41	Gesetz über die Organisation des Verwaltungsgerichts	Art. 9c	01.01.2011	Verwaltung	Spital				Nein
Globalbudget	Gesetz	150	Gemeindegesezt	Art. 76 Abs. 1-2	01.01.2011	Verwaltung	Staatsorganisation				Nein
Globalbudget	Gesetz	260	Gesetz über die Organisation der Gerichte und Behörden in Zivil- und Strafverfahren	Art. 52	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Organisation der Gerichte u. Behörden				Nein
Globalbudget	Gesetz	539	Gesetz über die universitäre Hochschulbildung (Universitätsgesetz)	Art. 28	01.01.2011	Erziehung	Universität				Nein
Globalbudget	Gesetz	600	Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen	Art. 11 Abs. 2	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Ja
Globalbudget	Gesetz	730	Enteignungsgesetz	Art. 40a Abs. 3	01.01.2009	Verwaltung	Schätzungskommission				Nein
Globalbudget	Gesetz	800a	Spitalgesetz	Art. 24 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spital				Nein
<b>NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
integrierter Aufgaben- und Finanzplan	Verordnung	28b	Statistikverordnung	Art. 5 Abs. 5	01.02.2011	Verwaltung	Finanzhaushalt				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	30	Gesetz über die Organisation und Geschäftsführung des Kantonsrates (Kantonsratsgesetz)	Art. 78a	01.01.2011	Verwaltung	Staatsorganisation				Nein
Aufgaben- und Finanzentwicklung	Gesetz	150	Gemeindegesezt	Art. 19, Art. 37 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Finanzhaushalt				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	600	Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen	Art. 8 Abs. 1-2, Art. 9 Abs. 1-2	01.01.2011	Finanzen	Staatstätigkeit				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Verordnung	600a	Verordnung zum Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen	Art. 7 Abs. 1-2, Art. 8	01.09.2011	Finanzen	Staatsorganisation				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	601	Staatsbeitragsgesetz	Art. 18a Abs. 1	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein
Finanz- und Aufgabenplan	Verordnung	602	Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden	Art. 30 Abs. 1	01.01.2011	Finanzen	Staatsorganisation				Nein



Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	800a	Spitalgesetz	Art. 20 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spital					Nein
<b>NPM-Element 5 (Vertrag)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>	<b>Vertragspartner 1</b>	<b>Vertragspartner 2</b>	<b>Gegenstand des Vertrags</b>	<b>Flächendeckend</b>	
Vertrag	Gesetz	26	Informatikgesetz	Art. 13 Abs. 3	01.01.2007	Verwaltung	Informatik	auslagerndes Organ	Auftragnehmer	Gewährleisten der Aufgabenerfüllung	Nein	
Vertrag	Gesetz	29	Gesetz über die Geoinformation und die amtliche Vermessung (Geoinformationsgesetz)	Art. 30 Abs. 1	01.01.2008	Bau	Vermessung	Regierungsrat	Gemeinden	Amtl. Vermessung	Nein	
Verträge	Gesetz	51	Gesetz über das öffentlich-rechtliche Arbeitsverhältnis (Personalgesetz)	Art. 8 Abs. 2-3	01.01.2011	Verwaltung	Personalpolitik	Regierungsrat	Angestellte	Arbeitsvertrag	Nein	
Verträge	Verordnung	52	Verordnung zum Personalgesetz (Personalverordnung)	Art. 4 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Personalpolitik	Kanton	Angestellte	Arbeitsvertrag	Ja	
Verträge	Gesetz	150	Gemeindegesezt	Art. 47 Abs. 1-2	01.01.2011	Verwaltung	Staatsorganisation	Gemeinde	andere Gemeinwesen/Private	Aufgabenübertragung durch öffentl.-rechtl. Verträge	Nein	
Vertrag	Gesetz	350	Gesetz über die Luzerner Polizei	Art. 22 Abs. 2	01.02.2011	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Gemeinde	Eigene Polizeiorgane	Schaffen eigener Polizeiorgane	Nein	
Leistungsverträge	Verordnung	371	Verordnung über den Bevölkerungsschutz	Art. 3 Abs. 3	01.01.2010	Justiz u. Sicherheit	Bevölkerungsschutz	Gesundheits- u. Sozialdepartement, Justiz- u. Sicherheitsdepartement	weitere Organisationen	Notfallseesorge	Nein	
Verträge	Verordnung	497	Verordnung über die berufliche Weiterbildung und die Berufseinführung der Lehrpersonen	Art. 8 Abs. 1-3	01.01.2010	Erziehung	Lehrpersonen	Bildungs- u. Kulturdepartement	weitere Anbieter	Ergänzung des Weiterbildungsangebots	Nein	
Verträge	Gesetz	709a	Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz	Art. 32 Abs. 4	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Naturschutz, Landschaftsschutz	Kanton	Bewirtschafter	Leistungen; Abgeltung	Nein	
Vertrag	Verordnung	714b	Verordnung zum Schutz des Wauwilermooses	Art. 3 Abs. 1-2	01.01.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Naturschutz	Regierungsrat	Schweizerischen Stiftung Vogelwarte Sempach	wissenschaftl. Betreuung des Naturschutzreservat	Nein	
Vertrag	Gesetz	725	Kantonales Gesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Kantonales Jagdgesetz)	Art. 6 Abs. 1	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Jagd und Schutz wilder Tiere	Zuständige Dienststelle	Jagdgesellschaften	Jagdreiere	Nein	
Vertrag	Verordnung	725a	Kantonale Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel	Art. 2 Abs. 2	01.01.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Jagd und Schutz wilder Tiere	Dienststelle Landwirtschaft u. Wald	Jagdgesellschaften	Jagdreiere	Nein	
Vertrag	Gesetz	755	Strassengesetz	Art. 77 Abs. 1	01.01.2010	Bau	Strassen	Regierungsrat	Gemeinden	Planung, Projektierung u. Ausführung von Kantonsstr.	Nein	

Verträge	Gesetz	758a	Weggesetz	Art. 23 Abs. 2	01.08.2008	Bau	Raumplanung	Gemeinde	Private Reitorganisationen	Reitwege bzgl. Bau u. Unterhalt	Nein
Vertrag	Gesetz	770	Wassernutzungs- und Wasserversorgungsgesetz	Art. 40 Abs. 1	01.01.2009	Bau	Wasser	Gemeinde	öffentl.- od. privatrechtl. organisierte Versorgungsträger	Wasserversorgung	Nein
Verträge	Gesetz	800a	Spitalgesetz	Art. 2b, Art. 13d	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Regierungsrat	Unternehmen (kant. Spitäler)	Leistungen im Bereich Spital	Nein
Verträge	Verordnung	835	Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz) und zum Bundesgesetz betreffend Massnahmen gegen die Tuberkulose (Tuberkulosegesetz)	Art. 3b	01.07.1995	Gesundheit u. Fürsorge	Krankheiten	Gesundheits- u. Sozialdepartement	Laboratorien	Laboratorien für Untersuchungszwecke	Nein
Verträge	Gesetz	945	Kantonales Waldgesetz	Art. 20 Abs. 3	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	zuständige Dienststelle	Waldeigentümer	Sicherung der Reservate und Naturobjekte	Nein
<b>NPM-Element 6 (Wirkungsziel)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Wirksamkeit	Gesetz	26	Informatikgesetz	Art. 4 Abs.1	01.01.2007	Verwaltung	Informatik				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	30	Gesetz über die Organisation und Geschäftsführung des Kantonsrates (Kantonsratsgesetz)	Art. 45	01.01.2011	Verwaltung	Geschäftsführung, Botschaften des Regierungsrates				Nein
Wirksamkeit	Verordnung	52	Verordnung zum Personalgesetz (Personalverordnung)	Art. 2 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Personalpolitik				Nein
wirkungsorientiert	Gesetz	150	Gemeindegesezt	Art. 7, Art. 26, Art. 69 Abs. 5	01.01.2011	Verwaltung	wirkungsorientierte Verwaltungsführung				Nein
wirkungsorientiert	Verordnung	432	Verordnung zum Gesetz über die Berufsbildung und Weiterbildung	Art. 85	01.08.2010	Erziehung	Berufs- u. Weiterbildung				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	600	Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen	Art. 3, Art. 4 Abs. 1 u.3	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Ja
wirkungsorientiert	Gesetz	601	Staatsbeitragsgesetz	Art. 6 Abs. 3, Art. 8 Abs. 2c	01.01.2011	Finanzen	Finanzhilfen				Nein
wirkungsorientiert	Verordnung	601	Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden	Art. 23 Abs. 1c	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein

wirksam	Verordnung	611	Verordnung über den Finanzausgleich	Art. 11	01.01.2009	Finanzen	Entwicklung der Finanzen; Wirkungsbericht				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	700	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz	Art. 5	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Umweltschutz				Nein
Wirksamkeit	Verordnung	701a	Smog-Verordnung	Art. 2	01.01.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Umweltverschmutzung				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	760	Wasserbaugesetz	Art. 20 Abs. 2	01.08.2008	Bau	Wasserbau, Gewässerunterhalt, Inanspruchnahme der Gewässer				Nein
Effizienz	Gesetz	775	Gesetz über den öffentlichen Verkehr	Art. 2 Abs. 2b-c	01.01.2010	Verkehr	öffentlicher Personenverkehr				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	800a	Spitalgesetz	Art. 1a, Art. 8	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Spital				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	895	Gesetz über soziale Einrichtungen	Art. 1 Abs. 2	01.08.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Soziale Einrichtungen				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend

Neuenburg											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung / Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
mandat de prestations	Gesetz	414.10	Loi sur la formation professionnelle (LFP)	Art. 51 Abs. 3	01.01.2011	Erziehung	Berufsbildung	Bildungsdepartement	Schulen	Bildungsauftrag	Nein
mandat de prestations	Gesetz	414.10	Loi sur la formation professionnelle (LFP)	Art. 53 Abs. 2	01.01.2011	Erziehung	Berufsbildung	zuständige Dienststelle	Organisationen des privatwirtschaftlichen Sektors	Bildungsauftrag	Nein
mandat de prestations	Gesetz	414.10	Loi sur la formation professionnelle (LFP)	Art. 54 Abs. 2	01.01.2011	Erziehung	Berufsbildung	Bildungsdepartement	private Bildungsinstitutionen	Bildungsauftrag	Nein
mandat de prestations	Gesetz	414.112	Loi sur le fonds pour l'insertion professionnelle des personnes de moins de 30 ans	Art. 3 Abs. 2	01.01.2011	Erziehung	Arbeitsintegration	Kanton	externe Institution	Arbeitsintegration	Nein
mandat de prestations	Gesetz	414.231.0	Loi sur le Centre neuchâtelois d'intégration professionnelle (LCNIP)	Art. 6 Abs. 2	01.01.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Arbeitsintegration	Kanton	Zentrum für Arbeitsintegration	Arbeitsintegration	Nein
accord de prestations	Gesetz	461.10	Loi sur la protection de la nature	Art. 46 Abs. 2 Lit. B	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Naturschutz	Kanton	Projektgruppen für Naturschutz	Naturschutzmassnahmen	Nein
mandat de prestations	Gesetz	521.1	Loi d'application de la législation fédérale sur la protection de la population et sur la protection civile (LA-LPPCI)	Art. 8 Abs. 2	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Sicherheit	Dienststelle	Institutionen	Sicherheitsauftrag	Nein
contrat de prestations	Gesetz	561.1	Loi sur la police neuchâteloise (LPol)	Art. 42 Abs. 1	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Gemeinden	Kantonspolizei	Sicherheitsauftrag	Nein
accord de prestations	Gesetz	601.8	Loi sur les subventions (LSub)	Art. 11 Abs. 2	01.01.2011	Finanzen	Subventionen	Kanton	Subventionsempfänger	Diverse Aufgaben	Nein
mandat de prestations	Gesetz	731.270	Loi sur l'approvisionnement en énergie électrique (LAEE)	Art. 7 Abs. 3	01.01.2011	Energie	Stromnetz	Kanton	Elektrizitätswerke	Zuteilung des Stromnetzes	Nein
accord de prestations	Gesetz	735.17	Loi concernant l'entretien des routes nationales (LERN)	Art. 1	01.01.2008	Verkehr	Nationalstrassen	Bund	Kanton	Unterhalt der Nationalstrassen	Nein
mandat de prestations	Gesetz	761.400	Loi sur le service cantonal des automobiles et de la navigation (LSCAN)	Art. 25	01.01.2009	Verkehr	Strassenverkehrsamt	Kanton	Strassenverkehrsamt	Dienstleistungen des Strassenverkehrsamtes	Nein
mandat de prestations	Gesetz	800.1	Loi de santé (LS)	Art. 9 Abs. 2 Lit. G	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Dienstleistungen im Gesundheitssektor	Dienststelle für Gesundheit	Spitalnetz und psychiatrisches Zentrum	Dienstleistungen im Gesundheitssektor	Nein
mandat de prestations	Gesetz	800.1	Loi de santé (LS)	Art. 9 Abs. 2 Lit. H	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Dienstleistungen im Gesundheitssektor	Dienststelle für Gesundheit	Organisation für Pflege zu Hause	Pflege zu Hause	Nein
mandat de prestations	Gesetz	800.101	Loi portant constitution d'un établissement de droit public pour le maintien à domicile (NOMAD - Neuchâtel organise le maintien à domicile)	Art. 13 Abs. 1 Lit. E	01.12.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Pflege zu Hause	Kanton	Organisation für Pflege zu Hause	Pflege zu Hause	Nein
contrat de prestations	Gesetz	800.101	Loi portant constitution d'un établissement de droit public pour le maintien à domicile (NOMAD - Neuchâtel organise le maintien à domicile)	Art. 13 Abs. 1 Lit. I	01.12.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Pflege zu Hause	Kanton	Organisation für Pflege zu Hause	Pflege zu Hause	Nein
mandat de prestations	Gesetz	802.310	Loi sur le Centre neuchâtelois de psychiatrie (LCNP)	Art. 13 Abs. 1 Lit. D	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Psychiatrisches Spital	Kanton	Psychiatrisches Spital	Dienstleistungen im psychiatrischen Sektor	Nein

mandat de prestations	Gesetz	802.4	Loi sur l'Etablissement hospitalier multisite cantonal (LEHM)	Art. 13 Abs. 1 Lit. E	01.12.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalnetz	Kanton	Spitalnetz	Dienstleistungen im Gesundheitssektor	Nein
mandat de prestations	Gesetz	806.0	Loi d'application de la loi fédérale sur les denrées alimentaires et les objets usuels (LA-LDAI)	Art. 8 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Lebensmittelkontrollen	Departement	öffentliche Institutionen	Lebensmittelkontrollen	Nein
mandat de prestations	Gesetz	813.10	Loi sur l'emploi et l'assurance-chômage (LEmpl)	Art. 40 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Arbeitslosenversicherung	Dienststelle für Arbeit	Institutionen	Prävention gegen Arbeitslosigkeit	Nein
accord de prestations	Gesetz	901.02	Loi d'exécution de la loi fédérale sur la politique régionale (LELPR)	Art. 2 Abs. 4	01.10.2009	Wirtschaft	Verwaltungsarbeit	Kanton	Entwicklungsorganisationen	Diverse Aufgaben	Nein
accord de prestations	Gesetz	921.1	Loi cantonale sur les forêts	Art. 76 Abs. 2 Lit. A	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Kanton	Waldbesitzer	Unterhalt des Walds	Nein
<b>NPM-Element 3 (Globalbudget)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
enveloppe budgétaire	Gesetz	416.10	Loi sur l'Université (LU)	Art. 76	01.01.2011	Erziehung	Universität				Nein
enveloppe budgétaire	Gesetz	601.8	Loi sur les subventions (LSub)	Art. 24 Abs. 3	01.01.2011	Finanzen	Subventionen				Nein
budget global	Gesetz	800.101	Loi portant constitution d'un établissement de droit public pour le maintien à domicile (NOMAD - Neuchâtel organise le maintien à domicile)	Art. 45	01.12.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Pflege zu Hause				Nein
budget global	Gesetz	802.310	Loi sur le Centre neuchâtelois de psychiatrie (LCNP)	Art. 39	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Psychiatrisches Spital				Nein
<b>NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
plan financier	Verfassung	101	Constitution de la République et Canton de Neuchâtel (Cst. NE)	Art. 80 Abs. 1	01.05.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Nein
plan financier	Gesetz	152.100	Loi sur l'organisation du Conseil d'Etat et de l'administration cantonale (LCE)	Art. 4 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Nein
plan financier	Gesetz	416.10	Loi sur l'Université (LU)	Art. 75 Abs. 1	01.01.2011	Erziehung	Universität				Nein
plan financier	Gesetz	601	Loi sur les finances	Art. 16 Abs. 1	01.01.2007	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein
<b>NPM-Element 5 (Vertrag)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>	<b>Vertragspartner 1</b>	<b>Vertragspartner 2</b>	<b>Gegenstand des Vertrags</b>	<b>Flächendeckend</b>
contrat	Gesetz	151.10	Loi d'organisation du Grand Conseil (OGC)	Art. 28f Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	PUK	PUK	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat	Gesetz	152.510	Loi sur le statut de la fonction publique (LSt)	Art. 7 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit	Kanton	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Optional
contrat	Gesetz	416.10	Loi sur l'Université (LU)	Art. 63	01.01.2011	Erziehung	Universität	Universität	Mitarbeiter	Arbeitsvertrag	Nein
contrat	Verordnung	601.23	Décret relatif à l'utilisation du fonds destiné aux réformes de structures de l'Etat	Art. 1 Abs. 2	01.01.2010	Finanzen	Verwaltungsarbeit	Kanton	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat	Gesetz	601.8	Loi sur les subventions (LSub)	Art. 20 Abs. 2	01.01.2011	Finanzen	Subventionen	Kanton	Subventionsempfänger	Subventionsvertrag	Nein
contrat	Gesetz	701.0	Loi cantonale sur l'aménagement du territoire (LCAT)	Art. 112b Abs. 1	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Raumplanung	Gemeinden	Grundbesitzer	Dienstleistungsvertrag	Nein
contrat	Gesetz	761.400	Loi sur le service cantonal des automobiles et de la navigation (LSCAN)	Art. 21 Abs. 2	01.01.2009	Verkehr	Strassenverkehrsamt	Strassenverkehrsamt	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein

contrat	Gesetz	831.0	Loi sur l'action sociale (LASoc)	Art. 54	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Sozialamt	Sozialhilfebezüger	Eingliederungsvertrag	Nein
contrat	Gesetz	911	Loi sur l'aide humanitaire et la coopération au développement	Art. 5 Abs. 2	01.06.2008	Gesundheit u. Fürsorge	humanitäre Hilfe	Kanton	Subventionsempfänger	Subventionsvertrag	Nein
contrat	Gesetz	961.1	Loi sur la Caisse cantonale d'assurance populaire (LCCAP)	Art. 17 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	kantonale Versicherungsanstalt	kantonale Versicherungsanstalt	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
<b>NPM-Element 6 (Wirkungsziel)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
efficace	Gesetz	152.100	Loi sur l'organisation du Conseil d'Etat et de l'administration cantonale (LCE)	Art. 7 Abs. 4	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Ja
efficacité	Gesetz	152.100	Loi sur l'organisation du Conseil d'Etat et de l'administration cantonale (LCE)	Art. 31 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Ja
efficacité	Gesetz	152.510	Loi sur le statut de la fonction publique (LSt)	Art. 1 Lit. D	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Ja
efficace	Gesetz	601	Loi sur les finances	Art. 47 Abs. 1 Lit. B	01.01.2007	Finanzen	Finanzhaushalt				Ja
efficacité	Gesetz	601	Loi sur les finances	Art. 3 Abs. 1	01.01.2007	Finanzen	Finanzhaushalt				Ja
efficace	Gesetz	601.8	Loi sur les subventions (LSub)	Art. 1 Abs. 2 Lit. B	01.01.2011	Finanzen	Subventionen				Nein
efficace	Gesetz	601.8	Loi sur les subventions (LSub)	Art. 29 Abs. 1	01.01.2011	Finanzen	Subventionen				Nein
efficacité	Gesetz	601.8	Loi sur les subventions (LSub)	Art. 5 Abs. 1	01.01.2011	Finanzen	Subventionen				Nein
<b>WoV-Erlasse</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>

Nidwalden											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung / Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Delegations Objekt	Flächendeckend
Leistungsauftrag	Gesetz	151.1	Gesetz über die Organisation und die Geschäftsführung des Landrates (Landratgesetz)	Art. 21	01.05.2008	Verwaltung	Landrat	Landrat	Finanzkommission	Bezüglich des Personalgesetzes ist die Finanzkommission verantwortlich für die Überprüfung von Veränderungen	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	152.1	Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (Regierungsratsgesetz)	Art. 2 Abs. 1 Ziff. 4	01.07.1998	Verwaltung	Regierungsrat und Verwaltung	Landrat Kanton Nidwalden	Regierungsrat	Überprüfung des Leistungsauftrags	Optional
Leistungsauftrag	Gesetz	165.1	Gesetz über das öffentlichrechtliche Arbeitsverhältnis (Personalgesetz)	Art. 9.	01.05.2010	Verwaltung	Personalpolitik	Landrat	Personalamt	Personalfragen	Optional
Leistungsauftrag	Verordnung	165.113	Vollzugsverordnung zum Personalgesetz betreffend das Lohnsystem und die Entlohnung (Entlohnungsverordnung)	Art. 2 Abs. 1	01.12.2010	Verwaltung	Lohnsystem	Regierungsrat	Direktion, Ämter, Gericht	Einhaltung der Lohnsumme aufgrund des Leistungsauftrags	Optional
Leistungsauftrag	Gesetz	171.2	Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden (Gemeindefinanzhaushaltsgesetz)	Art. 18.	01.01.2010	Verwaltung	Finanzhaushalt	Landrat	administrative Rat	Budgetierung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	211.2	Gesetz zum Schutz der Persönlichkeit (Persönlichkeitsschutzgesetz)	Art. 16	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Persönlichkeitsschutz	Regierungsrat	Beratungsstellen	Beauftragen von Beratungsstellen für betroffene Personen	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	313.1	Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung (kant. Berufsbildungsgesetz)	Art. 15 Abs. 2	01.01.2011	Erziehung	Leistungsauftrag	Landrat	Regierungsrat	Beiträge an Dritte durch Leistungsauftrag gewähren	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	321.1	Gesetz über die Förderung des kulturellen Lebens	Art. 5	01.07.2004	Kultur	kulturelles Leben	Kanton Nidwalden	Kultrubetriebe	Leistungsvereinbarungen Unterstützung Kulturbetriebe und Kulturstätten	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	321.11	Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Förderung des kulturellen Lebens	Art. 3	01.07.2004	Kultur	kulturelles Leben	Kanton Nidwalden	Kultrubetriebe	Leistungsvereinbarungen Unterstützung Kulturbetriebe und Kulturstätten	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	331.1	Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz	Art. 30 Abs. 3	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Natur & Landschaftsschutz	Kanton Nidwalden	Parkträgerschaft	Leistungsvereinbarung Höhe der Beiträge	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	331.11	Vollzugsverordnung zum Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz	Art. 14c	01.05.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Natur & Landschaftsschutz	Kanton Nidwalden	Parkträgerschaft	Leistungsvereinbarung über Aufgaben der Parkträgerschaft	Nein
Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget/Leistungsauftrag	Gesetz	511.1	Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons (Finanzhaushaltsgesetz)	Art. 17	01.01.2010	Finanzen	Finanzhaushalt	Landrat	Regierungsrat	Budgetierung	Optional
Leistungsauftrag	Verordnung	511.11	Vollzugsverordnung zum Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons (Finanzhaushaltsverordnung)	Art. 4 Abs. 3	01.01.2010	Finanzen	Finanzhaushalt	Reigerungsrat	Anlagebuchhaltung	Nutzungsdauer durch Leistungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	622.1	Gesetz über den Bau und Unterhalt der Strassen	Art. 15a Abs. 1	01.08.2009	Bau	Strassenbau	Kanton Nidwalden	Gemeinwesen/Privaten	Leistungsvereinbarung über den Betrieb	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	711.1	Gesetz zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit	Art. 12a Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsförderung	Kanton Nidwalden	einer oder mehreren Organisationen der Krankenpflege und Hilfe zu Hause	Leistungsvereinbarung zur Kostenübernahme	Nein





NPM-Element 6 (Wirkungsziel)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
wirkungsvoll	Gesetz	152.1	Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (Regierungsratsgesetz)	Art. 2 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 3 Abs. 2	01.07.1998	Verwaltung	Organisation des Regierungsrates				Ja
wirksam	Gesetz	171.2	Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden (Gemeindefinanzhaushaltsgesetz)	Art. 1 Abs. 1-2	01.01.2010	Verwaltung	kant. Verwaltung mit Finanzordnung wirksam umsetzen				Nein
wirksam	Gesetz	171.2	Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden	Art. 1 Abs. 1-2	01.01.2010	Verwaltung	Finanzhaushalt/Finanzplanung				Nein
wirksam	Gesetz	273.3	Gesetz über den Straf- und Massnahmenvollzug	Art. 24 Abs. 2	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Straf- und Massnahmenvollzug				Nein
wirksamkeit	Gesetz	312.1	Gesetz über die Volksschule	Art. 144b	01.03.2011	Erziehung	Bildung				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	322.2	Gesetz über den Schutz der Kulturdenkmäler	Art. 9 Abs. 1	01.05.2008	Kultur	Schutz Kulturdenkmäler				Nein
wirksamkeit	Gesetz	331.1	Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz	Art. 30 Abs. 2	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Natur & Landschaftsschutz				Nein
wirksam	Gesetz	511.1	Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons (Finanzhaushalt)	Art. 1 Abs. 1-2	01.01.2010	Finanzen	kant. Verwaltung mit Finanzordnung wirksam umsetzen				Ja
wirksam	Verordnung	612.11	Vollzugsverordnung zum Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen	Art. 27, Art. 36	01.01.2011	Bau	öff. Beschaffungswesen				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	641.1	Gesetz über die sparsame Energienutzung und die Förderung erneuerbarer Energien	Art. 29	01.05.2010	Energie	Energie				Nein
Wirksamkeit	Verordnung	641.11	Vollzugsverordnung zum Gesetz über die sparsame Energienutzung und die Förderung erneuerbarer Energien (kant. Ergieverordnung)	Art. 3	01.05.2010	Energie	Energie				Nein
wirksam	Gesetz	651.1	Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Strassenverkehr	Art. 7 Ziff. 6	01.01.2009	Verkehr	Strassenverkehr				Nein
wirkungsvoll	Gesetz	711.1	Gesetz zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit (Gesundheitsgesetz, GesG)	Art. 68 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	wirkungsvolle Organisation				Nein
wirksam	Gesetz	714.1	Gesetz über das Kantonsspital	Art. 15 Abs. 2	01.07.2004	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt				Nein
wirksam	Verordnung	854.11	Vollziehungsverordnung zum Gesetz über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholischen Getränken	Art. 13 Abs. 2	01.01.1997	Wirtschaft	Alkoholhandhabung				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend

Obwalden											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung / Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
Leistungsauftrag	Gesetz	130.1	Staatsverwaltungsgesetz	Art.2	01.01.2011	Verwaltung	Staatsverwaltung	Regierungsrat	Staatsverwaltung	Leistungsauftrag	Optional
Leistungsauftrag	Verordnung	141.11	Personalverordnung	Art. 7	01.01.2009	Verwaltung	Personalpolitik	Regierungsrat	Departemente	Leistungsauftrag bezüglich Stellen	Optional
Leistungsauftrag	Gesetz	410.1	Bildungsgesetz	Art. 15	01.01.2011	Erziehung	Bildung	Kantonsrat	Schulträger --> Schulen	Globalbudget durch Leistungsauftrag im Sinne der wirkungsorientierten Verwaltungsführung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	410.11	Bildungsverordnung	Art. 7	01.01.2011	Erziehung	Gemeindeschulen / Volksschulen	Einwohnergemeinderat	Gemeindeschulen	Leistungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	410.13	Verordnung über Leistungsangebote in den Bereichen Sozialpädagogik, Sonderschulung und Förderung von Menschen mit einer Behinderung	Art. 9 Abs. 3	01.01.2011	Erziehung	Bildung	Kanton	Leistungserbringer/innen	Leistungsvereinbarung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	412.11	Volksschulverordnung	Art. 4 Abs. 4	01.01.2011	Erziehung	Volksschule	Einwohnergemeinde	private Institutionen	Leistungsvereinbarung Schulergänzende Tagesstrukturen	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	546.1	Gesetz über den vorbeugenden Brandschutz und die Feuerwehr (Feuerwehrgesetz)	Art. 18	01.01.2009	Justiz u. Sicherheit	Feuerwehr	Einwohnergemeinderat	Gemeindefeuerwehr	Leistungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	610.11	Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons (Finanzhaushaltsverordnung)	Art. 38	01.01.2011	Finanzen	Leistungsaufträge / Leistungsvereinbarungen	Regierungsrat	Kantonsrat/Departemente	Leistungsvereinbarung	Optional
Leistungsauftrag	Verordnung	610.11	Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons (Finanzhaushaltsverordnung)	Art. 8	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt / Finanzplanung	Regierungsrat	Antstalten ohne Rechtspersönlichkeit/Betriebe/Amtsstellen	Aufgabenübertragungen durch Leistungsaufträge	Optional
Leistungsvereinbarung	Gesetz	810.1	Gesundheitsgesetz	Art. 6 Abs. 3	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheit	Einwohnergemeinde, Regierungsrat, Kantonsrat	Spitexträgerorganisation, Kantonsspital Obwalden	Leistungsvereinbarung Betreuung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	810.1	Gesundheitsgesetz	Art. 8 Lit. E	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheit	Kantonsrat	Kantonsspital	Leistungsauftrag	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	818.1	Veterinärsgesetz	Art. 19	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Veterinärwesen	Kanton	Laboratorium Urkanton	Leistungsauftrag	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	830.11	Spitalverordnung	Art. 3, 11	01.08.2007	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt	Kantonsrat	Spitalleitung	Leistungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	870.7	Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung	Art. 6	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Kinderbetreuung	Standortgemeinde	Betreuungseinrichtungen	Leistungsvereinbarung Betreuung	Nein
NPM-Element 3 (Globalbudget)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Globalbudget	Gesetz	410.1	Bildungsgesetz	Art. 15-16	01.01.2010	Erziehung	Bildung				Nein
globalisierte (Ressourcenvorgabe)	Verordnung	610.11	Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons (Finanzhaushaltsverordnung)	Art. 8 Abs. 3	01.01.2011	Finanzen	Finanzen				Optional
Globalbudget	Gesetz	818.1	Veterinärsgesetz	Art. 19	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Tiere				Nein
Globalbudget	Gesetz	921.1	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Landwirtschaft sowie zum bauerlichen Boden- und Pachtrecht (kant. Landwirtschaftsgesetz)	Art. 2 Abs. 1	01.03.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft				Nein
NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
integrierter Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	132.1	Gesetz über den Kantonsrat	Art. 29, Art. 61	01.01.2011	Verwaltung	Finanzplan / Finanzhaushalt				Nein
Finanzplan	Verordnung	610.11	Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons (Finanzhaushaltsverordnung)	Art. 35	01.01.2011	Finanzen	Finanzplan / Finanzhaushalt				Nein

NPM-Element 5 (Vertrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Vertragspartner 1	Vertragspartner 2	Gegenstand des Vertrags	Flächendeckend
öffentlich-rechtlicher Dienstvertrag	Gesetz	130.1	Staatsverwaltungsgesetz	Art. 45 Abs. 1-2	01.01.2011	Verwaltung	Arbeitsverhältnis	Regierungsrat	Staatspersonal	Arbeitsvertrag	Ja
öffentlich-rechtlicher Vertrag	Verordnung	410.12	Verordnung über das Anstellungsverhältnis der Lehrpersonen	Art. 28 Abs. 5	01.08.2011	Erziehung	Bildung	Kanton	Stellvertretende/r	Arbeitsvertrag	Nein
öffentlich-rechtlicher Vertrag	Verordnung	830.11	Spitalverordnung	Art. 4 Abs. 1	01.08.2007	Gesundheit u. Fürsorge	Arbeitsverhältnis	Kantonsspital	Spitaldirektorin/direktor, Chefärztin/arzt, leitende Ärztin/Arzt, leiterin/Leiter Pflegedienst	Arbeitsvertrag	Nein
NPM-Element 6 (Wirkungsziel)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Wirksamkeit	Gesetz	130.1	Staatsverwaltungsgesetz	Art. 19 Abs. 4	01.01.2011	Verwaltung	Staatsverwaltung				Ja
Wirksamkeit	Gesetz	131.5	Geoinformationsgesetz	Art. 22 Abs. 2	01.09.2011	Verwaltung	Geoinformation				Nein
Ziel- und Wirkungsorientierung	Gesetz	132.1	Gesetz über den Kantonsrat (Kantonsratsgesetz)	Art. 29 Abs. 1 Ziff. A	01.01.2011	Verwaltung	Kantonsrat				Nein
Wirksamkeit	Verordnung	141.11	Personalverordnung	Art. 21 Abs. 5	01.01.2009	Verwaltung	Personal				Ja
wirkungsorientiert	Gesetz	410.1	Bildungsgesetz	Art. 15	01.01.2011	Erziehung	Bildung				Nein
Wirksamkeit	Verordnung	410.13	Verordnung über Leistungsangebote in den Bereichen Sozialpädagogik, Sonderschulung und Förderung von Menschen mit einer Behinderung	Art. 1 Abs. 2	01.01.2011	Erziehung	Bildung				Nein
Wirksamkeit	Verordnung	610.11	Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons (Finanzhaushaltsverordnung)	Art. 53	01.01.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Ja
Wirksamkeit	Gesetz	810.1	Gesundheitsgesetz	Art. 9 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheit				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	921.1	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Landwirtschaft sowie zum bauerlichen Boden- und Pachtrecht (kant. Landwirtschaftsgesetz)	Art. 18	01.03.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend

St.Gallen											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	in Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
wirksam	Verfassung	111.1	Verfassung des Kantons St.Gallen	Art. 82 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Verfassung				Ja
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung/Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	in Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
Leistungsvereinbarung	Gesetz	151.2	Gemeindegesezt	Art. 126 Abs. 1 Lit. b	01.07.2011	Verwaltung	Gemeinden	Gemeinde	Private	Öffentl. Aufgaben	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	213.12	Verordnung über den Volksschulunterricht	Art. 8 Abs. 3	01.08.2008	Erziehung	Volksschulunterricht	Bildungsdepartement	Schulpsycholog. Dienst SG	Schulpsychologische Dienste	Nein
besonderer Leistungsauftrag	Gesetz	216	Gesetz über die Pädagogische Hochschule des Kantons St.Gallen	Art. 11	01.04.2006	Erziehung	Pädagogische Hochschule SG	Regierung	PH SG	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	231.11	Berufsbildungsverordnung	Art. 50	01.01.2008	Erziehung	Berufsbildung	Kanton	ausserkantonale Lehrwerkstätte	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	273.1	Gesetz über Beiträge an die Genossenschaft Konzert und Theater St.Gallen	Art. 7	01.01.2010	Kultur	Beiträge an Genossenschaft Konzert u. Theater St.Gallen	Regierung	Genossenschaft Konzert und Theater St.Gallen	K.A.; ~Beiträge gegen Leistungen	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	311.1	Gesundheitsgesetz	Art. 26 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheit	Kanton	Spital	Leistungsangebot	Nein
Vereinbarungen	Gesetz	311.1	Gesundheitsgesetz	Art. 18bis Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheit	Staat, beauftragte Spitäler	Rettungsorganisationen	sanitätst. Rettung	Nein
Vereinbarung	Gesetz	311.1	Gesundheitsgesetz	Art. 63	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheit	Regierung	Kantone, Staaten	Spitalplanung; Aufgabenvollzug	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	311.2	Suchtgesetz	Art. 8 Abs. 2	01.01.1999	Gesundheit u. Fürsorge	Suchthilfe	Staat	ambulante Suchthilfe	Dienstleistung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	311.2	Suchtgesetz	Art. 8 Abs. 2	01.01.1999	Gesundheit u. Fürsorge	Suchthilfe	Staat	stationäre Suchthilfe	Dienstleistung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	320.2	Gesetz über die Spitalverbunde	Art. 4	01.01.2006	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalverbunde	Regierung	Spitalverbund	Aufgaben	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	320.22	Gesetz über das Zentrum für Labormedizin	Art. 2 Abs. 1-2, Art. 8	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Zentrum f. Labormedizin	Regierung	Zentrum für Labormedizin	Labormedizinische Leistungen für die Spitalverbunde/psychiatr. Dienst/Veterinärbehörden	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	331.11	Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung	Art. 16bis Abs. 2	20.04.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenversicherung	Regierung	private Organisation	Durchführung des Programms (Mammographie-Screening-Programm)	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	331.2	Gesetz über die Pflegefinanzierung	Art. 17	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Pflegefinanzierung	politische Gemeinde	Organisationen der Hilfe und Pflege zu Hause	Pflege zu Hause	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	381.1	Sozialhilfegesetz	Art. 4 Abs. 1 Lit. b	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	politische Gemeinde	private Sozialhilfeeinrichtungen	Aufgaben der pers. Sozialhilfe	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	381.1	Sozialhilfegesetz	Art. 28 Abs. 2 Lit. b	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	politische Gemeinde	Ortsgemeinde, private Institutionen	bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in stationären Einrichtungen zur Betreuung u. Pflege von Betagten.	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	381.12	Verordnung über die Aufnahme von Asylsuchenden	Art. 2 Abs. 3	01.03.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Aufnahme von Asylsuchenden	Kanton	Dritte	Betreuen der Asylsuchenden bis zur Zuweisung an die polit. Gemeinden.	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	381.12	Verordnung über die Aufnahme von Asylsuchenden	Art. 2 Abs. 3	01.03.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Aufnahme von Asylsuchenden	politische Gemeinde	Dritte	Aufgaben der Betreuung u. Unterbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	413.1	Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Zivilschutz	Art. 7bis	01.01.2005	Justiz u. Sicherheit	Zivilschutz	Departement	politische Gemeinde	Nothilfeinsatz ausserhalb des Gebietes ihrer Zivilschutzorg. u. deren Nachbargemeinden	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	421.1	Bevölkerungsschutzgesetz	Art. 7	01.01.2005	Justiz u. Sicherheit	Bevölkerungsschutz	politische Gemeinde	privatrechtl. Unternehmen	Zusammenarbeit im Verbund mit den anderen Partnerorg.	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	455.315	Verordnung über den Sport-Toto-Fonds	Art. 8 Abs. 2	01.01.2009	Kultur	Sport-Toto-Fonds	Bildungsdepartement	Interessengemeinschaft St.Galler Sportverbände	Erfüllen der Aufgabe der Sport-Toto-Kommission.	Nein

Leistungsauftrag	Gesetz	575.1	Tourismusgesetz	Art. 3	01.04.1996	Wirtschaft	Tourismus	Staat	Tourismusorganisationen	Leistungen im Tourismusmarketing	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	610.11	Landwirtschaftsverordnung	Art. 23	01.10.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft	Landwirtschaftsamt	Vienschauen	Beiträge	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	651.1	Einführungsgesetz zur eidgenössischen Waldgesetzgebung	Art. 4bis	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Waldregion	Forstbetriebe	Aufgaben	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	651.1	Einführungsgesetz zur eidgenössischen Waldgesetzgebung	Art. 4 abs. 2	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Regierung	Waldregion	Aufgaben	Nein
Leistungsaufträge	Gesetz	741.2	Einführungsgesetz zur eidgenössischen Stromversorgungsgesetzgebung	Art. 9	01.01.2011	Energie	Stromversorgung	Regierung	Netzbetreiber	Sicherstellung der Grundversorgung, Gewährleistung d. Versorgungssicherheit im Netzbereich, Effizienzsteigerung d. Elektrizitätsverwendung, Nutzung erneuerbarer Energie	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	752.2	Vollzugsgesetz zur eidgenössischen Gewässerschutzgesetzgebung	Art. 39ter Abs. 1	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Gewässerschutz	Departement	Gemeinden	Nutzung der Gewässer	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	813.11	Vollzugsverordnung zum Finanzausgleichsgesetz	Art. 41 Abs. 2	01.01.2010	Finanzen	Finanzausgleich	Kanton	Schulgemeinden	Bildungsauftrag	Nein
<b>NPM-Element 3 (Globalbudget)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>in Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Globalkredit	Gesetz	216	Gesetz über die Pädagogische Hochschule des Kantons St.Gallen	Art. 12 Abs. 2	01.04.2006	Erziehung	Pädagogische Hochschule SG				Nein
Globalkredit	Gesetz	320.2	Gesetz über die Spitalverbunde	Art. 11	01.01.2006	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalverbunde				Nein
Globalkredit	Gesetz	320.22	Gesetz über das Zentrum für Labormedizin	Art. 9 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Zentrum f. Labormedizin				Nein
Globalbudget	Gesetz	331.11	Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung	Art. 1 Abs. 1 Lit. b	20.04.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenversicherung				Nein
Globalkredit	Gesetz	651.1	Einführungsgesetz zur eidgenössischen Waldgesetzgebung	Art. 34-35	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald				Nein
Globalkredit	Verordnung	813.11	Vollzugsverordnung zum Finanzausgleichsgesetz	Art. 41	01.01.2010	Finanzen	Finanzausgleich				Nein
<b>NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>in Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Aufgaben- und Finanzplan	Verfassung	111.1	Verfassung des Kantons St.Gallen	Art. 65 Lit. h, Art. 73 Lit. e	01.01.2011	Verwaltung	Verfassung				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	140.1	Staatsverwaltungsgesetz	Art. 16 d-e	01.07.2011	Verwaltung	Staatsverwaltung				Nein
Finanzplan	Gesetz	151.2	Gemeindegesetz	Art. 122	01.07.2011	Verwaltung	Gemeinden				Nein
Finanzplan	Verordnung	831.1	Finanzhaushaltsverordnung	Art. 29-30	01.01.2008	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein
<b>NPM-Element 5 (Vertrag)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>in Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>	<b>Vertragspartner 1</b>	<b>Vertragspartner 2</b>	<b>Gegenstand des Vertrags</b>	<b>Flächendeckend</b>

Verträge	Gesetz	140.1	Staatsverwaltungsgesetz	Art. 18 Abs. 2	01.07.2011	Verwaltung	Staatsverwaltung	Regierung	Kantone, Ausland	Zusammenwirken	
Zusammenarbeitsvertrag	Verordnung	142.21	Verordnung über die Informatiksicherheit	Art. 19	01.03.2004	Verwaltung	Informatiksicherheit	Amt	Dritte	Zusammenarbeit	
privatrechtliche Verträge	Gesetz	151.2	Gemeindegesetz	Art. 139	01.07.2011	Verwaltung	Gemeinden	Gemeinde	andere Gemeinwesen	Zusammenarbeit	
Verträge	Verordnung	173.58	Dekret über die Pensionskasse des Katholischen Konfessionsteils für die Diözese St.Gallen (Pensionskassenstatut)	Art. 4 Abs. 3	01.01.2007	Finanzen	Pensionskasse Diözese SG	Kassenleitung	Institutionen	Anschluss (i.S. einer Versicherungspflicht=	
Arbeitsverträge	Verordnung	213.951	Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Staatsbeiträge an private Sonderschulen (Sonderschulverordnung)	Art. 21	01.01.2008	Erziehung	Sonderschulen	Sonderschulen	Personal	Arbeitsvertrag	
Verträge	Gesetz	311.1	Gesundheitsgesetz	Art. 63	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheit	Regierung	private Organisationen	Aufgabenvollzug	
vertraglich	Verordnung	325.51	Vollzugsverordnung zur Bundesgesetzgebung über die Schwangerschaftsberatungsstellen	Art. 2 Abs. 2	01.01.1900	Gesundheit u. Fürsorge	Schwangerschaftsberatungsstellen SG	Schwangerschaftsberatungsstellen	zuständige Behörden AR + AI	Zusammenarbeit	
Vertrag	Verordnung	331.111	Verordnung zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung	Art. 26 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenversicherung	Sozialversicherungsanstalt	Versicherer	Mitwirkung der Versicherer	
Verträge	Gesetz	573.11	Vollzugsverordnung zum Grossratsbeschluss über den Fond für Wirtschaftsförderung	Art. 6 Abs. 3	01.07.1999	Wirtschaft	Fond f. Wirtschaftsförderung	Bürgschaftsinstitution	Bürgschaftsnehmer	Bürgschaftsvertrag	
Bewirtschaftungsvertrag	Gesetz	671.7	Gesetz über die Abgeltung ökologischer Leistungen	Art. 4	01.10.2002	Umwelt u. Landwirtschaft	Abgeltung ökolog. Leistungen	Kanton	Dritte	Bewirtschaftung	
Bewirtschaftungsvertrag	Verordnung	671.71	Verordnung zum Gesetz über die Abgeltung ökologischer Leistungen	Art. 6	01.04.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Abgeltung ökolog. Leistungen	Kanton	Dritte	Bewirtschaftung	
Verträge	Verordnung	914.12	Verordnung über die EDV-Grundbuchführung	Art. 2 Abs. 3	01.01.2008	Verwaltung	EDV-Grundbuchführung	Departement des Innern	Anbieter	Bereitstellung, Betrieb u. Unterhalt des System (EDV-Grundbuch wird mit System TERRIS geführt)	
Vertrag	Verordnung	914.71	Verordnung zum Gesetz über die amtliche Vermessung	Art. 7 Abs. 2	01.12.2008	Verwaltung	amtl. Vermessung	politische Gemeinde	Dritte	Auftragserteilung zur Ausführung von Arbeiten	
Vertrag	Verordnung	914.71	Verordnung zum Gesetz über die amtliche Vermessung	Art. 46, Art. 46bis	01.12.2008	Verwaltung	amtl. Vermessung	politische Gemeinde	Dauerbezüger*	Datenbezug	
<b>NPM-Element 6 (Wirkungsziel)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>in Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Wirkungsziele	Gesetz	216	Gesetz über die Pädagogische Hochschule des Kantons St.Gallen	Art. 10 Abs. 2	01.04.2006	Erziehung	Pädagogische Hochschule SG				Nein
wirksam	Gesetz	140.1	Staatsverwaltungsgesetz	Art. 16g	01.07.2011	Verwaltung	Staatsverwaltung				Ja
Wirksamkeitsüberprüfungen	Gesetz	140.1	Staatsverwaltungsgesetz	Art. 40 Abs. 2 Lit. c	01.07.2011	Verwaltung	Staatsverwaltung				Ja
wirksam	Gesetz	147.1	Gesetz über Aktenführung und Archivierung	Art. 2 Lit. c	01.01.2011	Verwaltung	Aktenführung, Archivierung				Nein

wirkungsorientierte Verwaltungsführung	Gesetz	151.2	Gemeindegesetz	Art. 124	01.07.2011	Verwaltung	Gemeinden				Nein
wirksam	Gesetz	151.3	Gemeindevereinigungsgesetz	Art. 17 Abs. 1 u. Abs. 2 Lit. c	01.07.2007	Verwaltung	Gemeindevereinigungen				Nein
wirkungsorientierte Verwaltungsführung	Verordnung	151.53	Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden	Art. 8	01.07.2011	Verwaltung	Finanzhaushalt der Gemeinden				Nein
wirksam	Gesetz	273.1	Gesetz über Beiträge an die Genossenschaft Konzert und Theater St.Gallen	Art. 7 Abs. 2	01.01.2010	Kultur	Beiträge an Genossenschaft Konzert u. Theater St.Gallen				Nein
Effektivität und Effizienz	Gesetz	320.2	Gesetz über die Spitalverbunde	Art. 14 Abs. 1	01.01.2006	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalverbunde				Nein
wirksam	Gesetz	413.1	Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Zivilschutz	Art. 1bis Abs. 1	01.01.2005	Justiz u. Sicherheit	Zivilschutz				Nein
wirksam	Gesetz	421.1	Bevölkerungsschutzgesetz	Art. 1bis Abs. 1	01.01.2005	Justiz u. Sicherheit	Bevölkerungsschutz				Nein
Wirkungskontrolle	Gesetz	573	Standortförderungsgesetz	Art. 13 Abs. 2 Lit. d	01.01.2011	Wirtschaft	Standortförderung				Nein
Wirksamkeit	Verordnung	651.11	Verordnung zum Einführungsgesetz zur eidgenössischen Waldgesetzgebung	Art. 35ter Abs. 1	01.01.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald				Nein
wirksam	Gesetz	813.1	Finanzausgleichsgesetz	Art. 2 Abs. 2 Lit. a	01.01.2008	Finanzen	Finanzausgleich				Nein
Wirksamkeitsbericht	Gesetz	813.1	Finanzausgleichsgesetz	Art. 44	01.01.2008	Finanzen	Finanzausgleich				Nein
Wirkungs- und Leistungsvorgaben	Gesetz	941.1	Gerichtsgesetz	Art. 44 Abs. 2 Lit. b	01.01.2011	Verwaltung	Gericht				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend

Schaffhausen											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	in Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
wirksam	Verfassung	101	Verfassung des Kantons Schaffhausen	Art. 39 Abs. 1, Art. 79 Abs. 3	01.01.2011	Verwaltung	Verfassung				Ja
Wirksamkeitsprüfung	Verfassung	101	Verfassung des Kantons Schaffhausen	Art. 55	01.01.2011	Verwaltung	Verfassung				Ja
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung/Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	in Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
private Vereinbarungen	Verfassung	101	Verfassung des Kantons Schaffhausen	Art. 51 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Verfassung	Staat	Private	Leistungserbringung	Ja
Leistungsauftrag	Verordnung	172.105	Verordnung über die «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung» (WoV-Verordnung)	Art. 3	01.01.2009	Verwaltung	WoV	Departemente	WoV-Dienststellen	Leistungserbringung	Optional
Leistungsvereinbarung	Verordnung	341.101	Justizvollzugsverordnung (JVV)	Art. 90 Abs. 1	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Justizvollzug	Regierungsrat	Gefängnisarzt	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	341.101	Justizvollzugsverordnung (JVV)	Art. 110	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Justizvollzug	Kanton	staatl. oder private Einrichtungen; vom Standortkanton anerkannt	Vollzug stationärer Suchttherapien	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	354.1	Gesetz über die Organisation des Polizeiwesens (Polizeiorganisationsgesetz)	Art. 8 Abs. 4	01.01.2009	Justiz u. Sicherheit	Polizeiorganisation	Regierungsrat	Polizei	Organisation, Ausbildung, Bewaffnung und Ausrüstung der SH Polizei sowie Rechte und Pflichten der Korpsangehörigen (Art. 14).	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	410.1	Schulgesetz	Art. 81 Abs. 1-2	01.02.2010	Erziehung	Schule	Erziehungsdepartement	Sonderschulen SH	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	410.1	Schulgesetz	Art. 52a	01.02.2010	Erziehung	Schule	Kanton	Sonderschulen SH	Die SH Sonderschulen stellen im Rahmen eines LA ein breit gefächertes Schulungs-, Therapie-, Förderungs- und Betreuungsangebot zu Verfügung, ...	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	411.21	Dekret über die Schaffhauser Sonderschulen	Art. 24	01.01.2011	Erziehung	Sonderschulen	Erziehungsdepartement	Sonderschulrat	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	411.222	Verordnung des Erziehungsrates über die Sonderschulung (Sonderschulverordnung)	Art. 11, Art. 14, Art. 18	01.05.2011	Erziehung	Sonderschulen	Erziehungsdepartement*	Sonderschulrat	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	411.225	Verordnung über die Beiträge des Kantons an die Sonderschulung	Art. 5	01.01.2010	Erziehung	Kantonsbeiträge f. Sonderschulung	Erziehungsdepartement	Sonderschulen SH, bewilligte private Sonderschulen	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	412.1	Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz	Art. 32	01.01.2008	Erziehung	Berufsbildung	Erziehungsdepartement	private Anbieter	Aufgabenvollzug	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	412.101	Verordnung zum Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz	Art. 1 Lit. b	01.01.2008	Erziehung	Berufsbildung	Kanton	private Anbieter	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	441.1	Kulturgesetz	Art. 3	01.07.2006	Kultur	item	Kanton, Gemeinden	öffentl. od. private Institutionen	Übertragn kultureller Aufgaben	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	441.101	Verordnung zum Kulturgesetz (Musikschulgesetz)	Art. 6-7	01.01.2007	Kultur	Musikschule	Erziehungsdepartement	Kulturveranstaltende, Träger kultureller Institution	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	441.101	Verordnung zum Kulturgesetz (Musikschulgesetz)	Art. 6-7	01.01.2007	Kultur	Musikschule	Erziehungsdepartement	öffentl. od. private Institutionen	Leistungserbringung; Übertragen kantonal kultureller Aufgaben	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	451.1	Gesetz über den Natur- und Heimatschutz im Kanton Schaffhausen	Art. 11 Abs. 2	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Natur- und Heimatschutz	Bund	Regierungsrat	Naturschutz und Denkmalpflege	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	451.101	Verordnung über den Naturschutz (Naturschutzverordnung)	Art. 22 Abs. 2	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Naturschutz	Bund	Planungs- und Naturschutz	Natur- und Landschaftsschutz	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	455.201	Verordnung zum Gesetz über das Halten von Hunden (Hundeverordnung)	Art. 2 Abs. 2	01.10.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Hunde	Departement des Innern	Organisationen	Unterhalt von Findel- und Verzichtstieren	Nein



Leistungsauftrag	Gesetz	550.1	Gesetz über den Brandschutz und die Feuerwehr (Brandschutzgesetz, BSG)	Art. 2 Abs. 2 Lit. b, Art. 21 Lit. a	01.01.2011	Bau	Brandschutz	Kanton	Feuerwehr	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	550.101	Brandschutzverordnung	Art. 21	01.01.2011	Bau	Brandschutz	Gemeinden	Ersteinsatzelement der Feuerwehr	Feuerwehrwesen	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	550.101	Brandschutzverordnung	Art. 22	01.01.2011	Bau	Brandschutz	Gemeinden	Stützpunkfeuerwehr	Feuerwehrwesen	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	550.101	Brandschutzverordnung	Art. 23	01.01.2011	Bau	Brandschutz	Gemeinden	Betriebsfeuerwehr	Feuerwehrwesen	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	611.1	Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz)	Art. 31a	01.04.2010	Finanzen	Finanzhaushalt	Kantonsrat	Dienststellen	Es können für einzelne Dienststellen Globalbudgets mit entsprechenden LA beschlossen werden. Der Kantonsrat bezeichnet die entspr. Dienststellen.	Optional
Leistungsauftrag	Gesetz	611.1	Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz)	Art. 31d	01.04.2010	Finanzen	Finanzhaushalt	Gemeinden	k.A.	Die Gemeinden regeln die unbefristete Einführung von Globalbudgets und Leistungsaufträgen in einem allgemeinverbindlichen Erlass, ...	Optional
Leistungsvereinbarung	Gesetz	641.1	Schulgesetz	Art. 16 Abs. 3, Art. 63 Abs. 2	01.01.2011	Finanzen	Steuern	Regierungsrat	Personenunternehmung	Verpflichtung zu Leistungen	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	721.1	Wasserwirtschaftsgesetz	Art. 31 Abs. 1	01.01.2008	Bau	Wasserwirtschaft	Regierungsrat	Leistungserbringer	Renaturierungen	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	721.103	Verordnung zum Wasserwirtschaftsgesetz	Art. 1 Abs. 3	01.06.2010	Bau	Wasserwirtschaft	Bund	Tiefbauamt	Wasserwirtschaft	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	725.1	Strassengesetz	Art. 62 Abs. 3	01.01.2011	Bau	Strassen	Organisation (von Regierungsrat gegründet oder von ihr Beitritt erklärt)	Bundesbehörden	Betrieb u. Unterhalt von Nationalstrassen	Nein
Rahmenkontrakt	Gesetz	813.1	Spitalgesetz	Art. 9	01.01.2006	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Kanton	Spitäler SH	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	813.1	Spitalgesetz	Art. 8	01.01.2006	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Kanton	Spitäler SH	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	813.5	Altersbetreuungs- und Pflegegesetz	Art. 6	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Altersbetreuung u. Pflege	Gemeinden	Heime, Dienste	Aufgaben für Versorgung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	813.501	Verordnung zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz (AbPV)	Art. 4 Lit. b, Art. 11 Abs. 1	01.04.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Altersbetreuung u. Pflege	Gemeinden	Heime, Dienste	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	813.501	Verordnung zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz (AbPV)	Art. 21	01.04.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Altersbetreuung u. Pflege	Kanton	Heime, Dienste*	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	814.1	Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über den Umweltschutz (Einführungsgesetz zum USG)	Art. 19a	01.07.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Umweltschutz	Bund	Regierungsrat	Umweltschutz	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	814.2	Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz	Art. 2 Abs. 2	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Gewässerschutz	Regierungsrat	k.A.	Gewässerschutz	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	832.151	Verordnung über die Zulassung von Spitälern und Heimen zur obligatorischen Krankenversicherung	Art. 1 Lit. a	01.04.2007	Gesundheit u. Fürsorge	Zulassung von Spitälern u. Heimen zur oblig. Krankenversicherung	Kanton	Spitäler SH	Erweiterte Grundversorgung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	837.201	Arbeitsvermittlungsverordnung	Art. 1 Abs. 1	01.06.2004	Wirtschaft	Arbeitsvermittlung	Bund	Kanton	Führen eines reg. Arbeitsvermittlungszentrum	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	900.1	Wirtschaftsförderungsgesetz	Art. 7	01.03.2010	Wirtschaft	Wirtschaftsförderung	Regierungsrat	private Unternehmen	Wirtschaftsförderung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	900.1	Wirtschaftsförderungsgesetz	Art. 3	01.03.2010	Wirtschaft	Wirtschaftsförderung	Regierungsrat	Dritte	Aufgaben der Wirtschaftsförderungstelle als Anlauf-, Informations- u. Koordinationsorgan zw. Wirtschaft, Politik u. VW.	Nein

Leistungsvereinbarung	Verordnung	900.101	Verordnung zum Wirtschaftsförderungsgesetz	Art. 9	11.11.2008	Wirtschaft	Wirtschaftsförderung	Regierungsrat	private Unternehmen	Wirtschaftsförderung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	900.101	Verordnung zum Wirtschaftsförderungsgesetz	Art. 3	11.11.2008	Wirtschaft	Wirtschaftsförderung	Regierungsrat	Dritte	Übertrag der Führung der Wirtschaftsförderungsstelle.	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	900.3	Gesetz zur Förderung der Regional- und Standortentwicklung im Kanton Schaffhausen	Art. 4	01.09.2008	Wirtschaft	Förderung d. Regional- u. Standortentwicklung	k.A.	Leistungsempfänger	Förderungsmassnahmen	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	900.3	Gesetz zur Förderung der Regional- und Standortentwicklung im Kanton Schaffhausen	Art. 11 Abs. 1	01.09.2008	Wirtschaft	Förderung d. Regional- u. Standortentwicklung	Regierungsrat	Dritte	Aufgaben der Geschäftsstelle als Anlauf-, Informations- u. Beratungsorgan zw. VW u. Leistungsempfängern sowie zur Administration u. Überwachung d. Realisierung der geförderten Initiativen, Programme u. Projekte.	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	900.301	Verordnung zum Gesetz zur Förderung der Regional- und Standortentwicklung im Kanton Schaffhausen	Art. 8	01.09.2008	Wirtschaft	Förderung d. Regional- u. Standortentwicklung	Geschäftsstelle oder Volkswirtschaftsdepartement	Leistungsempfänger	Förderungsmassnahmen	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	900.301	Verordnung zum Gesetz zur Förderung der Regional- und Standortentwicklung im Kanton Schaffhausen	Art. 3	01.09.2008	Wirtschaft	Förderung d. Regional- u. Standortentwicklung	Regierungsrat	Dritte	Führung der Geschäftsstelle	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	921.1	Kantonales Waldgesetz	Art. 39b	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Bund	Regierungsrat	Wald	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	921.101	Kantonale Waldverordnung (KWaV)	Art. 1 Abs. 3	01.06.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Bund	Kantonsforstamt	Wald	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	922.1	Jagdgesetz	Art. 30a	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Jagd	Bund	Regierungsrat	Gewässerschutz	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	935.2	Gesetz über die Beiträge an die kantonale Tourismusorganisation	Art. 4	01.10.2008	Finanzen	Beiträge an die kant. Tourismusorganisation	zuständiges Departement	kant. Tourismusorganisation	Effiziente Umsetzung des Marktbearbeitungskonzepts	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	935.521	Verordnung über die Verwendung der Mittel aus dem Lotteriegewinnfonds (Lotteriegewinnfonds-Verordnung, LGV)	Art. 8 Abs. 1	01.01.2007	Finanzen	Lotteriegewinnfond	Regierungsrat	Leistungsbezüger	Leistungserbringung	Nein
NPM-Element 3 (Globalbudget)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	in Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Globalbudget	Verordnung	172.105	Verordnung über die «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung» (WoV-Verordnung)	Art. 5	01.01.2009	Verwaltung	WoV				Optional
Globalbudget	Gesetz	611.1	Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz)	Art. 31a u. d	01.04.2010	Finanzen	Finanzhaushalt				Optional
Globalbeiträge des Bundes	Gesetz	725.1	Strassengesetz	Art. 71 Abs. 1	01.01.2011	Bau	Strassen				Nein
Globalkredit	Gesetz	813.1	Spitalgesetz	Art. 9 Abs. 4	01.01.2006	Gesundheit u. Fürsorge	Spital				Nein
NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	in Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Entwicklungs- und Finanzplanung	Gesetz	813.1	Spitalgesetz	Art. 24	01.01.2006	Gesundheit u. Fürsorge	Spital				Nein
Arbeits- und Finanzplan	Verordnung	921.101	Kantonale Waldverordnung (KWaV)	Art. 17 Abs. 1 Lit. c	01.06.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald				Nein
NPM-Element 5 (Vertrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	in Kraft seit	Betrifft	Konkret	Vertragspartner 1	Vertragspartner 2	Gegenstand des Vertrags	Flächendeckend
Vertrag	Verordnung	120.101	Gemeindearchivverordnung	Art.4 Abs. 1	01.01.2010	Verwaltung	Gemeindearchiv	Gemeinde	Zweckverbände, öff.-rechtl. Anstalten	Aufbewahrung der Akten im Gemeindearchiv	Nein
Vertrag	Verordnung	120.101	Gemeindearchivverordnung	Art. 4 Abs. 2	01.01.2010	Verwaltung	Gemeindearchiv	Gemeinde	nat. od. jur. Personen	Aufbewahrung der Akten im Gemeindearchiv	Nein

Vertrag	Verordnung	160.101	Verordnung über die versuchsweise Einführung der elektronischen Stimmabgabe für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer	Art. 3 Abs. 2	01.05.2010	Verwaltung	elektronische Stimmabgabe für Auslandschweizer	Regierungsrat	Einwohnergemeinde SH	Führung des Stimmregisters der Auslandschweizer	Nein
Arbeitsvertrag	Gesetz	180.1	Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz)	Art. 6 Abs. 2	01.11.2005	Verwaltung	Personal	Kanton	Personal	Arbeitsvertrag	Ja
Arbeitsvertrag	Verordnung	180.111	Verordnung über die Arbeitsverhältnisse des Staatspersonals (Personalverordnung)	Art. 12 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Personal	Kanton (Anstellungsbehörde)	Personal	Arbeitsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	211.111	Kantonale Zivilstandsverordnung	Art. 1 Abs. 2	01.01.2007	Verwaltung	Zivilstand	Regierungsrat	Einwohnergemeinde SH	Führung des Zivilstandsamtes	Nein
Vertrag	Verordnung	211.442	Verordnung über die Gebühren der amtlichen Vermessung	Art. 2	01.04.1999	Verwaltung	Gebühren d. amtl. Vermessung	amtl. Vermessungsamt	Datenbezügler	Datenabgabe	Nein
vertraglich	Verordnung	211.444	Verordnung über die Koordination raumbezogener, digitaler Datenbestände (Geodaten-Verordnung)	Art. 6	01.10.2008	Verwaltung	Geodaten	GIS-Stelle	Gemeinden, Leitunsbetreiber, Ingenieurbüros, weitere Interessierte	Abruf der Datensammlung (Geodatenpool)	Nein
vertraglich	Gesetz	354.1	Gesetz über die Organisation des Polizeiwesens (Polizeiorganisationsgesetz)	Art. 10 Abs. 2 Lit. c	01.01.2009	Justiz u. Sicherheit	Polizeiorganisation	Gemeindebehörden	Gemeinden	Vollzug der Ordnungsbussengesetzgebung (=kommunalpolizeil. Aufgabe)	Nein
Vertrag	Gesetz	354.1	Gesetz über die Organisation des Polizeiwesens (Polizeiorganisationsgesetz)	Art. 10 Abs. 3	01.01.2009	Justiz u. Sicherheit	Polizeiorganisation	Gemeinde	Regierungsrat	Übertrag von Aufträgen an die SH Polizei (gegen Entschädigung)	Nein
Mietverträge	Gesetz	354.1	Gesetz über die Organisation des Polizeiwesens (Polizeiorganisationsgesetz)	Art. 32 Abs. 2	01.01.2009	Justiz u. Sicherheit	Polizeiorganisation	Regierungsrat	Gemeinden	Örtlichkeiten bzgl. der bisherigen polizeil. Nutzung	Nein
Arbeitsvertrag	Verordnung	410.401	Verordnung über die Arbeitsverhältnisse der Lehrpersonen an den öffentlichen Schulen (Lehrerverordnung)	Art. 5 Abs. 1	01.01.2008	Erziehung	Arbeitsverhältnisse d. Lehrpers. an öffentl. Schulen	Erziehungsdepartement	Lehrperson	Arbeitsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	413.307	Verordnung des Erziehungsrates über die Studiengänge der Pädagogischen Hochschule Schaffhausen	Pkt. 1.2	01.01.2007	Erziehung	Studiengänge der PH SH	Regierungsrat SH	Pädagogische Hochschule Zürich	Ausbildungsziele	Nein
Leistungsverträge	Gesetz	455.2	Gesetz über das Halten von Hunden	Art. 6 Abs. 4	01.01.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Hunde	Kanton	Organisationen	Unterhalt von Findel- und Verzichtstieren	Nein
Vertrag	Verordnung	700.101	Verordnung über den Energiehaushalt in Gebäuden und Anlagen (Energiehaushaltverordnung, EHV)	Art. 23 Abs. 2 Lit. b	01.01.2011	Bau	Bau	k.A.	privatrechtl. organisierte Fachstelle	Übertragung von Vollzungsaufgaben	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	813.501	Verordnung zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz (AbPV)	Art. 1 Lit. b	01.04.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Altersbetreuung u. Pflege	Regierungsrat	Leistungserbringer, Beratungsstellen, spez. Dienste	k.A.	Nein
vertraglich	Verordnung	813.501	Verordnung zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz (AbPV)	Art. 12 Abs. 2	01.04.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Altersbetreuung u. Pflege	Gemeinden	Insitutionen die spezialisierte Leistungen anbieten	Vertragl. Zugang d. Gemeinden zu Institution	Nein
Kooperationsverträge	Verordnung	813.501	Verordnung zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz (AbPV)	Art. 18-19	01.04.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Altersbetreuung u. Pflege	Organisation (von Gemeinde bezeichnet)	Partnerorganisationen	Kooperation	Nein

NPM-Element 6 (Wirkungsziel)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	in Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Wirksamkeit	Gesetz	171.1	Gesetz über den Kantonsrat	Art. 34 Abs. 3ter	01.01.2011	Verwaltung	Kantonsrat				Nein
wirkungsorientiert	Verordnung	172.105	Verordnung über die «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung» (WoV-Verordnung)	Art. 2	01.01.2009	Verwaltung	WoV				Optional
effizient	Gesetz	354.1	Gesetz über die Organisation des Polizeiwesens (Polizeiorganisationsgesetz)	Art. 2 Abs. 2	01.01.2009	Justiz u. Sicherheit	Org. d. Polizeiwesens				Nein
wirksam	Gesetz	412.1	Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz	Art. 9	01.01.2008	Erziehung	Berufsbildung				Nein
wirkungsvoll	Gesetz	421.1	Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz	Art. 35 Abs. 2	01.01.2008	Erziehung	Berufsbildung				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	441.1	Kulturgesetz	Art. 7 Abs. 2	01.07.2006	Kultur	Kultur				Nein
effizient	Verordnung	813.501	Verordnung zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz (AbPV)	Art. 18 Abs. 2	01.04.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Altersbetreuung u. Pflege				Nein
effizient	Gesetz	935.2	Gesetz über die Beiträge an die kantonale Tourismusorganisation	Art. 2 Abs. 1 Lit. d, Art. 4 Abs. 2	01.10.2008	Finanzen	Beiträge an die kant. Tourismusorganisation				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
WoV-Verordnung	Verordnung	172.105	Verordnung über die «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung» (WoV-Verordnung)		01.01.2009	Verwaltung	WoV				Optional

Solothurn											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Wirksamkeit	Verfassung	111.1	Verfassung des Kantons Solothurn (KV)	Art. 74 Abs. 2, Art.81	01.01.2011	Verwaltung	Steuerung von Leistungen und Finanzen				Ja
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung / Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
Leistungsauftrag	Gesetz	115.1	Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G)	Art. 13, Art. 21, Art. 43 Abs. 6	01.01.2008	Verwaltung	wirkungsorientierte Verwaltungsführung	Regierungsrat (Objekt: Rahmenglobalbudget)	k.A.	Globalbudget, Spezialfinanzierungen	Ja
Leistungsauftrag	Gesetz	115.1	Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G)	Art. 13, Art. 21, Art. 43 Abs. 6	01.01.2008	Verwaltung	wirkungsorientierte Verwaltungsführung	Kantonsrat (Objekt: Spezialfinanzierungen)	k.A.	Globalbudget, Spezialfinanzierungen	Ja
Leistungsauftrag	Verordnung	115.11	Verordnung zum Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-VO)	Art. 37 Abs. 5	01.05.2009	Verwaltung	wirkungsorientierte Verwaltungsführung	k.A.	k.A.	Leistungserbringung	Ja
Leistungsvereinbarung	Gesetz	131.1	Gemeindegesezt	Art. 103, Art. 158 Abs. 2, Art. 208 Abs. 1	01.01.2010	Verwaltung	Öffentliche Aufgaben	Gemeinderat, Regierungsrat	Dritte	Öffentl. Aufgaben	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	413.111	Volksschulgesetz	Art. 5ter, Art. 27 Abs. 1d	01.08.2011	Erziehung	Volksschule	komm. Aufsichtsbehörde	zuständige Schulleiter	Komm. Volksschul- u. Kindergartenangebot	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	413.111	Volksschulgesetz	Art. 5bis	01.08.2011	Erziehung	Volksschule	kant. Ausichtsbehörde	komm. Aufsichtsbehörde	Kant. u. komm. Volksschul- u Kindergartenangebote	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	413.121.1	Vollzugsverordnung zum Volksschulgesetz	Art. 73sexies	01.08.2011	Erziehung	Volksschule	Kanton	Pädagogische Fachhochschule	Kant. Weiterbildungsangebot für Lehrer u. Kindergärtner	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	413.121.1	Vollzugsverordnung zum Volksschulgesetz	Art. 13bis	01.08.2011	Erziehung	Volksschule	Kanton	Volksschulen, Kindergärten	Volksschul- u. Kindergartenangebot; Leistungen, finanziellen Mittel, Verantwortlichkeit, mitwirkungs- u. Kontrollrechte	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	531.2	Verordnung über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZVSO)	Art. 12 Abs. 1	01.08.2011	Justiz u. Sicherheit	Zivilschutz	Bund	Amt für Militär u. Bevölkerung	Planung u. Durchführung der Zivilschutzausbildung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	626.11	Gesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Kantonales Jagdgesetz)	Art. 40 Abs. 1-2	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Jagd u. Schutz wilder Tiere	Kanton	Dritte	Leistungen, welche für die Erfüllung der Aufgaben im bereich der Jagd u.Fischerei notwendig sind	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	712.15	Gesetz über Wasser, Boden und Abfall (GWBA)	Art. 155 Abs. 2	01.01.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Abfallanlage	Kanton	Abfallanlagebetreiber	Errichten u. Betrieb einer Abfallanlage	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	725.11	Strassengesetz	Art. 2bis Abs. 2	01.01.2008	Bau	baul. Unterhalt	Regierungsrat	zuständige Bundesstellen	Ausführung des betriebl. u. projektfreien baul. Unterhalts	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	732.4	Verordnung über das Grundangebot im regulären Personenverkehr (Grundangebotsverordnung)	14 Abs. 1	01.01.2010	Verkehr	reg. Personenverkehr	Regierungsrat	Transportunternehmen	Sicherstellen des reg. Personenverkehrs	Nein

Leistungsauftrag	Verordnung	732.4	Verordnung über das Grundangebot im regulären Personenverkehr (Grundangebotsverordnung)	Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 1	01.01.2010	Verkehr	reg. Personenverkehr	Regierungsrat	Transportunternehmen	Sicherstellen des reg. Personenverkehrs	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	817.11	Spitalgesetz (SpIG)	Art. 8	01.03.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Kantonsrat	Spital	Finanzielle Beteiligung an Versorgung der Kantonseinwohner in Spitälern	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	817.11	Spitalgesetz (SpIG)	Art. 1 Abs. 2, Art. 4	01.03.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Regierungsrat	Spital	Spitalversorgung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	822.41	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (EG BGSA)	Art. 4 Abs. 1	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Schwarzarbeit	Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)	Dritte	Kontrollaufgaben	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	831.1	Sozialgesetz (SG)	Art. 12 Abs. 2c	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Subventionen	Kanton u. Einwohnergemeinden	andere Gemeinden od. soziale Institutionen	Soziale Aufgaben, gemeinwirtschaftl. Leistungen	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	831.1	Sozialgesetz (SG)	Art. 12 Abs. 2c	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Subventionen	Kanton u. Einwohnergemeinden	andere Gemeinden od. soziale Institutionen	Soziale Aufgaben, gemeinwirtschaftl. Leistungen	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	831.2	Sozialverordnung (SV)	Art. 19	01.04.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Familienausgleichskasse	Kanton	Kantonale Familienausgleichskasse	Kanton entschädigt	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	831.2	Sozialverordnung (SV)	Art. 73	01.04.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Prämienverbilligungen	Volkswirtschaftsdepartement	Versicherern	Auszahlung, Verbuchung, Rückerstattung von Prämienverbilligungen	Nein
Leistungsaufträge	Verordnung	832.15	Verordnung über die Akut- und Übergangspflege (AÜP)	Art. 2 Abs.1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Akut- u. Übergangspflege	Zuständiges Departement	Solothurner Spitäler AG	Vollzug der Akut- u. Übergangspflege	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	921.11	Landwirtschaftsgesetz	Art. 16 Abs. 2	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Investitionshilfen	Amt für Landwirtschaft	solothurnische Landwirtschaftl. Kreditkasse	Durchführen von Massnahmen (Investitionshilfen)	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	921.11	Landwirtschaftsgesetz	Art. 58 Abs. 1	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Berufs- u. Weiterbildung	Regierungsrat	reg. u. nat. landwirtschaftl. u. hauswirtschaftl. Fachstellen	Landwirtschaftl. Berufs- u. Weiterbildung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	921.12	Allgemeine Landwirtschaftsverordnung (ALV)	Art. 33 Abs. 4	01.01.2006	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft	Amt für Landwirtschaft	Amts- od. Dienststellen anderer Kantone od. private Org.	Für Erledigung der Aufgaben im Rahmen des Globalbudgets	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	924.12	Verordnung über die Investitionshilfen in der Landwirtschaft	Art. 3 Abs. 2	01.01.2006	Umwelt u. Landwirtschaft	Investitionshilfen	Volkswirtschaftsdepartement	solothurnische Landwirtschaftl. Kreditkasse	Investitionshilfen in der Landwirtschaft	Nein
Leistungsaufträge	Verordnung	941.25	Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über die Stromversorgung	Art. 4, Art. 5 Abs.1	01.07.2010	Energie	Stromversorgung	Volkswirtschaftsdepartement	Netzbetreibern	Netzgebiete	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	944.11	Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über den Konsumkredit (EV KKG)	Art. 92 Abs. 2	01.07.2010	Wirtschaft	Konsumkredit	Volkswirtschaftsdepartement	geeignete Dritte	Zur Prüfung der Bewilligungsvoraussetzungen (Bewilligung von Konsumkrediten)	Nein
NPM-Element 3 (Globalbudget)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Globalbudget	Verfassung	111.1	Verfassung des Kantons Solothurn (KV)	Art. 33a Abs. 1-2	01.01.2011	Verwaltung	Globalbudgetinitiative				Nein
Globalbudget	Gesetz	113.111	Gesetz über die politischen Rechte (GpR)	Art. 142 Abs. 1-3	01.01.2009	Verwaltung	Globalbudgetinitiative				Nein

Globalbudget	Gesetz	115.1	Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G)	Art. 13 Abs. 1-5	01.01.2008	Verwaltung	wirkungsorientierte Verwaltungsführung				Ja
Globalbudget	Gesetz	131.1	Gemeindegesetz	Art. 56 Abs. 1f, 146bis Abs. 2-6	01.01.2010	Verwaltung	wirkungsorientierte Verwaltungsführung				Nein
Globalbudget	Verordnung	414.113	Mittelschulverordnung	Art. 4 Abs. 2b	01.01.2007	Erziehung	Mittelschulen				Nein
Globalbudget	Verordnung	416.112	Verordnung über die Berufsbildung (VBB)	Art. 20 Abs. 1b	01.01.2009	Erziehung	Berufsbildung				Nein
Globalbudget	Verordnung	531.2	Verordnung über den Bevölkerungsschutz und den Zivildienst (BZVSO)	Art. 49 Abs. 3 u. 5	01.08.2011	Justiz u. Sicherheit	Bevölkerungs- u. Zivildienst				Nein
Globalbudget	Verordnung	732.4	Verordnung über das Grundangebot im regulären Personenverkehr (Grundangebotsverordnung)	Art. 2 Abs. 1	01.01.2010	Verkehr	reg. Personenverkehr				Nein
Globalbudget	Gesetz	817.11	Spitalgesetz (SpiG)	Art. 8	01.03.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Spital				Nein
Globalbudget	Gesetz	921.11	Landwirtschaftsgesetz	Art. 27bis Abs. 1	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft				Nein
Globalbudget	Verordnung	921.12	Allgemeine Landwirtschaftsverordnung (ALV)	Art. 33 Abs. 4	01.01.2006	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft				Nein
Globalbudget	Gesetz	941.21	Energiegesetz	Art. 12 Abs. 2	01.07.2005	Energie	Energiekonzept				Nein
NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
integrierter Aufgaben- und Finanzplan	Verfassung	111.1	Verfassung des Kantons Solothurn (KV)	Art. 73 Abs.1, Art. 78 Abs. 2, Art. 130 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Staatsorganisation				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	114.1	Informations- und Datenschutzgesetz (InfoDG)	Art. 33bis Abs. 2	01.11.2008	Verwaltung	Information u. Datenschutz				Nein
Aufgaben- und Finanzplanung	Gesetz	115.1	Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G)	Art. 16 Abs. 1-4	01.01.2008	Verwaltung	wirkungsorientierte Verwaltungsführung				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Verordnung	115.11	Verordnung zum Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV-VO)	Art. 5 Abs. 1-2, Art. 7 Abs. 2, Art. 9 Abs. 1	01.05.2009	Verwaltung	Staatsorganisation				Nein
Aufgaben- und Finanzplan	Gesetz	121.1	Kantonsratsgesetz	Art. 45bis Abs. 1b	01.09.2011	Verwaltung	Staatsorganisation				Nein
NPM-Element 5 (Vertrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Vertragspartner 1	Vertragspartner 2	Gegenstand des Vertrags	Flächendeckend

Vertrag	Gesetz	125.12	Gesetz über die Gerichtsorganisation	Art. 4 Abs. 3bis	01.09.2011	Verwaltung	Friedensrichter	Einwohnergemeinden	Einwohnergemeinden	Bilden eines Friedensrichterkreis	Nein
Vertrag	Gesetz	126.1	Gesetz über das Staatspersonal	Art. 18 Abs. 3	01.09.2011	Verwaltung	Staatsorganisation	Kanton	Staatspersonal	Dienstverhältnis	Ja
Vertrag	Verordnung	212.477.1	Verordnung über die amtliche Vermessung	Art. 9 Abs. 2	01.05.2004	Bau	Nachführungsgeometer	Regierungsrat	NachführungsgeometerIn	Amtl. Vermessung	Nein
Vertrag	Gesetz	413.111	Volksschulgesetz	Art. 41 Abs. 1-2	01.08.2011	Erziehung	Volksschule	Gemeinde	Gemeinde	Zusammenschluss Schulkreis	Nein
Verträge	Gesetz	415.211	Fachhochschulgesetz (FHG)	Art. 8 Abs. 2	01.01.2011	Erziehung	Fachhochschule	Kantonsrat	Fachhochschulen u. damit verwandten Institutionen	Ein- u. Ausgliederung von Fachbereichen	Nein
Vertrag	Gesetz	626.11	Gesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Kantonales Jagdgesetz)	Art. 5 Abs. 1	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Jagd u. Schutz wilder Tiere	zuständiges Departement	Pächter, Pachtgesellschaften	Verpachten eines Reviers	Nein
Verträge	Gesetz	712.15	Gesetz über Wasser, Boden und Abfall (GWBA)	Art. 100 Abs. 1, Art. 159 Abs. 4	01.01.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Abfall	Regierungsrat	Betreiber von Deponien sowie Grundeigentümer	Leistungserbringungsverträge	Nein
Vertrag	Gesetz	725.11	Strassengesetz	Art. 21 Abs. 4	01.01.2008	Bau	Strassen	Kanton	Gemeinde	Übertragung der Schneeräumung von Kantonsstr.	Nein
Vertrag	Gesetz	817.11	Spitalgesetz (SpiG)	Art. 19 Abs. 1	01.03.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Kanton	Aktiengesellschaft 'Solothurner Spitäler'	LV zw. AG u. Kt. = öffentl.-rechtl. Vertrag	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	831.2	Sozialverordnung (SV)	Art. 78 Abs. 1	01.04.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Prämienverbilligungen	Amt für soziale Sicherheit	Ausgleichskasse des Kantons Solothurn	Prämienverbilligung	Nein
Verträge	Verordnung	926.711	Tierseuchen- und Tierschutzverordnung	Art. 39 Abs. 2	01.08.2007	Umwelt u. Landwirtschaft	Tiere	Regierungsrat	Entsorgungsbetriebe	Entsorgung tierischer Abfälle	Nein
NPM-Element 6 (Wirkungsziel)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
wirkungsorientiert	Gesetz	114.1	Informations- und Datenschutzgesetz (InfoDG)	Art. 33bis Abs. 1	01.11.2008	Verwaltung	Behördentätigkeit				Nein
Wirkungsziele	Gesetz	115.1	Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G)	Art. 1, Art. 4, Art. 9 Abs. 2b, Art. 10, Art. 12 Abs. 2	01.01.2008	Verwaltung	wirkungsorientierte Verwaltungsführung				Ja
Wirkungsziele	Verordnung	115.11	Verordnung zum Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-VO)	Art. 1, Art. 5 Abs. 2, Art. 16, Art. 21 Abs. 1a	01.05.2009	Verwaltung	wirkungsorientierte Verwaltungsführung				Ja



wirkungsorientiert	Gesetz	121.1	Kantonsratsgesetz	Art. 45bis Abs.1, Art. 48 Abs. 1	01.09.2011	Verwaltung	Verhandlungsgegenstände, Finanzkontrolle				Nein
wirkungsorientiert	Gesetz	122.111	Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung	Art. 15 Abs. 1	01.08.2005	Verwaltung	Staatsorganisation				Ja
wirkungsorientiert	Verordnung	122.112	Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung	Art. 26	01.07.2011	Verwaltung	wirkungsorientierte Verwaltungsführung				Ja
wirkungsorientiert	Gesetz	126.1	Gesetz über das Staatspersonal	Art. 13	01.09.2011	Verwaltung	Infrastruktur				Ja
Leistungsmessung, wirkungsorientiert	Gesetz	131.1	Gemeindegesezt	Art. 146bis Abs. 1 u. 5c	01.01.2010	Verwaltung	wirkungsorientierte Verwaltungsführung				Nein
wirkungsorientiert	Verordnung	212.473	Verordnung über geographische Daten und Informationssysteme in der Verwaltung des Kantons Solothurn (GIS Verordnung)	Art. 6 Abs. 1	01.04.2005	Verwaltung	geographische Daten u. Informationssysteme				Nein
Wirkungsziel	Gesetz	413.111	Volksschulgesetz	Art. 78 Abs. 1, Art. 79ter Abs. 2q	01.08.2011	Erziehung	Volksschule				Nein
wirkungsorientiert	Gesetz	414.11	Mittelschulgesetz	Art. 20 Abs. 4	01.01.2011	Erziehung	Mittelschulen				Nein
wirkungsorientiert	Gesetz	415.211	Fachhochschulgesetz (FHG)	Art. 10	01.01.2011	Erziehung	Fachhochschule				Nein
wirkungsorientiert	Gesetz	416.11	Gesetz über die Berufsbildung (GBG)	Art. 50 Abs. 4	01.01.2011	Erziehung	Steuerung der Finanzen				Nein
wirkungsorientiert	Gesetz	712.15	Gesetz über Wasser, Boden und Abfall (GWBA)	Art. 161 Abs. 1	01.01.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Gewässer, Bodenschutz, Abfallwirtschaft				Nein
leistungsorientiert	Gesetz	817.11	Spitalgesetz (SpiG)	Art. 6	01.03.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Spital				Nein
Wirkungsziele	Gesetz	831.1	Sozialgesetz (SG)	Art. 20, Art. 23	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialplanung				Nein
wirkungsorientiert	Verordnung	831.2	Sozialverordnung (SV)	Art. 2, Art. 3	01.04.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialplanung				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	931.11	Waldgesetz	Art. 26 Abs. 3	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald				Nein

Effizienz	Verordnung	941.22	Verordnung zum Energiegesetz	Art. 30 Abs. 1	01.01.2011	Energie	Grossverbraucher				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
WoV	Gesetz	115.1	Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G)		01.01.2008	Verwaltung	wirkungsorientierte Verwaltungsführung				Ja
WoV	Verordnung	115.11	Verordnung zum Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-VO)		01.05.2009	Verwaltung	wirkungsorientierte Verwaltungsführung				Ja

Schwyz											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung / Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
Zielvereinbarung	Gesetz	20.3421	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz)	Art. 10a	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Sozialrat	Sozialhilfebehörde	Sozialhilfe	Nein
Leistungsauftrag	verordnung	143.210	Verordnung über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV)	Art. 5.	01.01.2009	Verwaltung	WoV	Regierungsrat	Verwaltungseinheiten	Leistungsauftrag zur wirkungsorientierten Verwaltungsführung	Optional
Zielvereinbarung	verordnung	145.111	Vollzugsverordnung zur Personal- und Besoldungsverordnung	Art. 48	01.01.2011	Verwaltung	Personalbeurteilung	Regierungsrat	Vorgesetzte	Mitarbeiterbeurteilung/Mitarbeitergespräche	Nein
Leistungsauftrag	verordnung	152.112	Verordnung über die versuchsweise Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung in den Gemeinden und Bezirken (WOV-VO)	Art. 6, Art. 8	01.07.2005	Verwaltung	WoV	Regierungsrat	Gemeindeversammlung und Gemeinderat	Leistungsauftrag zur Erhaltung des Globalbudgets	Optional
Leistungsvereinbarung	Gesetz	311.100	Gesetz über die Wirtschaftsförderung	Art. 5	01.01.2008	Wirtschaft	Wirtschaftsförderung	Regierungsrat	regionalen Entwicklungsträger	Leistungsvereinbarungen	Nein
Leistungsvereinbarung	verordnung	312.111	Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Landwirtschaft	Art. 17	01.05.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft	Regierungsrat	Zuchtorganisationen	Aufgabenübertragung mittels Leistungsvereinbarung	Nein
Leistungsauftrag	verordnung	313.111	Vollzugsverordnung zur Kantonalen Verordnung zum Bundesgesetz über den Wald	Art. 3	01.07.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Regierungsrat	Volkswirtschaftsdepartement	Staatswald wird nach einem Leistungsauftrag bewirtschaftet	Nein
Leistungsauftrag	verordnung	361.511	Pflegefinanzierungsverordnung	Art. 17	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Pflegefinanzierung	Regierungsrat	Gemeinden --> Leistungserbringer	Leistungsaufträge mit Aufgaben	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	380.300	Gesetz über soziale Einrichtungen	Art.7	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	soziale Einrichtungen	Gemeinden/Kantone	Dritte	Leistungsvereinbarungen Aufgabendelegation	Nein
Leistungsvereinbarung	verordnung	380.312	Verordnung über Behinderteneinrichtungen	Art. 16	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt	Kanton	innerkantonalen Einrichtungen	Aufgabenübertragung mittels Leistungsvereinbarung	Nein
Leistungsvereinbarung	verordnung	380.313	Verordnung über Betreuungseinrichtungen	Art. 15	01.07.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt	Beteiligten Gemeinden	Trägerschaft	Leistungsvereinbarung	Nein
Leistungsvereinbarung	verordnung	443.210	Kantonale Verordnung zum Bundesgesetz über Fuss- und Wanderwege	Art. 2	01.01.2005	Umwelt u. Landwirtschaft	Landschaft	Kanton/Gemeinden	Dritte	Aufgabenübertragung mittels Leistungsvereinbarung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	520.110	Verordnung über die Kantonspolizei (Polizeiverordnung)	Art. 24	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Kanton	Kantonspolizei	Finanzierung durch Leistungsauftrag (Kanton)	Nein
Leistungsauftrag	verordnung	574.110	Spitalverordnung	Art. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt	Kanton	Spitäler	Leistungsaufträge für die Grundversorgung	Nein
Leistungsvereinbarung	verordnung	574.110	Spitalverordnung	Art. 15	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt	Regierungsrat	Spitalträgern	Aufgabenübertragung mittels Leistungsvereinbarung	Nein
Leistungsauftrag	verordnung	622.110	Verordnung über Berufsbildung, Berufsberatung und Weiterbildung	Art. 18	01.01.2007	Erziehung	Ausbildung/Berufsbildung	Regierungsrat	Berufsfachschulen	Führen mit Leistungsauftrag	Nein
Leistungsauftrag	verordnung	623.110	Verordnung über die Mittelschulen	Art. 9, Art. 36	01.08.2009	Erziehung	Mittelschulen	Regierungsrat	Mittelschulen und Private	Leistungsaufträge: zu erbringenden Leistungen, Qualitätsstandards, finanz. Mittel, Verantwortlichkeit, Controlling	Nein
Leistungsauftrag	verordnung	625.315	Verordnung über die Zusatzqualifikation von Kindergartenlehrpersonen für den Unterricht in der ersten und zweiten Klasse der Primarschule	Art. 2 Abs. 3	02.04.2009	Erziehung	Ausbildung/Weiterbildung	Konkordatsrat	Pädagogische Hochschule Zentralschweiz	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	verordnung	722.311	Verordnung betreffend die Moorlandschaft Rothenthurm	Art. 21	15.02.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Landschaft	Departement	Dritte	Aufgabenübertragung mittels Leistungsvereinbarung	Nein
Leistungsvereinbarung	verordnung	722.314	Verordnung betreffend Nutzung und Schutz der Ibergeregge	Art. 18 Abs. 2	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Ibergeregge	Departement	Dritten	Aufgabenübertragung mittels Leistungsvereinbarung	Nein

NPM-Element 3 (Globalbudget)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Globalbudget	Verordnung	143.210	Verordnung über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV)	Art. 5, Art. 12-13, Art. 15, Art. 17-18	01.01.2009	Verwaltung	WoV				Optional
Globalbudget	Verordnung	152.112	Verordnung über die versuchsweise Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung in den Gemeinden und Bezirken (WOV-VO)	Art.22, Art. 26	01.07.2005	Verwaltung	WoV				Optional
Globalbudget	Verordnung	380.312	Verordnung über Behinderteneinrichtungen (BehiVO)	Art. 22	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt				Nein
Globalbudget	Verordnung	574.110	Spitalverordnung	Art. 15 Abs. 2, Art. 16a Abs. 2, Art. 18, Art. 19, Art. 26, Art. 28	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt				Nein
NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Finanzplan	Verordnung	144.110	Verordnung über den Finanzhaushalt	Art. 1, Art. 8, Art. 24-25, Art. 29	16.06.2004	Verwaltung	Finanzhaushalt				Nein
Finanzplan	Verordnung	152.112	Verordnung über die versuchsweise Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung in den Gemeinden und Bezirken (WOV-VO)	Art. 10, Art. 17	01.07.2005	Verwaltung	wirkungsorientiert Verwaltungsführung				Nein
integrierter Aufgaben- und Finanzplan	Verordnung	152.112	Verordnung über die versuchsweise Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung in den Gemeinden und Bezirken (WOV-VO)	Art. 17	01.07.2005	Verwaltung	wirkungsorientiert Verwaltungsführung				Nein
Finanzplan	Gesetz	153.100	Gesetz über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden	Art. 1, Art. 9, Art. 24, Art. 29, Art. 39-40	01.01.2001	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein
NPM-Element 5 (Vertrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Vertragspartner 1	Vertragspartner 2	Gegenstand des Vertrags	Flächendeckend
Vertrag	Verordnung	145.110	Personal- und Besoldungsverordnung	Art. 12	01.01.2011	Verwaltung	Personalpolitik	Kanton	öffentliche Angestellte des Kantons	Arbeitsvertrag	Ja
Arbeitsvertrag	Verordnung	145.111	Vollzugsverordnung zur Personal- und Besoldungsverordnung	Art. 21	01.01.2011	Verwaltung	Arbeitsvertrag	Anstellungsbehörde	Personal Kanton	Arbeitsvertrag	Ja
Arbeitsvertrag	Verordnung	612.111	Vollzugsverordnung zur Verordnung über die Volksschule	Art. 17	01.07.2008	Erziehung	öffentlich-rechtlicher Vertrag	Schulträger	Stellvertreter	Arbeitsvertrag	Nein
NPM-Element 6 (Wirkungsziel)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
wirkungsorientiert	Verordnung	143.210	Verordnung über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV)	Art. 1.	01.01.2009	Verwaltung	wirkungsorientierte Verwaltungsführung				Optional
wirksam	Verordnung	144.110	Verordnung über den Finanzhaushalt	Art. 34	16.06.2004	Verwaltung	Finanzplanung/Haushalt				Ja
wirkungsorientiert	Verordnung	145.110	Personal- und Besoldungsverordnung	Art. 65a	01.01.2011	Verwaltung	Personalpolitik				Ja
wirkungsorientiert	Verordnung	145.110	Personal- und Besoldungsverordnung	Art. 66a	01.01.2011	Verwaltung	Personalpolitik				Ja
wirkungsorientiert	Gesetz	152.100	Gesetz über die Organisation der Gemeinden und Bezirke	Art. 65	01.07.2008	Verwaltung	wirkungsorientierte Verwaltungsführung				Nein

Wirkungsziel	Verordnung	152.112	Verordnung über die versuchsweise Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung in den Gemeinden und Bezirken (WOV-VO)	Art. 12	01.07.2005	Verwaltung	wirkungsorientierte Verwaltungsführung				Optional
wirkungsorientiert	Verordnung	152.112	Verordnung über die versuchsweise Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung in den Gemeinden und Bezirken (WOV-VO)	Art. 1	01.07.2005	Verwaltung	wirkungsorientierte Verwaltungsführung				Optional
wirksam	Gesetz	154.100	Gesetz über den Finanzausgleich	Art. 26 Abs. 2	01.01.2002	Finanzen	Finanzplanung/Haushalt				Nein
wirkungsorientiert	Verordnung	312.111	Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Landwirtschaft	Art. 26 Abs. 2	01.05.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft				Nein
wirkungsorientiert	Verordnung	313.111	Vollzugsverordnung zur Kantonalen Verordnung zum Bundesgesetz über den Wald	Art. 13	01.07.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald				Nein
wirksam	Verordnung	364.110	Verordnung zum Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und zum Bundesgesetz über die Arbeitslosenversicherung	Art. 2	01.01.1998	Gesundheit u. Fürsorge	Arbeitsvermittlung				Nein
wirksam	Gesetz	380.300	Gesetz über soziale Einrichtungen	Art. 6	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	soziale Einrichtungen				Nein
wirksam	Gesetz	512.100	Gesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz	Art. 3	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Bevölkerungs-/Zivilschutz				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
WoV	Verordnung	143.210	Verordnung über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV)		01.01.2009	Verwaltung					Optional
WoV	Verordnung	152.112	Verordnung über die versuchsweise Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung in den Gemeinden und Bezirken (WOV-VO)		01.07.2005	Verwaltung					Optional

Thurgau											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
wirksam	Verfassung	101	Verfassung des Kantons Thurgau	Art. 46 Abs. 1	01.03.2011	Verwaltung	Verfassung Kt. TG				Ja
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung/Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
Leistungsvereinbarung	Gesetz	411.11	Gesetz über die Volksschule	Art. 20 Abs. 2	01.01.2011	Erziehung	Volksschule	Regierungsrat	private od. ausserkant. Bildungsstätten	Zusammenarbeit	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	411.411	Verordnung des Regierungsrates über die Sonderschulung, Heilpädagogische Früherziehung, Spitalschulung und spezielle Unterstützungsangebote (Sonderschulverordnung)	Art. 17	01.01.2011	Erziehung	Sonderschulung	Departement	Sonderschulen	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	411.411	Verordnung des Regierungsrates über die Sonderschulung, Heilpädagogische Früherziehung, Spitalschulung und spezielle Unterstützungsangebote (Sonderschulverordnung)	Art. 25 Abs. 4	01.01.2011	Erziehung	Sonderschulung	Departement	Leistungserbringer	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	411.411	Verordnung des Regierungsrates über die Sonderschulung, Heilpädagogische Früherziehung, Spitalschulung und spezielle Unterstützungsangebote (Sonderschulverordnung)	Art. 27 Abs. 1	01.01.2011	Erziehung	Sonderschulung	Departement	Spitalschulen	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	411.411	Verordnung des Regierungsrates über die Sonderschulung, Heilpädagogische Früherziehung, Spitalschulung und spezielle Unterstützungsangebote (Sonderschulverordnung)	Art. 29 Abs. 4	01.01.2011	Erziehung	Sonderschulung	Departement	Leistungserbringer	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	411.411	Verordnung des Regierungsrates über die Sonderschulung, Heilpädagogische Früherziehung, Spitalschulung und spezielle Unterstützungsangebote (Sonderschulverordnung)	Art. 5 Abs. 4	01.01.2011	Erziehung	Sonderschulung	Amt	Private, kant. Beauftragter Leistungserbringer	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	414.2	Gesetz über die tertiäre Bildung (Tertiärbildungsgesetz)	Art. 11	01.01.2009	Erziehung	Tertiärbildung	pädagog. Hochschule	Schulleitung u. -rat	Bildungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	442.11	Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über die Kulturförderung und die Kulturpflege	Art. 5 Abs. 2	24.12.2005	Kultur	Kulturförderung u. -pflege	Departement	k.A.	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	551.1	Polizeigesetz	Art. 18f Abs. 2	01.01.2008	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Departement	Beratungs- u. Therapiestellen, die auf häusl. Gewalt spezialisiert sind	Beratung u. Therapie	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	611.11	Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über den Finanzhaushalt	Art. 12 Abs. 2	01.04.2009	Finanzen	Finanzhaushalt	Departement	Ämter, Anstalten	Leistungserbringung	Optional

Leistungsvereinbarung	Verordnung	640.11	Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern	Art. 52 Abs. 2	01.01.2011	Finanzen	Staats- u. Gemeindesteuern	Departement	Gemeinden	Veranlagungstätigkeit	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	725.1	Gesetz über Strassen und Wege	Art. 26a	01.01.2008	Bau	Strassen u. Wege	Kanton	Gemeinden	Umsetzen bundesrechtl. vorgeschriebener Lärmschutzmassnahmen an Gemeindef. od. ersatzweise an Gebäuden	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	725.1	Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über Strassen und Wege vom 14. September 1992	Art. 17	01.01.2008	Bau	Strassen u. Wege	Departement	Gemeinden	Umsetzen bundesrechtl. vorgeschriebener Lärmschutzmassnahmen an Gemeindef. od. ersatzweise an Gebäuden	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	731.11	Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über die Energienutzung	Art. 5 Abs. 3	29.10.2011	Energie	Energienutzung	Departement	Energieberatungsstellen	Leistungserbringung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	734.1	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Stromversorgung	Art. 4 Abs. 2	01.07.2010	Energie	Stromversorgung	Departement	Netzbetreiber	Zuteilung eines Netzgebiets mit einem Netzbetreiber mit einem LA verbinden.	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	810.1	Gesetz über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz)	Art. 23a Abs. 5	01.04.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheit	Regierungsrat	Standesorganisationen	Notfalldienst	Nein
Rahmenkontrakt	Gesetz	811.31	Gesetz über den Verbund der kantonalen Krankenanstalten	Art. 5	01.01.2000	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenanstalten	Regierungsrat	Betriebsgesellschaft	Leistungserbringung; Erfüllen der Aufgabe der medizinischen Versorgung der Bevölkerung.	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	832.1	Gesetz über die Krankenversicherung	Art. 24 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenversicherung	Kanton	Dritte	Leistungen d. ambulanten Akut- u. Spitalpflege	Nein
kommunaler Leistungsauftrag	Gesetz	832.1	Gesetz über die Krankenversicherung	Art. 27 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenversicherung	Gemeinde	Leistungserbringer mit komm. LA	Leistungserbringung im Bereich Betreuung	Nein
kommunaler Leistungsauftrag	Verordnung	832.1	Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über die Krankenversicherung	Art. 44 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenversicherung	Gemeinde	Leistungserbringer	Pflege	Nein
Vereinbarung	Verordnung	837.11	Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und zur Standortförderung	Art. 6 Abs. 2	01.01.2006	Gesundheit u. Fürsorge	Massn. geg. Arbeitslosigkeit	Gemeinden	regionales Arbeitsvermittlungszentrum	Aufgabenübertragung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	837.11	Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und zur Standortförderung	Art. 5	01.01.2006	Gesundheit u. Fürsorge	Massn. geg. Arbeitslosigkeit	Bund	regionales Arbeitsvermittlungszentrum	Vermittelt, berät und betreut Stellensuchende im Rahmen des LA des Bundes.	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	837.11	Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und zur Standortförderung	Art. 21 Abs. 1	01.01.2006	Gesundheit u. Fürsorge	Massn. geg. Arbeitslosigkeit	Bund	AWA	Koordiniert das Angebot an arbeitsmarktl. Massnahmen und legt es im Rahmen des LA des Bundes fest.	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	850.11	Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfeverordnung)	Art. 29a Abs. 3	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Departement für Finanzen und Soziales	Einrichtung	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	910.11	Verordnung des Regierungsrates zum Landwirtschaftsgesetz	Art. 39	01.07.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft	Departement	GLIB	Vollzug der bundesrechtl. Bestimmungen über die Gewährung von Investitionskrediten u. Betriebshilfedarlehen	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	910.11	Verordnung des Regierungsrates zum Landwirtschaftsgesetz	Art. 10	01.07.2010	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft	Departement	BBZ Arenenberg	Aufgaben d. Bildung u. Beratung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	921.1	Waldgesetz	Art. 5 Abs. 5	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Kanton	Körperschaft	Leistungserbringung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	921.11	Verordnung des Regierungsrates zum Waldgesetz	Art. 36b	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Kantonsforstamt	Forstrevierkörperschaften	Leistungserbringung	Nein

NPM-Element 3 (Globalbudget)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Globalbudget	Verordnung	131.2	Verordnung des Regierungsrates über das Rechnungswesen der Gemeinden	Art. 28	01.06.2000	Verwaltung	kant. IV-Stelle				Nein
Globalbudget	Gesetz	611.1	Gesetz über den Finanzhaushalt des Staates	Art. 5 Abs. 4, Art. 5a	01.01.2008	Finanzen	Finanzhaushalt				Optional
Globalbudget	Verordnung	611.11	Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über den Finanzhaushalt	Art. 12 Abs. 2-4	01.04.2009	Finanzen	Finanzhaushalt				Optional
NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan )	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
mittelfristiger Finanzplan	Verordnung	131.2	Verordnung des Regierungsrates über das Rechnungswesen der Gemeinden	Art. 26	01.06.2000	Verwaltung	Rechnungswesen d. Gemeinden				Nein
mittelfristiger Finanzplan	Verordnung	188.251	Verordnung des Katholischen Kirchenrates über das Rechnungswesen der katholischen Kirchgemeinden	Art. 26	01.01.2005	Verwaltung	Rechnungswesen d. kath. Kirchgemeinden				Nein
NPM-Element 5 (Vertrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Vertragspartner 1	Vertragspartner 2	Gegenstand des Vertrags	Flächendeckend
Vertrag	Gesetz	131.1	Gesetz über die Gemeinden	Art. 29	01.01.2011	Verwaltung	Gemeinden	Gemeinden	öf.-rechtl. od. privatrechtl. Unternehmen	Übertragung von Gemeindeaufgaben	Nein
vertraglich	Gesetz	131.1	Gesetz über die Gemeinden	Art. 37 Ziff. 2	01.01.2011	Verwaltung	Gemeinden	Gemeinden	Gemeinden, Kanton, öf.-rechtl. od. privatrechtl. Körperschaften u. Anstalten	Aufgabenerfüllung	Nein
Vertrag	Gesetz	170.7	Gesetz über den Datenschutz	Art. 12 Abs. 1	05.12.2008	Verwaltung	Datenschutz	verantwortl. Organ	Dritte	Bearbeitung von Personendaten	Nein
Arbeitsvertrag	Verordnung	187.225	Verordnung der Evangelischen Synode des Kantons Thurgau über die Pfarramtsstellvertretung	Art. 2	01.07.2003	Verwaltung	Pfarramtsstellvertretung d. Evang. Synode Kt. TG	Kirchenrat	Amtsträger	Arbeitsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	188.28	Verordnung der Katholischen Synode über den Religionsunterricht an der Volksschule	Art. 10 Abs. 2	01.08.2001	Verwaltung	Religionsunterricht an der Volksschule	Kirchenvorsteherchaften	spezielles Organ	Durchführung einer Aufgaben	Nein
vertraglich	Verordnung	188.291	Verordnung der Katholischen Synode über die Archivalien, Kult- und Kunstgegenstände (Archivverordnung)	Art. 22	04.12.1995	Verwaltung	Archivalien, Kult- u. Kunstgegenstände	Kirchenrat	zuständiges Departement	Modalitäten d. Zusammenarbeit	Nein
Vertrag	Verordnung	211.441	Verordnung des Regierungsrates über die amtliche Vermessung	Art. 7 Abs. 2	08.08.2009	Bau	Amtl. Vermessung	Gemeinden	Dritte	Ausführung vergebener Vermessungsarbeiten	Nein
Vertrag	Verordnung	211.441	Verordnung des Regierungsrates über die amtliche Vermessung	Art. 7 Abs. 2	08.08.2009	Bau	Amtl. Vermessung	Amt für Geoinformation	Dritte	Ausführung vergebener Vermessungsarbeiten	Nein
Vertrag	Verordnung	211.441	Verordnung des Regierungsrates über die amtliche Vermessung	Art. 20 Abs. 1	08.08.2009	Bau	Amtl. Vermessung	Gemeinde	patentierter Ingenieur-Geometer (Nachführungsgeometer)	Laufende Nachführung der Vermessungswerke	Nein
Vertrag	Verordnung	211.443	Verordnung des Regierungsrates über die Gebühren für Vermessungsdaten	Art. 6	01.01.2008	Bau	Gebühren für Vermessungsdaten	Amt für Geoinformation	Dauerbenützer	Datenbezug	Nein
Leistungsverträge	Gesetz	411.11	Gesetz über die Volksschule	Art. 49 Abs. 2	01.01.2011	Erziehung	Volksschule	Regierungsrat	Org. der Lehrerschaft	Leistungserbringung	Nein
Zusammenarbeitsverträge	Gesetz	530.1	Gesetz über die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen	Art. 6	01.09.2005	Justiz u. Sicherheit	Bewältigung ausserordentl. Lagen	Regierungsrat	Bund, Kantone, grenznahe Ausland, kirchl. u. private Org.	Zusammenarbeit	Nein
Vertrag	Verordnung	641.21	Verordnung des Regierungsrates über das Halten von Hunden	Art. 2 Abs. 2	01.01.2008	Finanzen	Halten von Hunden	Departement	ANIS	Regelung d. Rahmenbedingungen	Nein
Vertrag	Gesetz	721.8	Wassernutzungsgesetz	Art. 21 Abs. 1	01.01.2000	Bau	Wassernutzung	Gemeinden	öf.-rechtl. Körperschaft, private Unternehmen	Aufgabenübertragung	Nein



NPM-Element 6 (Wirkungsziel)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
wirkungsorientiert	Verordnung	131.2	Verordnung des Regierungsrates über das Rechnungswesen der Gemeinden	Art. 28	01.06.2000	Verwaltung	Rechnungswesen d. Gemeinden				Nein
Wirkung	Gesetz	170.7	Gesetz über den Datenschutz	Art. 18 Abs. 4	05.12.2008	Verwaltung	Datenschutz				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	411.11	Gesetz über die Volksschule	Art. 41 Abs. 3	01.01.2011	Erziehung	Volksschule				Nein
Wirksamkeit	Verordnung	411.111	Verordnung des Regierungsrates über die Volksschule	Art. 28 Abs. 2 Ziff. 6	01.01.2011	Erziehung	Volksschule				Nein
Leistungs- und Wirkungsorientierung	Verordnung	611.11	Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über den Finanzhaushalt	Art. 5 Abs. 4	01.04.2009	Finanzen	Finanzhaushalt				Ja
Wirkungsüberprüfung	Verordnung	613.11	Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über den Finanzausgleich der Politischen Gemeinden	Art. 12	01.01.2011	Finanzen	Finanzausgleich d. polit. Gem.				
effizient	Gesetz	734.1	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Stromversorgung	Art. 5 Abs. 3, Art. 7 Abs. 2	01.07.2010	Energie	Stromversorgung				Nein
wirkungsvoll	Verordnung	831.21	Verordnung des Regierungsrates über die kantonale IV-Stelle	Art. 4 Abs. 1	01.06.2004	Finanzen	IV-Stelle				Nein
effiziente (Pflegeleistungserbringung)	Gesetz	832.1	Gesetz über die Krankenversicherung	Art. 17 Abs. 2	01.01.2011	Finanzen	Krankenversicherung				Nein
effiziente Leistungserbringung	Verordnung	832.1	Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über die Krankenversicherung	Art. 21 Abs. 3	01.01.2011	Finanzen	Krankenversicherung				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend

Tessin											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung / Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
accordo di prestazione	Gesetz	2.1.1.2	Legge organica comunale	Art. 193b	01.01.2011	Verwaltung	Kommunalbehörde	Gemeinden	Dritte	Dienstleistungen	Nein
mandato di prestazione	Gesetz	2.5.1.1.	Legge sulla gestione e sul controllo finanziario dello Stato	Art. 21a	01.01.2008	Verwaltung	Finanzkontrolle	Kanton	unità amministrative autonome	Dienstleistungen	Optional
mandato di prestazione	Verordnung	2.5.1.1.3	Decreto legislativo concernente il finanziamento tramite il budget globale e il mandato di prestazione delle Unità Amministrative Autonome	Art. 8	01.04.2006	Verwaltung	Finanzplanung/Finanzhaushalt	Regierungsrat	Departement	Kompetenzübertragung	Optional
mandato di prestazione	Gesetz	4.1.4.0	Legge sulla misurazione ufficiale	Art. 7d	01.04.2009	Verwaltung	amtliche Vermessung	Kanton	Bund	Amtliche Vermessung	Nein
mandato di prestazione	Gesetz	5.3.1.1.	Legge sull'Università della Svizzera italiana, sulla Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana e sugli Istituti di ricerca	Art. 3d	01.09.2010	Erziehung	Universität/Hochschule/Fachhochschule	Kantonsrat	Universität	Bildungsauftrag	Nein
mandato di prestazione	Verordnung	6.1.1.1.6	Decreto legislativo concernente l'autorizzazione delle attrezzature medico-tecniche di diagnosi o di cura a tecnologia avanzata o particolarmente costosa (clausola del bisogno)	Art. 3 Abs. 5	23.03.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Medizinaltechnik	Kanton	Ausrüster	Dienstleistungen	Nein
mandato di prestazione	Gesetz	6.3.1.1.	Legge sull' EOC (Ente ospedaliero cantonale)	Art. 3	27.09.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Kantonsspital	Kanton	Spitalnetz	Dienstleistungen	Nein
mandato di prestazione	Gesetz	7.4.1.1.	Legge sui trasporti pubblici	Art. 16	01.01.2009	Verkehr	öffentlicher Verkehr	Regierungsrat	Transportunternehmen	Öffentlicher Verkehr	Nein
mandato di prestazione	Gesetz	8.1.1.1.	Legge sull' agricoltura	Art. 31 Abs. 3	01.01.2011	Wirtschaft	Landwirtschaft	Regierungsrat	Unione contadini ticinesi	Landwirtschaftliche Aufgaben	Nein
mandato di prestazione	Verordnung	9.1.7.1.9	Decreto legislativo concernente lo stanziamento di un credito quadro di fr. 65'000'000.-, per il periodo 2011-2020, relativo all'attuazione di una politica energetica integrata attraverso un programma di incentivi per l'impiego parsimonioso e razionale dell'energia (efficienza energetica), la produzione e l'utilizzazione di energia da fonti indigene rinnovabili e la distribuzione di energia termica tramite reti di teleriscaldamento, nonché attraverso il sostegno e la promozione della formazione, della postformazione e della consulenza nel settore dell'energia	Art. 3	10.05.2011	Energie	Energie	Regierungsrat	Associazione TicinoEnergia.	L'attuazione dei compiti di formazione, postformazione e consulenza nel settore dell'energia	Nein
NPM-Element 3 (Globalbudget)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend

budget globale	Verordnung	2.5.1.1.3	Decreto legislativo concernente il finanziamento tramite il budget globale e il mandato di prestazione delle Unità Amministrative Autonome	Art. 3 Abs. 1	01.04.2006	Verwaltung	Finanzplanung/Finanzhaushalt				Optional
budget globale	Gesetz	2.5.1.1	Legge sulla gestione e sul controllo finanziario dello Stato	Art. 21a Abs. 1	01.01.2008	Verwaltung	Finanzplanung/Finanzhaushalt				Optional
<b>NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben u. Finanzplan)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
piano-finanziario (Finanzplan)	Gesetz	2.1.4.3	Legge sulle aggregazioni e separazioni dei Comuni	Art. 19 Abs. 2	13.02.2004	Verwaltung	vierjähriger Finanzplan				Nein
piano-finanziario (Finanzplan)	Gesetz	2.4.1.1	Legge sul Gran Consiglio e sui rapporti con il Consiglio di Stato	Art. 21 Abs. b	19.04.2011	Verwaltung	vierjähriger Finanzplan				Nein
piano-finanziario (Finanzplan)	Gesetz	2.4.1.7	Legge sulla pianificazione cantonale	Art. 7	01.01.2007	Verwaltung	vierjähriger Finanzplan				Nein
<b>NPM-Element 5 (Vertrag)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>	<b>Vertragspartner 1</b>	<b>Vertragspartner 2</b>	<b>Gegenstand des Vertrags</b>	<b>Flächendeckend</b>
contratto di prestazione	Gesetz	5.2.1.1.	Legge sull' orientamento scolastico e professionale e sulla formazione professionale e continua (Lorform)	Art. 34 Abs. 2 lit. C	01.07.2009	Erziehung	Bildung	Regierungsrat	Berufsschulen	Bildungsauftrag	Nein
contratto di prestazione	Gesetz	5.3.1.1.	Legge sull'Università della Svizzera italiana, sulla Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana e sugli Istituti di ricerca	Art. 2 Abs. 1	01.09.2010	Erziehung	Universität/Hochschule/Fachhochschule	Universität	Kanton	Bildungsauftrag	Nein
contratto di prestazione	Gesetz	5.4.3.1	Legge sul promovimento e il coordinamento delle colonie di vacanza	Art. 8a	27.01.2009	Erziehung	Ferienlager	Regierungsrat	Bildungsinstitution	Finanzierung durch Kanton	Nein
contratto di prestazione	Gesetz	5.5.1.2	Legge sui musei etnografici regionali	Art. 5a Abs. 2	27.09.2010	Kultur	Museum	Kanton	Museum	Finanzierung durch Kanton	Nein
contratto di prestazione	Verordnung	6.1.1.1.6	Decreto legislativo concernente l'autorizzazione delle attrezzature medico-tecniche di diagnosi o di cura a tecnologia avanzata o particolarmente costosa (clausola del bisogno)	Art. 3 Abs. 5	23.03.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Medizinaltechnik	Departement	Ausrüster	Dienstleistungsvertrag	Nein
contratto di prestazione	Gesetz	6.1.3.3	Legge d'applicazione della legge federale sugli stupefacenti del 3 ottobre 1951	Art. 32 Abs. 2	27.02.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Betäubungsmittelgesetz	Kanton	Ambulatorien	Dienstleistungsvertrag	Nein
rapporto di lavoro subordinato	Gesetz	6.3.1.1.	Legge sull' EOC (Ente ospedaliero cantonale)	Art. 17	27.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Spitäler	Verwaltungsrat	Personal	Arbeitsvertrag	Nein
contratto di prestazione	Gesetz	6.4.5.1	Legge concernente il promovimento, il coordinamento e il finanziamento delle attività a favore delle persone anziane (Lanz)	Art. 9	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Alterspflege	Regierungsrat	Altersanstalt	Dienstleistungsvertrag	Nein
contratto di prestazione	Gesetz	6.4.5.5	Legge sull'assistenza e cura a domicilio (LACD)	Art. 36 Abs. 3	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Pflegedienst	Regierungsrat	Dienst für Pflege zu Hause	Dienstleistungsvertrag	Nein
contratto di prestazione	Gesetz	6.4.7.1	Legge sull'integrazione sociale e professionale degli invalidi	Art. 13 Abs. 2	27.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Invalidenfürsorge	Kanton	Kantonales Zentrum für Diagnose und berufliche sowie soziale Bildung	Dienstleistungsvertrag	Nein
contratto lavoro	Gesetz	11.2.1.1.	Legge sulla Banca dello Stato del Cantone Ticino	Art. 24 Abs. 2	01.01.2011	Finanzen	Bank	Consiglio di amministrazione e personale (Personaladministration des Regierungsrates)	Bundesangestellte/Personal	Verweis auf das Personalgesetz	Nein

contratto di prestazione	Verordnung	11.3.1.1.1	Decreto legislativo concernente lo stanziamento di un credito quadro di fr. 40'000'000.-- per la concessione degli aiuti in base alla Legge di applicazione e di complemento della Legge federale sull'aiuto agli investimenti nelle regioni montane (LIM cantonale del 17 ottobre 1977) nel quadriennio 2004-2007	Art. 7	13.05.2011	Finanzen	Hilfe für Berggemeinden	Regierungsrat	Amt	Dienstleistungsvertrag	Nein
<b>NPM-Element 6 (Wirkungsziel)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
efficacia	Gesetz	2.1.2.3	Legge sulla perequazione finanziaria intercomunale	Art. 23 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Finanzausgleich				Nein
efficacia	Gesetz	2.4.1.1	Legge sul Gran Consiglio e sui rapporti con il Consiglio di Stato	Art. 146 lit. D	19.04.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Nein
efficacia	Gesetz	2.5.1.1	Legge sulla gestione e sul controllo finanziario dello Stato	Art. 29a	01.01.2008	Verwaltung	Finanzhaushalt				Ja
efficacia	Verordnung	2.5.1.1.3	Decreto legislativo concernente il finanziamento tramite il budget globale e il mandato di prestazione delle Unità Amministrative Autonome	Art. 9 Abs. 1	01.04.2006	Verwaltung	Finanzverwaltung				Ja
efficienza	Gesetz	6.3.1.1	Legge sull' EOC (Ente ospedaliero cantonale)	Art. 2 Abs. 2	27.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Spitalnetz				Nein
efficienza	Gesetz	6.3.4.1	Legge sul servizio pre-ospedaliero di soccorso e trasporto sanitario (Legge autoambulanze)	Art. 8 Abs. 1	27.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Ambulanz				Nein
efficacia	Gesetz	7.4.1.1	Legge sui trasporti pubblici	Art. 10 Abs. 1	01.01.2009	Verkehr	Öffentlicher Verkehr				Nein
efficacia	Verordnung	9.1.7.1.2	Decreto legislativo concernente lo stanziamento di un credito quadro di fr. 4'800'000.--, per il periodo 2006-2009, allo scopo di promuovere il risanamento e la costruzione di edifici secondo gli standard Minergie e lo sfruttamento delle energie rinnovabili indigene	Art. 3	12.05.2006	Energie	Finanzielle Unterstützung				Nein

efficacia	Verordnung	9.1.7.1.9	Decreto legislativo concernente lo stanziamento di un credito quadro di fr. 65'000'000.-, per il periodo 2011-2020, relativo all'attuazione di una politica energetica integrata attraverso un programma di incentivi per l'impiego parsimonioso e razionale dell'energia (efficienza energetica), la produzione e l'utilizzazione di energia da fonti indigene rinnovabili e la distribuzione di energia termica tramite reti di teleriscaldamento, nonché attraverso il sostegno e la promozione della formazione, della postformazione e della consulenza nel settore dell'energia	Art. 5	10.05.2011	Energie	Finanzielle Unterstützung				Nein
efficienza	Gesetz	9.2.1.2	Legge concernente l' istituzione dell' azienda cantonale dei rifiuti (LACR)	Art. 2 Abs. 1	01.02.2011	Verwaltung	Flüchtlinge				Nein
efficacia	Verordnung	10.1.4.1.4	Decreto legislativo concernente un credito complessivo di fr. 78'000'000.-, da destinare a progetti di rilancio economico e di sostegno dell'occupazione, nonché allo sviluppo della ricerca scientifica e delle energie rinnovabili nel periodo 2007-2010	Art. 2 Abs. 2	18.08.2009	Wirtschaft	Finanzielle Unterstützung				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
WOV-Erlass	Verordnung	2.5.1.1.3	Decreto legislativo concernente il finanziamento tramite il budget globale e il mandato di prestazione delle Unità Amministrative Autonome	Teile davon	01.04.2006	Verwaltung					Optional

Uri											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
wirksam	Verfassung	1.1101	VERFASSUNG des Kantons Uri	Art. 99 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Kant. Verfassung				Ja
NPM-Element 3 (Leistungsvereinbarung / Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
Zielvereinbarung	Verordnung	2.4211	PERSONALVERORDNUNG (PV)	Art. 40 Abs. 5	01.08.2009	Verwaltung	Personalpolitik	Regierungsrat	Anstellungsbehörde	Mitarbeitergespräche - Zielvereinbarung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	10.1462	VERORDNUNG über den freiwilligen Musikunterricht an der Volksschule (VMV)	Art. 2	01.01.2008	Erziehung	Musikunterricht	Landrat Kanton Uri	Regierungsrat	Leistungsvereinbarung mit anbietenden Organisation falls Zweck nach Art. 1 es erfordert	Nein
Grobleistungsauftrag	Gesetz	20.3221	Gesetz über das Kantonsspital Uri (KSG)	Art. 16	01.01.2006	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt	Kanton Uri	Kantonsspital	Grobleistungsauftrag	Nein
vereinbarter Leistungsauftrag	Gesetz	20.3221	Gesetz über das Kantonsspital Uri (KSG)	Art. 16	01.01.2006	Gesundheit u. Fürsorge	Leistungsauftrag	Kanton	Kantonsspital	Grobleistungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	20.3421	GESETZ über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz)	Art. 40 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Regierungsrat	ausserkant. Institutionen	Leistungsvereinbarungen	Nein
Zielvereinbarung	Gesetz	20.3421	GESETZ über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz)	Art. 10a	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Sozialdienst	Hilfesuchenden Personen	Zielvereinbarungen über Sozialhilfe	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	40.6111	VERORDNUNG zum Stromversorgungsgesetz (VSG)	Art. 4	01.01.2009	Energie	Energie	Regierungsrat	Netzbetreibern	Leistungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	40.7011	KANTONALES UMWELTGESETZ (KUG)	Art. 8 Abs. 3	01.12.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	kant. Umwelt	Regierungsrat	Dritten	Leistungsvereinbarungen	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	60.2111	Kantonale Tierseuchenverordnung (KTSV)	Art. 26 Abs. 2	01.01.2004	Umwelt u. Landwirtschaft	Tierschutz	Regierungsrat	Urkantonen	Leistungsauftrag der Kosten der Bekämpfung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	60.2121	VERORDNUNG über den Tierschutz	Art. 2 Abs. 2	01.01.2004	Umwelt u. Landwirtschaft	Tierschutz	Regierungsrat	Laboratorium Urkantone	Leistungsauftrag mit der Übertragung von Aufgaben an Dritte	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	70.1101	GESETZ über die Berufs- und Weiterbildung (BWG)	Art. 3 Abs. 2	01.08.2007	Erziehung	Berufsbildung	Regierungsrat	Dritten	LV für Zugang zu ausserordentlichen Schulen und Bildungsstätten	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	70.1103	VERORDNUNG über die Berufs- und Weiterbildung (BWV)	Art. 28 Abs. 2	01.08.2009	Erziehung	Berufsbildung	Kanton	Dritten	Leistungsvereinbarungen	Nein
NPM-Element 3 (Globalbudget)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Globalbudget	Gesetz	20.3221	Gesetz über das Kantonsspital Uri (KSG)	Art. 9	01.01.2006	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt				Nein
NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	(IDG)	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Finanzplanung/Finanzplan	Verfassung	1.1101	VERFASSUNG des Kantons Uri	Art. 58 Abs. 2-3	01.01.2011	Verwaltung	Finanzhaushalt				Nein
Finanzplanung	Verordnung	3.2111	VERORDNUNG über den Finanzhaushalt des Kantons Uri	Art. 9	01.08.2005	Finanzen	Finanzhaushalt Kanton				Nein
NPM-Element 5 (Vertrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Vertragspartner 1	Vertragspartner 2	Gegenstand des Vertrags	Flächendeckend
Arbeitsvertrag	Verordnung	2.4211	PERSONALVERORDNUNG (PV)	Art. 10	01.08.2009	Verwaltung	Personalpolitik	Anstellungs- Wahlbehörde: Regierungsrat	Angestellter	Arbeitsvertrag	Ja
Arbeitsvertrag	Verordnung	60.1111	KANTONALE LANDWIRTSCHAFTSVERORDNUNG (KLWV)	Art. 27	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft	Regierungsrat	Landwirt	Arbeitsvertrag	Nein
Arbeitsvertrag	Gesetz	70.1421	GESETZ über den Ladenschluss und die Sonntagsruhe (LSG)	Art. 15 Abs. 2	01.01.2003	Wirtschaft	Ladenschluss/Sonntagsruhe	Regierungsrat	Verkaufspersonal	Arbeitsvertrag	Nein
NPM-Element 6 (Wirkungsziel)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend

Wirksamkeit	Verordnung	3.2111	VERORDNUNG über den Finanzhaushalt des Kantons Uri	Art. 50 Abs. 2 Ziff. F	01.08.2005	Finanzen	Finanzplanung/Haushalt				Ja
effizient	Verordnung	3.3112	SUBMISSIONSVERORDNUNG DES KANTONS URI (SubV)	Art. 4	01.07.2006	Wirtschaft	Submission				Nein
wirkungsvoll	Verordnung	20.2431	VERORDNUNG zum Bundesgesetz über die Invalidenversicherung	Art. 6 Abs. 3	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Invalidenversicherung				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	20.3221	Gesetz über das Kantonsspital Uri (KSG)	Art. 4	01.01.2006	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt				Nein
Wirksamkeit	Verordnung	20.3447	VERORDNUNG über die Institutionen der Behindertenhilfe	Art. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt				Nein
Wirksamkeit	Verordnung	40.2111	KANTONALE WALDVERORDNUNG (KWV)	Art. 38	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald				Nein
effizient	Gesetz	70.1101	GESETZ über die Berufs- und Weiterbildung (BWG)	Art. 2 Abs. 2	01.08.2007	Erziehung	Berufsbildung				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend

Waadt											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
efficace	Verfassung	101.01	CONSTITUTION du Canton de Vaud (Cst-VD)	Art. 163 Abs. 1	04.09.2011	Verwaltung	Finanzhaushalt				Ja
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung / Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
mandat de prestations	Gesetz	730.01	LOI sur l'énergie (LVL Ene)	Art. 13	01.09.2006	Energie	private Elektrizitätswerke	Kanton	private Elektrizitätswerke	Energieversorgung	Nein
mandat de prestations	Gesetz	730.11	Loi sur le secteur électrique (LSecEl)	Art. 9	01.10.2009	Energie	Elektrizitätswerke	Kanton	Elektrizitätswerke	Energieversorgung	Nein
mandat du département	Gesetz	800.01	LOI sur la santé publique (LSP)	Art. 143f Abs. 3	01.10.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Pflege zu Hause	Departement	Pflegeinstitutionen	Dienstleistungen im Gesundheitssektor	Nein
mandat de prestations	Gesetz	810.01	LOI sur la planification et le financement des établissements sanitaires d'intérêt public (LPFES)	Art. 3a Abs. 1	01.10.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Pflegeheime	Kanton	Pflegeheime	Dienstleistungen im Gesundheitssektor	Nein
NPM-Element 3 (Globalbudget)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
budget global	Gesetz	610.11	LOI sur les finances (LFin)	Art. 29 Abs. 1	01.01.2008	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein
budget global	Gesetz	810.01	LOI sur la planification et le financement des établissements sanitaires d'intérêt public (LPFES)	Art. 8 Abs. 1 Ziff. 5	01.10.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Institution im Gesundheitssektor				Nein
enveloppe budgétaire	Gesetz	810.01	LOI sur la planification et le financement des établissements sanitaires d'intérêt public (LPFES)	Art. 29 Abs. 1	01.10.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Institution im Gesundheitssektor				Nein
NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
NPM-Element 5 (Vertrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Vertragspartner 1	Vertragspartner 2	Gegenstand des Vertrags	Flächendeckend
contrat	Gesetz	133.11	LOI sur la police cantonale (LPol)	Art. 4 Abs. 1	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Kanton	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat	Gesetz	142.21	LOI sur l'aide aux requérants d'asile et à certaines catégories d'étrangers (LARA)	Art. 14 Abs. 1	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Asyl	Departement	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat	Gesetz	172.31	LOI sur le personnel de l'Etat de Vaud (LPers-VD)	Art. 19 Abs. 2	01.02.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit	Kanton	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Ja
contrat	Gesetz	172.45	LOI sur la prévoyance professionnelle de certaines catégories de personnel (LLPP)	Art. 8 Abs. 1	01.01.2007	Verwaltung	Wald	Dienststelle für Wald	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat	Gesetz	172.65	LOI sur la protection des données personnelles (LPrD)	Art. 18 Abs. 1 Lit. A	01.01.2009	Verwaltung	Datenschutz	Kanton	Dritte	Datenschutzvertrag	Nein
contrat	Gesetz	175.11	LOI sur les communes (LC)	Art. 107b Abs. 1	01.03.2011	Verwaltung	Gemeinden	Gemeinde	Gemeinde(verband) oder Agglomeration	Dienstleistungsvertrag	Nein
contrat	Gesetz	211.22	LOI sur l'accueil de jour des enfants (LAJE)	Art. 6 Abs. 3	01.05.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Kindertagesstätten	Gemeinde	Gemeinde(verband)	Dienstleistungsvertrag	Nein
contrat	Gesetz	400.01	LOI scolaire (LS)	Art. 74a Abs. 1	01.01.2011	Erziehung	Schulen	Schulen	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat	Gesetz	400.01	LOI scolaire (LS)	Art. 74b Abs. 1	01.01.2011	Erziehung	Schulen	zuständige Dienststelle	Anbieter von Kursen	Dienstleistungsvertrag	Nein



contrat	Gesetz	510.11	LOI sur la protection de la population (LProP)	Art. 16 Abs. 1 Lit. E	01.01.2009	Justiz u. Sicherheit	Bevölkerungsschutz	Kanton	Private Institutionen oder Personen	Dienstleistungsvertrag	Nein
contrat	Gesetz	610.15	LOI sur les subventions (Lsubv)	Art. 13 Abs. 2	01.01.2011	Finanzen	Subventionen	Kanton	Subventionsempfänger	Subventionsvertrag	Nein
contrat	Gesetz	721.31	LOI sur la distribution de l'eau (LDE)	Art. 3 Abs. 1	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Wasser	Gemeinde	Wasserbesitzer	Dienstleistungsvertrag	Nein
contrat de prestations	Gesetz	800.01	LOI sur la santé publique (LSP)	Art. 143g Abs. 1	01.10.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Institution im Gesundheitssektor	Institution im Gesundheitssektor	Institution für Pflege zu Hause	Versorgung	Nein
contrat de prestations	Gesetz	810.01	LOI sur la planification et le financement des établissements sanitaires d'intérêt public (LPFES)	Art. 25 Abs. 1ter	01.10.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Institution im Gesundheitssektor	Institution im Gesundheitssektor	private Institution im Gesundheitssektor	Versorgung	Nein
contrat	Gesetz	810.02	LOI sur les réseaux de soins (LRS)	Art. 11 Abs. 2	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Pflegenetz	Kanton	Pflegenetz	Finanzierungsvertrag	Nein
contrat de prestations	Gesetz	810.11	LOI sur les Hospices cantonaux (LHC)	Art. 13a	01.07.2007	Gesundheit u. Fürsorge	Universitätsspital	Kanton	Universitätsspital	Versorgung	Nein
contrat	Verordnung	810.211	DÉCRET sur la Polyclinique médicale universitaire et dispensaire central de Lausanne (DPMU)	Art. 8 Abs. 1	09.07.1957	Gesundheit u. Fürsorge	Universitätsspital	Universitätsspital	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat de prestations	Gesetz	850.01	LOI sur l'organisation et le financement de la politique sociale (LOF)	Art. 10 Abs. 1 Lit. I	01.10.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Rat für Sozialpolitik	Regionale Sozialämter	Dienstleistungsvertrag	Nein
contrat	Gesetz	850.051	LOI sur l'action sociale vaudoise (LASV)	Art. 17 Abs. 2	01.10.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	zuständige Dienststelle	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
contrat de prestations	Gesetz	850.051	LOI sur l'action sociale vaudoise (LASV)	Art. 10	01.10.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Kanton	Sozialämter	Dienstleistungen in der Sozialhilfe	Nein
contrat	Gesetz	850.051	LOI sur l'action sociale vaudoise (LASV)	Art. 55 Abs. 1	01.10.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Sozialamt	Sozialhilfebezüger	Eingliederungsvertrag	Nein
contrat de prestations	Gesetz	850.41	LOI sur la protection des mineurs (LProMin)	Art. 25a Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Kinderschutzmassnahmen	Kanton	Institutionen mit Bildungs- und Platzierungsangebot	Dienstleistungen für Kinderschutzmassnahmen	Nein
<b>NPM-Element 6 (Wirkungsziel)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
efficacité	Gesetz	142.21	LOI sur l'aide aux requérants d'asile et à certaines catégories d'étrangers (LARA)	Art. 8 Abs. 3	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Asyl				Nein
évaluation	Gesetz	142.21	LOI sur l'aide aux requérants d'asile et à certaines catégories d'étrangers (LARA)	Art. 65 Abs. 3	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Asyl				Nein
efficacité	Gesetz	171.01	LOI sur le Grand Conseil (LGC)	Art. 54 Abs. 1	01.07.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Nein
efficacité	Gesetz	172.115	LOI sur l'organisation du Conseil d'Etat (LOCE)	Art. 61 Abs. 3	01.11.2007	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Nein
efficace	Gesetz	172.31	LOI sur le personnel de l'Etat de Vaud (LPers-VD)	Art. 1 Abs. 1 Lit. C	01.02.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Ja
efficacité	Gesetz	172.31	LOI sur le personnel de l'Etat de Vaud (LPers-VD)	Art. 50 Abs. 1	01.02.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Ja
effets	Gesetz	175.51	LOI sur les péréquations intercommunales (LPIC)	Art. 16 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Finanzausgleich				Nein
efficacité	Gesetz	413.01	LOI sur la formation professionnelle (LVLFPr)	Art. 86 Abs. 3	01.04.2010	Erziehung	Berufsbildung				Nein

efficace	Verordnung	419.415	Décret accordant une subvention à l'Institut de hautes études en administration publique (DSubIDHEAP)	Art. 10 Abs. 1 Lit. B	01.01.2009	Erziehung	Subventionen				Nein
efficacité	Gesetz	431.01	LOI sur la statistique cantonale (LStat)	Art. 3 Abs. 1	01.01.2011	Verwaltung	Statistik				Nein
efficacité	Gesetz	451.15	Loi d'application sur les parcs d'importance nationale (LVOParcs)	Art. 8 Abs. 7	01.03.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Parks				Nein
efficace	Gesetz	610.11	LOI sur les finances (LFin)	Art. 3 Abs. 1	01.01.2008	Finanzen	Finanzhaushalt				Ja
efficacité	Gesetz	610.11	LOI sur les finances (LFin)	Art. 3 Abs. 1	01.01.2008	Finanzen	Finanzhaushalt				Ja
efficace	Gesetz	610.15	LOI sur les subventions (Lsubv)	Art. 14 Abs. 1	01.01.2011	Finanzen	Subventionen				Nein
efficacité	Gesetz	610.15	LOI sur les subventions (Lsubv)	Art. 28 Abs. 1	01.01.2011	Finanzen	Subventionen				Nein
efficace	Gesetz	610.20	LOI sur les participations de l'Etat et des communes à des personnes morales (LPECPM)	Art. 4 Abs. 2	01.01.2006	Finanzen	Beteiligung an jur. Personen				Ja
objectif	Gesetz	610.20	LOI sur les participations de l'Etat et des communes à des personnes morales (LPECPM)	Art. 6 Abs. 1	01.01.2006	Finanzen	Verwaltungsarbeit				Ja
efficace	Gesetz	822.11	LOI sur l'emploi (LEmp)	Art. 7a Abs. 1	01.01.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Arbeitsmarkt				Nein
effets	Gesetz	822.11	LOI sur l'emploi (LEmp)	Art. 39 Abs. 1	01.01.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Arbeitsintegration				Nein
efficacité	Gesetz	840.11	LOI sur le logement (LL)	Art. 32a Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Wohnungen				Nein
efficacité	Gesetz	850.035	Loi sur les prestations complémentaires cantonales pour familles et les prestations cantonales de la rente-pont (LPCFam)	Art. 27 Abs. 4 Lit. A	01.10.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Familienzulagen				Nein
effets	Gesetz	850.051	LOI sur l'action sociale vaudoise (LASV)	Art. 14 Abs. 1	01.10.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe				Nein
résultats	Gesetz	850.11	LOI d'aide aux personnes recourant à l'action médico-sociale (LAPRAMS)	Art. 20 Abs. 2 Lit. D	01.10.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Pflege zu Hause				Nein
effets	Gesetz	850.36	LOI sur le recouvrement et les avances sur pensions alimentaires (LRAPA)	Art. 17 Abs. 1	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Alimentenstelle				Nein
efficace	Gesetz	850.41	LOI sur la protection des mineurs (LProMin)	Art. 58d Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Kinderschutz				Nein
efficace	Gesetz	850.43	Loi sur le soutien aux activités de la jeunesse (LSAJ)	Art. 20 Abs. 1	01.07.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Unterstützung für Jugendaktivitäten				Nein
évaluation	Gesetz	850.61	LOI sur les mesures d'aide et d'intégration pour personnes handicapées (LAIH)	Art. 30 Abs. 1	01.10.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Integration behinderter Menschen				Nein
efficacité	Gesetz	900.05	LOI sur l'appui au développement économique (LADE)	Art. 8 Abs. 2	01.01.2009	Wirtschaft	Wirtschaftsentwicklung				Nein
efficace	Gesetz	910.03	Loi sur l'agriculture vaudoise (LVLAgr)	Art. 82 Abs. 1	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft				Nein

efficace	Gesetz	921.01	LOI forestière (LVLFo)	Art. 56 Abs. 2	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald					Nein
efficace	Gesetz	963.41	LOI concernant l'assurance des bâtiments et du mobilier contre l'incendie et les éléments naturels (LAIEN)	Art. 73c Abs. 3	01.01.2011	Bau	Feuerwehr					Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret					Flächendeckend
Wallis												
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret					Flächendeckend
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung / Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation		Flächendeckend
Leistungsvereinbarung	Verordnung	142.102	Verordnung über die Integration der Ausländer und die Bekämpfung des Rassismus	Art. 8 Abs. 2	01.01.2005	Gesundheit u. Fürsorge	Integration von Ausländern	Kanton	Projekte über die Integration von Ausländern	Dienstleistungsauftrag		Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	211.6	Gesetz über die amtliche Vermessung und Geoinformation	Art. 10 Abs. 3	01.01.2011	Bau	Vermessung	Bund	Kanton	Amtliche Vermessung		Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	211.6	Gesetz über die amtliche Vermessung und Geoinformation	Art. 3 Abs. 3 Ziff. F	01.01.2011	Bau	Amtliche Vermessung	Bund	Staat	Dienstleistungsauftrag		Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	311.1	Einführungsgesetz zum Schweizerischen Strafgesetzbuch	Art. 35 Abs. 3	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Strafgesetz	Kanton	Partner für Bewährungshilfe	Dienstleistungsauftrag		Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	311.200	Allgemeine Ausführungsverordnung zum Einführungsgesetz zum Schweizerischen Strafgesetzbuch	Art. 21	01.01.2007	Justiz u. Sicherheit	Strafgesetz	Kanton	Partner für Bewährungshilfe	Dienstleistungsauftrag		Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	412.100	Verordnung zum Einführungsgesetz des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (VOEGBBG)	Art. 9	01.09.2010	Erziehung	Berufsbildung	Departement	Bildungsinstitute	Bildungsauftrag		Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	412.100	Verordnung zum Einführungsgesetz des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (VOEGBBG)	Art. 55	01.09.2010	Erziehung	Berufsbildung	Departement	Berufsverbände	Bildungsauftrag		Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	419.107	Verordnung über die Berufsbildung der Lehrpersonen an den Schulen der Sekundarstufe I und der allgemeinen Sekundarstufe II (VBBLK)	Art. 8 Abs. 1	01.08.2009	Erziehung	Pädagogische Hochschule	Pädagogische Hochschule	Bildungsinstitute	Dienstleistungsauftrag		Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	451.1	Gesetz über den Natur- und Heimatschutz	Art. 23 Abs. 5	26.04.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Natur- und Heimatschutz	Kanton	Beteiligte von Natur- und Heimatschutzmassnahmen	Dienstleistungsauftrag		Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	611.1	Gesetz über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle	Art. 15bis-Art. 15quinquies	01.01.2010	Finanzen	Verwaltungsarbeit	Kanton	mit Aufgaben des Staates betraute Organisationen	Dienstleistungsauftrag		Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	616.1	Subventionsgesetz	Art. 15 Abs. 1	01.01.2011	Finanzen	Subventionen	Kanton	Subventionsempfänger	Subventionsvertrag		Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	721.100	Verordnung über den Wasserbau	Art. 11 Abs. 4	01.01.2008	Bau	Wasserbau	Kanton	Gemeinden	Dienstleistungsauftrag		Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	725.1	Strassengesetz	Art. 111	26.04.2011	Bau	Strassenbau	Bund	Staat	Unterhalt der Nationalstrassen		Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	734.1	Ausführungsdekret zum Bundesgesetz über die Stromversorgung	Art. 5 Abs. 2	16.01.2009	Energie	Stromversorgung	Kanton	Elektrizitätswerke	Dienstleistungsauftrag		Nein

Leistungsauftrag	Gesetz	800.10	Gesetz über die Krankenanstalten und -institutionen	Art. 4	01.02.2007	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenanstalten und -institutionen	Kanton	Krankenanstalten und -institutionen	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	800.10	Gesetz über die Krankenanstalten und -institutionen	Art. 13 Abs. 2	01.02.2007	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenanstalten und -institutionen	Kanton	Gesundheitsnetz Wallis	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	805.10	Verordnung über die Finanzierung der Langzeitpflege	Art. 22	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Langzeitpflege	Kanton	Spitex-Organisationen	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	805.1	Dekret über die Finanzierung der Langzeitpflege	Art. 6 Abs. 3	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Langzeitpflege	Kanton	Spitex-Organisationen	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	810.10	Verordnung über die Gesundheitsplanung und die Subventionierung der Krankenanstalten und -institutionen	Art. 4	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenanstalten und -institutionen	Staatsrat	Krankenanstalten und -institutionen	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	810.800	Verordnung über die Organisation des Rettungswesens	Art. 5	01.12.1996	Gesundheit u. Fürsorge	Rettungswesen	Departement	Kantonale Walliser Rettungsorganisation	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	810.8	Gesetz über die Organisation des Rettungswesens	Art. 7 Abs. 2	01.12.1996	Gesundheit u. Fürsorge	Rettungswesen	Kanton	Sanitätsalarm- und Rettungszentrale	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	812.10	Verordnung über den Suchtmittelmissbrauch	Art. 11	01.12.1996	Gesundheit u. Fürsorge	Suchtmittelmissbrauch	Staatsrat	Walliser Liga gegen die Suchtgefahr	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	823.1	Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen für in die Schweiz entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und flankierende Massnahmen (EntsG) und zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA)	Art. 2 Abs. 2 Ziff. E	01.04.2007	Gesundheit u. Fürsorge	Arbeitsrecht	Staatsrat	Bundesbehörde	Kontrollaufgaben	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	850.6	Gesetz über die Eingliederung behinderter Menschen	Art. 32 Abs. 4	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Eingliederung behinderter Menschen	Departement	spezialisierte Institution	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	900.1	Gesetz über die kantonale Wirtschaftspolitik	Art. 2 Abs. 3 Ziff. D	01.01.2001	Wirtschaft	Wirtschaftspolitik	Staatsrat	Organisationen und Vereinigungen	Aufgaben der Wirtschaftspolitik	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	900.101	Verordnung über die kantonale Wirtschaftspolitik (VkwP)	Art. 1 Abs. 2	01.01.2001	Wirtschaft	Wirtschaftspolitik	Staatsrat	Organisationen und Vereinigungen	Aufgaben der Wirtschaftspolitik	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	901.100	Verordnung zum Gesetz über die Regionalpolitik	Art. 1 Abs. 2	01.01.2010	Wirtschaft	Wirtschaftsentwicklung	Dienststelle	Regionen	Wirtschaftsentwicklung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	901.1	Gesetz über die Regionalpolitik	Art. 4	01.01.2010	Wirtschaft	Regionalpolitik	Staat	Regionen	Aufgaben der Regionalpolitik	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	910.1	Gesetz über die Landwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raumes (Landwirtschaftsgesetz, GLER)	Art. 13	01.07.2007	Umwelt u. Landwirtschaft	Landwirtschaft	Departement	Organisationen im landwirtschaftlichen Sektor	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	921.1	Forstgesetz	Art. 32 Abs. 2	01.01.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald	Kanton	Institutionen für die Ausbildung des Forstpersonals	Ausbildungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	935.200	Verordnung über die Ausübung der Bergführer-, Schneesportlehrer- und Wanderleiterberufe sowie das gewerbmässige Anbieten von Sportaktivitäten mit erhöhten Sicherheitsanforderungen	Art. 33	01.05.2008	Wirtschaft	Sportaktivitäten mit erhöhten Sicherheitsanforderungen	Dienststelle	Dritte	Ausbildungsauftrag	Nein

Leistungsauftrag	Verordnung	935.300	Verordnung betreffend das Gesetz über die Beherbergung, die Bewirtung und den Kleinhandel mit alkoholischen Getränken	Art. 10 Abs. 4	01.01.2005	Wirtschaft	Alkoholgesetz	Staatsrat	Kommission für die Aus- und Weiterbildung	Dienstleistungsauftrag	Nein
<b>NPM-Element 3 (Globalbudget)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Globalbudget	Gesetz	611.1	Gesetz über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle	Art. 31 Ziff. D	01.01.2010	Finanzen	Finanzhaushalt				Ja
Globalbudget	Verordnung	800.12	Verordnung über die Subventionierung der Honorare der Kaderärzte des Gesundheitsnetzes Wallis (GNW)	Art. 11 Abs. 1	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsnetz Wallis				Nein
Globalbudget	Gesetz	810.8	Gesetz über die Organisation des Rettungswesens	Art. 18 Abs. 2	01.12.1996	Gesundheit u. Fürsorge	Rettungswesen				Nein
Globalbudget	Verordnung	811.11	Verordnung über die Subventionierung der Honorare der Spitalärzte	Art. 4 Abs. 1	01.12.1996	Gesundheit u. Fürsorge	Spitäler				Nein
Globalbudget	Verordnung	850.400	Verordnung betreffend verschiedene Einrichtungen für die Jugend	Art. 93 Abs. 3	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Jugend				Nein
Globalbudget	Gesetz	900.1	Gesetz über die kantonale Wirtschaftspolitik	Art. 8 Abs. 5	01.01.2001	Wirtschaft	Wirtschaftspolitik				Nein
Globalbudget	Verordnung	900.101	Verordnung über die kantonale Wirtschaftspolitik (VkwP)	Art. 6 Abs. 2	01.01.2001	Wirtschaft	Wirtschaftspolitik				Nein
<b>NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Finanzplanung	Gesetz	175.1	Gemeindegesezt	Art. 79	01.01.2011	Verwaltung	Finanzhaushalt				Nein
Finanzplan	Gesetz	414.73	Ausführungsgesetz über die Fachhochschule Wallis (FH-Wallis)	Art. 43 Ziff. B	01.02.2000	Erziehung	Fachhochschulen				Nein
Finanzplan	Gesetz	419.20	Gesetz zur Schaffung der Fachhochschule Wallis für Gesundheit und Soziale Arbeit (FHW-GS)	Art. 37 Ziff. B	01.10.2002	Erziehung	Fachhochschulen				Nein
integrierte Mehrjahresplanung	Gesetz	611.1	Gesetz über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle	Art. 5 Abs. 1	01.01.2010	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein
Finanzplan	Verordnung	611.102	Verordnung betreffend die Führung des Finanzhaushaltes der Gemeinden	Art. 18 - Art. 21	06.07.2007	Finanzen	Finanzhaushalt				Nein
Leistungsvereinbarung und mehrjähriges Globalbudget	Gesetz	900.1	Gesetz über die kantonale Wirtschaftspolitik	Art. 8 Abs. 5	01.01.2001	Wirtschaft	Wirtschaftspolitik				Nein
<b>NPM-Element 5 (Vertrag)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>	<b>Vertragspartner 1</b>	<b>Vertragspartner 2</b>	<b>Gegenstand des Vertrags</b>	<b>Flächendeckend</b>
Vertrag	Gesetz	175.1	Gemeindegesezt	Art. 96	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit	Gemeinden	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	175.1	Gemeindegesezt	Art. 114	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit	Gemeinden	Gemeinden oder Dritte	Dienstleistungsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	211.600	Verordnung über die amtliche Vermessung	Art. 9 Abs. 2	15.07.2006	Bau	Amtliche Vermessung	Dienststelle	amtliche Geometer und deren Büro	Arbeitsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	211.6	Gesetz über die amtliche Vermessung und Geoinformation	Art. 22 Abs. 3	01.01.2011	Bau	Amtliche Vermessung	Dienststelle	amtliche Geometer und deren Büro	Dienstleistungsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	400.1	Gesetz über das öffentliche Unterrichtswesen	Art. 8	01.01.2010	Erziehung	Schulen	Gemeinden	Bildungsinstitute	Dienstleistungsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	400.1	Gesetz über das öffentliche Unterrichtswesen	Art. 7	01.01.2010	Erziehung	Schulen	Staatsrat	Bildungsinstitute	Dienstleistungsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	400.1	Gesetz über das öffentliche Unterrichtswesen	Art. 71	01.01.2010	Erziehung	Schulen	Staatsrat	Abtei Saint-Maurice	Dienstleistungsvertrag	Nein

Vertrag	Gesetz	400.1	Gesetz über das öffentliche Unterrichtswesen	Art. 74b	01.01.2010	Erziehung	Schulen	Staatsrat	Bildungsinstitute	Dienstleistungsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	405.3	Gesetz über die Besoldung des Lehrpersonals der Primar-, Orientierungs- und Mittelschulen	Art. 37	01.01.2009	Erziehung	Schulen	Kanton	Kirchliche Behörde und Ordensgesellschaften	Arbeitsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	417.02	Gesetz über das Dienstverhältnis des Personals der Fachhochschule Wallis (FH-Wallis)	Art. 8 Abs. 2	01.11.2001	Erziehung	Fachhochschulen	Fachhochschulen	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	417.02	Gesetz über das Dienstverhältnis des Personals der Fachhochschule Wallis (FH-Wallis)	Art. 8 Abs. 3	01.11.2001	Erziehung	Fachhochschulen	Fachhochschulen	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	419.101	Verordnung über Aufnahme und Grundausbildung an der Pädagogischen Hochschule (VOPH)	Art. 37	01.09.2003	Erziehung	Pädagogische Hochschule	Pädagogische Hochschule	Praktikanten	Praktikumsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	419.102	Verordnung betreffend das Statut des Personals der Pädagogischen Hochschule Wallis (PH-VS)	Art. 5 Abs. 3	01.09.2008	Erziehung	Pädagogische Hochschule	Pädagogische Hochschule	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	419.102	Verordnung betreffend das Statut des Personals der Pädagogischen Hochschule Wallis (PH-VS)	Art. 7 Abs. 2	01.09.2008	Erziehung	Pädagogische Hochschule	Pädagogische Hochschule	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	455.1	Gesetz welches das eidgenössische Tierschutzgesetz vollzieht	Art. 24c Abs. 4	01.01.2004	Umwelt u. Landwirtschaft	Tierschutz	Veterinärdienst	offizielle Tierheime	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	504.1	Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (AGMG)	Art. 5bis Abs. 1	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Armee	Bund	Kanton	Dienstleistungsauftrag	Nein
Vertrag	Gesetz	616.1	Subventionsgesetz	Art. 15 Abs. 1	01.01.2011	Finanzen	Subventionen	Kanton	Subventionsempfänger	Subventionsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	710.1	Enteignungsgesetz	Art. 26	01.01.2009	Bau	Enteignung	Kanton	Grundeigentümer	Enteignungsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	741.1	Ausführungsgesetz über die Bundesgesetzgebung betreffend den Strassenverkehr	Art. 26 Abs. 4	01.01.2007	Verkehr	Strassenverkehr	Kanton	Fahrlehrer	Dienstleistungsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	800.1	Gesundheitsgesetz	Art. 95 Abs. 3	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsförderung	Staatsrat	Organisationen	Dienstleistungsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	800.10	Gesetz über die Krankenanstalten und -institutionen	Art. 37 Abs. 2	01.02.2007	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenanstalten und -institutionen	Staatsrat	Krankenanstalten und -institutionen	Subventionsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	800.15	Verordnung über die Lohn- und die Sozialbedingungen sowie über die berufliche Vorsorge des Personals der psychiatrischen Institutionen des französischsprachigen Wallis und des Walliser Zentrums für Pneumologie (kantonale Krankenanstalten)	Art. 5	01.02.2007	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenanstalten und -institutionen	Gesundheitsnetz Wallis	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	810.10	Verordnung über die Gesundheitsplanung und die Subventionierung der Krankenanstalten und -institutionen	Art. 4	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Krankenanstalten und -institutionen	Staat	Krankenanstalten und -institutionen	Dienstleistungsauftrag	Nein
Vertrag	Verordnung	811.11	Verordnung über die Subventionierung der Honorare der Spitalärzte	Art. 5 Abs. 4	01.12.1996	Gesundheit u. Fürsorge	Spitäler	Spitäler	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein

Vertrag	Gesetz	814.2	Gesetz betreffend die Vollziehung des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer gegen die Verunreinigung	Art. 20	26.04.2011	Umwelt u. Landwirtschaft	Gewässer	Gemeinden	Gemeinden	Dienstleistungsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	837.1	Gesetz über die Beschäftigung und die Massnahmen zugunsten von Arbeitslosen (BMAG)	Art. 6 Abs. 3	01.01.2005	Gesundheit u. Fürsorge	Arbeitslosigkeit	regionale Arbeitsvermittlungszentren	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	837.1	Gesetz über die Beschäftigung und die Massnahmen zugunsten von Arbeitslosen (BMAG)	Art. 26 Ziff. C	01.01.2005	Gesundheit u. Fürsorge	Arbeitslosigkeit	regionale Arbeitsvermittlungszentren	Leistungsbezüger	Eingliederungsvertrag	Nein
Vertrag	Gesetz	850.1	Gesetz über die Eingliederung und die Sozialhilfe	Art. 11	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Kanton	Sozialhilfebezüger	Eingliederungsvertrag	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	850.400	Verordnung betreffend verschiedene Einrichtungen für die Jugend	Art. 27 Abs. 3	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Jugend	Departement	private Stelle	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	850.400	Verordnung betreffend verschiedene Einrichtungen für die Jugend	Art. 41 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Jugend	Departement	Dachverband	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	850.400	Verordnung betreffend verschiedene Einrichtungen für die Jugend	Art. 42 Abs. 1 Ziff. C	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Jugend	Kanton	Anbieter von Tagesbetreuung	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	850.400	Verordnung betreffend verschiedene Einrichtungen für die Jugend	Art. 45 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Jugend	Kanton	Dachverband	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	850.400	Verordnung betreffend verschiedene Einrichtungen für die Jugend	Art. 93 Abs. 3	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Jugend	Staatsrat	sozialpädagogische Einrichtungen	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	850.400	Verordnung betreffend verschiedene Einrichtungen für die Jugend	Art. 100 Abs. 3	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Jugend	Departement	privater Verein	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	850.4	Jugendgesetz	Art. 33 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Jugendgesetz	Kanton	Tagesbetreuungseinrichtungen	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	850.4	Jugendgesetz	Art. 48 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Jugendgesetz	Departement	spezialisierte Leistungsanbieter	Dienstleistungsauftrag	Nein
Vertrag	Verordnung	850.60	Verordnung betreffend die Anwendung des Gesetzes über die Eingliederung behinderter Menschen	Art. 26	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Eingliederung behinderter Menschen	Staat	spezialisierte Institution	Dienstleistungsvertrag	Nein
Vertrag	Verordnung	901.100	Verordnung zum Gesetz über die Regionalpolitik	Art. 16 Abs. 2	01.01.2010	Wirtschaft	Wohnungsbau	Kanton	öffentliches Gemeinwesen	Subventionsvertrag	Nein
Leistungsvertrag	Verordnung	916.142	Verordnung über den Rebbau und den Wein	Art. 72 Abs. 2	01.09.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Rebbau	Staat	Branchenorganisation	Dienstleistungsauftrag	Nein
Leistungsvertrag	Gesetz	935.2	Gesetz über die Ausübung der Bergführer-, Schneesportlehrer- und Wanderleiterberufe sowie das gewerbmässige Anbieten von Sportaktivitäten mit erhöhten Sicherheitsanforderungen	Art. 9 Abs. 4	01.05.2008	Wirtschaft	Sportaktivitäten mit erhöhten Sicherheitsanforderungen	Dienststelle	Dritte	Ausbildungsauftrag	Nein
<b>NPM-Element 6 (Wirkungsziel)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
wirkungsorientiert	Gesetz	171.1	Gesetz über die Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten	Art. 44 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsarbeit				Ja
wirksamkeit	Gesetz	611.1	Gesetz über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle	Art. 3bis Abs. 4	01.01.2010	Finanzen	Finanzhaushalt				Ja





Zug											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung/Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation von	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
Leistungsauftrag	Gesetz	153.1	Gesetz über die Organisation der Staatsverwaltung	Art. 7 Abs. 1-7	01.09.2011	Verwaltung	Staatsorganisation	Direktionen (vereinbart), Regierungsrat (beschliesst)	Ämter, Staatskanzlei	Grundauftrag, Leistungen, Leistungs- u. Wirkungsziele, Messungsindikatoren	Ja
Leistungsaufträge	Verordnung	153.3	Delegationsverordnung	Art. 6za	01.03.2011	Verwaltung	Delegation	Volkswirtschaftsdirektion	Private Bildungsanbieter	Beruf. Grundausbildung, tertiäre Bildung, berufsorientierte Weiterbildung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	153.3	Delegationsverordnung	Art. 10 c	01.03.2011	Verwaltung	Delegation	Finanzdirektion	gemeinnützige Organisationen	Darlehen mit Leistungsvereinbarung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	153.53	Informatikverordnung (ITV)	Art. 12 Abs. 1-2	05.02.2011	Verwaltung	Informatik	Leistungserbringer	Leistungsbezüger	Informatik-Basis od. Zusatzdienst	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	153.63	Verordnung über die Erprobung der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget <Pragma>	Art. 2 Abs. 1-2, Art. 10, Art. 11	09.05.2009	Verwaltung	Staatsorganisation	Direktionen	Piloten des Pilotprojektes	Grundauftrag, Leistungen, Indikatoren zur Leistungsmessung, Investitionen, Globalbudget, Rahmenbedingungen	Optional
Leistungsvereinbarung	Verordnung	215.31	Verordnung über die amtliche Vermessung	Art. 5 Abs. 2	01.01.2009	Bau	amtl. Vermessung	Regierungsrat	NachführungsgeometerIn	Erneuerungs-, Nachführungs- u. Unterhaltsarbeiten	Nein
Rahmenverträge	Verordnung	215.315	Verordnung über die Gebühren für den Bezug von Auszügen und Auswertungen der amtlichen Vermessung (Gebührentarif des Vermessungsamtes)	Art. 4a	01.01.2007	Finanzen	amtl. Schätzung	Direktion des Innern	Datenbezüger	Dauerbenutzung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	412.11	Schulgesetz	Art. 37 Abs. 2	17.07.2010	Erziehung	heilpädagog. Früherziehung	Regierungsrat	Institution	Heilpädagog. Früherziehung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	412.11	Schulgesetz	Art. 60 Abs. 1b	17.07.2010	Erziehung	Schule	Gemeinderat	Schulleitung	Schulstruktur	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	412.111	Verordnung zum Schulgesetz	Art. 11 Abs. 1	01.08.2011	Erziehung	Sonderschulung	Regierungsrat	Gemeinden	Finanzielle Beiträge(Pauschalen)	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	413.11	Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen (EG Berufsbildung)	Art. 2 Abs. 1h, Art. 5 Abs. 3	09.04.2011	Erziehung	Berufsbildung, Fachhochschulen	Regierungsrat	Private Bildungsanbieter	Beruf. Grundausbildung, tertiäre Bildung, berufsorientierte Weiterbildung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	611.1	Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz)	Art. 32	01.09.2011	Finanzen	Finanzhaushalt	k.A.	k.A.	k.A.	Optional
Leistungsvereinbarung	Gesetz	751.14	Gesetz über Strassen und Wege	Art. 6 Abs. 3	20.02.2010	Bau	Planung, Bau, Unterhalt von Strassen u. Wegen	Regierungsrat	Dritte	Unterhalt u. Erneuerung von Nationalstr.	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	821.1	Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug	Art. 28 Abs. 2	01.03.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Spitäler	k.A.	Spitäler und Kliniken	Med. Leistung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	821.1	Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug	Art. 47 Abs. 2	01.03.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Spitäler	Regierungsrat	Dritte	Schwangerschafts- u. Elternberatung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	821.13	Verordnung über das Krebsregister	Art. 2 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Krebsregister	Gesundheitsdirektion (Regierungsrat bezeichnet)	anerkannte Registerstelle	Führen des kant. Krebsregisters	Nein

Leistungsauftrag	Gesetz	823.5	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel	Art. 9 Abs. 2a, Art. 11 Abs. 2	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Betäubungsmittel	Drogenkonferenz (4 Mitglieder der Gemeinden, 3 des Regierungsrates)	Dritte	Subventionierte Institutionen u. Projekte	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	826.11	Spitalgesetz	Art. 6 Abs. 3a	01.03.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Spital	Regierungsrat	Privatspitäler im Kanton Zug, ausserkant. Spitäler	Sicherstellung der Versorgung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	826.113	Verordnung über die stationäre und ambulante Langzeitpflege	Art. 2a Abs. 1, Art. 12 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Langzeitpflege	Regierungsrat	Institutionen der stationären Langzeitpflege	Stationäre Akut- u. Übergangspflege	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	826.113	Verordnung über die stationäre und ambulante Langzeitpflege	Art. 12 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Langzeitpflege	Gemeinden	spitalexterne Gesundheits- u. Krankenpflegedienste	Spitalexterne Gesundheits- u. Krankenpflege	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	842.6	Gesetz betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflege	Art. 3 Abs. 2	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Prämienverbilligungen	Regierungsrat	Ausgleichskasse Zug	Verwaltungskosten; Aufwand für Vollzug der Prämienverbilligung u. weitere damit verbundene Aufgaben	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	845.5	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und Insolvenzschiädigung	Art. 7 Abs. 1-3	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Arbeitslosenversicherung u. Insolvenzschiädigung	Volkswirtschaftsdepartement	Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM)	Arbeitsmarktmassnahmen, insbes. Beschäftigungsprogramme u. Berufspraktika	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	851.211	Gesetz über die Förderung von preisgünstigen Wohnungen (Wohnraumförderungsgesetz, WFG)	Art. 8 Abs. 1-2	01.08.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Wohnen	Kanton	Bauträger	Objektgebunden; bezahlen von nicht rückzahlbaren Beiträgen für Wohnungen zur Senkung der Mietkosten	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	861.4	Gesetz über die Sozialhilfe im Kanton Zug	Art. 37 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Regierungsrat	Private Institutionen der Sozialhilfe	Betriebsbeiträge	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	861.5	Gesetz über soziale Einrichtungen (SEG)	Art. 16, Art. 17, Art. 19 Abs. 1-3	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Betreuungsangebot für Personen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen	Regierungsrat	soziale Einrichtungen	Leistungsvereinbarung für Betriebsbeiträge an soziale Einrichtungen	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	861.512	Verordnung zum Gesetz über soziale Einrichtungen (SEV)	Art. 24-29	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	soziale Einrichtungen	Kanton	soziale Einrichtungen	Leistungserbringung im Bereich Soziales	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	944.1	Tourismusgesetz	Art. 2 Abs. 1 a u. c, Art. 3	06.02.2010	Wirtschaft	Beiträge an Tourismus	Kanton	Tourismusorg. u. -institutionen, Betreiber von öffentl zugängl. Einrichten u. Angeboten im kant. Tourismusbereich	Beiträge an Tourismus	Nein
<b>NPM-Element 3 (Globalbudget)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erläss Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Globalbudget	Gesetz	153.1	Gesetz über die Organisation der Staatsverwaltung	Art. 7 Abs. 2	01.09.2011	Verwaltung	Staatsorganisation				Ja
Globalbudget	Verordnung	153.63	Verordnung über die Erprobung der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget <Pragma>	Art. 6 Abs. 1-2	09.05.2009	Verwaltung	Finanzhaushalt				Optional
Globalbudget	Verordnung	413.152	Verordnung über die Berufsschule für Gesundheit- und Krankenpflege	Art. 17 Abs. 2	23.06.2007	Erziehung	Berufsschule				Nein
Globalbudget	Gesetz	611.1	Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz)	Art. 32	01.09.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Optional

Globalbudget	Gesetz	842.1	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung	Art. 3 Abs.1c	01.01.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Spital				Nein
<b>NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Finanzplan	Gesetz	611.1	Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz)	Art. 21 Abs. 1, Art. 35 Abs. 2a, Art. 38c	01.09.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				
<b>NPM-Element 5 (Vertrag)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>	<b>Vertragspartner 1</b>	<b>Vertragspartner 2</b>	<b>Gegenstand des Vertrags</b>	<b>Flächendeckend</b>
Vertrag	Gesetz	152.3	Gesetz über die Veröffentlichung der Gesetze und das Amtsblatt des Kantons Zug (Publikationsgesetz)	Art. 10	09.12.2000	Verwaltung	Herausgabe des Amtsblattes	Regierungsrat	privater Herausgeber	Herausgabe des Amtsblattes	Nein
Vertrag	Gesetz	171.1	Gesetz über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindengesetz)	Art. 53, Art. 40 Abs. 2	01.01.2010	Verwaltung	Staatsorganisation	Gemeinde	Gemeinde	Zusammenarbeit	Nein
Verträge	Verordnung	315.1	Verordnung betreffend Einführung des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten	Art. 4	01.01.1999	Gesundheit u. Fürsorge	Hilfe an Opfer von Straftaten	Sicherheitsdirektion in Einvernehmen mit Finanzdirektion	anerkannte öffentl. u. private Org.	Opferhilfe	Nein
Vertrag	Verordnung	414.111	Verordnung über die Kantonsschule	Art. 8 Abs. 1	30.10.2010	Erziehung	Mensa	Direktion für Bildung u. Kultur	Institution	Führen der Mensa	Nein
Vertrag	Verordnung	414.111	Verordnung über die Kantonsschule	Art. 11 Abs. 2	30.10.2010	Erziehung	Kantonsschule	Kanton	Lehrbeauftragte	Arbeitsvertrag	Nein
Verträge	Gesetz	432.1	Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz	Art. 14 Abs. 1-2	01.01.2008	Umwelt u. Landwirtschaft	Natur- u. Landschaftsschutz	zuständige Direktion	Grundeigentümern, Bewirtschafter	Nutzung u. Bewirtschaftung	Nein
Verträge	Verordnung	432.2	Verordnung zur Erhaltung und Förderung der Hecken und Feldgehölze (Heckenverordnung)	Art. 4	01.01.1999	Umwelt u. Landwirtschaft	Hecken u. Feldgehölze	Baudirektion	Grundeigentümern, Bewirtschafter	Neupflanzung, Pflege; Abgeltung	Nein
Vertrag	Gesetz	823.5	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel	Art. 11 Abs. 1	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Betäubungsmittel	Regierungsrat	Spezialkliniken, Rehabilitationseinrichtungen	Leistung im Bereich Spital	Nein
Vertrag	Verordnung	825.31	Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen	Art. 2 Abs. 3a	01.10.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Krankheiten	Gesundheitsdirektion	Laboratorien	Durchführung mikrobiolog. und serolog. Untersuchungen	Nein
Vertrag	Verordnung	826.113	Verordnung über die stationäre und ambulante Langzeitpflege	Art. 3 Abs. 1	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Langzeitpflege	Gemeinde	Institutionen der stationären Langzeitpflege	Vereinbaren von Tagespauschalen	Nein
Vertrag	Verordnung	861.41	Verordnung zum Sozialhilfegesetz (Sozialhilfeverordnung)	Art. 10 Abs. 5	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Soziales	Einwohnergemeinden	Dritte	Nothilfeleistungen	Nein

NPM-Element 6 (Wirkungsziel)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Wirkungsziel	Gesetz	153.1	Gesetz über die Organisation der Staatsverwaltung	Art. 7 Abs. 1 u. 3, Art 17 Abs. 1	01.09.2011	Verwaltung	Staatsorganisation				Ja
Effizienz	Verordnung	153.53	Informatikverordnung (ITV)	Art. 15 Abs. 2	05.02.2011	Verwaltung	Informatik in der kant. Verwaltung				Nein
Leistungsmessung	Verordnung	153.63	Verordnung über die Erprobung der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget <Pragma>	Art. 2 Abs. 2c	09.05.2009	Verwaltung	Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag u. Globalbudget				Optional
Wirksamkeit	Verordnung	157.12	Datensicherheitsverordnung (DSV)	Art. 5 Abs. 2	27.01.2007	Verwaltung	Datensicherheit				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	611.1	Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz)	Art. 2 Abs. 1	01.09.2011	Finanzen	Finanzhaushalt				Ja
Wirksamkeit	Gesetz	851.211	Gesetz über die Förderung von preisgünstigen Wohnungen (Wohnraumförderungsgesetz, WFG)	Art. 21 Abs. 3	01.08.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Wohnraum				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	861.5	Gesetz über soziale Einrichtungen (SEG)	Art. 1 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	soziale Einrichtungen; Betreuungsangebote				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	931.1	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Wald	Art. 26 Abs. 1b	01.01.2009	Umwelt u. Landwirtschaft	Wald				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
Integrale WOV-Verordnung	Verordnung	153.63	Verordnung über die Erprobung der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget <Pragma>		09.05.2009	Verwaltung	Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag u. Globalbudget				Optional

Zürich											
NPM-Element 1 (Wirkungs- u. Effizienzorientierung)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend
wirkungsvoll	Verfassung	101	Verfassung des Kantons Zürich	Art. 95 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Aufgabenerfüllung				Ja
effizient	Verfassung	101	Verfassung des Kanton Zürich	Art. 70 Abs. 2	02.02.2011	Verwaltung	Leitung der Verwaltung				Ja
NPM-Element 2 (Leistungsvereinbarung / Leistungsauftrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Delegation	Delegation an	Objekt der Delegation	Flächendeckend
Leistungsvereinbarung	Verordnung	124.51	Verordnung über die automatisierte Verfahrenskontrolle und das elektronische Archiv des Migrationsamtes	Art. 8	01.10.2008	Verwaltung	Verfahrenskontroll	Migrationsamt	Private	Bekanntgabe von Personendaten	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	170.7	Verordnung über die direktionsübergreifende Informatik(KITT-Verordnung)	Art. 17	01.01.2006	Verwaltung	Kompetenz- und Servicezentrum	KITT	Leistungserbringer/vorgesetzte Direktion/Staatskanzlei	Leistungsvereinbarung über Aufbau und Betrieb eines Kompetenz- und Servicezentrums	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	172.8	Integrationsverordnung	Art. 5	01.11.2006	Verwaltung	Integration	Fachstelle	öffentlichen und privaten Stellen	Leistungsvereinbarungen über Integrationsfördernde Massnahmen	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	172.11	Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (VOG RR)	Art. 60 Abs. 3	01.08.2011	Verwaltung	Regierungsrat und kant. Verwaltung	Direktionsvorsteher	nachgeordnete Leistungserbringer	Leistungserbringung	Optional
Zielvereinbarung	Verordnung	172.110.1	Organisationsverordnung der Direktion der Justiz und des Innern (JIOV)	Art. 32 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltung Direktion der Justiz und des Innern	Verwaltungseinheiten	Leiter/innen Verwaltungseinheiten	Zielvereinbarungen und Mitarbeiterbeurteilung	Nein
Zielvereinbarung	Verordnung	172.110.4	Organisationsverordnung der Volkswirtschaftsdirektion (OVVD)	Art. 16 Abs. 2	01.05.2010	Verwaltung	Volkswirtschaftsdirektion	Volkswirtschaftsdirektion	Direktionsvorsteher/in	Zielvereinbarungen und Mitarbeiterbeurteilung	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	175.2	Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG)	Art. 44 Abs. 1 Lit. F	01.01.2011	Verwaltung	Verwaltungsrechtspflege	Direktion Regierungsrat	Spitälern	Leistungsvereinbarungen	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	177.10	Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz)	Art. 5	01.01.2011	Verwaltung	Personalpolitik	Regierungsrat	Verwaltung und Rechtspflege	Bedürfnissen des Staatspersonals, am Ziel der Bürgernähe sowie an den Möglichkeiten des Finanzhaushaltes und strebt ein sozialpartnerschaftliches Verhältnis zwischen Staat und Personal an,	Optional
Leistungsauftrag	Verordnung	242.25	Verordnung über die Notariatsverwaltung (Notariatsverwaltungsverordnung)	Art. 38	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Notariatsverwaltung	Notariatsinspektorat	Geschäftsleitung	Leistungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	322	Verordnung über die Jugendstrafrechtspflege (JStV)	Art. 26 Abs. 2	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Jugendstrafrecht	Oberjugendstaatsanwaltschaft	Private	Aufgabenübertragung an Private	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	331	Straf- und Justizvollzugsgesetz	Art. 17 Abs. 2	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Straf- und Justizvollzug	Kantosrat	Direktion	Für die Aufgabenübertragung nötigen Auwendungen	Nein

Leistungsvereinbarung	Verordnung	331.1	Justizvollzugsverordnung	Art. 15	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Art. 1 Diese Verordnung regelt den Vollzug strafrechtlicher Sanktionen, die Durchführung der Untersuchungs-, Sicherheits- und Auslieferungshaft sowie der Vorbereitungs-, Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft.	Amt	Private	Übertragung von Vollzugsaufgaben auf Private	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	412.100	Volksschulgesetz (VSG)	Art. 65 Abs. 3	01.07.2010	Erziehung	Volksschule	Direktion	Dritte (Leistungsträger)	Leistungsvereinbarungen bzgl. Beiträge des Kantons an Sonderschulen und Schulheime	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	413.31	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (EG BBG)	Art. 35	01.01.2011	Erziehung	Berufsbildung	Direktion	Dritte	Leistungsvereinbarungen bzgl. Berufsbildung	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	413.311	Verordnung zum EG BBG (VEG BBG)	Art. 34 Abs. 4	01.01.2011	Erziehung	Schulpolitik	Schulleitung	Amt	Traktanden betreffen Leistungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	413.311	Verordnung zum EG BBG (VEG BBG)	Art. 6	01.01.2011	Erziehung	Bildung	Bildungsdirektion/Amt	Dritte	Leistungsvereinbarungen	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	413.311.9	Verordnung über die Berufsvorbereitungsjahre 2009/2010 bis 2012/2013	Art. 13 Abs. 1-3	22.08.2011	Erziehung	Berufsbildung	Amt	Anbietenden (Leistungen)	Leistungsvereinbarungen sog. Rahmenvereinbarungen	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	413.312	Verordnung über die Finanzierung von Leistungen der Berufsbildung (VFin BBG)	Art. 2	01.01.2011	Erziehung	Bildung	Mittelschul- und Berufsbildungsamt	anbietenden Bildungseinrichtung	Leistungsvereinbarungen	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	414.112	Personalverordnung der Zürcher Fachhochschule (PVF)	Art. 2	01.01.2011	Erziehung	Hochschule/Universität	Mittelschul- und Berufsbildungsamt	Dozierender/Dozierende	Leistungsvereinbarung bzgl. Arbeitsstunden/Überstunden der Angestellten	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	415.16	Verordnung über die Forschung und Lehre der Universität im Gesundheitsbereich	Art. 2	01.01.2004	Erziehung	Universität	Universität, die Gesundheitsdirektion und die Vertragsspitäler	Universität, die Gesundheitsdirektion und die Vertragsspitäler	Hochstehende Forschung und Lehre	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	415.437	Verordnung über das Zentrum für Zahnmedizin der Universität Zürich	Art. 5 Abs. 1 Ziff. 9	01.08.2010	Erziehung	Leistungsvereinbarung	Universitätsrat	Zentrumsleitung	Leistungsvereinbarung mit der Universität Zürich	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	432.22	Bibliotheksförderungsverordnung (BFV)	Art. 10 Abs. 2	01.11.2011	Kultur	Bibliothek	Regierungsrat	Bildungsdirektion	Subventionen können von Leistungsvereinbarung abhängig sein	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	528.1	Verordnung über den ABC-Schutz (ABCV)	Art. 14 Abs. 1	01.06.2009	Justiz u. Sicherheit	Aufgaben der Einsatzkräfte ABC Schutzes sowie Kostentragung der Verursacher/in bei einem A,B,C Ereignisse	Baudirektion	GVZ	Leistungsvereinbarungen bzgl. Finanzierung der Leistungen GVZ	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	528.1	Verordnung über den ABC-Schutz (ABCV)	Art. 29	01.06.2009	Justiz u. Sicherheit	Aufgaben der Einsatzkräfte ABC Schutzes sowie Kostentragung der Verursacher/in bei einem A,B,C Ereignisse	AWEL	Universität Zürich	Leistungsvereinbarungen	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	551.1	Polizeiorganisationsgesetz	Art. 31 Abs. 3	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Polizei	Regierungsrat	Kantonspolizei Zürich	Vorbehalt aufgrund Leistungsvereinbarungen	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	748.1	Gesetz über den Flughafen Zürich (Flughafengesetz)	Art. 5 Abs. 2	01.03.2008	Verkehr	Flughafen Zürich	Kantonsrat	Kantonspolizei Zürich	Flughafensicherheit: bes. Aufgaben und Abgeltung	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	810.1	Gesundheitsgesetz (GesG)	Art. 38	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheit	Institutionen des Gesundheitswesens	Spitäler	Beistands- und Aufnahmepflicht	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	813.15	Gesetz über das Universitätsspital Zürich (USZG)	Art. 4 Abs. 1-2	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt	zuständige Direktion des Regierungsrates	Universitätsspital (Spitalrat)	Leistungsvereinbarung bzgl. Leistungsmenge und Preise	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	813.15	Gesetz über das Universitätsspital Zürich (USZG)	Art. 17 Abs. 2	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt	zuständige Direktion des Regierungsrates	Spitalrat	Leistungsauftrag durch Leistungsvereinbarung bzgl. Des Antrags zum Globalbudget	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	813.16	Gesetz über das Kantonsspital Winterthur (KSWG)	Art. 4	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt	zuständige Direktion des Regierungsrates	Kantonsspital Winterthur	Leistungsvereinbarungen bzgl. Leistungsmenge und Preise	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	813.16	Gesetz über das Kantonsspital Winterthur (KSWG)	Art. 16 Abs. 2	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt	Sptalrat	zuständige Direktion des Regierungsrats	Leistungsauftrag	Nein

Leistungsvereinbarung	Verordnung	821.52	Verordnung über die Jugendheime	Art. 18e Abs. 4	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Jugendheime	Regierungsrat	Jugendheime/Kanton	Leistung Kostenanteile durch Leistungsvereinbarungen	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	837.1	Einführungsgesetz zum Arbeitslosenversicherungsgesetz	Art. 3 Abs. 1	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Arbeitslosenversicherung	Direktion	Trägerschaften	Durch Leistungsvereinbarungen könne Vollzug einzelner Aufgaben übertragen werden	Nein
Leistungsauftrag	Verordnung	841.1	Wohnbauförderungsverordnung (WBFV)	Art. 25 Abs. 2	01.03.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Wohnbauförderung	Hypothekar-Bürgerschaftsgenossenschaft	Vollzugsbehörde	Abwicklung durch Leistungsauftrag	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	852.11	Verordnung zum Jugendhilfegesetz	Art. 58c Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Jugendhilfe	Amt für Jugend- und Berufsberatung	Abklärungsstellen	Leistungsvereinbarungen und Tarifvereinbarungen	Nein
Leistungsvereinbarung	Gesetz	855.2	Gesetz über Invalideneinrichtungen für erwachsene Personen (IEG)	Art. 14	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Invalideneinrichtung	Kanton	beitragsberechtigte Einrichtungen	Leistungsvereinbarung --> Inhalt Art. 14 Abs. 2	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	855.2	Personalverordnung der Zürcher Fachhochschule (PVF)	Art. 11	01.07.2009	Verwaltung	Personalpolitik	Hochschulleitung	Dozierender/Dozierende	Leistungsvereinbarung	Nein
Leistungsvereinbarung	Verordnung	855.21	Verordnung über Invalideneinrichtungen für erwachsene Personen (IEV)	Art. 11	01.07.2010	Gesundheit u. Fürsorge	Invalideneinrichtung	Sozialamt	Einrichtungen	Qualität und Wirtschaftlichkeit der Leistungen	Nein
Leistungsauftrag	Gesetz	951.1	Kantonalbankgesetz	Art. 11 Abs. 2	01.01.2011	Finanzen	Bank	Kantonsrat	Bank	Genehmigung Richtlinien Erfüllung des Leistungsauftrags	Nein
<b>NPM-Element 3 (Globalbudget)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>
Globalbudget	Gesetz	131.1	Gemeindegesetz (GG)	Art. 33a	01.01.2011	Verwaltung	Finanzpolitik der Gemeinden				Nein
Globalbudget	Gesetz	132.2	Staatsbeitragsgesetz	Art. 2a	01.07.2010	Verwaltung	Staatsbeirat				Nein
Globalbudget	Verordnung	133.3	Verordnung über das Globalbudget in den Gemeinden	Art. 7	01.01.1997	Verwaltung	Finanzpolitik der Gemeinden				Nein
Globalbudget	Gesetz	171.1	Kantonsratsgesetz (KRG)	Art. 2	01.05.2011	Verwaltung	Finanzpolitik des Kantons				Nein
Globalbudget	Verordnung	172.11	Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (VOG RR)	Art. 60 Abs. 3	01.08.2011	Verwaltung	Regierungsrat und kant. Verwaltung				Optional
Globalbudget	Verordnung	242.25	Verordnung über die Notariatsverwaltung (Notariatsverwaltungsverordnung)	Art. 3 Abs. 3	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Notariatsverwaltung				Nein
Globalbudget	Gesetz	414.10	Fachhochschulgesetz (FaHG)	Art. 28 Abs. 1	01.07.2010	Erziehung	Universität/Hochschule/Fachhochschule				Nein
Globalbudget	Gesetz	415.11	Universitätsgesetz (UniG)	Art. 39 Abs. 1	01.07.2010	Erziehung	Universität/Hochschule/Fachhochschule				Nein
Globalbudget	Gesetz	611	Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG)	Art. 2 Abs. 2 Lit. D	01.04.2009	Finanzen	Finanzpolitik				Ja
Globalbudget	Verordnung	631.51	Verordnung über die Organisation des kantonalen Steueramtes	Art. 6 Ziff. B , C	01.02.2009	Finanzen	kantonales Steueramt				Nein
Globalbudget	Verordnung	704.2	Verordnung über geographische Daten und Informationssysteme in der kantonalen Verwaltung (GIS-Verordnung)	Art. 8	01.06.1999	Bau	geographische Daten und Informationssysteme				Nein
Globalbudget	Gesetz	813.15	Gesetz über das Universitätsspital Zürich (USZG)	Art. 17 Abs. 1-2	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt				Nein
Globalbudget	Gesetz	813.16	Gesetz über das Kantonsspital Winterthur (KSWG)	Art. 7 Ziff. 2	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt				Nein
Globalbudget	Verordnung	852.15	Verordnung zur Erprobung neuer Strukturen der Jugendhilfe	Art. 13 Abs. 1	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Jugendhilfe				Nein
<b>NPM-Element 4 ((integrierter) Aufgaben- u. Finanzplan)</b>	<b>Rechtsquelle</b>	<b>Erlass Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Artikel</b>	<b>In Kraft seit</b>	<b>Betrifft</b>	<b>Konkret</b>				<b>Flächendeckend</b>

Aufgaben- und Finanzplanung	Verfassung	101	Verfassung des Kanton Zürich	Art. 55 Abs. 1, Art. 124	01.01.2011	Verwaltung	Kantonsverfassung				Nein
konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan	Verordnung	170.51	Publikationsverordnung (PublV)	Art. 9 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Publikation				Nein
konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan	Gesetz	171.1	Kantonsratsgesetz (KRG)	Art. 34 Abs. 1-2	01.05.2011	Verwaltung	Kantonsrat				Nein
Aufgabenplanung und Finanzplanung	Gesetz	172.1	Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (OG RR)	Art. 34 Abs. 1-2	01.01.2010	Verwaltung	Regierungsrat und kant. Verwaltung				Nein
Finanzplanung	Verordnung	172.11	Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (VOG RR)	Art. 7	01.08.2011	Verwaltung	Regierungsrat und kant. Verwaltung				Nein
Finanzplanung	Verordnung	172.110.1	Organisationsverordnung der Direktion der Justiz und des Innern (JIOV)	Art. 3 Abs. 1-2	01.01.2009	Verwaltung	Direktion der Justiz und des Innern				Nein
Aufgaben- und Finanzplanung	Verordnung	172.110.4	Organisationsverordnung der Volkswirtschaftsdirektion (OVVD)	Art. 3 Abs. 1 Lit. B	01.01.2011	Verwaltung	Volkswirtschaftsdirektion				Nein
Finanzplanung	Verordnung	181.13	Finanzverordnung der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich (Finanzreglement)	Art. 47	01.01.2011	Verwaltung	Religion				Nein
Finanzplan	Verordnung	181.13	Finanzverordnung der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich (Finanzreglement)	Art. 47	01.01.2011	Verwaltung	Religion				Nein
Finanzplan	Verordnung	181.131	Vollzugsverordnung zur Finanzverordnung	Art. 9	01.01.2011	Verwaltung	Finanzplan				Nein
konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan	Verordnung	213.21	Verordnung über die Organisation der Oberstaatsanwaltschaft und der Staatsanwaltschaften	Art. 4	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Oberstaatsanwaltschaft und Staatsanwaltschaft				Nein
Finanzplanung	Verordnung	213.21	Verordnung über die Organisation der Oberstaatsanwaltschaft und der Staatsanwaltschaften	Art. 6	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Oberstaatsanwaltschaft und Staatsanwaltschaft				Nein
Entwicklungs- und Finanzplan	Gesetz	414.10	Fachhochschulgesetz (FaHG)	Art. 27	01.07.2010	Erziehung	Universität/Hochschule/Fachhochschule				Nein
Entwicklungs- und Finanzplan	Gesetz	415.11	Universitätsgesetz (UniG)	Art. 29 Abs. 5 Ziff.3	01.07.2010	Erziehung	Universität/Hochschule/Fachhochschule				Nein
Entwicklungs- und Finanzplan	Verordnung	415.437	Verordnung über das Zentrum für Zahnmedizin der Universität Zürich	Art. 5 Abs. 1 Ziff. 8	01.08.2010	Erziehung	Gesundheitsanstalt				Nein
konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan	Gesetz	611	Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG)	Art. 9.	01.04.2009	Finanzen	Finanzplanung				Nein
konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan	Verordnung	611.2	Finanzcontrollingverordnung (FCV)	Art. 6	01.03.2011	Finanzen	Finanzplanung				Nein
konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan	Verordnung	631.51	Verordnung über die Organisation des kantonalen Steueramtes	Art. 6	01.02.2009	Finanzen	kant. Steueramt				Nein
Finanzplanung	Verordnung	631.53	Organisationsverordnung des Steuerrekursgerichts (OV StRG)	Art. 8 Abs. 1 Lit. D	01.01.2011	Finanzen	Steuerrekursgericht				Nein
Finanzplanung	Verordnung	700.7	Organisationsverordnung des Baurekursgerichts (OV BRG)	Art. 9 Abs. 2 Lit. B	01.01.2011	Bau	Baurekursgericht				Nein
Entwicklungs- und Finanzplan	Gesetz	813.15	Gesetz über das Universitätsspital Zürich (USZG)	Art. 26	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt				Nein
Entwicklungs- und Finanzplan	Gesetz	813.16	Gesetz über das Kantonsspital Winterthur (KSWG)	Art. 25	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt				Nein
NPM-Element 5 (Vertrag)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret	Vertragspartner 1	Vertragspartner 2	Gegenstand des Vertrags	Flächendeckend



Arbeitsvertrag	Gesetz	131.1	Gemeindegesezt (GG)	Art. 72 Abs. 3	01.01.2011	Verwaltung	Gemeindeverwaltung	Gemeinden	Personal von Gemeinden, Zweckverbänden, Selbstständige Anstalten	Arbeitsvertrag	Nein
Kontrakt	Verordnung	133.3	Verordnung über das Globalbudget in den Gemeinden	Art. 10	01.01.1997	Verwaltung	Finanzplanung	Gemeinden	Leistungserbringer	Leistungsvertrag	Nein
Arbeitsvertrag	Verordnung	170.8	Informatiksicherheitsverordnung	Art. 14	01.04.1998	Verwaltung	Informatik	Amtsstelle	Dritte	Arbeitsvertrag	Nein
Arbeitsvertrag	Gesetz	177.10	Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz)	Art. 6	01.01.2011	Verwaltung	Arbeitsverhältnis	Regierungsrat	Personalverbände	Arbeitsvertrag	Optional
öffentlich-rechtlicher Vertrag	Gesetz	177.10	Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz)	Art. 6	01.01.2011	Verwaltung	Staatspersonal	Wirtschaft/Verwaltung	Gesamtarbeitsverträge	Arbeitsvertrag	Optional
öffentlich-rechtlicher Vertrag	Verordnung	177.11	Personalverordnung	Art. 5	01.07.2011	Verwaltung	Staatspersonal	Anstellungsbehörde	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Optional
Arbeitsvertrag	Verordnung	181.71	Verordnung über Ausbildung, Wählbarkeit und Aufgaben der Gemeindehelfer und Gemeindehelferinnen, Diakone und Diakoninnen (Diakonische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter)	Art. 16 Abs. 1-2	01.07.2007	Verwaltung	Staatspersonal	Kirchengemeinde	diakonische Mitarbeiter	Arbeitsvertrag	Nein
Kontrakt	Verordnung	212.51	Verordnung über die Organisation des Obergerichts	Art. 28 Ziff. A	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Obergericht	Verwaltungskommission	Bezirksgericht	Leistungsvertrag	Nein
Kontrakt	Verordnung	242.25	Verordnung über Notariatsverwaltung (Notariatsverwaltungsverordnung)	Art. 3 Abs. 3	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Notariatsverwaltung	Notariatsinspektorat	Notariate	Leistungsvertrag	Nein
Kontrakt	Verordnung	413.311.9	Verordnung über die Berufsvorbereitungsjahre 2009/2010 bis 2012/2013	Art. 13 Abs. 1	22.08.2011	Erziehung	Berufsbildung	Amt	Anbieter	Bildungsauftrag	Nein
Jahreskontrakt	Verordnung	413.311.9	Verordnung über die Berufsvorbereitungsjahre 2009/2010 bis 2012/2013	Art. 13 Abs. 1-3	22.08.2011	Erziehung	Berufsbildung	Amt	Anbietenden (Leistungen)	Bildungsauftrag	Nein
Kontrakt	Gesetz	415.11	Universitätsgesetz (UniG)	Art. 29 Abs. 5 Ziff. 14	01.07.2010	Erziehung	Universität/Hochschule/Fachhochschule	Universitätsrat	Kontraktpartner	Bildungsauftrag	Nein
Arbeitsvertrag	Verordnung	415.21	Personalverordnung der Universität Zürich	Art. 41	01.01.2008	Erziehung	Universität/Hochschule/Fachhochschule	Universität Zürich	Angestellte der Universität Zürich	Arbeitsvertrag	Nein
Kontrakt	Verordnung	813.121	Verordnung über Pauschalierung von Staatsbeiträgen im Gesundheitswesen	Art. 3 Abs. 1-2	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Staatsbeiträge	Gesundheitsdirektion/Bildungsdir ektion	Krankenhäuser/Schulen der Krankenpflege	Leistungsvertrag	Nein
Arbeitsvertrag	Gesetz	813.15	Gesetz über das Universitätsspital Zürich (USZG)	Art. 13	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt	Spitalrat	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
Arbeitsvertrag	Gesetz	813.16	Gesetz über das Kantonsspital Winterthur (KSWG)	Art. 12	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt	Sptitalrat	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
Arbeitsvertrag	Verordnung	818.11	Vollzugsverordnung zur eidgenössischen Epidemiengesetzgebung (VV EpiG)	Art. 38 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Epidemiengesetz	Kanton	Schulärzte	Arbeitsvertrag	Nein
öffentlich-rechtlicher Vertrag	Gesetz	851.1	Sozialhilfegesetz	Art. 53	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Sozialhilfe	Gesundheit/Fürsorge	Sozialhilfe	Leistungsvertrag	Nein
öffentlich-rechtliche Arbeitsverhältnisse	Gesetz	852.1	Gesetz über die Jugendhilfe (Jugendhilfegesetz)	Art. 10 Abs. 2	01.01.2011	Gesundheit u. Fürsorge	Jugendhilfe	zuständige Direktion	Mitarbeitende Bezirkjugendsekretariate	Arbeitsvertrag	Nein
Arbeitsvertrag	Gesetz	935.11	Gastgewerbegesetz	Art. 41	11.05.2010	Wirtschaft	Gastgewerbe	Regierungsrat	Gastgewerbe (Personal usw.)	Arbeitsvertrag	Nein
Arbeitsvertrag	Gesetz	935.11	Gesetz über das kantonale Einigungsamt	Art. 41	01.07.2010	Wirtschaft	kant. Einigungsamt	Arbeitgeber	Arbeitnehmer	Arbeitsvertrag	Nein
Arbeitsvertrag	Gesetz	951.1	Kantonalbankgesetz	Art. 25 Abs. 3	01.01.2011	Finanzen	Bank	Bank	Arbeitnehmer einer Bank	Arbeitsvertrag	Nein
NPM-Element 6 (Wirkungsziel)	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend

wirksam	Verordnung	113.121	Verordnung über die Pauschalierung von Staatsbeiträgen im Gesundheitswesen	Art. 3 Abs. 2	01.01.2009	Verwaltung	Finanzierung				Nein
Wirkungsorientiert	Gesetz	131.1	Gemeindegesezt (GG)	Art. 164	01.01.2011	Verwaltung	Gemeindeverwaltung				Nein
wirksam	Gesetz	132.2	Staatsbeitragsgesetz	Art. 8	01.07.2010	Verwaltung	Verwaltung				Nein
wirksam	Gesetz	172.1	Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (OG RR)	Art. 4	01.01.2010	Verwaltung	Finanzwirksamkeit				Ja
wirksam	Verordnung	181.131	Vollzugsverordnung zur Finanzverordnung	Art. 71 Abs. 2	01.01.2011	Verwaltung	Finanzplanung/Finanzhaushalt				Ja
wirkungsvoll	Verordnung	242.25	Verordnung über die Notariatsverwaltung	Art. 6, Art. 8	01.01.2011	Justiz u. Sicherheit	Notariate				Nein
wirksamkeit	Gesetz	412.100	Volksschulgesetz	Art. 40	01.07.2010	Erziehung	Volksschule				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	614	Finanzkontrollgesetz (FKG)	Art. 13	01.01.2011	Finanzen	Finanzplanung				Ja
Wirkungsorientiert	Verordnung	813.121	Verordnung über die Pauschalierung von Staatsbeiträgen im Gesundheitswesen	Art. 1	01.01.2009	Gesundheit u. Fürsorge	Staatsbeiträge				Nein
Wirksamkeit	Gesetz	855.2	Gesetz über Invalideneinrichtungen für erwachsene Personen (IEG)	Art. 1 Abs. 2	01.01.2008	Gesundheit u. Fürsorge	Gesundheitsanstalt				Nein
WoV-Erlasse	Rechtsquelle	Erlass Nr.	Titel	Artikel	In Kraft seit	Betrifft	Konkret				Flächendeckend